

Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr



2013

Beteiligungsbericht 2013

der Stadt Remscheid

Herausgeber: Stadt Remscheid
Der Oberbürgermeister
Zentraldienst Verwaltungssteuerung und
Informationstechnologie
Zentrale Steuerungsangelegenheiten
Beteiligungsmanagement

Vorwort

Die ständig wachsende Zahl öffentlicher Aufgaben und die anhaltend knappen Finanzressourcen stellen die Kommunen in Deutschland vor große Herausforderungen. Notwendige Investitionen können aufgrund des eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraumes nur bedingt durchgeführt werden und sinnvolle zukunftsorientierte freiwillige Leistungen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger sind kaum noch darstellbar. Von besonderer Bedeutung ist daher die Frage der optimalen Erfüllung kommunaler Aufgaben, der sich die Kommunen, so auch die Stadt Remscheid, permanent stellen. Aufgabenkritik, Einbeziehung strategischer Partner und die Sondierung von Möglichkeiten sinnvoller kommunaler Zusammenarbeit sind bei der Bewältigung der Problemstellungen feste Kriterien in unserer Stadt.

Die Stadt Remscheid hat daher einen Teil ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen der privatrechtlichen Form, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, übertragen. Neben der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung und dem öffentlichen Personennahverkehr werden auch im Bau- und Wohnungswesen sowie im Kultur- und Sozialbereich Aufgaben außerhalb der traditionellen Verwaltung wahrgenommen. Den Bürgerinnen und Bürgern einen optimalen und kostengünstigen Service anzubieten und zugleich den erforderlichen Einfluss der kommunalen Entscheidungsgremien zu wahren, steht dabei im Focus der Bemühungen. Dies hat zur Folge, dass das Beteiligungsportfolio durch kontinuierliche Aufgabenkritik Veränderungen erfährt. So war das Geschäftsjahr 2013 von notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen bei den Bergischen Symphonikern und den Stadtwerken Remscheid sowie der Weiterentwicklung der Bergischen Entwicklungsagentur geprägt.

An dieser Stelle gilt mein herzlicher Dank vor allem auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Unternehmen und Beteiligungen, die mit ihrer Arbeit im Jahr 2013, neben wirtschaftlichen Erfolgen, insbesondere wertvolle Leistungen und Dienstleistungen für die Remscheider Bürgerinnen und Bürger erbracht haben.

Der nun vorliegende Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2013 macht den Umfang der wirtschaftlichen Betätigungen und Beteiligungen der Stadt Remscheid transparent. Neben der Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflicht dient er den Ratsmitgliedern und der Verwaltungsführung bei der Ausübung der Steuerungs- und Kontrollaufgaben als einheitliche Informationsbasis. Der Beteiligungsbericht enthält Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen auf Basis der Unternehmensdaten und Jahresabschlüsse der Jahre 2011 bis 2013 sowie bis zur Drucklegung eventuell schon bekannter Veränderungen in der Beteiligungsstruktur.

Remscheid, im Februar 2015



Mast-Weisz
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Vorwort	
1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid	9
1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen	9
1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen	10
1.3 Wahl der Unternehmensform	13
1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid	15
1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung	15
2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick	17
2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2013 (tabellarische Darstellung)	17
2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2013 (grafische Darstellung)	19
3. Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	21
3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH	21
3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	37
3.3 Bergische Symphoniker - Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -	55
3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.	63
3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	71
3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung	76
3.7 RW Gesellschaft öffentlich rechtlicher Anteilseigner III mbH	84
3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	86
3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH	99
3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH u. Co. KG	108
3.11 Sana-Klinikum Remscheid GmbH	110
3.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	120
3.13 RW Holding AG	122
3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal	124
3.15 RWE Aktiengesellschaft	137

4.	Maßgebliche mittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	139
4.1	EWR GmbH	139
4.2	Park Service Remscheid GmbH	152
4.3	H ₂ O GmbH	161
4.4	BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid	170
4.5	ELBA – Omnibusreisen GmbH	178
4.6	Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	179
4.7	Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH.....	188
5.	Eigenbetriebe	194
5.1	REB Remscheider Entsorgungsbetriebe	194
6.	Sonstiges	215
6.1	Trägerschaft für die Stadtparkasse Remscheid	215
Anhang	Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen	219
	Anlage 2: Begriffserläuterungen	221
	Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen	225
	Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz	240

1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid

Die Stadt Remscheid hat als Gebietskörperschaft für ihre Bürger eine Vielzahl von öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Dabei ist sie auch Teil der örtlichen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen, nämlich bei der Bewirtschaftung der für die Gemeindeaufgaben erforderlichen Mittel (Haushaltswirtschaft), im Betrieb wirtschaftlicher Unternehmen, die am allgemeinen Wirtschaftsleben teilnehmen (Unternehmerwirtschaft) sowie durch die Aufgaben kostenrechnender und sonstiger Einrichtungen.

Die Haushaltswirtschaft der Stadt Remscheid umfasst die Bewirtschaftung aller Zweige der öffentlichen Verwaltungstätigkeit und zwar sowohl die Erzielung der Einnahmen als auch die Bewirtschaftung der Ausgaben. Durch die vielfältigen Ausgaben entfaltet die Stadt eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Sie ist Auftraggeberin der Wirtschaft, sie schafft Standortvorteile für die Wirtschaft, sie trägt als große lokale Arbeitgeberin zum Wirtschaftskreislauf bei. Ihre wirtschaftlichen Unternehmen sind ebenfalls ein Wirtschaftsfaktor der Stadt.

1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen

Unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und damit für die Stadt Remscheid erlaubt ist, regelt in §§ 107 ff die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW).

Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn u.a.

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Der Erfolg oder Misserfolg der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde darf nicht allein an der Gewinnerzielung gemessen werden, sondern muss sich an der Realisierung der gesetzten Ziele orientieren. Ein Defizitunternehmen kann im Sinne der ihm gesteckten Ziele trotz des hohen Verlustes erfolgreich gearbeitet haben; ein Unternehmen mit hohen Gewinnen kann sein eigentliches Ziel verfehlt haben. Ein Blick auf die Bilanzen gibt deshalb nur bei reinen Gewerbeunternehmen zuverlässig über den Erfolg Auskunft.

Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind nach § 109 Abs. 1 GO NRW so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Daraus wird deutlich, dass die öffentlichen Ziele im Vordergrund vor der Gewinnerzielung stehen. Die Erträge sollen aber so hoch sein, dass außer den für technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird (§ 109 Abs. 2 GO NRW).

1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen

Öffentlich-rechtliche Unternehmensformen

Regiebetrieb

Die Form, bei der keinerlei wesentliche Verselbstständigung weder in rechtlicher, noch in verwaltungsmäßiger, noch in rechnerischer Hinsicht vorhanden ist, wird als Regiebetrieb bezeichnet. Das diesen Betrieben gewidmete Vermögen bildet weder für sich eine rechtliche Einheit noch sind die Betriebe satzungsmäßig oder verwaltungstechnisch aus der Hoheitsverwaltung ausgegliedert.

Aus der engen vermögensmäßigen und rechtlichen Verflechtung mit der Trägerkörperschaft der Stadt Remscheid ergeben sich Konsequenzen, die die Wirtschaftsführung des reinen Regiebetriebes wesentlich beeinflussen. Alle Einnahmen und Ausgaben sind in der Regel im Gesamthaushaltsplan zu veranschlagen (Bruttoprinzip).

Die Willensbildung erfolgt durch die Organe der Trägerkörperschaft, insbesondere den Rat der Stadt Remscheid. Der Regiebetrieb unterscheidet sich daher formell nicht von anderen Ämtern der allgemeinen Verwaltung, obgleich hier nicht ein „Verwalten“, sondern ein „Wirtschaften“ gefordert wird.

Eine Kontrolle der Regiebetriebe ist jederzeit durch die Ratsgremien und den Haushaltsplan gegeben.

Eigenbetrieb und eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Bei einem Eigenbetrieb handelt es sich um einen vermögensmäßig verselbstständigten Betrieb mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Eigenbetrieb ist wirtschaftlich aus dem Vermögen der Gemeinde ausgegliedert. Der Eigenbetrieb verfügt über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Betriebsleitung und Betriebsausschuss) und untersteht dem Rat sowie dem/der Oberbürgermeister/in als Verwaltungschef/in.

Der Eigenbetrieb kommt als Betriebsform für öffentliche Einrichtungen in Betracht, die nach kommunalem Wirtschaftsrecht als wirtschaftliche Unternehmen gelten. Die anderen Einrichtungen können als eigenbetriebsähnliche Einrichtungen geführt werden und zwar entweder in vollem Umfang entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts oder nur unter Anwendung der Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe als Sondervermögen der Kommune.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Durch § 114a der GO NRW wird die Möglichkeit der Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechtes (AöR) eröffnet. Hierbei handelt es sich um eine Mischform aus Eigenbetrieb und GmbH. Die Rechtsverhältnisse der AöR werden gemäß GO NRW durch eine Satzung geregelt, die die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NRW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist. Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftete die Gemeinde als Gewährträgerin unbeschränkt. Aufgrund geänderter Rechtslage ist diese Gewährträgerhaftung mit Wirkung vom 19.07.2005 entfallen. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Trägerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Betrieb gewerblicher Art/Hoheitsbetrieb

Die Begriffe „Betrieb gewerblicher Art“ (BgA) und „Hoheitsbetrieb“ sind inhaltlich von den zuvor dargestellten juristischen Ausgestaltungen der wirtschaftlichen Betätigungsformen zu trennen und haben in diesem Zusammenhang nur steuerrechtliche Bedeutung. Während die privatrechtlichen Unternehmensformen kraft Rechtsform steuerpflichtig sind, greift die Steuerpflicht für Regie- und Eigenbetriebe nur insoweit, als diese nicht überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe). Solche Betriebe werden steuerrechtlich als Betriebe gewerblicher Art bezeichnet.

Privatrechtliche Unternehmensformen

Aufgrund der Vorschriften über die Begrenzung der kommunalen Haftung nach § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW ist die Wahl der privatrechtlichen Organisationsform eingeschränkt. Geeignete Rechtsformen sind vorrangig die Kapitalgesellschaften wie die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die Aktiengesellschaft (AG) oder die eingetragene Genossenschaft (eG). Zusätzlich kann sich eine Kommune als Kommanditistin an einer Kommanditgesellschaft (KG) oder Gesellschafterin der GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an einer GmbH & Co. KG beteiligen.

Ist die Gemeinde im Besitz aller Geschäftsanteile einer Gesellschaft, so ist diese eine kommunale Eigengesellschaft. Sind weitere Körperschaften oder auch Private an der Gesellschaft beteiligt, so spricht man von einer Beteiligungsgesellschaft.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Schulden der Gesellschaft zu haften. Im Gegensatz zur AG kann bei der GmbH eine Nachschusspflicht für die Gesellschafter vereinbart werden. Die Gesellschafter können die innere Struktur der Gesellschaft ohne wesentliche Einschränkungen frei regeln. Als zwingende Organe besitzt die GmbH die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Im Unterschied zum AktG kennt das GmbHG keinen obligatorischen Aufsichtsrat. Es erlaubt jedoch ausdrücklich seine Bildung durch die Satzung (fakultativer Aufsichtsrat). Der Aufsichtsrat als notwendiges Organ ergibt sich jedoch zwingend im Rahmen des Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsrechts bei Unternehmen mit über 500 Beschäftigten.

Aktiengesellschaft

Ebenso wie die GmbH besitzt auch die Aktiengesellschaft eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter (Aktionäre) erwerben ihre Rechte durch die Übernahme von Anteilen des in Aktien zerlegten Grundkapitals. Für Schulden der Gesellschaft haftet auch hier nur das Gesellschaftsvermögen. Im Gegensatz zur freien Gestaltung des Gesellschaftsverhältnisses in der GmbH enthält das Aktiengesetz umfangreiche bindende Regelungen und Formvorschriften, so dass für ergänzende Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre untereinander wenig Raum bleibt. Als Organe der AG fungieren der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Eingetragene Genossenschaft

Die eingetragene Genossenschaft (eG) ist eine juristische Person und hat als solche Rechte und Pflichten. Sie ist nach § 1 Abs. 1 GenG eine Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezweckt. Eine unmittelbare Inanspruchnahme der Genossenschaftsmitglieder für Verbindlichkeiten der Genossenschaft gibt es nicht, wobei allerdings durch Satzung Nachschusspflichten vereinbart werden können. Die Genossenschaft handelt durch die Organe Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung.

Personengesellschaften

Personengesellschaften wie Offene Handelsgesellschaften (OHG) oder Kommanditgesellschaften (KG) eignen sich grundsätzlich nicht als Rechtsform eines kommunalen Unternehmens, da die Gesellschafter entgegen der Regelung des § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften. Möglich ist aber die Beteiligung als Kommanditistin an einer KG oder die Rechtsform der GmbH & Co. KG. Bei der Kommanditistin ist die Haftung auf eine bestimmte Kapitaleinlage beschränkt. Die GmbH & Co. KG ist eine KG, bei der der persönlich haftende Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist, und deren Gesellschafter in der Regel zugleich Kommanditisten der KG sind. Auf diese Weise wird die Haftung der Kommune als Gesellschafterin beschränkt.

1.3 Wahl der Unternehmensform

Zulässigkeit

Die Voraussetzungen zur Herauslösung aus dem Haushalt durch die Gründung einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft durch die Gemeinde sind in § 108 der Gemeindeordnung NRW beschrieben.

Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn u.a.

- bei Unternehmen (§107 Abs. 1) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert, die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann,
- bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung in den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung (§107a Abs. 1), wenn die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht,
- bei Einrichtungen (§107 Abs. 2) ein berechtigtes Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
- eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
- die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
- das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
- bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften geprüft werden,
- wenn durch Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
 - a. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
 - b. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - c. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

- d. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und
der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in der Form rechtlich selbständiger Gesellschaften ist lediglich eine andere Organisationsform ihrer üblichen Tätigkeit. Damit unterwirft sich die Gemeinde allen Vorschriften, die die private Wirtschaft zu beachten hat, insbesondere auch den Vorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Von den Gemeinden wird eine wirtschaftliche Betätigung in den Formen des Gesellschaftsrechts dann gewählt, wenn aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder steuerlichen Überlegungen die Verselbständigung vorteilhaft erscheint.

Privatrechtliche Unternehmensformen in Remscheid

Die Stadt Remscheid hat sich für die wirtschaftliche Betätigung im Wesentlichen der Gesellschaftsform des privaten Rechts bedient. Am häufigsten ist die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt worden, da das GmbH-Recht im Gegensatz zum Aktienrecht eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zulässt und somit dem Gesellschafter die Einräumung umfassender Rechte gegenüber der Gesellschaft ermöglicht.

Mit der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid und der RWE AG ist jedoch auch die Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft vertreten.

Außerdem ist die Stadt Remscheid als Kommanditistin an der Lokalfunk Remscheid - Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. beteiligt.

Neben den unmittelbaren Beteiligungen an Gesellschaften des privaten Rechts sind auch mittelbare Beteiligungen vorhanden. Hierbei ist die Stadt Remscheid über die unmittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft durch deren Beteiligung an weiteren Gesellschaften ebenfalls beteiligt.

1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid

Das Beteiligungsmanagement der Stadt Remscheid war im Geschäftsjahr 2013 organisatorisch im Geschäftsbereich der Oberbürgermeisterin dem Zentraldienst Verwaltungssteuerung und Informationstechnologie zugeordnet.

Aufgabe des Beteiligungsmanagements ist die informatorische Unterstützung des Rates der Stadt bei Ratsbeschlüssen über Gesellschaftsgründungen, Investitionen, Kapitalerhöhungen oder Liquidationen, aber auch die regelmäßige Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Beteiligungen.

Zum Aufgabenkatalog gehört ebenfalls die Betreuung der städtischen Gesellschaften bei der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher und kommunalrechtlicher Bestimmungen. Hierunter fällt auch die Überprüfung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaften, die jährlich im Zuge der Aufstellung des städtischen Haushaltsplanes erfolgt.

Entscheidungen über die Bestellung der städtischen Vertreter in den Organen der Gesellschaften werden vom Rat der Stadt getroffen.

1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung

Beteiligungsbericht als Informationsquelle

Die „öffentlichen Unternehmen“ oder ganz generell die Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen sind mit erheblichen Vermögenswerten und Finanzströmen mit der Stadt als „Muttersgesellschaft“ verbunden, so dass die Stadt durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf ihren Haushalt zur Steuerung und Kontrolle ihrer Beteiligungen verpflichtet und berechtigt ist. Die Ausübung dieser Steuerungs- und Kontrollaufgaben stellt sich als kommunal- und verwaltungspolitische Aufgabe dar, wobei es schwierig ist, Rat, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und auf eine einheitliche Politik festzulegen.

Eine einheitliche Politik setzt einen gleichen Wissens- und Informationsstand voraus. Um hier eine Grundlage zu schaffen, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

Diese Aufgabe soll u.a. der Beteiligungsbericht erfüllen.

Inhalt der Berichterstattung

Aus den aufgeführten Aspekten der Zielsetzung wird deutlich, welche Vielzahl von Komponenten inhaltlich relevant ist, um mit dem vorhandenen Material eine politisch-finanzwirtschaftliche Gesamtsteuerung zu ermöglichen.

Als Mindestanforderungen werden im Beteiligungsbericht vergleichbare Daten zu folgenden Bereichen aufbereitet:

- Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter
- Unterbeteiligungen der Tochtergesellschaft
- Gegenstand des Unternehmens
- personelle Besetzung der Gesellschaftsorgane
- erweiterte Haftung der Stadt / Nachschusspflicht / Bürgschaftsverpflichtungen
- Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Darüber hinaus wurden die nachstehend aufgeführten Kriterien bei der überwiegenden Anzahl der Gesellschaften herausgestellt:

- Anzahl der Beschäftigten
- Eckdaten der Bilanz zum Berichtsjahr mit Vorjahreswerten
- Eckdaten der Gewinn- und Verlustrechnung mit Vorjahreswerten
- Lagebericht der Geschäftsführung der Gesellschaften

Bei bedeutenden Beteiligungen der Stadt Remscheid wurden zudem Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation der Beteiligungsgesellschaft ermittelt. Eine Erläuterung der Kennzahlen befindet sich im Anhang zum Beteiligungsbericht.

Basis der Berichterstattung über die einzelnen Gesellschaften sind -mit wenigen Ausnahmen- die allgemeinen Unternehmensdaten im Geschäftsjahr 2013 und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten zum Ende des Geschäftsjahres 2013. Auf schon bekannte Veränderungen z.B. in der Beteiligungsstruktur im Geschäftsjahr 2014 wird eingegangen.

Die Darstellung der Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid beruht auf dem Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Drucklegung des Beteiligungsberichtes.

2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick

Zum 31.12.2013 ist die Stadt Remscheid an 14 Unternehmen unmittelbar mit einem Anteil am gezeichneten Kapital von rund 59 Mio. € beteiligt, davon werden 11 als GmbH bzw. gemeinnützige GmbH, 2 als Aktiengesellschaft und 1 als GmbH & Co. KG geführt.

Die Unternehmensbeteiligungen liegen zwischen 75,00 und 0,02 v.H. Darüber hinaus bestehen zahlreiche mittelbare Beteiligungen von unterschiedlicher Bedeutung.

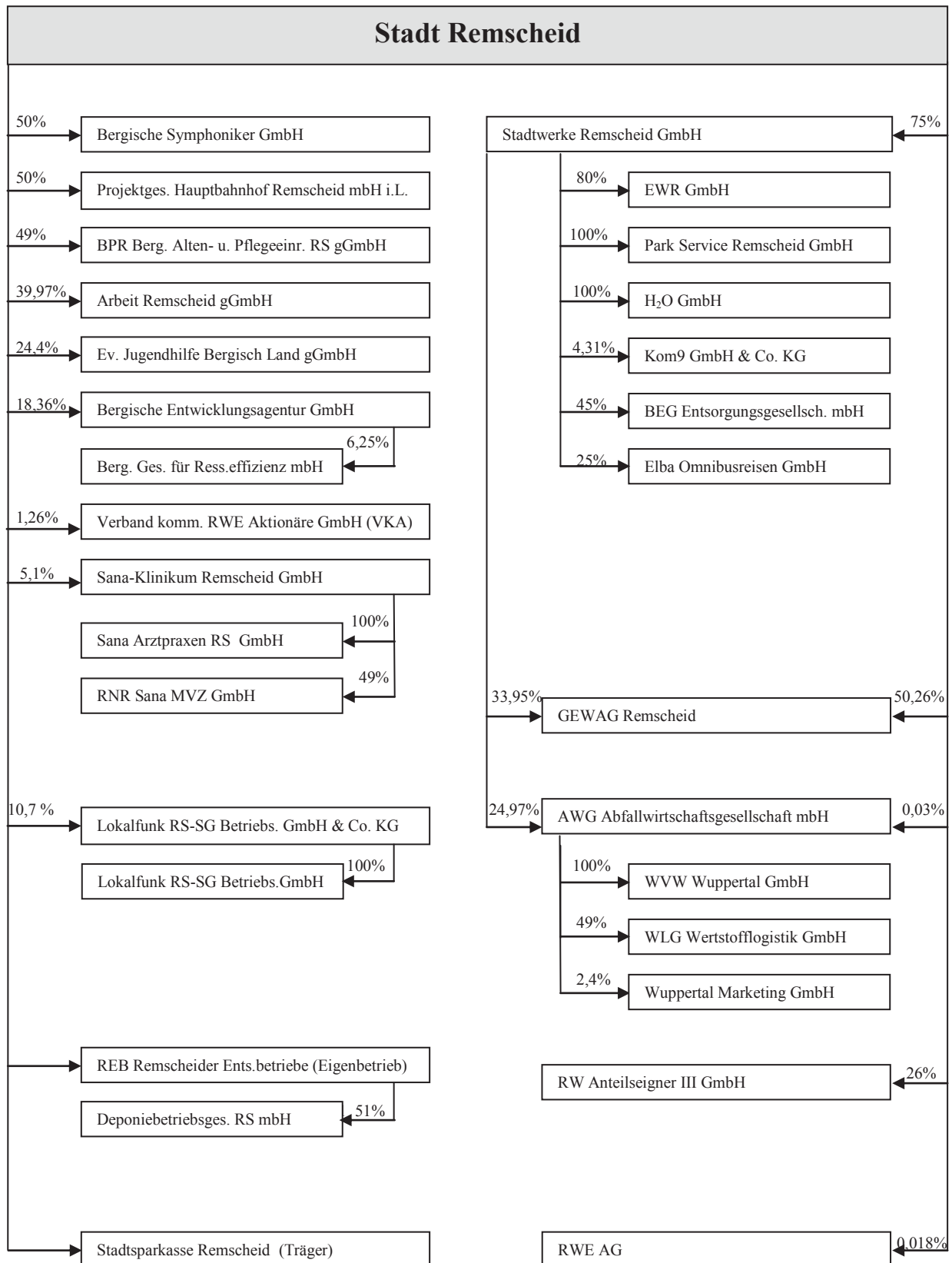
Die nachfolgenden Übersichten informieren über die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen. Die Unternehmen sind in der Reihenfolge der prozentualen Beteiligung aufgeführt.

2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2013

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
Stadtwerke Remscheid GmbH	74.666.800,00	56.000.100,00	75,00	Stadt Remscheid
<i>Beteiligung an:</i>				RWE Rhein-Ruhr AG, Essen
EWR GmbH	17.500.000,00	14.000.000,00	80,00	
Park Service Remscheid GmbH	100.000,00	100.000,00	100,00	
H ₂ O GmbH	200.000,00	200.000,00	100,00	
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	5.000.000,00	1.248.475,00	24,97	
Elba Omnibusreisen GmbH	255.645,94	63.911,49	25,00	
KOM 9 GmbH & Co. KG	470.000,00	10.000,00	4,31	
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH	25.000,00	11.250,00	45,00	
GEWAG	3.525.000,00	1.196.656,87	33,95	
GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	3.525.000,00	1.771.562,09	50,26	Stadt Remscheid
		1.196.656,86	33,95	Stadtwerke Remscheid GmbH
		319.425,92	9,06	9 Industrie- und Handelsfirmen
		237.355,13	6,73	13 Privatpersonen
Bergische Symphoniker GmbH (DM-Basis)	(50.000,00)	(25.000,00)	50,00	Stadt Remscheid
		(25.000,00)	50,00	Stadt Solingen
Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.	100.000,00	50.000,00	50,00	Stadt Remscheid
		50.000,00	50,00	LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH
BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	25.000,00	12.250,00	49,00	Stadt Remscheid
		12.750,00	51,00	Bergische Diakonie Aprath
Arbeit Remscheid gGmbH	153.100,00	61.200,00	39,97	Stadt Remscheid
		38.250,00	24,98	Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep
		19.150,00	12,51	Kreishandwerkerschaft Remscheid
		19.150,00	12,51	Arbeitgeber-Verband RS e.V.
		15.350,00	10,03	Limes GmbH
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH	25.000,00	6.499,00	26,00	Stadt Remscheid
		10.398,00	41,60	STAOG Stadtwerke Oberhausen GmbH
		8.103,00	32,40	Westfälisch-Lippische Vermögens-Verwaltungsgesellschaft mbH

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	50.000,00	12.200,00 12.200,00 12.800,00 12.800,00	24,40 24,40 25,60 25,60	Stadt Remscheid Walter-Frey-Stiftung Ev. Kirchenkreis Leverkusen Ev. Kirchenkreis Lennep
Bergische Entwicklungsagentur GmbH	50.100,00	9.200,00 9.200,00 7.950,00 1.250,00 2.550,00 3.600,00 8.850,00 7.500,00	18,36 18,36 15,87 2,49 5,09 7,20 17,66 14,97	Stadt Remscheid Stadt Solingen Stadt Wuppertal Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR Stadtsparkasse Remscheid Stadtsparkasse Solingen Stadtsparkasse Wuppertal IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid
<i>Beteiligung an:</i> Berg. Gesell. für Ressourceneffizienz mbH	25.000,00	1.562,00	6,25	
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG Kommanditisten: Komplementär: Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH <i>Beteiligung an:</i> Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	512.000,00 26.000,00	54.784,00 384.000,00 73.216,00 26.000,00	10,70 75,00 14,30 100,00	Stadt Remscheid Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Bet.ges. mbH & Co. KG Stadt Solingen
Sana – Klinikum Remscheid GmbH <i>Beteiligung an:</i> Sana Arztpraxen Remscheid GmbH RNR Sana MVZ GmbH	3.100.000,00 25.000,00 25.000,00	158.100,00 2.941.900,00 25.000,00 12.250,00	5,10 94,90 100,00 49,00	Stadt Remscheid Sana Kliniken AG
Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH (VKA)	127.822,97	1.615,68 126.207,29	1,26 98,74	Stadt Remscheid 70 weitere Städte, Kreise und sonst. Juristische Personen des öffentlichen Rechts
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH <i>Beteiligung an:</i> WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH WLG Wertstofflogistik GmbH Wuppertal Marketing GmbH	5.000.000,00 25.000,00 25.000,00 210.000,00	1.525,00 3.523.475,00 1.248.475,00 225.000,00 1.525,00 25.000,00 12.250,00 5.000,00	0,03 70,47 24,97 4,50 0,03 100,00 49,00 2,40	Stadt Remscheid Wuppertaler Stadtwerke GmbH Stadtwerke Remscheid GmbH Stadtwerke Velbert GmbH Stadt Wuppertal
RWE AG	1.574.000.000,00	278.988,80 1.573.721.011,20	0,018 99,982	Stadt Remscheid Weitere Aktionäre
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	250.000,00	127.500,00 122.500,00	51,00 49,00	REB/TBR (Sondervermögen der Stadt Remscheid) DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH

2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2013 (grafische Darstellung)



3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtwerke Remscheid GmbH
 Neuenkamper Straße 81-87
 42855 Remscheid
 Tel. 02191/16-40

Gründungsjahr: 1843

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	56.000.100,00	75,00
RWE Rhein-Ruhr AG, Essen	18.666.700,00	25,00
<u>Gesamt</u>	<u>74.666.800,00</u>	<u>100,00</u>

Beteiligungen der Gesellschaft / Verbundene Unternehmen Gesellschaften

		Stammkapitalanteil	
		in T€	in %
EWR GmbH		14.000	80,00
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	*1	6.838	5,30
- BTV Berg. Trinkwasserverbund GmbH		22	22,00
- Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	*1	5.499	4,05
Park Service Remscheid GmbH		100	100,00
H ₂ O GmbH		200	100,00
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal		1.248	24,97
- WWV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH		25	100,00
ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal		63	25,00
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid		11	45,00
- Ges. für Kompostierung und Recycling mbH, Velbert		133	26,00
- DGV Deponieges. Velbert Verwaltungs mbH		13	50,00
- DGV Deponieges. Velbert mbH & Co. KG	*2	256	50,00
- DBV Deponiebetriebsges. Velbert mbH		50	33,33
- GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH		63	41,00
GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	*3	1.197	33,95
KOM9 GmbH & Co. KG	*1	35.000	4,00
- Thüga AG	*3	85.355	38,41

*1) Kapitalanteil *2) Kommanditkapital, *3) Gezeichnetes Kapital

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Erbringung von Verkehrsdienstleistungen, der Betrieb von Bädern sowie das Halten von Beteiligungen.

Die Gesellschaft betätigt sich unmittelbar, über die Beteiligung an anderen Unternehmen oder über anderweitige Kooperationen in folgenden Bereichen:

- Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von elektrischer Energie, Wärme/Kälte, Gas und Wasser sowie Errichtung und Betrieb der hierfür erforderlichen Anlagen, soweit dies im Rahmen der Unternehmensziele zur Deckung des Bedarfs an Energie- und Wasserdienstleistungen erforderlich ist, Telekommunikation;
- Sicherstellung der Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen durch Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und durch andere Mobilitätsdienstleistungen wie z.B. Mobilitätszentralen, Lieferservice für ÖPNV-Kunden, Spezialangebote für mobilitätsbeeinträchtigte Personen sowie Verkehrsplanung;
- Leistungen für den ruhenden Verkehr;
- Mitwirkung bei der Entsorgung im Stadtgebiet und Umland;
- Durchführung von Energie- und Ressourcensparprogrammen; Beratung, Förderung und kooperative Errichtung und Betrieb von Anlagen oder Einrichtungen zur Vermeidung des Bedarfs an Energie, Mobilität und Wasser sowie zur Vermeidung und Verwertung von Abfall;
- Diversifizierung in neue Geschäftsfelder und Entwicklung von Dienstleistungen, soweit sie den Unternehmenszielen entsprechen, der Stärkung von Synergieeffekten, der Verwertung des Know-hows sowie der Substanzsicherung des Unternehmens unter veränderten Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Entwicklung dienen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge abschließen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Hans-Peter Meinecke	Ratsmitglied	Vorsitzender
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	Stellvertretener Vorsitzender
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied	
Beatrice Schlieper	Ratsmitglied	
Achim Südmeier		
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	
Waltraud Bodenstedt	Ratsmitglied	
Kai Kaltwasser	Ratsmitglied	
Susanne Pütz	Ratsmitglied	
Ilona Kunze-Sill	Ratsmitglied	
Sven Wolf	Ratsmitglied	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung am 28.01.2013 und 30.07.2013 war laut Ratsbeschluss Herr Städtischer Angestellter Christian Schenk.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Ausschüttung	2.385.447,07	1.524.998,23	3.597.264,98
Umlagen SPNV	206.000,00	206.000,00	206.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2011	2012	2013
Mitarbeiter/-innen	232	238	246

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Leistungsdaten des Unternehmens

Betriebsbereich	Leistung	2011	in %	2012	in %	2013	in %
Verkehrsbetriebe	Fahrgäste Tsd.	18.427	-1,6	18.070	-1,9	17.570	-2,8
	Umsatz T€	12.991	5,7	13.331	2,6	13.214	-0,9

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

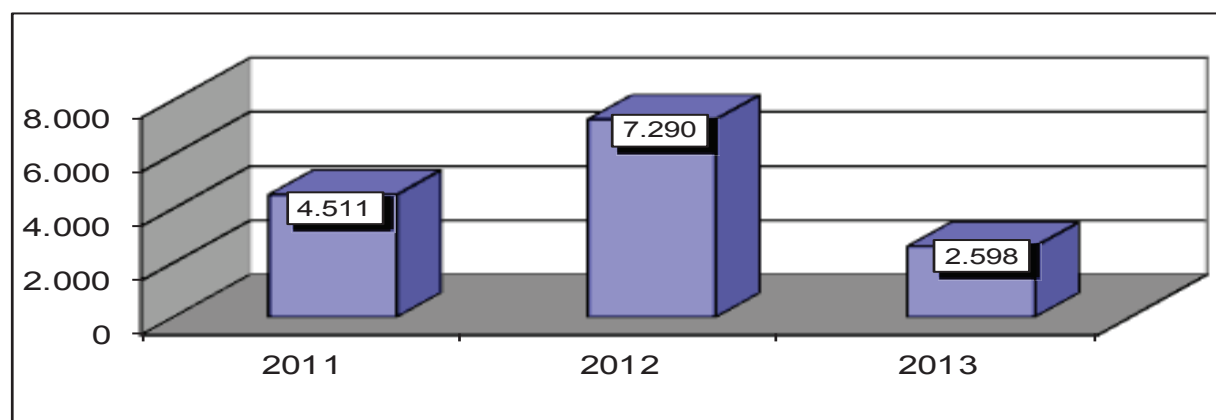
Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	174	0,10	172	0,10	121	0,08
Sachanlagen	14.887	8,96	14.191	8,60	14.001	9,22
Finanzanlagen	131.101	78,95	130.844	79,25	120.618	79,43
Anlagevermögen	146.162	88,02	145.207	87,95	134.740	88,73
Vorräte	597	0,36	596	0,36	468	0,31
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	17.395	10,48	19.120	11,58	16.474	10,85
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.907	1,15	178	0,11	170	0,11
Umlaufvermögen	19.899	11,98	19.894	12,05	17.112	11,27
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	166.061	100,00	165.101	100,00	151.852	100,00
Gezeichnetes Kapital	74.667	44,96	74.667	45,23	74.667	49,17
Kapitalrücklage	21.450	12,92	21.450	12,99	21.450	14,13
Gewinnrücklagen	13.598	8,19	14.598	8,84	2.376	1,56
Jahresüberschuss	4.511	2,72	7.290	4,42	2.598	1,71
Eigenkapital	114.226	68,79	118.005	71,47	101.091	66,57
Sonderposten mit Rücklagenanteil	2.815	1,70	2.728	1,65	2.640	1,74
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	3.202	1,93	3.589	2,17	3.551	2,34
Verbindlichkeiten	45.818	27,59	40.779	24,70	44.570	29,35
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	166.061	100,00	165.101	100,00	151.852	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr GuV-Position	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	13.110	13.441	13.280
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	-52	-2	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	2.472	2.263	2.623
Erträge aus Gewinnabführung	10.089	11.764	9.997
Erträge aus Beteiligungen	5.335	6.824	5.968
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	37	24	30
Erträge	30.990	34.314	31.898
Materialaufwand	6.841	6.930	6.657
Personalaufwand	10.871	11.416	11.419
Abschreibungen	1.805	1.861	1.929
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.878	2.960	2.878
Abschreibungen auf Finanzanlagen	2	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	234	215	78
Aufwendungen aus Verlustübernahme	3.661	3.497	3.590
Aufwendungen	26.292	26.879	26.551
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.698	7.435	5.347
Außerordentliche Aufwendungen/Erträge	0	0	9.178
Sonstige Steuern	-187	-145	-1.111
Jahresüberschuss (+)	4.511	7.290	13.414
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Kapitalrücklage	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Gewinnrücklage	0	0	24.038
Ergebnisverwendung (Vorabausschüttung)	0	0	0
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	-34.854
Bilanzgewinn	4.511	7.290	2.598

Entwicklung der Jahresergebnisse

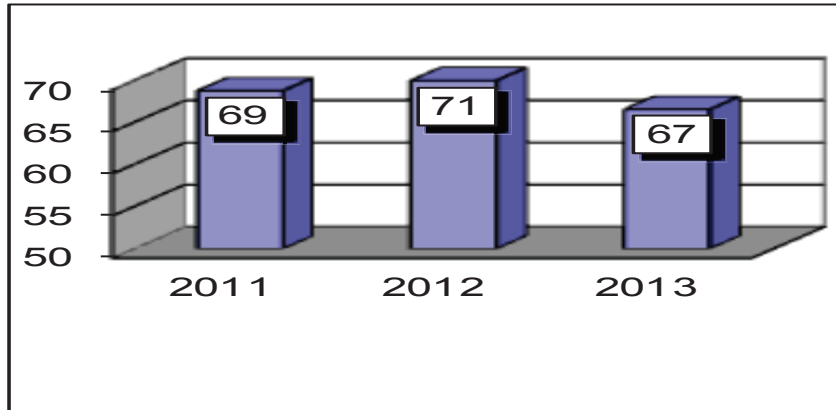
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	4.511	7.290	2.598



Kennzahlen

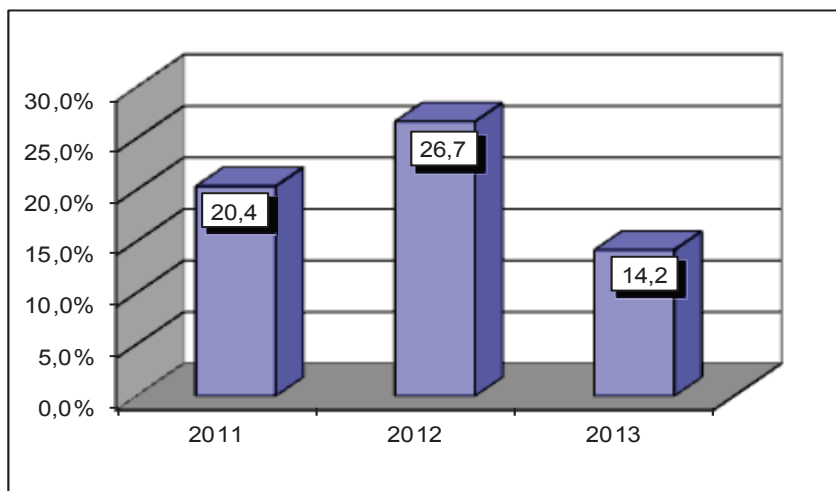
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	114.226	118.005	101.092
Bilanzsumme	166.061	165.101	151.853
% EK	69	71	67



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	4.511	7.290	2.598
Abschreibungen	1.805	1.861	1.929
	6.316	9.151	4.527
Gesamterträge	30.990	34.314	31.898
Cash-Flow	20,4%	26,7%	14,2%



Zusammengefasster Lagebericht für die Stadtwerke Remscheid GmbH und den Konzern Stadtwerke Remscheid GmbH für das Geschäftsjahr 2013

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) erbringt im Rahmen ihres operativen Geschäftsfeldes „Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)“ Verkehrsdienstleistungen in Remscheid und Umland. Die Stadtwerke Remscheid betätigen sich als Konzernmuttergesellschaft mittelbar über ihre zum Konsolidierungskreis gehörenden Beteiligungen an der EWR GmbH, in den Bereichen Erneuerbare Energien, Energie- und Wasserversorgung sowie Energiedienstleistungen und über die Park Service Remscheid GmbH auf dem Gebiet des ruhenden Verkehrs. Über die ebenfalls zu konsolidierende Beteiligung an der H₂O GmbH, Remscheid, werden öffentliche Bädereinrichtungen im Stadtgebiet unterhalten und betrieben. Zwischen der Konzernmutter und ihren Tochtergesellschaften bestehen über Ergebnisabführungsverträge jeweils körperschaft- und gewerbsteuerliche Organschaften.

Darüber hinaus unterhalten die Stadtwerke weitere mittelbare und unmittelbare Beteiligungen, die den Zweck der Gesellschaft fördern. Die kaufmännische Betriebsführung wird für die zum Konsolidierungskreis gehörenden Gesellschaften von der EWR GmbH (EWR) wahrgenommen.

Mit Wirkung zum 31.12.2013 (24.00 Uhr) wurden die Beteiligungsverhältnisse an SR und der EWR neu geordnet. Die an SR bestehende Beteiligung der RWE Deutschland AG (25 %) - und damit durchgerechnet 20 % an EWR - wurde durch Einzug der von RWE gehaltenen SR-Geschäftsanteile und Hingabe von 20 % EWR-Geschäftsanteile in eine direkte Beteiligung von RWE an EWR gewandelt. Mit dieser Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse sind keine materiellen/wirtschaftlichen Veränderungen im Verhältnis der Gesellschafter zueinander eingetreten. Ab dem Geschäftsjahr 2014 ist alleinige Gesellschafterin der Stadtwerke Remscheid die Stadt Remscheid. Die Geschäftsanteile der EWR werden von der Stadtwerke Remscheid GmbH (60 %), der Thüga AG (20 %) und von der RWE Deutschland AG (20 %) gehalten.

Die Stadtwerke Remscheid und ihre Tochtergesellschaften haben den in ihren jeweiligen Gesellschaftsverträgen formulierten Unternehmenszielen unter Beachtung der in § 108 Absatz 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen enthaltenen Regelungen voll und nachhaltig entsprochen.

II. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und im Konzern

1. Wirtschaftliches Umfeld und Rahmenbedingungen

Der Konjunkturbericht der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid zum Jahresbeginn 2013 attestierte der bergischen Wirtschaft eine insgesamt gute konjunkturelle Lage, wenngleich branchenspezifisch „Licht und Schatten“ dicht beieinander liegen. Der Geschäftslageindex verbesserte sich nochmals gegenüber dem Herbst 2012. Im Städtevergleich hatte sich allerdings „das Blatt gewendet“ - Remscheid wechselte von der Spitzenposition im bergischen Städtedreieck nach Solingen und Wuppertal auf Platz drei. Zum Herbst 2013 berichtete die IHK von einer überwiegend guten wirtschaftlichen Situation und einer erstaunlich robusten konjunkturellen Entwicklung. Trotz einer positiven Tendenz hinkt Remscheid im Städteranking hinterher. Beispielsweise nahmen die Industrieumsätze in Remscheid im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 3,7 % ab, während für den IHK-Bezirk insgesamt noch ein geringes Plus von 0,2 % ermittelt wurde.

Der Arbeitsmarkt in der Region verzeichnete zwar keine nennenswerten Impulse, entwickelte sich allerdings entgegen dem Landestrend in eine leicht positive Richtung. Im IHK-Bezirk sank die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2013 gegenüber Dezember 2012 marginal, und zwar von 10,6 % auf 10,4 %. In Remscheid veränderte sich die Quote von 9,1 % auf 9,0 %.

Die regional gefestigte Konjunkturlage zeigte bei der Remscheider Wirtschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt nicht die gewünschten Erfolge. Die Ertragslage der Stadtwerke Remscheid und ihrer Tochtergesellschaften ist vom wirtschaftlichen Umfeld nicht abzukoppeln und wird je nach Gesellschaft bzw. Geschäftsfeld unterschiedlich stark beeinflusst. Beispielsweise sind die Entwicklungen der Personal- und Treibstoffkosten in der Verkehrswirtschaft der Stadtwerke maßgebliche Einflussfaktoren und rückläufige Industrieumsätze sowie Witterungseinflüsse spiegeln sich im Energieabsatz unserer Tochtergesellschaft wider. Alle Geschäftsfelder des Konzerns haben sich gemeinsam auf einen mehr oder weniger bestimmenden Einflussfaktor einzustellen: Die stetig sinkende Einwohnerzahl Remscheids.

2. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und im Konzern

Die **Umsatzerlöse der SR** blieben hinter dem Niveau des Vorjahres um knapp 0,2 Mio. € zurück und erreichten eine Gesamtgröße von ca. 13,3 Mio. €. Einziges operatives Geschäftsfeld ist nach wie vor der Betrieb des ÖPNV. Insbesondere wegen sinkender Fahrgastzahlen sanken die Nettofahrgeldeinnahmen aus der Personenbeförderung trotz der VRR-Tarifpreiserhöhung zum 01. Januar 2013 um 0,6 %. Das Fahrgastaufkommen lag mit insgesamt 17,6 Mio. Fahrgästen rechnerisch um 2,8 % unter dem Stand des Vorjahres. Generell bleibt bei der Entwicklung des Fahrgastaufkommens zu beachten, dass es sich bei den mit Hilfe von verbundeinheitlichen Fahrtenhäufigkeiten ermittelten Zahlen um eine statistische Größe handelt, die nicht das tatsächliche Fahrgastaufkommen in unserem Verkehrsgebiet wiedergeben kann, sondern nur Richtungen aufzeigt. Dennoch sehen wir bei dem Fahrgastaufkommen im Verkehrsbetrieb unserer Gesellschaft wie auch schon im Vorjahr sinkende Fahrgastzahlen. Der kontinuierliche Bevölkerungsrückgang in Remscheid ist aus unserer Sicht neben konjunkturellen Entwicklungen und Arbeitsmarktdaten ein wichtiger, einflussnehmender Faktor.

Die **Umsatzerlöse im Konzern** der SR stiegen gegenüber dem Vorjahr von 159,2 Mio. € auf 172,7 Mio. € (+ 8,5 %). Dieser Zuwachs resultiert weitestgehend aus dem Umsatzsprung bei der EWR. Die Außenerlöse stiegen dort - saldiert über alle Sparten - um 9,5 % auf 156,6 Mio. €. Auslöser war die in Folge der erheblichen Steigerung der gesetzlichen EEG-Umlage zwingend notwendige Preisanpassung zum 01. Januar 2013 in der Sparte Strom. Die Energie- und Wassersparten der EWR verzeichnen auf der Absatzseite im angestammten Netzgebiet insgesamt eine rückläufige Entwicklung. Lediglich die Strombelieferung von Individualkunden in fremden Netzgebieten konnte stark zulegen. Kundenwechsel, branchenspezifische Minderverbräuche bei Industrieunternehmen wegen fehlender Marktimpulse, einhergehend mit witterungsbedingten Einflüssen zeichnen dafür verantwortlich, dass die Gasversorgung nicht an das Absatzvolumen des letzten Jahres anknüpfen konnte. In der Wasserversorgung setzte sich im Zuge sinkender Einwohnerzahlen in Remscheid der Trend rückläufiger, um Sondereffekte bereinigter Wassermengen fort.

Unsere Sauna- und Bädergesellschaft, die H₂O GmbH, konnte umsatzseitig gegenüber dem Vorjahr um 6 % zulegen und erreichte Gesamterlöse in Höhe von annähernd 4,4 Mio. €. Der Umsatzzuwachs ist in erster Linie auf zwei Faktoren zurückzuführen: Trotz einer insgesamt gegenüber der Vorjahr stabilen Besucherentwicklung - mit 656.900 Gäste auf hohem Niveau - konnten wir im Saunabereich bei den Gästezahlen zulegen. Gestützt wurde das Umsatzplus in

der Saunalandschaft durch eine im Oktober 2013 vorgenommene, mittlere Preisanpassung in Höhe von 3 %.

Der operative Geschäftsbetrieb der PSR verlief im abgelaufenen Geschäftsjahr ausgesprochen zufriedenstellend. Die Gesamterlöse aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen durchbrachen im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem Wert von 1.023 T€ (+ 13,4 %) erstmals die Millionengrenze. Ein neues Pachtobjekt und die damit einhergehende Belebung bzw. weitere Stärkung in den Geschäftsfeldern der Kurzzeit- und Dauerparker haben entscheidend dazu beigetragen, dass die PSR erstmals mit einem positiven Jahresergebnis abschließt.

Die **betrieblichen Aufwendungen der Stadtwerke Remscheid** - etwa 23,5 Mio. € gegenüber 23,2 Mio. € im Vorjahr - werden insbesondere durch Material- und Personalkosten, die Abschreibungen sowie die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen geprägt.

Größte Einzelposten beim **Materialaufwand** sind mit gut 2,4 Mio. € die Treibstoffkosten zum Betrieb der Busflotte, die im Wesentlichen durch günstigere Einstandspreise gegenüber 2012 um annähernd 5 % geringer ausgefallen sind. Die ebenfalls dem Materialaufwand zuzurechnenden Fremdfahrleistungen bewegen sich mit ca. 1,7 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres.

Wegen des personalintensiven Fahrbetriebes sind die **Personalkosten** der größte Aufwandsblock in der Ergebnisrechnung der Stadtwerke. Auf diese Kostengröße entfielen wie im Jahr zuvor 11,4 Mio. €. Zum 31.12.2013 beschäftigten die SR 246 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit 3 Belegschaftsmitglieder mehr als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Jahresende um 1 erhöht und auf 236 Personen eingestellt. Zum Bilanzstichtag befanden sich 7 junge Menschen (+ 1) im Verkehrsbetrieb der SR in einem Ausbildungsverhältnis. Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende und Fahrpersonal bezogen - einer Ausbildungsquote von gut 9 %.

Die **Abschreibungen** und **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verliefen planmäßig und fließen insgesamt wie im Vorjahr mit etwa 4,8 Mio. € in die Ergebnisrechnung der Stadtwerke ein.

Auf Ebene des **Konzerns** sind die **betrieblichen Aufwendungen** über alle Aufwandsarten per Saldo von ca. 164,4 Mio. € um 11,3 Mio. € oder 6,9 % auf 175,7 Mio. € angewachsen. Diese Mehraufwendungen sind vollständig zusätzlichen Strombezugs- und Netzkosten der EWR zuzurechnen. Ursächlich zeichnen hierfür einerseits gelieferte Mehrmengen in fremde Netzgebiete verantwortlich, insbesondere aber sind als Treiber für diese Mehrausgaben der bereits angemerkte erhebliche Anstieg der EEG-Umlage sowie geleistete Offshore- und § 19-Umlagen zu nennen. Die konzernweiten Personalkosten sind mit 30,2 Mio. € (+ 0,7 % gegenüber 2012) an den betrieblichen Aufwendungen beteiligt. In der Stadtwerke-Unternehmensgruppe waren zum Bilanzstichtag insgesamt 521 (518 i. Vj.) kostenrelevante Vollzeitkräfte beschäftigt. Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen beanspruchen rund 27,9 Mio. € und fallen damit gegenüber dem letzten Geschäftsjahr um 0,4 % niedriger aus.

Die Stadtwerke Remscheid haben im Geschäftsjahr 2013 ein **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** in Höhe von etwa 5,3 Mio. € (7,4 Mio. € i. Vj.) erwirtschaftet. Damit übertrifft das Ergebnis die im revidierte Wirtschaftsplan 2013 bereits „nach oben“ gesetzte Zielmarke nochmals um 1,4 Mio. €. Der Vergleich zum Vorjahr ist nur eingeschränkt mög-

lich, weil im Jahr 2012 die Erträge aus Gewinnabführung und Beteiligungen durch positive Sondereffekte beeinflusst waren.

Neben den Erträgen aus der Gewinnabführung der EWR und erstmals PSR, den Erträgen aus Dividenden und den übrigen Beteiligungen wie AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (AWG), BEG, ELBA und Kom9, trug auch der Verkehrsbetrieb durch einen geringeren Betriebsverlust (ca. - 0,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr) zum Gesamtergebnis der Stadtwerke Remscheid bei.

Nach Abzug der Ertragsteuern sowie sonstigen Steuern und insbesondere unter Berücksichtigung der buchungssystematisch über a.o. Erträge und Gewinnrücklagen abzubildenden Neuordnung der Beteiligungsstruktur der Stadtwerke, weist die Gesellschaft einen **Bilanzgewinn** in Höhe von 2,6 Mio. € aus. Dieser berücksichtigt bereits die Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter der EWR, die Thüga AG München, in Höhe von 1,6 Mio. € sowie den abzugelenden Ausgleichsanspruch (1,6 Mio. €) der RWE Deutschland AG (zum 31. Dezember 2013 bei SR ausscheidende Gesellschafterin) auf das ihr noch für 2013 zustehende anteilige Jahresergebnis. Der Vergleich mit dem Bilanzgewinn des Vorjahres (7,3 Mio. €) ist insoweit verzerrend, weil bei diesem Ergebnis die Ausschüttung an die RWE Deutschland AG (2,0 Mio. €) nicht berücksichtigt ist.

Der **Konzernbilanzgewinn** der Stadtwerke Remscheid ist wie in Vorjahren gleichlautend mit dem Bilanzgewinn aus den Einzelabschlüssen der Gesellschaft.

3. Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft und im Konzern

Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist Bestandteil der kaufmännischen Serviceleistungen der EWR und darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätslage ist jederzeit über die konzernweite Liquiditätssteuerung gesichert. Zum Bilanzstichtag verfügten die Stadtwerke über flüssige Mittel in Höhe von 0,2 Mio. € (0,2 Mio. i. Vj.) und der Konzern über 8,2 Mio. € (8,4 Mio. € i. Vj.)

Wie bereits im Vorjahr bestanden bei den Stadtwerken zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres keine langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Im Konzern wurden langfristige Darlehen von Kreditinstituten planmäßig getilgt und belaufen sich auf ein Restvolumen von ca. 9,9 Mio. € (11,3 Mio. € i. Vj.). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten machen 5 % der Bilanzsumme aus.

Im Jahr 2013 wurden bei den Stadtwerken **Investitionen** in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von rund 2,3 Mio. € (1,7 Mio. € i. Vj.) getätigt. Mit diesem Volumen blieb die Gesellschaft um 0,8 Mio. € unter dem revidierten Planansatz. Der Löwenanteil der Ausgaben entfiel mit etwa 2,0 Mio. € auf den Verkehrsbetrieb für die Ersatzbeschaffung von zehn Standard-Linienbussen. Darüber hinaus investierte die Gesellschaft im Bereich der Finanzanlagen für die Zeichnung einer Hybridanleihe der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA weitere 3,0 Mio. € (Vj. 0,0 Mio. €).

Der Konzern verausgabte im abgelaufenen Geschäftsjahr konsolidiert insgesamt rund 11,2 Mio. € (Vj. 8,7 Mio. €) für die Investitionstätigkeit in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Hiervon entfielen gerundet 21 % auf die Stadtwerke Remscheid, weitere 71 % auf die EWR und 8 % auf die H₂O. Die PSR verausgabte nur geringfügige, nicht näher zu erläuternde Investitionsmittel. Im Bereich der Finanzanlagen wurden zusätzlich 1,6 Mio. € (Vj. 2,7 Mio. €) für die Beteiligung der EWR an der THEE und Green GECCO

und von SR weitere 3,0 Mio. € für besagte Zeichnung der Thüga-Hybridanleihe eingesetzt. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die vorhandene Liquidität im Konzern zurückgegriffen werden. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit im Konzern beläuft sich auf 29,9 Mio. € (Vj. 12,0 Mio. €).

Zum Bilanzstichtag nimmt das langfristig gebundene Vermögen der Stadtwerke 88,7 % der Bilanzsumme gegenüber 88,0 % zum korrespondierenden Vorjahresstichtag ein. Auf Konzernebene sind es 82,9 % bzw. 80,7 %.

Insbesondere vor dem Hintergrund der eingangs erläuterten Neuordnung der Beteiligungsstrukturen ist hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage festzustellen, dass die Bilanzsumme der Stadtwerke um ca. 13,2 Mio. € auf etwa 151,9 Mio. € gesunken ist. Im Zuge dieser Umstrukturierung hat sich das Eigenkapital der Gesellschaft geändert und beträgt zum Bilanzstichtag vor Ergebnisverwendungsbeschluss 101,1 Mio. € (Vj. 118,0 Mio. €) oder ca. 66,5 % (Vj. 71,5 %) der Bilanzsumme.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung der Stadtwerke setzen wir - getrennt nach Verkehrswirtschaft und Unternehmensbeteiligungen - spartenbezogen ein monatliches Berichtswesen ein, das im Ergebnis in gleicher Tiefe und Breite in differenzierte Erfolgsrechnungen mündet. Analysiert werden sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Verkehrseinnahmen gegliedert nach Tickettarifen und Fahrgastzahlen, Betriebskosten im Fahrbetrieb und Werkstattbereich einschließlich Kostendeckungsgrad sowie Erträge und Kosten je beförderte Person. Darüber hinaus stehen die jährlichen Investitionen sowie verschiedene Parameter rund um die Personalentwicklung im Fokus. Diese Instrumentarien verschaffen uns die Möglichkeit, frühzeitig Abweichungen zu erkennen, um bei Fehlentwicklungen, die das geplante Unternehmensergebnis gefährden, Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Dieses Berichtswesen und zugleich Steuerungsinstrument kommt konzernweit zum Einsatz und findet in den Stadtwerke-Konzernunternehmen auf die jeweiligen Belange abgestellt mit der gleichen Methodik Anwendung.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt (somit auch unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung und Energieeffizienz im Betrieb unserer Omnibusse) sowie unserer Mitarbeiter. Die Pünktlichkeit unserer Busflotte im ÖPNV als wichtiger Bestandteil unserer Serviceleistungen wird stetig und regelmäßig im Liniennetz analysiert und optimiert. Über 96 % aller Abfahrten lagen im Berichtsjahr im Pünktlichkeitsbereich zwischen 0 und 5 Minuten, ein vergleichsweise sehr guter Wert.

Die Stadtwerke Remscheid und die EWR haben das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Bereits seit 1996 verfügen wir über ein für alle Sparten gültiges und zertifiziertes Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14001 genügt. Die Zertifizierung muss alle drei Jahre erneuert werden; zuletzt geschah dies mit sehr gutem Ergebnis im November 2013. Die Maßnahmen unseres Umweltprogramms führen in Summe zu mehr als 30.000 t CO₂-Ersparnis und leisten damit einen erheblichen Beitrag zur Entlastung der Umwelt in der Region. Sie werden ergänzt durch Aktivitäten in der Elektromobilität sowie unserem Umweltengagement durch Beteiligungen, z.B. an Green GECCO und Thüga Erneuerbare Energien (THEE).

Als wesentliches Maß für die Güte der Sicherheitsarbeit im Rahmen des Arbeitsschutzes gilt allgemein die Anzahl der Arbeitsunfälle. Bei den Stadtwerken ereigneten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 10 meldepflichtige Arbeitsunfälle. Im Konzern verzeichneten wir mit 18 sowohl meldepflichtigen, als auch nicht meldepflichtigen Vorgängen in Summe 4 weniger als im Jahr zuvor.

III. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind sowohl bei den Stadtwerken als auch im Konzern keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich in besonderer Weise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

IV. Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2013 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2014 bis 2017, erwarten wir für das Jahr 2014 einen **Bilanzgewinn** für die **Stadtwerke** - deckungsgleich mit dem **Konzernbilanzgewinn** - in Höhe von 0,4 Mio. € gegenüber 2,6 Mio. € im Berichtsjahr. Für den Prognosezeitraum 2015 bis 2017 rechnen wir mit einem mittleren korrespondierenden Jahresergebnis um 0,3 Mio. €. Diese Ergebnisse verstehen sich nach Verlustverrechnung - im Wesentlichen aus der Verkehrswirtschaft und dem Bäderbetrieb - und den Ausgleichszahlungen an die außenstehenden Gesellschafter der EWR, der Thüga AG und RWE Deutschland AG.

Mit dieser Prognose bewegen wir uns tendenziell unter der Ergebnislage des Berichtsjahres. Diese Entwicklung überrascht nicht und es bedarf dennoch großer Anstrengungen der Gesellschaft und ihrer Tochterunternehmen, diese Ziele zu erreichen. Während VRR-weit in Ballungsgebieten und Großstädten tendenziell steigende Fahrgastzahlen auszumachen sind, sehen wir auch in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres im Remscheider Verkehrsgebiet erneut sinkende Fahrgastzahlen. Diese lassen befürchten, dass trotz VRR-Tarifpreiserhöhungen die kassentechnischen Einnahmen nicht das Vorjahresniveau erreichen und ebenso hinter unseren Wirtschaftsplanansätzen liegen werden. Sinkende Einwohner- und Schülerzahlen und nicht zuletzt die weiterhin gesperrte Müngstener Brücke - verbunden mit einer wenig attraktiven Anbindung an die Schiene - tragen zu der leider negativen Entwicklung bei. Bei unserer Energieversorgungs Tochter EWR sind der verschärfte Wettbewerb auf der Vertriebsseite, ebenso der Bevölkerungsrückgang in Remscheid sowie Energieeffizienzmaßnahmen, die zu Verbrauchsrückgängen bei unseren Kunden führen, als Herausforderungen anzusehen. Trotz einer vergleichsweise guten Verfassung der regionalen Wirtschaft, hinterlässt die mehr oder weniger ausgebliebene Winterperiode deutliche Spuren in der Absatzentwicklung der Energiesparten. Insbesondere in der Gasversorgung sind die negativen Auswirkungen in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres unübersehbar. Trotz vorsichtiger Planung erreichen wir in diesem Zeitabschnitt nicht ansatzweise die vorgesehenen Liefermengen (- 11,7 %).

Die von den Gästen der H₂O GmbH anerkannt hohe Aufenthaltsqualität in unserem Sauna- und Badeparadies, weitere Attraktionen sowie die Ertüchtigung des Gradierwerks in 2014 stimmen uns zuversichtlich, das hohe Niveau der Gästezahlen im Planungszeitraum stabil zu halten. Das Preisniveau vergleichbarer Freizeiteinrichtungen eröffnet uns gewisse Spielräume, die wir bei der Preisgestaltung nuanciert nutzen wollen. Die Besucherströme und Umsatzentwicklung im ersten Quartal zeigen sowohl im Ist/Ist- als auch Plan/Ist-Vergleich positive Tendenzen.

Bei der in der Parkraumbewirtschaftung tätigen PSR rechnen wir ebenfalls mit einer stabilen Ertragslage, bei der wir vorsorglich nicht steigende Kurzparkereinfahrten unterstellt haben.

Das neue Pachtobjekt an der Daniel-Schürmann-Straße leistet einen wichtigen Beitrag zur Ergebnissituation der PSR. Auch bei dieser Gesellschaft zeigen die Fahrzeugbewegungen und Erlöse zufriedenstellende Entwicklungen und übertreffen ebenfalls unsere Erwartungen für die ersten drei Monate.

Ein wichtiges Ertragsselement für die Stadtwerke Remscheid - gepaart mit Erträgen aus weiteren Finanzbeteiligungen - stellt die Beteiligung an Kom9 und somit an der Thüga AG dar. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Gesamtergebnis der Gesellschaft.

Im Jahr 2014 wird das **Investitionsprogramm** bei den **Stadtwerken** voraussichtlich Ausgaben für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von rund 2,1 Mio. € umfassen. Entgegen der Planung werden wir die Anschaffung von 5 Standard-Linienbussen, die für 2015 disponiert war, vorziehen und eine Mittelumschichtung innerhalb des Investitionsbudgets vornehmen. Weitere Investitionen in Finanzanlagen sind nicht vorgesehen.

Für die Investitionstätigkeit in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen im **Konzern** sind in unsere Planung für das laufende Geschäftsjahr Finanzmittel in Höhe von rund 13,2 Mio. € eingestellt. Hiervon entfallen gerundet 16 % auf die Stadtwerke Remscheid, weitere 76 % auf die EWR und 8 % auf die H₂O. Die PSR wird nur geringfügige, nicht näher zu erläuternde Investitionsmittel benötigen. Im Bereich der Finanzanlagen der EWR wurden zusätzlich 3,0 Mio. € für die Stärkung der bestehenden Finanzbeteiligungen an Thüga Erneuerbare Energien (THEE) und Green GECCO in die Planung eingestellt.

Für den Prognosezeitraum 2015 bis 2017 rechnen wir für die Stadtwerke mit einem mittleren jährlichen Investitionsansatz von weniger als 1,0 Mio. €. Im Konzern beträgt der vergleichbare Ansatz etwa 11,7 Mio. €.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft und aller Konzernunternehmen ist gesichert. Zur Bewältigung des Investitionsprogramms werden wir voraussichtlich ergänzend langfristige Fremdmittel einsetzen.

V. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikobericht

Das Risikomanagement wird im Konzern unternehmensübergreifend betrachtet und behandelt. Die Risikostrategie ist darauf ausgerichtet, dass unternehmerische Entscheidungen erst nach sorgfältigem Abwägen von Chancen und Risiken getroffen werden. Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken - nach den Prioritäten A bis C abfallend klassifiziert - werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert, Maßnahmen zur Risikominderung werden festgelegt und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Den Aufsichtsräten wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht zum Risikomanagement gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Zum Jahreswechsel 2013/2014 sind im Konzern für die SR und EWR insgesamt sechs Risiken identifiziert. Für die PSR und H₂O GmbH bestehen zurzeit keine Risiken, die im Hinblick auf die mögliche Schadenshöhe oder Eintrittswahrscheinlichkeit den Vorgaben des Risikomanagements entsprechen.

Ein Risiko, das ÖPNV-Finanzierungssystem, betrifft ausschließlich die Stadtwerke Remscheid und wird in der Prioritätenklasse C geführt. Vor dem Hintergrund des EuGH-

Urteils „Altmark Trans“ aus dem Jahr 2003, mit dem die beihilferechtliche Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers an Verkehrsunternehmen an bestimmte Kriterien gebunden ist, hat der Zweckverband VRR ein neu entwickeltes Finanzierungssystem beschlossen. Im Dezember 2006 hat die EU-Kommission ein förmliches Prüfverfahren gegen das Finanzierungssystem des VRR eingeleitet, aus dem für alle Beteiligten beihilferechtliche Risiken erwachsen. Mit Schreiben vom 19. April 2011 des VRR wurde darüber informiert, dass das VRR-Finanzierungssystem im Beihilfeprüfverfahren Langenfeld von der EU-Kommission anerkannt wurde.

Ein weiteres, gemeinsam mit der EWR neu aufgenommenes Risiko in der Klasse C betrifft den vom Statistischen Landesamt prognostizierten Bevölkerungsrückgang in Remscheid und die damit verbundenen möglichen Auswirkungen auf Fahrgast- und Absatzentwicklungen.

Die restlichen vier Risiken betreffen ausschließlich die EWR. Zwei dieser Risiken - Wasserpreisabsenkung und rechtsunsichere Preisanpassungsklauseln - werden in der Prioritätenklasse B geführt. Die anderen beiden sind in der Prioritätsklasse C dokumentiert, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Hierunter fallen die netzseitig erwirtschafteten und tendenziell sinkenden Netznutzungsentgelte sowie das noch zum Jahreswechsel geführte Risiko aus Konzessionsverlust. Dieses kann ausgeblendet werden, weil die Verhandlungen mit der Stadt Remscheid zwischenzeitlich erfolgreich abgeschlossen werden konnten und entsprechende Gremienbeschlüsse für die Unterzeichnung der Verträge bereits gefasst sind.

Andere Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt. Hierunter fallen bei der EWR u. a. auch Eventualfolgen aus der nun am 31. Juli 2013 ergangenen Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) vor dem Hintergrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu Preisanpassungsklauseln in Normsonderkundenverträgen. Diese Rückstellung haben wir aus unserer Risikoeinschätzung vorsorglich aufgestockt. Darüber hinaus bestehen keine Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowohl der Stadtwerke als auch des Konzerns nachhaltig negativ beeinflussen können oder den Bestand der Gesellschaft und ihrer Töchter gefährden.

2. Chancenbericht

Neben der Risikobetrachtung sehen wir auch Chancenpotenzial bei den **Stadtwerken** und im Konzern. In den Bereichen des Verkehrsbetriebes halten unsere Restrukturierungsbemühungen an. Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit sind für einen reibungslos funktionierenden ÖPNV unschlagbare Parameter. Darüber hinaus erwartet der Fahrgast weitere Serviceleistungen, die für einen attraktiven ÖPNV sprechen. Wir sehen hierin ein Chancenpotenzial und haben uns diesen Herausforderungen gestellt: Ein neuer moderner Internetauftritt mit mehr Service-Online-Funktionen, die Einführung eines Handy-Tickets sowie ein interaktiver Liniennetzplan, der über die klassische Fahrplanauskunft hinausgeht und eine dazugehörige WebApp für Smartphones und Tablets mit Ortungsfunktionalität machen Remscheid noch mobiler erlebbar. Wir wollen mit diesen neuen Möglichkeiten potenzielle Fahrgäste ansprechen und Mehrwerte schaffen.

Mit Inkrafttreten des novellierten Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) zum 01. Januar 2013 wurde als wesentlicher Bestandteil die Möglichkeit der Direktvergabe von Verkehrsleistungen durch Kommunen an ihre kommunalen Verkehrsunternehmen verankert. Im Hinblick auf die in 2017 auslaufende Betrauung werden wir im laufenden Geschäftsjahr mit der Stadt Remscheid in die vorbereitenden Überlegungen zur Direktvergabe einsteigen. Eine wichtige

Voraussetzung, die 100 %-ige Anteilseignerschaft der Stadt, ist mit der eingangs erwähnten Neuordnung der Beteiligungsstrukturen bei den Stadtwerken bereits erfüllt.

Bei der **EWR** nutzen wir in der Breite das Chancenpotential im Thüga-Netzwerk beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Netz. Der Ausbau unserer Beteiligungen an Green GECCO und der THEE und damit im Segment der regenerativen Energieerzeugung ist im Geschäftsjahr 2013 weiter fortgeschritten, allerdings hängen die Aktivitäten und Planungen dieser beiden Beteiligungsgesellschaften und damit auch unser zukünftiges Engagement im erheblichen Maße von der Neuausrichtung und den finanziellen Rahmenbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ab. Trotz des erst für das 2. Halbjahr 2014 zu erwartenden, neuen ordnungspolitischen Handlungsrahmens erreichen die Windparkportfolien von Green GECCO der THEE mittlerweile rund 260 Megawatt.

Der zunehmende Bedarf an breitbandigen Informationstechnologien hat uns erneut veranlasst, unsere bereits vorhandenen Erfahrungen zu nutzen und unsere Chancen als Infrastrukturdienstleister im Thema Breitband weiter auszuloten. In 2014 stehen in diesem Segment weitere Netzausbauüberlegungen an.

Nach wie vor verfolgen wir unseren eingeschlagenen Weg in Richtung eines regionalen Energieeffizienz- und Energiedienstleistungsunternehmens. Im Dezember 2013 ist das neue BHKW am Standort des Sauna- und Badeparadies H₂O in Betrieb gegangen, in dem umweltfreundlich erzeugtes Biomethan zum Einsatz kommt, das zu einem nachhaltigen CO₂-neutralen Wärme- und Stromertrag von voraussichtlich 8 bis 9 Mio. kWh jährlich führen wird. Damit verbunden wird auch die Ertragskraft des Geschäftsfeldes Wärmeversorgung/Contracting gestärkt.

Aufenthaltsqualität in unseren Einrichtungen, Kundenorientierung und Kontinuität stehen im Fokus unseres Handelns. Die **H₂O GmbH** und insbesondere ihr Sauna- und Badeparadies wird den „Verschönerungskurs“ (beispielsweise mit einem kernsanierten Gradierwerk), die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit sowie stetige Weiterentwicklung im Event- und Dienstleistungsbereich fortsetzen, um das hohe Besucherniveau zu bestätigen. Bereits 2012 erhielt die Saunalandschaft vom Deutschen Sauna-Bund e. V. das Qualitätssiegel „SaunaPremium“. Diese höchste Auszeichnung ist vergleichbar mit der Bewertung von fünf Sternen in der Hotelbranche. Das „geschnürte Gesamtpaket“ eröffnet uns die Chance, die Position des H₂O als „die“ regionale Freizeitanlage zu festigen.

Bei der **Park Service Remscheid GmbH** eröffnen uns eingeleitete und umgesetzte Maßnahmen die Chancen, die Parkhausfrequenz und damit die Einnahmen zu steigern bzw. durch günstigere Kostenstrukturen die Ertragslage zu stärken. Hierzu zählen die Anpachtung und Bewirtschaftung eines Parkhauses an der Daniel-Schürmann-Straße mit einem wichtigen Ergebnisbeitrag und das Verhandlungsergebnis zur Senkung von Pachtzahlungen für ein anderes Pachtobjekt. Wertkarten-Auflade-Aktionen sind mittlerweile fester Bestandteile unserer Kundenbindungsstrategie. Sie tragen dazu bei, einen gewissen Grundstock an Einnahmen zu sichern. Darüber hinaus ist die PSR als wichtiger Partner des Einzelhandels auch regelmäßig im Marketingrat der Innenstadt präsent.

VI. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Stadtwerke sowie die zum Konsolidierungskreis gehörenden Tochtergesellschaften haben keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen den Gesellschaften auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Stadtwerke ist in die konzernweit

eingesetzten Finanz- und Liquiditätsplanung eingebunden und wird zentral von der EWR wahrgenommen.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 09.05.2014

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
 Hochstraße 1-3
 42853 Remscheid
 Tel. 02191/4644-0

Gründungsjahr: 1918

Aktionäre	Aktien	Gezeichnetes Kapital	
		in €	in %
Stadt Remscheid	34.602	1.771.562,09	50,26
Stadtwerke Remscheid GmbH	23.373	1.196,656,86	33,95
9 Industrie- und Handelsfirmen	6.239	319.425,92	9,06
13 Privatpersonen	4.636	237.355,13	6,73
<u>Gesamt</u>	<u>68.850</u>	<u>3.525.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft sind satzungsmäßig insbesondere die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Hans-Jürgen Behrendt, Betriebswirt

Aufsichtsrat:

Lothar Sill, Vorsitzender	Sachkundiger Bürger
Markus Kötter, stellvertr. Vorsitzender	Ratsmitglied
Günter Bender	Ratsmitglied
Waltraud Bodenstedt	Ratsmitglied
Markus von Dreusche	Ratsmitglied
Gabriele Eschbach	
Georg Famulla	
Prof. Dr. Thomas Hoffmann	
Dipl. Betriebswirt Peter Krack	
Gabriele Leitzbach	Ratsmitglied
Uwe Manthei	
Andreas Martin	
Christoph Pilz	
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin

Hauptversammlung:

Vertreterin der Stadt Remscheid in der Hauptversammlung war lt. Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2013 T€ 703,2

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Dividende	75.728,21	75.728,21	75.728,21
Depotgebühren	7.140,00	1.860,21	0,00

Anzahl der Beschäftigten (durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer/-innen)

Geschäftsbereich	2011		2012		2013	
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännischer Bereich	25	4	26	2	26	2
Technischer Bereich	11	4	11	3	10	3
Gesamt	36	8	37	5	36	5
Auszubildende	2		2		3	

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Bewirtschafteter Bestand -Anzahl-	2011	2012	2013
Häuser	1.103	1.094	1.085
Wohnungen	6.396	6.407	6.401
Gewerbliche Einheiten	88	88	91
Garagen und Einstellplätze	1.854	1.873	1.906
gesamt jeweils per 31.12.	9.441	9.462	9.483

Grundbesitz -in qm-	2011	2012	2013
Bebaute Grundst. inkl. Erbbaurechte	857.122	854.811	852.454
In Bebauung befindliche Grundstücke	5.440	3.793	2.922
Unbebaute Grundstücke	53.413	53.413	40.964
gesamt jeweils per 31.12.	915.975	912.017	896.340

Bilanzstruktur -im 3-Jahresvergleich-

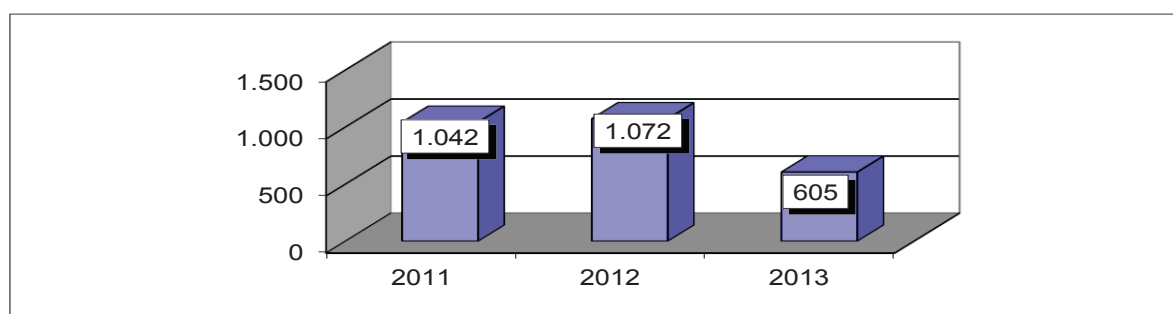
Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	67	0,03	63	0,03	46	0,02
Sachanlagen	192.633	91,32	199.360	93,24	205.718	94,14
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	192.700	91,35	199.423	93,27	205.764	94,16
Z. Verkauf best. Grundstücke u.a. Vorräte	9.315	4,42	10.130	4,74	10.016	4,58
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	1.226	0,58	1.172	0,55	736	0,34
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	7.625	3,61	3.016	1,41	1.950	0,89
Umlaufvermögen	18.166	8,61	14.318	6,70	12.702	5,81
Rechnungsabgrenzungsposten	87	0,04	80	0,04	64	0,03
Aktiva	210.953	100,00	213.821	100,00	218.530	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.525	1,67	3.525	1,65	3.525	1,61
Kapitalrücklage	826	0,39	826	0,39	826	0,38
Gewinnrücklagen	37.957	17,99	38.835	18,16	39.495	18,07
Jahresüberschuss(+)	1.041	0,49	1.073	0,50	605	0,28
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Einstellung in(-)/Entnahme aus Rücklagen(+)	-520	-0,25	-536	-0,25	-302	-0,14
Eigenkapital	42.829	20,30	43.723	20,45	44.149	20,20
Rückstellungen	1.754	0,83	1.746	0,82	2.075	0,95
Verbindlichkeiten	166.370	78,87	168.352	78,74	172.306	78,85
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	210.953	100,00	213.821	100,00	218.530	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

Jahr	2011	2012	2013
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	33.929	33.149	34.048
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-1.000	774	-37
Andere aktivierte Eigenleistungen	592	511	439
Sonstige betriebliche Erträge	1.146	2.077	972
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	104	68	13
Erträge	34.771	36.579	35.435
Aufwend. f. bezogene Lieferungen u. Leistungen	17.716	19.519	19.079
Personalaufwand	2.635	2.632	2.949
Abschreibungen	5.843	5.936	5.591
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.409	1.399	1.340
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.059	4.926	4.591
Aufwendungen	32.662	34.412	33.550
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.109	2.167	1.885
Steuern vom Einkommen und Ertrag	81	81	81
Sonstige Steuern	986	1.014	1.199
Jahresüberschuss (+)	1.042	1.072	605
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0	0	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	521	536	302
Bilanzgewinn	521	536	303

Entwicklung der Jahresergebnisse

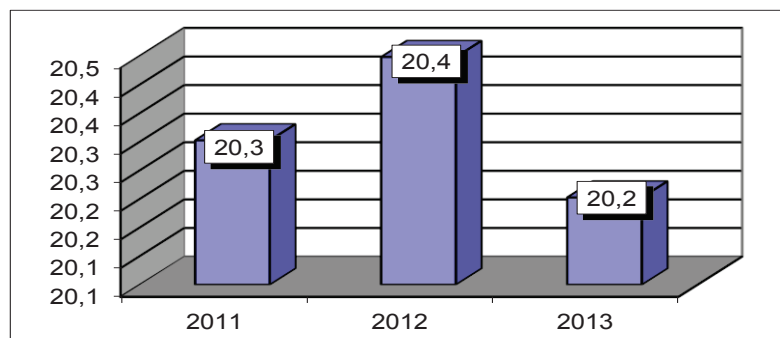
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	1.042	1.072	605



Kennzahlen

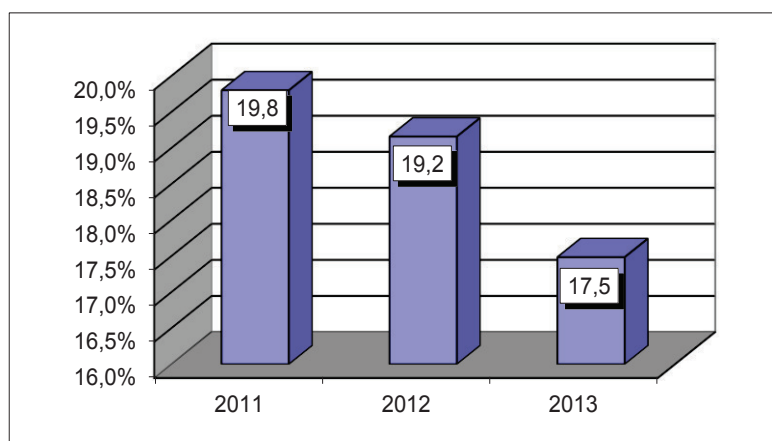
Eigenkapital-Quote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	42.829	43.723	44.149
Bilanzsumme	210.953	213.821	218.530
% EK	20,3	20,4	20,2



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	1.042	1.072	605
Abschreibungen	5.843	5.936	5.591
	6.885	7.008	6.196
Gesamterträge	34.771	36.579	35.435
Cash-Flow	19,8%	19,2%	17,5%



Lagebericht 2013

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie stellt desweiteren Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereit.

1.2. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach einem anfänglich ruhigen Verlauf hat im 2. Quartal des Kalenderjahres 2013 die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufgenommen. Der Internationale Währungsfonds geht in seiner

Berechnung vom Januar 2014 davon aus, dass die globale Wirtschaft 2013 um 3,0% gewachsen ist. Dabei waren die Entwicklungen in den einzelnen Volkswirtschaften im Jahr 2013 zum Teil gegenläufig: Während die Wachstumsraten in den USA etwas stärker ausfielen, sich in Japan belebten und in Europa eine wirtschaftliche Erholung spürbar wurde, trat in China eine Stabilisierung des Wachstums ein. In den Schwellenländern nahm es dagegen leicht ab.

Die geringfügige Verbesserung der Konjunktur in Europa beschränkte sich nicht nur zu einem guten Teil auf die Leistungen der Außenwirtschaft, sie war auch auf eine leichte Belebung der Binnennachfrage zurückzuführen. Damit war für die meisten größeren Wirtschaftsnationen in der Eurozone erstmals nach sechs Quartalen die Zeit eines rückläufigen Bruttoinlandproduktes (BIP) beendet. Gleichzeitig sanken die Zinssätze für Staatsanleihen in den am stärksten von der Schuldenkrise betroffenen Ländern. Dies führte zu einer Senkung der Finanzierungskosten und machte die Staatshaushalte solider.

Dagegen bremsen die von den Regierungen zur Sanierung der Haushalte eingeleiteten Sparmaßnahmen die europäische Wirtschaft und ungelöste Probleme im Bankensektor schränken das Kreditangebot im privaten Sektor ein. Als Folge war ein wenn auch gegenüber dem Vorjahr (- 0,7 %) reduzierter Rückgang des Wirtschaftswachstums von - 0,4 % zu verzeichnen.

Deutschland konnte sich nicht vom schwachen europäischen Umfeld abkoppeln: Das Wachstum des BIP fiel mit 0,4 % sehr gering aus (2012: 0,9 %; 2011: 3,3 %) und wurde vor allem vom privaten Konsum getragen, der preisbereinigt um 0,9 % angewachsen ist. Der positiven Entwicklung beim Außenhandel durch leicht gestiegene Exporte von Waren und Dienstleistungen standen zeitgleich um 1,3 % gewachsene Importe gegenüber, was im Saldo zu einer Schwächung des BIP-Wachstums 2013 von 0,3 %-Punkten führte.

Vertreter führender Wirtschaftsforschungsinstitute haben sich für das Kalenderjahr 2014 unisono auf einen beginnenden Aufschwung der deutschen Wirtschaft festgelegt und erwarten im Jahresdurchschnitt einen Anstieg des BIP von 1,5 bis 2,0 %.

Wiederum gute Signale gab es in 2013 am Arbeitsmarkt, denn die Zahl der Erwerbstätigen war zum Jahresende um 0,6 % gegenüber Dezember des Vorjahres auf 42,028 Millionen Menschen erneut gestiegen, auch die Zahl der Sozialversicherungspflichtigen kletterte weiter. Trotzdem partizipierten die Arbeitslosen nur teilweise vom Arbeitsplus, denn deren Zahl erhöhte sich im selben Vergleichszeitraum um 33.000 Personen auf 2.837.000. Für 2014 rechnet man mit einem geringfügigen Anstieg der Arbeitslosenzahl von derzeit 6,7 % auf 6,8 %

Da die strukturellen Anpassungserfordernisse in vielen Ländern die wirtschaftliche Dynamik in den für den deutschen Handel wichtigen Absatzmärkten gedämpft hat und voraussichtlich die zögernde Entwicklung der Auslandsaufträge auch noch anhalten wird, konnte das Produzierende Gewerbe, das ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung ausmachte, nur auf einen verhaltenen Aufwärtstrend blicken. Die Perspektiven im Verlauf des Jahres 2014 bleiben jedoch positiv.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte sind im Jahr 2013 die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um 1,9% gestiegen, dabei legte die Baunachfrage im Hochbau um 2,2 % und im Tiefbau um 1,7 % zu.

Neben den Waren kommt auch den Dienstleistungen eine immer größere Bedeutung für den europäischen Binnenmarkt zu. Dienstleistungen machen 60 bis 70 Prozent der wirtschaftlichen Aktivität aus und sind damit auch ein wichtiger Beschäftigungsfaktor in Europa. Im Inland waren es die Unternehmensdienstleister, die einen besonders deutlichen Zuwachs verzeichnen konnten. Aber auch die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, die lediglich 1 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor stellen, jedoch 17 % der Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich erarbeiten, konnte sich mit einem Plus von 0,9 % positiv entwickeln.

War in 2013 der Private Konsum noch die zentrale Stütze der Konjunktur, so erwartet man für das Jahr 2014 zusätzlich einen spürbaren Anstieg bei den Exporten sowie bei den Bauinvestitionen, insbesondere beim Wohnungsbau. Lediglich der Zuwachs des Öffentlichen Konsums scheint geringer auszufallen.

Wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Wohnungsmarkt in Deutschland stellte sich dem Betrachter zweigeteilt dar. In vielen Regionen des Osten Deutschlands aber auch in ländlichen sowie strukturschwachen Regionen im Westen prägte zahlreicher Leerstand das Bild, während die Nachfrage nach Wohnraum und in Folge dessen die Mieten in den Großstädten ungebremst stiegen.

Bezogen auf das Bundesgebiet lässt sich zwar die Höhe des Anstieges mit 1,3 % im Jahr 2013 noch als relativ moderat bezeichnen, doch die F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH mit Sitz in Hamburg, die die amtlichen Mietspiegel in Deutschland (Mietspiegelindex) auswertet, kam außerdem zu der Feststellung, dass bei Neuvermietungen in Ballungsräumen die Mietsteigerungen oft weit höher lagen. Dagegen seien die Mieten in den anderen Gebieten kaum gestiegen.

Mit einer Kaltmiete von 10,25 € je Quadratmeter hätte die bayerische Landeshauptstadt München um 65 Prozent über dem deutschen Durchschnitt von 6,21 € je Quadratmeter gelegen, gefolgt von den Städten Stuttgart, Köln, Frankfurt und Hamburg mit Kaltmieten zwischen 8,18 € und 7,53 € je Quadratmeter. Günstige Mieten seien vor allem in ostdeutschen Großstädten zu beobachten gewesen. Erfurt und Jena hätten sich mit 6,20 € je Quadratmeter noch im Durchschnitt bewegt, Schwerin und Dresden mit 5,54 und 5,46 € allerdings deutlich darunter.

Vergleicht man die Erhebung mit der von der Internetplattform www.wohnungsboerse.net ermittelten Wert für 60 Quadratmeter große Wohnungen in Remscheid, so liegt dieser mit 5,24 € rund 16 % unter dem Durchschnitt der deutschen Großstädte.

Die Bundesregierung erhofft sich für die Zukunft, dass die viel diskutierte Mietpreisbremse die Vermieter in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten verpflichtet, bei Wiedervermietung höchstens 10 % mehr als die ortsübliche Miete zu verlangen. Der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft warnt jedoch, dass, insbesondere auch in Verbindung mit der im Koalitionsvertrag verankerten Begrenzung der Modernisierungumlage, zukünftig weniger gebaut und weniger saniert würde, wenn die Wirtschaftlichkeit der Investitionen weiter rückläufig wäre.

Dies hätte wiederum zur Folge, dass bei steigender Nachfrage und einem bereits knappen Angebot in den Metropolen und Universitätsstädten der benötigte Neubaubedarf und der Mangel an zeitgemäßen Wohnraum auf hohem Niveau verharren würde.

Auf die Erteilung von Baugenehmigungen im Jahr 2013 hatten diese Überlegungen sowie die Regelungen der neuen Energie- und Einsparverordnung, die am 1. Mai 2014 in Kraft treten wird, noch keine Auswirkung, aber trotz eines Zehn-Jahres-Höchstwertes konnte der geschätzte Neubaubedarf für Deutschland von jährlich rund 300.000 Wohnungen wieder nicht erreicht werden.

Dennoch hat der Wohnungsbau rasant Fahrt aufgenommen, was an der Zahl von 270 364 Wohnungsbaugenehmigungen deutlich erkennbar wird.

Die Steigerung der Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern um 21.489 Einheiten (22,3 %) auf 117.666 Einheiten ist dabei stärker ausgefallen als bei den Zweifamilienhäusern mit 2.388 Einheiten (13,3 %) auf 20.322 Einheiten. Nach einem Rückgang in 2012 stieg die Zahl der Genehmigungen für den Bau von Einfamilienhäusern wieder, und zwar um 966 Einheiten (1,1 %) auf 89.442 Einheiten. Für Eigentumswohnungen wurden 8.807 mehr Genehmigungen erteilt, sodass die Gesamtzahl um 15,3 % auf 66.355 Einheiten zunahm.

Nach einem schwachen Vorjahr hat sich das Marktvolumen des deutschen Hochbaus in 2013 stabilisiert und wuchs um 0,4 % auf 214,4 Mrd. €. Wichtige Säule war dabei der florierende Wohnungsbau mit einem Wachstumsplus, der auch in den kommenden Jahren unter anderem aufgrund des positiven Verlaufs bei den bereits genehmigten Bauvorhaben anhalten wird.

Das ifo Institut sieht einen Anstieg der Neubauzahlen auf insgesamt 260.000 Einheiten. Damit würde sich die Neubautätigkeit im Vergleich zu den direkten Nachbarländern bezogen auf die Bevölkerungszahl auf eine Position im europäischen Mittelfeld verfestigen. Da sich das Renovierungsgeschäft bereits auf hohem Niveau bewegt, werden von ihm keine größeren Impulse erwartet.

Bei allen positiven Signalen darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Herausforderungen für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vielfältig bleiben. Der demografische Wandel und die Energiewende erfordern in den stark ausdifferenzierten Wohnungsmärkten unterschiedliche Strategien, Zuwanderung in Ballungsgebieten und regionaler Bevölkerungsrückgang sind kein Widerspruch, sondern gelebte Praxis. Hier gilt es, mit einer volumenstarken Städtebauförderung, deren Programme untereinander deckungsfähig sind, die Bereitstellung von ausreichenden Geldern zu sichern und auch benachteiligte Regionen zu unterstützen. Auch muss eine solide Finanzierungsgrundlage für die noch anstehenden energiepolitischen Maßnahmen geschaffen werden. Die grundsätzliche Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung scheint gegeben, doch hohe Kosten als unmittelbare Folge von politischen Maßnahmen, wie die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien beispielweise bei der Photovoltaik, durch die im Jahr 2013 die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage) für Verbraucher spürbar gestiegen ist, führen zu einer Verteilung zu Lasten der privaten Haushalte und zur Frage nach der sozialen Gerechtigkeit.

Der Wohnungsmarkt in Remscheid ist seit Jahren geprägt von einer Kluft zwischen Wohnungsangebot und —nachfrage. Das Überangebot konzentriert sich in erster Linie auf unattraktive Wohnungen in schlechten Lagen. Aufgrund des erreichten hohen Niveaus der regionalen Wohnungsversorgung kommt somit dem Abriss und Rückbau von Wohnungen eine immer größer werdende Bedeutung zu. Aber auch die Unwirtschaftlichkeit von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im Bestand führt zu sukzessiv steigende, auch teilweise über einen längeren Zeitraum bewusst in Kauf genommenen Leerstände, bevor das Objekt endgültig vom Markt genommen wird.

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 605,3. Zu Einzelheiten wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen.

Bestandsentwicklung

Seit über 95 Jahren vermietet die Gesellschaft Wohnungen und Gewerbeeinheiten in Remscheid, Radevormwald, Wermelskirchen, Burscheid, Leverkusen und Erkrath-Hochdahl. Die Bandbreite des Immobilienportfolios reicht vom behaglichen Appartement für den Singlehaushalt über die geräumige 5-Zimmer-Wohnung bis zum großzügigen Reiheneinfamilienhaus mit alleiniger Gartennutzung. Im gewerblichen Sektor stellt die GEWAG Remscheid Flächen unter anderem für den Einzelhandel, für Büros, Sozialreinrichtungen wie Schule, Kindertagesstätte, Seniorentreff, Tages- und Kurzzeitpflege sowie Stadtteilbibliothek zur Verfügung.

In 2013 und in den zurückliegenden Jahren wurde der Immobilienbestand kontinuierlich durch Neubau und Modernisierungsmaßnahmen bedarfsgerecht weiterentwickelt und den sich wandelnden Wohnbedürfnissen angepasst. Hauptsächlich in der nahen Vergangenheit haben sich durch die Bildung von neuen Lebensstilgruppen insbesondere bei den Senioren, aber

auch durch veränderte Wohnvorstellungen jüngerer Generationen sowie gewandelte Familienstrukturen die Nachfragekriterien bei der Wohnungssuche verändert.

Im Geschäftsjahr wurde in Remscheid, Stuttgarter Straße 1a ein Wohnkomplex mit insgesamt 29 Wohneinheiten und 18 Stellplätzen in einer Tiefgarage bezugsfertig.

Durch die Privatisierung von Gebäuden hat sich Zahl der Häuser in diversen Quartieren um 10 Einheiten mit insgesamt 19 Wohnungen und einen Stellplatz reduziert. Eine weitere Minderung des Wohnungsbestandes um 17 Einheiten trat im Wege der Neugestaltung von zeitgemäßen und nachgefragten Wohnungszuschnitten durch Zusammenlegung ein.

Durch Teilung sowie Umbau und Ausbau von Kindertagesbetreuungseinrichtungen vergrößerte sich die Zahl der gewerblich genutzten Objekte um 3 Einheiten. Aufgrund der Nachfrage wurden an verschiedenen Standorten 16 zusätzliche Außenstellplätze errichtet.

Zum 31.12.2013 bewirtschaftete die Gesellschaft einen Eigenbestand von 6.401 eigene Wohnungen, 91 gewerbliche Einheiten und 1.906 Garagen bzw. Stellplätze mit einer Wohn- und Nutzfläche von 439.155 qm (Vorjahr: 437.787 qm). Der öffentlich geförderte und preisgebundene Wohnraum hat sich im vergangenen Jahr auf 1.528 Einheiten leichterhöht.

Immobilienbewirtschaftung

Die Anforderungen an das Wohnen ändern sich im Laufe eines Lebens. Haushaltsgröße, verfügbares Einkommen, Altersstufe und berufliche Rahmenbedingungen sind einige Faktoren, die die Wohnwünsche der Menschen bestimmen. Sie verändern sich im Durchschnitt alle acht bis zehn Jahre. Lage, Größe, Ausstattung und Preisniveau einer Wohnung sowie das Wohnumfeld, die Sicherheit und Infrastruktur erhalten zum Teil immer wieder neue Inhalte und Gewichtungen bei den Auswahlkriterien.

Aus diesem Grund ist es für die Gesellschaft wichtig, ein breitgefächertes Wohnungsangebot bereitstellen zu können, das in den verschiedenen Lebensphasen den unterschiedlichen Wohnbedürfnissen gerecht wird. Am Beispiel der Senioren zeigt sich aber auch, dass innerhalb einer Altersstufe nicht ein einheitliches sondern heterogene Wohnkonzepte nachgefragt werden. Neben der seit vielen Jahren angemieteten Wohnung im klassischen Mehrfamilienhaus gewinnt die barrierefreie Seniorenwohnung oder das Appartement in einer Wohngruppe an Bedeutung.

Größter Wunsch der älteren Bewohner ist es aber lt. unserer Wohnzufriedenheitsanalyse so lang wie möglich in der gewohnten Umgebung wohnen bleiben zu können, insbesondere dann, wenn nachträglich eine barrierefreie bzw. —arme Umgestaltung der Wohnung und des Hauses die Mobilität erhöht.

Mit 6.401 Wohneinheiten ist die GEWAG Remscheid der größte Vermieter der Stadt und mit einem durchschnittlichen monatlichen Mietpreis von 5,00 € je Quadratmeter Wohnfläche bewegt sie sich im mittleren Preissegment des lokalen Wohnungsmarktes. Da die Nachfrage nach attraktivem und bezahlbarem Wohnraum trotz rückläufiger Haushaltszahlen nach wie vor besteht, wird der Wohnungsbestand der Gesellschaft kontinuierlich weiterentwickelt und durch öffentlich geförderte und frei finanzierte Mietwohnungsneubauten ergänzt.

Die Zahl der mieterseitigen Kündigungen verringerte sich von 647 im Vorjahr um 10 % auf 584. Rund ein Drittel der Haushalte wurden wegen Tod oder zukünftiger Heimunterkunft aufgelöst bzw. mussten durch Arbeitswechsel die Region verlassen oder konnten durch Kauf einer Immobilie ihre Wohnsituation verbessern. Ansonsten sind die Gründe für den Auszug aus der Wohnung sehr vielschichtig. Die angemessene Größe spielt nach wie vor eine wichtige Rolle, aber auch die-Ausstattung der Immobilie gibt häufig Anlass zum Wohnungswechsel.

Durch die Sanierungsmaßnahmen und Einzelmodernisierungen bei Mieterwechsel in 2013 konnte erreicht werden, dass sich mehr als die Hälfte der Umzugswilligen, die eine höhere Wohnqualität anstrebten, ihr neues Zuhause auch bei der GEWAG Remscheid wieder fanden. Die Treue zu Gesellschaft zeigte sich auch bei den Wohnungswechseln aufgrund des

Wunsches nach einer größeren oder kleineren Wohnung. Fast 75 Prozent entschieden sich erneut für eine Wohnung bei der GEWAG Remscheid. Die Zufriedenheitsstudie der Mieter untermauert diesen Wert, demnach gibt es nur eine Minderheit von 5,4 %, die die Gesellschaft nicht mehr als Vermieter wählen würde.

Die Fluktuationsrate sank aufgrund einer rückläufigen Kündigungszahl (632 gegenüber 706 im Vorjahr) auf 9,9. Der Wohnungsleerstand konnte aufgrund der strukturellen Probleme der Bergischen Region, in der sich die Bestände der Gesellschaft überwiegend befinden, nicht abgebaut werden.

Am 31. Dezember 2013 waren trotz der hohen Vermietungsaktivitäten mit 601 im Jahresverlauf geschlossenen Neuverträgen für Wohnungen ohne den modernisierungs-, abbruch- und verkaufsbedingten Leerstand 766 Einheiten unbewohnt.

Der fortwährend degressive Verlauf der Bevölkerungsentwicklung in Remscheid führt seit Jahren auch zu einer abnehmenden Zahl der Haushalte. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind insbesondere die Schlichtwohnquartiere der 1950er und 1960er Jahre, Arbeitersiedlungen (Remscheid, Quartier Honsberg) aus der Zeit der Industrialisierung und Wohnformen aller Baualterklassen und Standards an verkehrsreichen Standorten sowie in Bereichen mit Negativimage (Remscheid, Rosenhügeler Straße) und Immissionsbelastungen (Remscheid-Lennep, Ringstraße).

Neubautätigkeit, Modernisierungen und energetische Sanierungen

Als kommunales Wohnungsunternehmen setzen wir uns für eine zeitgemäße Wohn- und Lebensqualität der rund 15.000 Menschen, die in unseren Beständen leben, ein. Erhaltungs- und Erneuerungsprozesse gehen zeitlich einher und verändern dabei auf lange Sicht das Erscheinungsbild von Straßenzügen und ganzen Wohnquartieren.

Das Wohnungspolitische Handlungskonzept Wohnen der Stadt Remscheid, an deren Erstellung die Gesellschaft maßgeblich mitgewirkt hat, liefert ein praxisorientiertes und raumbezogenes Programm mit Handlungsempfehlungen, die sich in der strategischen Ausrichtung der Gesellschaft hinsichtlich Bestandsanpassung, energetischer Sanierung des Immobilienportfolios und des notwendigen Neubaubedarfs wiederfinden.

Vorrangig gilt es, bezahlbaren und attraktiven Wohnraum in einem intakten Umfeld anbieten zu können, der den Wohnansprüchen einer differenzierten Gesellschaft heute und auch zukünftig gerecht wird. Dabei hat sich die Gesellschaft dem Gedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet, indem sie die Bereiche Ökonomie, Soziales und Ökologie in einem lebenswerten Einklang halten will und dauerhaft Bedingungen schafft, die auch den nachfolgenden Generationen eine gute und sichere Perspektive bieten.

Der Wohnungsneubau eignet sich besonders für die Anwendung der Nachhaltigkeitskriterien. Die im August 2013 fertig gestellten 29 öffentlich geförderten Wohnungen in Remscheid, Stuttgarter Straße la tragen dem ökologischen Prinzip insoweit Rechnung, dass zum Beispiel ein Blockheizkraftwerk (BHKW) elektrische Energie und Wärme erzeugt, keine neuen Flächen versiegelt worden sind und der Energiebedarf durch baulichen Wärmeschutz und innovative Mess- und Regeltechnik optimiert wurde.

Der stufenlose Zugang und die barrierefreie Gestaltung der Wohnungen, die hinsichtlich ihrer Größe und Zuschnitte die Wohnbedürfnisse von Ein- und Mehrpersonenhaushalten genauso bedienen wie von Jung und Alt, sind nur zwei Aspekte der sozialen Nachhaltigkeit am Gebäude.

Zinsgünstige Baudarlehen und zusätzliche KfW-Mittel aus dem Programm „Energieeffizient Bauen“ führen bei dem mit 4,6 Mio. € Baukosten abgerechneten Wohnkomplex zu einer bezahlbaren Miete von anfänglich 4,85 €/qm Wohnfläche und somit zu einem ökonomischen Ansatz aus Sicht des Mieters. Verstärkt wird dieser durch die Umsetzung betriebskostenreduzierender Maßnahmen wie zum Beispiel dem Einsatz eines

verbrauchsabhängigen Müllentsorgungskonzeptes und von LED-Leuchten in Allgemeinräumen sowie einer effizienten Wärmedämmung.

Aus Sicht des Vermieters vereint der Neubau mit seinem kostengünstigen und nachgefragten Wohnangebot in innerstädtischer Lage und die energetisch optimierte Anlagentechnik in Verbindung mit einer guten Bausubstanz und einem hohem Nutzungswert in allen Lebensphasen die Grundlagen für eine Wertstabilität auf lange Sicht. Somit erfüllt dieses Gebäude auch den ökonomischen Anspruch auf Nachhaltigkeit.

Im Bestand stellt das Thema „Energie“ die GEWAG Remscheid vor eine besondere Herausforderung. Die Kosten für die Energieeffizienz verbessernden Maßnahmen stellen in Verbindung mit den erhöhten Ansprüchen der Mieter bei gleichzeitig begrenzter Refinanzierungsmöglichkeit über die Mieten eine immer schwieriger werdende Aufgabe dar.

Trotzdem übernimmt die Gesellschaft seit Jahren auch ökologische Verantwortung bei den Bestandsimmobilien und achtet bei den Modernisierungsmaßnahmen auf den schonenden Umgang mit den Ressourcen. Die Aufwertung der energetischen Gebäudequalität und die Anpassung der Wohnungsqualität an die sich verändernden Wünsche der Kunden gehören ebenso zum Leistungskatalog wie die Aufwertung des Wohnumfeldes. Nur durch die Bündelung und Berücksichtigung dieser Aspekte kann die Gesellschaft eine hohe Wohnzufriedenheit bei ihren Kunden erreichen.

Die Auswertung der Zufriedenheitsstudie ergab, dass die Gesellschaft die richtigen Prioritäten bei der Verbesserung der Wohnungsausstattung setzt. An erster Stelle findet sich der Wunsch nach guter Gebäudeisolierung einschließlich neuen Fenstern, gefolgt von attraktiven Bädern und einer modernen Heizanlage. Leider kann dem gestiegenen Ruhebedürfnis durch erhöhte Tritt- und Schalldämmung nur selten Rechnung getragen werden. Einfacher gestaltet sich der Einbau von Gegensprechanlagen in Verbindung mit Treppenhauissanierungen und der Anbau von Balkonen.

Das Sanierungsprojekt Remscheid, Kantstraße 5-9, das Ende 2013 nach achtzehnmonatiger Umbauphase fertig gestellt werden konnte, vereinigt in umfassender Weise die Erfüllung der meistgenannten Wünsche der Mieter auf sich.

Die freigezogenen Gebäude wurden entkernt, zeitgemäße Wohnungsgrundrisse mit attraktiven Bädern geschaffen und großzügige Balkone angebaut. Die energetische Sanierung konzentrierte sich nicht nur auf die Isolierung der gesamten Gebäudehülle sondern beinhaltete auch die Umstellung der Wärmeversorgung auf Geothermie in Verbindung mit einer Fußbodenheizung.

Ende 2013 konnten auch die Arbeiten in Erkrath-Hochdahl, Eichendorffweg 2-16 abgeschlossen werden. Die Hauszeile bestehend aus 8 Eingängen mit 56 Wohnungen hat durch die Wärmedämmung der Fassade, des Daches und Kellers ein neues Erscheinungsbild erhalten, das durch eine unaufdringliche Farbgebung neue Akzente setzt.

Umfassender waren die Maßnahmen bei den Häusern Emil-Nohl-Straße 2-20 in Remscheid-Lennep im Quartier Hasenberg. Neben der Minimierung des Energieverbrauchs und des Abbaus des Kohlendioxidausstoßes durch verbesserte Isolierung der Gebäudehülle stand die Reduzierung der baulichen Barrieren im Vordergrund der Aktivitäten. Die 10 Häuser mit 80 Wohnungen erhielten jeweils eine Aufzugsanlage, wodurch erstmalig die Erreichbarkeit der oberen Geschosse sowohl für ältere Menschen als auch für Familien mit Kleinkindern spürbar erleichtert wurde.

Daneben wurden die Balkone durch neue Anlagen vergrößert sowie Fenster und Hauseingangstüren erneuert, Türsprecheinrichtungen installiert und die Treppenhäuser saniert.

Der zusätzliche altersgerechte Umbau von 28 Wohnungen, gefördert mit Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (Programm 151), erweitert seit Fertigstellung das Angebot der Gesellschaft an demografiefestem Wohnraum.

In der Hauszeile Emil-Nohl-Straße 29-33 mit 24 Wohnungen bildeten die Fassaden-, Dach- und Kellerdämmung einschließlich der Erneuerung der Fensteranlagen sowie die Erstinstallation von drei Aufzügen in Verbindung mit der Treppenhaussanierung den Schwerpunkt der Sanierung.

Mit den vorgenannten Objekten steht die Gesellschaft im Quartier Hasenberg am Anfang eines rund 43,0 Mio. € umfassenden energetischen Sanierungsprogramms, das bei geeigneten baulichen Vorgaben auch den Einbau von Aufzugsanlagen beinhaltet. Für das Jahr 2014 ist die Durchführung der energetischen Sanierung in 9 Häusern mit 125 Wohnungen geplant. Insgesamt sind hierfür Investitionen in Höhe von 4,5 Mio. € kalkuliert.

Um dem Auseinanderdriften der Standorte in Remscheid aufgrund einer Ungleichheit in der Bevölkerungsentwicklung, in der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der sozialen Struktur zu begegnen, hat sich die Gesellschaft seit geraumer Zeit im Besonderen dem imagebelasteten und strukturschwachen Stadtteil Honsberg gewidmet. Mit überwältigender Bürgerbeteiligung wurde ein Projekt auf den Weg gebracht, das mit Fertigstellung Ende 2013 als erstes großes sichtbares Zeichen die Weiterentwicklung dieses Stadtteiles signalisiert.

Mit Zuwendungen aus Landes- und Bundesmitteln sowie Mitteln der europäischen Union entstand das unter dem Arbeitstitel „Neue Mitte Honsberg“ geführte rd. 6,5 Mio. € teure Gemeinschaftshaus, das als interkulturelles, interreligiöses sowie generationenübergreifendes Stadtteilzentrum dienen soll. Mit dem Namen „DER NEUE LINDENHOF“ bringen die Nutzer zum Ausdruck, dass das Beratungs-, Betreuungs- und Veranstaltungsangebot der bisherigen Einrichtung „Lindenhof“ deutlich erweitert wird und die kulturellen und religiösen Ansätze der Gemeinschaften stärker vernetzt werden.

Die Aufwertung des Quartiers fand auch im Wohnungsbestand statt. Durch Vollsanierung des Gebäudes Thomasstraße 2 und weiterer Einzelmodernisierungen wurde zeitgemäßer Wohnraum geschaffen, der auch von den Haushalten angemietet wurde, die aufgrund des Abrisses der Häuser Siemensstraße 1, 3 und 59 sowie Halskestraße 32-50 ihre Wohnungen verlassen haben. Die zwischenzeitlich entstandenen Freiflächen sind überplant worden und bieten vorerst neue Lebensräume für die Freizeitgestaltung, bis sich neue Nutzungskonzepte aufgrund verändertem Nachfrageverhaltens am Wohnungsmarkt wirtschaftlich entwickeln und umsetzen lassen.

Bestandspflege

Die jährliche Fortschreibung des Immobilienportfolios im Rahmen des Managementprogramms ermöglicht der Gesellschaft die Prüfung und Visualisierung baulicher Zustände, der Standortfaktoren sowie der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und gibt Aufschluss über Zukunftsperspektiven der Immobilie mit ihren möglichen Risiken oder Chancen. Die Darstellung der Ergebnisse führt zu der Frage: Halten, optimieren, entwickeln, verkaufen oder abreißen und gegebenenfalls neu errichten.

Das Steuerungsinstrument bietet somit auch eine maßgebliche Grundlage für das mehrjährige Instandhaltungsprogramm, das auf eine kontinuierliche Bestandsoptimierung ausgerichtet ist. Zum Leistungsspektrum des Gebäudemanagements im Geschäftsjahr 2013 gehörten neben der laufenden Instandhaltung und des Einzelmodernisierungsprogramms auch die umfassenden qualitätssichernden Maßnahmen wie die Erneuerung von Haustüranlagen, der Anstrich von Treppenhäusern und Fassaden sowie die Sanierung des Kanalnetzes. Des Weiteren wurden Kinderspielplätze sicherer und attraktiver gestaltet sowie Treppenanlagen, Wege und Stellplätze überarbeitet.

Bedingt durch die Altersstruktur des Immobilienbestandes flossen im Geschäftsjahr 2013 für die Bestandserhaltung und Verbesserung der Objekte zuzüglich verrechneter Personal- und Sachaufwendungen insgesamt 8.094 T€ bzw. 18,43 € je qm Wohn- und Nutzfläche ab.

Seit über einem Jahrzehnt ist die Modernisierung bei Mieterwechsel ein wichtiger Baustein zur Bestandsoptimierung und Schaffung zukunftsfähigen Wohnraums. Im Jahr 2013 wurden

mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 3.094 T€ 189 Wohnungen durch die Sanierung von Bädern, Wasser-, und Elektroanschlüssen sowie die Erneuerung der Fußböden und Türen attraktiver und wettbewerbsfähig gemacht, sodass mittlerweile über 1.900 Einheiten eine qualitative Aufwertung durch Einzelmodernisierung erfahren haben

Die GEWAG strebt eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit an und verfolgt eine langfristig angelegte Renditestrategie. Für die Jahre 2014 bis 2018 bedeutet dies, dass für reine Fremdkosten im Instandhaltungs- und Einzelmodernisierungsbereich insgesamt rund 39,0 Mio. € vorgesehen sind.

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltete am 31.12.2013 für die Stadt Remscheid 151 Wohnungen, 13 Gewerbeeinheiten und 8 Garagenplätze. Für 6 Eigentümer umfasste der Betreuungsbestand 142 Wohnungen, 3 Gewerbeeinheiten und 29 Garagenplätze. Außerdem wurden 6 Eigentümergemeinschaften mit 223 Wohnungen, 8 Gewerbeeinheiten und 39 Garageneinstellplätze verwaltungsmäßig betreut.

Verkaufsmaßnahmen

Im vergangenen Geschäftsjahr hatte die GEWAG Remscheid keine Verkaufsmaßnahmen im Neubausektor in Durchführung bzw. geplant. Dagegen fanden erneut Veräußerungen von Bestandsimmobilien statt.

Infrage kommende Objekte werden nach betriebswirtschaftlichen Kriterien analysiert, nach Lage und Zustand beurteilt sowie nach den marktgängigen Bewertungsmaßstäben taxiert. Es findet eine sozial verantwortliche Privatisierung statt, bei der der Mieter entscheidet, ob sich für ihn etwas verändert. Er hat den großen Vorteil, dass er schon in der Immobilie wohnt und auch das Umfeld bestens kennt. Die Häuser werden erst dann externen Interessenten zum Kauf angeboten, wenn diese unvermietet sind.

Ende 2013 wurde das Privatisierungsprogramm der Gesellschaft durch Aufnahme der Häuser Schillerstraße 30-40 in Remscheid-Lennep erweitert. Dagegen wurde die Verkaufsmaßnahme Hermannstraße 38, Ringstraße 58-68, Ringelstraße 41-45 mit 28 Kleinwohnungen in 9 Häusern durch Verkauf des Hauses Ringstraße 58 nach nunmehr 10 Jahren abgeschlossen.

Im selben Stadtteil konnten außerdem die Häuser Ringelstraße 27 und 29 sowie Zum Stadtgarten 5 neuen Eigentümern übergeben werden.

Die im Jahr 2011 beschlossene Privatisierungsmaßnahme im Stadtteil Hohenhagen wurde durch Veräußerung der Häuser Birkenstraße 27, 34, 41, 47 erfolgreich weitergeführt.

In Remscheid-Kremenholl ging das Haus Walterstraße 10 und im Stadtteil Vieringhausen die Hoffmeister Straße 11 in fremden Besitz über.

Im Frühjahr 2014 plant die Gesellschaft den Beginn der Vermarktung des noch neu zu erschließenden Grundstücksareals beiderseits der Auguststraße im Stadtteil Struck. Die Fläche von rund 10.000 Quadratmetern soll unbebaut veräußert werden und bietet nach jetzigem Planungsstand Raum für 32 Doppelhaushälften.

Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigte am 31. Dezember 2013 37 Vollzeit- und 5 Teilzeitkräfte (davon 1 Arbeitsverhältnis ruhend), 3 Auszubildende und 21 geringfügig Beschäftigte.

Um Erfolg zu haben, benötigt die Gesellschaft motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es ist wichtig, nicht nur Leistungsträger im Unternehmen zu identifizieren und zu fördern. Das-Unternehmen unterstützt daher die vielseitigen Kompetenzen und das kreative Potenzial seines gesamten Personals durch Schulungen, Seminare und leistet finanzielle Hilfe beim Besuch berufsbegleitender Studiengänge und persönlicher Qualifizierungsmaßnahmen.

Dass die erreichte Qualifikation in Verbindung mit einem freundlichen Umgang mit den Kunden der Gesellschaft auch bei der Mieterschaft auf positive Resonanz gestoßen ist, zeigte sich im Bewertungsergebnis der Zufriedenheitsanalyse. Sowohl im Vermietungsbereich als auch bei der technischen Objektbetreuung wurde die Dienstleistung hinsichtlich Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft, guter Erreichbarkeit und Kompetenz zu 90 % als überzeugend empfunden.

Die Vergütung der Arbeitnehmer erfolgte mit Ausnahme der leitenden Angestellten nach dem Tarif für die Wohnungswirtschaft. Daneben hilft die Gesellschaft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Aufbau einer zusätzlichen Altersversorgung durch Mitgliedschaft bei der Rheinische Versorgungskassen.

Aufsichtsrat und Vorstand danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrer Leistungsbereitschaft und ihrem Engagement entscheidend dazu beitragen, dass die Ziele und Strategien erfolgreich in die Tat umgesetzt werden.

Dank gilt auch den Mitgliedern des Betriebsrates für die stets offene und aktive Zusammenarbeit in einer vertrauensvollen Atmosphäre.

1.3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Gesellschaft bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

		2013	2012
Eigenkapitalquote	%	20,1	20,4
Eigenkapitalrentabilität	%	1,6	2,4
Cashflow	T€	6.416	7.108
Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/qm/mtl.	5,00	4,93
Instandhaltungskosten	€/qm	18,43	17,90
Fluktuationsquote	%	9,9	11,0
Leerstandsquote	%	15,3	15,0
davon maßnahmenbedingt	%	3,3	3,7

2. Darstellung der Lage

2.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurde gegenüber dem Vorjahr ein um T€ 468 reduzierter Jahresüberschuss von T€ 605 erwirtschaftet, der sich aus dem positiven Betriebsergebnis von T€ 323, aus dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von T€ -107 und dem neutralen Ergebnis von T€ 470 abzüglich Steuern vom Einkommen und Ertrag von T€ 81 ergibt.

Im Bereich der Hausbewirtschaftung einschließlich Wärmelieferung für Dritte wurde ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 456 erzielt. Der Saldo gegenüber dem Vorjahr in Höhe von T€ -507 resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Betriebskosten um T€ 297, Verwaltungskosten um T€ 286, Instandhaltungskosten um T€ 259 sowie Abschreibungen auf Sachanlagen um T€ 108 denen insbesondere um T€ 339 niedrigere Zinsen und ähnliche Aufwendungen sowie um T€ 67 höhere Sollmieten abzüglich Erlösschmälerungen gegenüberstehen.

Der mit - T€ 9 nahezu ausgeglichene Leistungsbereich Betreuungstätigkeit und andere Lieferungen und Leistungen setzte sich aus den Sparten Verwaltungsbetreuung sowie Bereitstellung von Gemeinschaftsantennen und Heizungsanlagen für Dritte zusammen.

Durch die Aktivierung von Eigenleistungen im Rahmen der Neubau- und Modernisierungsaktivitäten konnte das Ergebnis der Bautätigkeit im Anlagevermögen wie im Vorjahr ausgeglichen dargestellt werden.

Der Verlust im Bereich der Bautätigkeit im Umlaufvermögen von T€ 60 wurde durch die Bildung einer Rückstellung für Gewährleistungsansprüche für eine in 2011 vollständig übergebenen Verkaufsmaßnahme verursacht.

Das Beteiligungs- und Finanzergebnis verschlechterte sich im Saldo aufgrund der allgemeinen Zinssituation auf dem Kapitalmarkt und der erforderlichen Aufzinsung von Pensionsrückstellungen sowie der leicht rückläufigen Nebenkosten der Geldbeschaffungskosten um T€ -147 auf T€ -107.

Das negative Ergebnis der sonstigen betrieblichen Geschäftsvorfälle von T€ 64 war insbesondere durch Gutachter- und Consultinghonorare sowie Teilkosten für eine Mieterzufriedenheitsanalyse, denen Gutschriften, Mengenpreinsnachlässe und Kostenerstattungen gegenüberstanden, geprägt.

Das neutrale Ergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 254 auf 470. Erträgen von insgesamt T€ 671 aus im Wesentlichen Anlageverkäufen und aus früheren Jahren stehen Aufwendungen von zusammengefasst T€ 201 für hauptsächlich Kosten im Zusammenhang mit Objektverkäufen, Prozessrisiken und Bewertungsänderungen nach dem BilMoG sowie Abbrucharbeiten gegenüber.

Das Aufkommen für Steuern vom Einkommen und Ertrag war zum Vorjahr mit T€ 81 unverändert.

2.2. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich in 2013 um T€ 4.709 auf T€ 218.530 erhöht. Im Saldo stieg das langfristige Anlagevermögen auf T€ 205.764. Dabei standen einem Investitionsvolumen in Höhe von T€ 13.725 ein Abschreibungsaufwand von T€ 5.591 und Abgänge durch Baukostenzuschüsse von T€ 1.506 und Verkauf von T€ 286 gegenüber. Die langfristigen Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten verringerten sich um T€ 485 auf T€ 76. Die Anlageintensität, die das Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme widerspiegelt, beträgt 94,1 %.

Das Umlaufvermögen ist im mittelfristigen Bereich mit T€ 2, resultierend aus Herstellungskosten für Verkaufsgrundstücke, unverändert. Dagegen reduzierte sich die kurzfristige Aktiva im Saldo um T€ 1.148 auf T€ 12.688 insbesondere durch Verminderung liquider Mittel und Bausparguthaben um T€ 1.066.

Das Eigenkapital hat sich um T€ 426 auf T€ 43.970 erhöht und führt zu einer Eigenkapitalquote von 20,1 % (Vorjahr 20,4 %). Mit T€ 160.852 wird das langfristige Fremdkapital, das sich aus Pensionsrückstellungen in Höhe von T€ 1.754 und Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern von T€ 159.098 zusammensetzt, um T€ 4.802 höher gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Dies ergibt eine Fremdkapitalquote von 73,6 % (Vorjahr 73,0 %). Den Zuflüssen bei den langfristigen Verbindlichkeiten aus der Valutierung von Darlehen von T€ 9.015 standen planmäßige Tilgungen von T€ 3.584, vorzeitige Rückzahlungen von T€ 364 sowie Gutschriften von Tilgungszuschüssen bei valutierten KfW-Darlehen von T€ 481 gegenüber.

Der kurzfristige Bereich hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 519 auf T€ 13.708 verringert und beträgt 6,3 % (Vorjahr 6,6 %) der Bilanzsumme.

Die Ermittlung der Finanzlage der Gesellschaft zum Bilanzstichtag zeigt, dass die langfristig angelegten Vermögenswerte weitestgehend durch Eigenmittel und langfristige Verbindlichkeiten, im Wesentlichen sind dies Dauerfinanzierungsmittel, finanziert sind. Es ergibt sich per Saldo eine geringfügige Unterdeckung in Höhe von T€ 1.018 und eine Kostenvorlage von T€ 2 im mittelfristigen Bereich, die zu einer Stichtagsliquidität in Höhe von T€ -1.020 führt. Der Netto-Geldbedarf resultiert insbesondere aus der zwischenzeitlichen Finanzierung von Investitionen durch Eigenmittel, für die die Valutierung von Darlehen noch nicht erfolgt ist.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cashflow in Höhe von T€ 6.416 erzielt.

Die Vermögens- und die Finanzlage ist geordnet. Die Zahlungsbereitschaft ist aufgrund der Ermittlung des erwarteten geldrechnungsmäßigen Zuflusses und des voraussichtlichen Jahresergebnisses für das Geschäftsjahr 2014 gesichert.

3. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2013 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führen.

4. Risikobericht

4.1. KonTraG

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, das unter anderem die Einführung eines angemessenen Risikomanagements- und Überwachungssystems zur Früherkennung bestandsgefährdender Risiken verlangt, kommt bei der Gesellschaft zur Anwendung.

Die vorhandenen Controlling- und Steuerungsinstrumente sowie das interne Kontrollsystem der Gesellschaft ermöglichen den Fortbestand der Gesellschaft potentiell gefährdender Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und notwendige Maßnahmen zu deren Bewältigung abzuleiten. Dies geschieht durch Erfassung aller Vorgänge sowie die kontinuierliche Betrachtung und Analyse der Unternehmensbereiche.

Diese Steuerungs- und Kontrollsysteme werden ergänzt durch Dienstanweisungen und Richtlinien, den Einsatz bewährter und zertifizierter Software, die permanente Schulung des eingesetzten Personals sowie durch systematische und zielgerichtete Prüfungen im Rahmen der externen Revision.

Im Intranet der Gesellschaft ist ein Online-Handbuch eingestellt, das unter anderem Regelungen der Verantwortlichkeiten, Grundlagen zur Bearbeitung der Routineprozesse, Aussagen zu den Abläufen des Risikomanagements sowie unternehmens- und abteilungsspezifische Richtlinien beinhaltet. Das Regelwerk ist bindend für alle Beschäftigten und wird laufend aktualisiert.

4.2. Risiken der künftigen Entwicklung

Wesentliche Risiken sind für die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Unternehmens nicht zu erkennen.

Im Kerngeschäft Hausbewirtschaftung werden der demografische Wandel und Abwanderungstendenzen aufgrund mangelnder Arbeit auch in den nächsten Jahren zu einer Belastung der Ertragslage durch insgesamt hohe Erlösschmälerungen führen. Die andauernde Entspannung am Wohnungsmarkt wird sich trotz wohnraumreduzierender Maßnahmen der Gesellschaft fortsetzen. Mit einem Anstieg der Leerstandszahlen muss in den Quartieren gerechnet werden, in denen aus Gründen der nicht erwarteten Nachhaltigkeit auf Maßnahmen wie die Durchführung eines umfangreichen energetischen Sanierungsprogramms, umfassender Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen sowie Einzelmodernisierungen bei Mieterwechsel bewusst verzichtet wird. In imagebelasteten Quartieren wirkt sich der Prozess des Bevölkerungswegzuges besonders drastisch aus.

Das Bauträgergeschäft ist häufig mit wirtschaftlichen Risiken behaftet. Bei jeder geplanten Maßnahme wird deren Marktfähigkeit individuell geprüft und bei Fortschritt des Projektes gegebenenfalls den veränderten Bedingungen angepasst.

Die offenbaren Risiken sind in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung entsprechend berücksichtigt und stellen sich nicht als bestandsgefährdend dar. Danach ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gesichert.

4.3. Chancen der künftigen Entwicklung

Die gute wirtschaftliche Ausgangslage der Gesellschaft lässt einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft zu.

Der Anteil an relativ preisgünstigen und bezahlbaren Wohnungen nimmt auch zukünftig eine entscheidende Rolle bei der Wohnungsnachfrage in der Region ein. Da sich das Unternehmen als erfahrener und leistungsstarker Partner in der Wohnungswirtschaft überwiegend in diesem Marktsegment bewegt und kontinuierlich seine Bestände durch Investitionen in die Qualität weiterentwickelt, verspricht es sich langfristigen Erfolg auf einem zunehmend schwierigen Wohnungsmarkt.

Da die durchgeführten Modernisierungen und Großinstandhaltungsmaßnahmen im eigenen Wohnungsbestand auf durchgehend positive Resonanz gestoßen sind, wird die Gesellschaft dies als Schwerpunkt ihrer Aufgaben auch in den nächsten Jahren beibehalten und damit eine nachhaltige Vermietbarkeit schaffen. Für ältere und behinderte Menschen bietet sie speziell auf deren Lebenssituation zugeschnittene Wohnraumlösungen und Serviceleistungen in Kooperation mit regional ansässigen Sozialpartnern an.

Die Gesellschaft beabsichtigt das Bauträgergeschäft in ausgesuchten Lagen und in begrenzten Stückzahlen auf eigenen Grundstücken bei entsprechender Nachfrage durchzuführen.

4.4. Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens aufgenommenen langfristigen Fremdmitteln handelt es sich um Annuitätendarlehen. Auf Grund steigender Tilgungsanteile und im Zeitablauf relativ gleich verteilter Zinsbindungsfristen sind damit ebenso Risiken wie Chancen verbunden. Zur langfristigen Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen wurden im Bereich der Dauerfinanzierungsmittel Darlehen mit Laufzeiten von bis zu 10 Jahren abgeschlossen bzw. prolongiert

Die Zinsentwicklung wird mit den im Absatz „KonTraG“ genannten Instrumenten beobachtet. Gegebenenfalls werden zur Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen Prolongationen im Voraus abgeschlossen (Forward-Darlehen).

Freie Liquidität wird auch zur erhöhten Tilgung von Darlehen eingesetzt. Von Terminoptions- oder Swapgeschäften wird unter Risikoaspekten kein Gebrauch gemacht.

5. Prognosebericht

Die Aktivitäten der Gesellschaft werden auch zukünftig stark vom Kerngeschäft Wohnungsbewirtschaftung geprägt, bei der die Betreuung der Kunden und Verwaltung der Bestände die Schwerpunkte bilden.

Die Gesellschaft erwartet an den vertretenen Immobilienstandorten mit Ausnahme der wirtschaftlichen Wachstumsregionen weiterhin einen entspannten Wohnungsmarkt. Deshalb wird die Gesellschaft die bisherige strategische Ausrichtung bei Bestandsimmobilien beibehalten und Investitionen ausschließlich dort tätigen, wo lagebedingt nachhaltiges Interesse auf Anmietung bestehen wird.

Die im Rahmen der Portfolioanalyse untersuchten Bestände werden entsprechend ihrer unterschiedlichen Marktfähigkeit und im Hinblick auf Zukunftssicherung, Investitionsbedarf und Identifikation von Risiken und Chancen fortwährend einer intensiven Kritik unterzogen. Für die Gesellschaft bedeutet dies sowohl die Optimierung von Immobilien, insbesondere zur Erhöhung der Qualität und zur Herstellung einer barrierefreien und behindertengerechten Nutzung, als -auch den Verkauf im Rahmen der Privatisierung zur Stabilisierung von Wohnquartieren bzw. zur Liquiditätsverbesserung oder den Abriss nicht renditefähiger Altbauten.

6. Berichterstattung zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr ihren satzungsmäßigen Aufgaben, vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sicherzustellen, nachgekommen. Daneben übernimmt sie Aufgaben der Sanierung, Erneuerung und Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie die Schaffung von Wohnraum im Rahmen von Eigentumsobjekten. Die Geschäfte der Gesellschaft werden im Sinne der jeweils gültigen Satzung und nach dem Aktiengesetz geführt.

7. Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG

Die Stadtgemeinde Remscheid hält 50,3 % der Aktien der Gesellschaft. Mit Urteil vom 13.10.1977 hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass Körperschaften des öffentlichen Rechts Unternehmen im Sinne von § 312 AktG sein können. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über Beziehungen zur Stadtgemeinde Remscheid und den damit verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Überprüfung vorgelegt.

Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlusserklärung:

Wir erklären hiermit, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte unsere Gesellschaft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren. Weitere berichtspflichtige Maßnahmen haben im Berichtsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keine Rechtsgeschäfte mit Fremden auf Veranlassung oder im Interesse der Stadtgemeinde Remscheid vorgenommen worden.

Remscheid, 31. März 2014

GEWAG
Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
gez. Vorstand

3.3 Bergische Symphoniker -Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH –
Konrad-Adenauer-Straße 72-74
42651 Solingen
Tel. 0212/280184

Gründungsjahr: 1995

Gesellschafter *	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	12.782,30	50,00
Stadt Solingen	12.782,29	50,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.564,59</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines *

Gegenstand des Unternehmens ist unmittelbar und ausschließlich die Pflege und Förderung der Kunstgattungen Konzerte, Oper, Operette, Musical, Bühnentanz, Schulkonzerte und Schulmusiken sowie die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Chören.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern, insbesondere zur Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen im Rahmen eines Systems kommunaler Kultur- und Bildungsarbeit.

Organe der Gesellschaft *

Geschäftsführung:

Stefan Schreiner

Gesellschafterversammlung:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin	Stadt Remscheid
Norbert Feith, stellvertr. Vorsitzender	Oberbürgermeister	Stadt Solingen
Achim Burski (bis 21.02.2013)		Stadt Solingen
Reiner Daams		Stadt Solingen
Hans-Werner Gabriel		Stadt Solingen
Monika Hein	Bürgermeisterin	Stadt Remscheid
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Thomas Kase	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Elfriede Korff	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Rainer Villwock	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Phillip Wallutat	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Dr. Kay Zerlin	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Reinhard Zerlin (ab 22.02.2013)		Stadt Solingen

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen *

Die Gesellschafterversammlung kann gem. § 12 des Gesellschaftsvertrages beschließen, von den Gesellschaftern Nachschüsse bis zu einem Gesamtbetrag von € 153.387,56 je Geschäftsjahr einzufordern. Die Nachschüsse sind von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis Ihrer Geschäftsanteile zu zahlen. Die Nachschussverpflichtung der Stadt ist demnach auf € 76.693,78 jährlich begrenzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Betriebskostenzuschuss	1.912.038,62	1.732.933,35	1.919.565,61

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsjahr	2010/2011	2010/2012	2012/2013
Angestellte insgesamt	81	82	81

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Konzertart	2010/2011	2011/2012	2012/2013
Hauptkonzerte	20	20	20
davon in Remscheid	10	10	10
davon in Solingen	10	10	10
Sonderkonzerte	36	37	51
davon in Remscheid	21	23	29
davon in Solingen	15	14	22
Musiktheater	21	22	20
davon in Remscheid	10	9	8
davon in Solingen	11	13	12
Schulkonzerte	24	23	21
davon in Remscheid	11	12	10
davon in Solingen	13	11	11
Vermietungen	43	47	50
Gesamt	144	149	162
davon in Remscheid	52	54	57
davon in Solingen	49	48	55
davon bei Dritten	43	47	50

Schulmusiken (Dienste)	276	291	240
davon in Remscheid	127	131	112
davon in Solingen	149	160	128

Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-

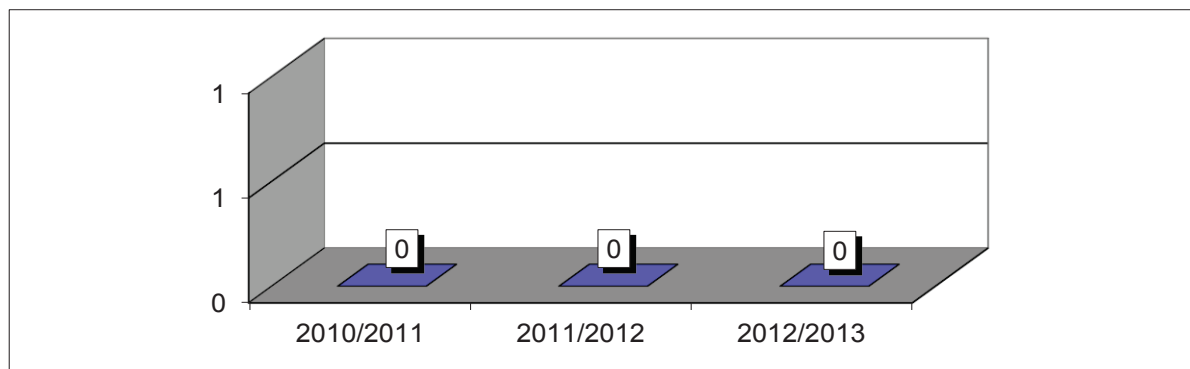
Jahr Bilanz-Position	2010/2011		2011/2012		2012/2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0,22	1	0,21	0	0,00
Sachanlagen	92	20,44	87	18,24	84	10,53
Finanzanlage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	93	20,67	88	18,45	84	10,53
Vorräte	1	0,22	2	0,42	1	0,13
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	323	71,78	354	74,21	678	84,96
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	9	2,00	1	0,21	5	0,63
Umlaufvermögen	333	74,00	357	74,84	684	85,71
Rechnungsabgrenzungsposten	24	5,33	32	6,71	30	3,76
Aktiva	450	100,00	477	100,00	798	100,00
Gezeichnetes Kapital	26	5,78	26	5,45	26	3,26
Kapitalrücklage	30	6,67	30	6,29	30	3,76
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	56	12,44	56	11,74	56	7,02
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	230	51,11	278	58,28	479	60,03
Verbindlichkeiten	159	35,33	124	26,00	258	32,33
Rechnungsabgrenzungsposten	5	1,11	19	3,98	5	0,63
Passiva	450	100,00	477	100,00	798	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

Jahr GuV-Position	2010/2011	2011/2012	2012/2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	964	944	960
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	519	666	833
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	1	1	0
Erträge	1.484	1.611	1.793
Bezogene Leistungen zur Verrechnung	361	345	371
Personalaufwand	4.483	4.465	4.521
Abschreibungen	21	24	24
Sonstige betriebliche Aufwendungen	315	323	353
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	5.180	5.157	5.269
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.696	-3.546	-3.476
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	0	1	5
Betriebskostenzuschuss	3.696	3.545	3.471
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

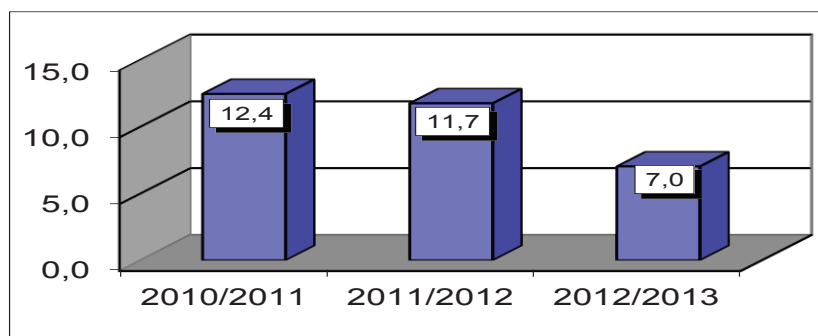
Jahr	2010/2011	2011/2012	2012/2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0



Kennzahlen

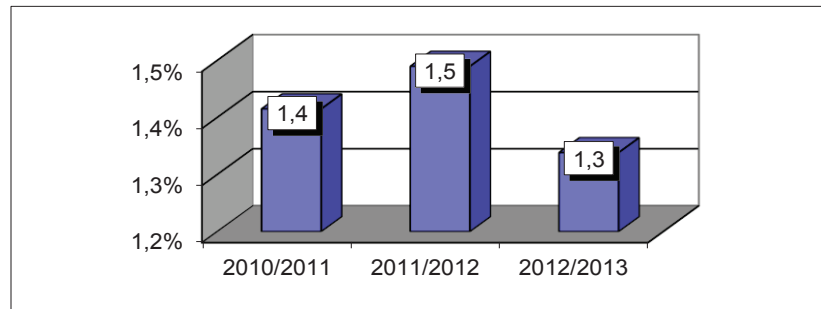
Eigenkapital-Quote

Jahr	2010/2011	2011/2012	2012/2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	56	56	56
Bilanzsumme	450	477	798
% EK	12,4	11,7	7,0



Cash-Flow

Jahr	2010/2011	2011/2012	2012/2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	0	0
Abschreibungen	21	26	24
	21	24	24
Gesamterträge	1.484	1.611	1.793
Cash-Flow	1,4%	1,5%	1,3%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012/2013

(gekürzt um Veranstaltungsarten und Unternehmenskennzahlen)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Bemühungen und Verhandlungen um den Erhalt der Bergischen Symphoniker zogen sich übergangslos wie ein roter Faden vom abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2011/2012 durch bis fast zum Ende des Wirtschaftsjahres 2012/2013. Kurz vor den Sommerferien 2013 wurde in den letzten Ratssitzungen vor der Sommerpause in beiden Gesellschafterstädten die neue vertragliche Ausgestaltung zum langfristigen Erhalt des Unternehmens beschlossen. Der unermüdliche Einsatz wichtiger Entscheidungsträger, ein von insbesondere den beiden Orchesterfreundeskreisen initiiertes und getragenes öffentliches Meinungsbild sowie das professionelle und kompromissbereite Verhalten der Beschäftigten machten letztendlich die gefundene politische Lösung mit einer vertraglich garantierten Mindestbestandszeit von 16 Jahren möglich.

Trotz, oder gerade auch wegen dieser bedrohlichen Lage glänzte das Orchester durch musikalische Höchstleistungen. Ein dichtgedrängter Dienstplan mit 162 Aufführungen und das künstlerisch anspruchsvolle Programm des Generalmusikdirektors erschienen als nicht zu leistendes Arbeitspensum und wurden doch, so ist jedenfalls auch die einheitliche Wahrnehmung von außen, souverän und auf hohem Niveau gemeistert. Diese Professionalität und Leistungsfähigkeit zeigte sich ebenfalls bei den vielen Auftritten bei wirtschaftlich Dritten und wurde dort ebenfalls auch bestätigt.

Wie sich anhand der nachfolgenden Ausführungen zeigt, konnte auch das 18. Wirtschaftsjahr der Bergische Symphoniker GmbH im Rahmen der Wirtschaftsplanung durchgeführt und die bewilligte Betriebskostenzuschussgröße erneut unterschritten werden.

II. Darstellung der Lage

A. Vermögenslage

Die Bilanz zum 31. August 2013 weist eine Bilanzsumme von T€ 798,7 nach T€ 476,8 im Vorjahr aus. Das langfristig gebundene Vermögen beträgt 10,5 % der Bilanzsumme nach 18,5 % im Vorjahr.

Die erhöhte Bilanzsumme ergibt sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und ist stichtagsbedingt.

Die Eigenkapitalquote beträgt 7,0 % nach 11,7 % im Vorjahr. Ursächlich für die Reduzierung der Quote ist die Erhöhung der Bilanzsumme.

Das kurzfristige Fremdkapital betrug im Berichtsjahr T€ 742,9 nach T€ 420,9 im Vorjahr. Die Erhöhung der Rückstellung in Höhe von T€ 201,2 sowie die Erhöhung der Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen und Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 134,2 sind hierbei ursächlich für die Erhöhung. Gegenläufig wirkt die Reduzierung des Rechnungsabgrenzungspostens um T€ 13,5.

B. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode betrug T€ ./ 125 (Vj.: T€ 45). Der Cash Flow ist positiv und betrug T€ 225 (Vj.: T€ 72). Im laufenden Geschäftsjahr waren Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 154 (Vj.: Mittelzufluss in Höhe von T€ 107) zu verzeichnen, während sich aus der Investitionstätigkeit ein Mittelabfluss in Höhe von T€ 16 (Vj.: T€ 19) ergab.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr stets gegeben.

C. Ertragslage**Umsatzerlöse**

Die Umsatzerlöse setzen sich mehrheitlich aus Konzert- und Musiktheaterveranstaltungen in den Gesellschafterstädten Remscheid und Solingen zusammen. Sonstige Veranstaltungserlöse sind Erträge aus musikalischen Tätigkeiten für wirtschaftlich Dritte.

Gesamtzahl der Aufführungen im Wirtschaftsjahr

Die Gesamtzahl der Aufführungen in der Spielzeit 2012/2013 beträgt 162 (Vj.: 156). Wie im Vorjahr wurden über die Grundabnahme hinaus zwei Konzerte in Städt. Kliniken in Remscheid und Solingen, zwei Aufführungen "Nacht der Kultur", zehn zusätzliche Konzerte in Seniorenwohnanlagen und ein Benefiz-Konzert für Radio RSG durchgeführt.

Die Überlassung des Proberaums „Am Bruch“ für Einstudierungen für wirtschaftlich Dritte führte zu einer Kostenerstattung von T€ 9,2. Die Erträge bei wirtschaftlich Dritten übersteigen mit T€ 272,5 wiederum die ursprüngliche Wirtschaftsplanung.

Sonstige betriebliche Erträge/Bezogene Leistungen zur Verrechnung

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit T€ 832,7 um T€ 152,5 höher, als in der Planung vorgesehen. Ursächlich hierfür sind mehrere Faktoren. In Absprache mit der Bezirksregierung braucht die für Personalzwecke zweckgebundene Landeszuweisung nicht separat ausgewiesen zu werden. Sie dient der allgemeinen Personalkostenbezuschung. Dadurch entfällt eine Ausweisung als "außerordentlicher Ertrag." Eine nicht vorgesehene Personalkostenerstattung in Höhe von T€ 69, eine Steuererstattung aus Vorjahren, eine Versicherungsentschädigung und höhere Kostenerstattungen bei wirtschaftlich Dritten führten zu dem ausgewiesenen Anstieg der Einnahmen.

Die erfolgreiche Akquise von Herrn Lux führte erneut und eher unerwartet zu einem erfreulich hohem Werbe- und Sponsoringsertrag. Den Einnahmen stehen entsprechende Ausgaben gegenüber (siehe hierzu Gewinn- und Verlustrechnung, Pos. 3, Materialaufwand). Sie führten zu einer Unterschreitung der Erstattungsleistung der Gesellschafter um rd. T€ 7.

Die Aufwendungen für die Gesellschafterstädte im Bereich Solisten und Aushilfen liegen nur für Remscheid leicht über dem Ansatz. Ursächlich hierfür ist die Planung und Durchführung der Meisterkonzertreihe.

Obwohl hier ebenfalls die Kosten für den vorher nicht planbaren Bereich Musiktheater enthalten sind, führte die Unterschreitung der Planansätze für partiturbedingte Aushilfen und Solisten zu einem insgesamt sicherlich vertretbaren Ergebnis. Der Förderbetrag der Freundeskreise für Solisten und Aushilfen sowie Unterstützungsleistungen für Schulmusiken und Schulkonzerte erreichte mit über T€ 27 nur für diesen Bereich eine Rekordhöhe, die sich in Folgejahren sicherlich nicht so einfach wiederholen lässt.

Personalkosten

Die Personalkosten konnten, wenn auch nur geringfügig, unterhalb der Planungsgröße abgeschlossen werden. Ursächlich ist hierfür dieses Mal wiederum die Dauer der Saisonferien bis in das neue Wirtschaftsjahr hinein. Hierdurch waren, wie bereits im Geschäftsjahr 2011/2012, Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub für alle Beschäftigten zu bilden.

Diese fallen mit T€ 120 um T€ 65 höher aus, als dies ansonsten der Fall ist. Ebenfalls beinhalten die Personalkosten bereits Rückstellungen für Tarfnachzahlung zum Stand 2012/2013 in Höhe von insgesamt T€ 133.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen überschreiten die Planung um T€ 39. Auch in diesem Jahr liegt der Hauptgrund in der nicht vorhersehbaren Höhe der situationsbedingten Ausgaben für Beratung und Prüfung, die den Ansatz um T€ 20,4 übersteigen. Die im letzten Lagebericht abgegebene Prognose ist somit leider eingetreten.

Mit dem 10. Philharmonischen Konzert hatten die Naturfelle eines Paukensatzes und der großen Trommel "Dicke Berta" ihre Einsatzmöglichkeiten überschritten und mussten unplanmäßig noch vor Beginn der neuen Spielzeit erneuert werden. Dies führte zu einer Überschreitung des Planansatzes in Höhe von T€ 6,9.

Nach Rücksprache mit den Gesellschaftern wurde nach dem 10. Philharmonischen Konzert in beiden Städten das Publikum zu einem Saisonabschlussumtrunk eingeladen. Durch einen von einem Besucher verursachten Instrumentenschaden entstanden Kosten in Höhe von zusätzlich T€ 4. Die entsprechende Versicherungsentschädigung wird unter der Position "Sonstige betriebliche Erträge" ausgewiesen.

Betriebskostenzuschuss

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurde der Planansatz für Betriebskostenzuschüsse (BKZ) im Soll/Ist-Vergleich um T€ 266,3 unterschritten. Dies verringert sich um die Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von T€ 133, die in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten sind. Somit ist nach nicht bilanziellem Verständnis der BKZ je Gesellschafter erneut mit T€ 67,8 nicht in Anspruch genommen worden.

Durch die Gewährung von Betriebskostenzuschüssen in Höhe von insgesamt T€ 3.471,2 (Vj.: T€ 3.545,2) beträgt das Jahresergebnis T€ 0.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Der Rechtsstreit zwischen der Deutschen Orchestervereinigung und dem Bühnenverein über die Übernahme von Tarifanpassungen im öffentlichen Dienst wurde im September in letztendlicher Instanz vor dem BAG entschieden. Erwartungsgemäß wurde die Auffassung des Bühnenvereins bestätigt. Bereits wenige Tage nach dem Urteilsspruch haben die Tarifvertragsparteien die Gespräche wieder aufgenommen. Nach derzeit noch unbestätigten Meldungen soll der Tarifstand TVöD 2013 zum 01. November 2013 für alle Orchester übernommen werden. Hinsichtlich der ausstehenden Tarifzahlungen für die Jahre 2009 bis 2013 soll es nach Tarifklassen gestaffelte pauschale Abgeltungen geben. Es kann derzeit davon ausgegangen werden, dass aufgrund der gebildeten Rückstellungen die Nachzahlungen geleistet werden können und die Zahlung der Tarifgehälter möglich sein wird.

IV. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Überlegungen und Verhandlungen zum Erhalt des Unternehmens machten eine auf die einzelnen Wirtschaftsjahre bis 2021 bezogene Personalplanung notwendig. Diese Planung sieht eine sozialverträgliche Abschmelzung des Klangkörpers auf 66 Personale auf der Basis der Kostengröße des Tarifabschlusses 2013 zzgl. einer vertretbaren Tarifsteigerung vor. Die zwischen den Gesellschaftern abgestimmte Abschmelzung des Betriebskostenzuschusses vollzieht diese Planung nach. Somit kann die Grundsicherung der wirtschaftlichen Planung aus Sicht der Geschäftsführung als gesichert angesehen werden.

Gespräche mit dem Kölner Männergesangsverein noch in den Saisonferien 2012/2013 führten zu einer noch engeren Zusammenarbeit. So sind die Bergischen Symphoniker ab der Spielzeit

2013/2014 zusätzlich auch das Begleitorchester für die philharmonischen Konzerte der KMGV in der Philharmonie Köln. Darüber hinaus besteht die Bereitschaft zu weiteren gemeinsamen Gastauftritten, die derzeit auch in Remscheid und Solingen geprüft werden.

Solingen, den 20. Oktober 2013

gez. Stefan Schreiner
Geschäftsführer

*) Die Ausführungen zu den Punkten Gesellschafter / Gegenstand des Unternehmens / Organe und Erweiterte Haftung kennzeichnen den Stand vor Eintragung der Maßnahmen im Zuge der Umstrukturierung des Unternehmens im Handelsregister. Die Handelsregistereintragung ist erst am 06.01.2014 erfolgt. Die Angleichung an den verhandelten und aktuellen Stand wird daher erst im Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2014 Niederschlag finden.

3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.

Allgemeine Unternehmensdaten

Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.
 Goltsteinstr. 87
 50968 Köln
 Tel. 0221 / 949725 - 0

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	50.000,00	50,0
LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH	50.000,00	50,0
<u>Gesamt</u>	<u>100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Hauptbahnhofes Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung; ab dem 31.12.2011 Liquidator

Werner Wirtz

Aufsichtsrat

Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	Vorsitzende
Susanne Hofmann		Stellv. Vorsitzende
Thomas Kase	Ratsmitglied	
Franz Meiers		
Andreas Röhrig		
Rosemarie Stippe Kohl	Ratsmitglied	
Hartmut Biermann		
Klaus Mandt	Ratsmitglied	
Philipp Wallutat	Ratsmitglied	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr StVD Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Gesellschafterversammlung kann die Einforderung von Einzahlungen (Nachschüssen) beschließen mit der Maßgabe, dass die Nachschüsse von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile zu zahlen sind.

Die Nachschusspflicht ist insgesamt (also für die gesamte Laufzeit des Gesellschaftsvertrages) auf € 100.000,00 (in Worten: Euro einhunderttausend) beschränkt.

Es wurde im Rahmen der Gründung eine Patronatserklärung gegenüber der LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Hauptbahnhof bis max. 511.291,88 € ausgesprochen.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Kapitalerhöhung	0,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Außer dem Geschäftsführer wurden keine weiteren Mitarbeiter-/innen beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

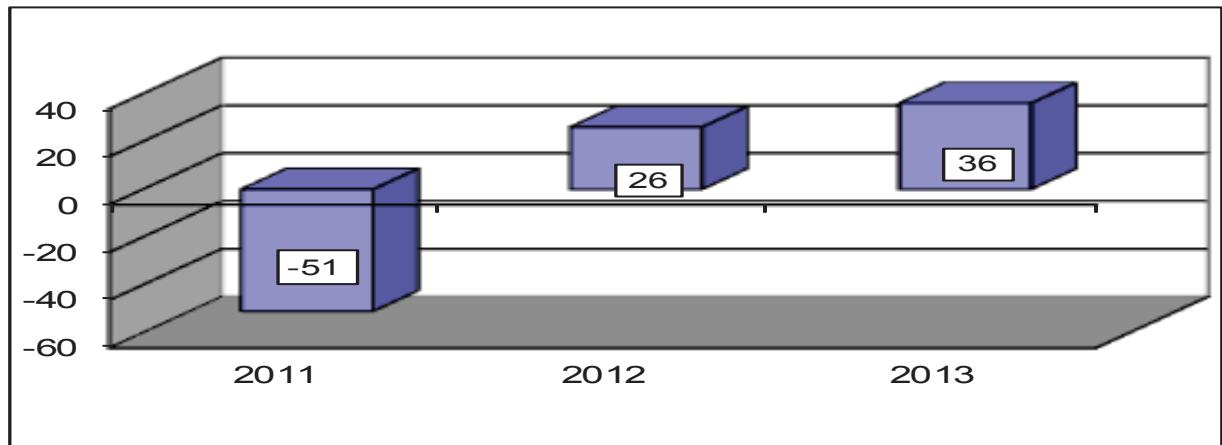
Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	813	87,70	821	94,82	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1	0,11	1	0,13	0	0,00
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	71	7,66	28	3,18	879	100,00
Umlaufvermögen	885	95,47	850	98,13	879	100,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	42	4,53	16	1,87	0	0,00
Aktiva	927	100,00	866	100,00	879	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	10,79	100	11,55	100	11,38
Kapitalrücklage	500	53,94	500	57,76	500	56,90
Neubewertungs-/Gewinnrücklage BilMoG	37	3,99	36	4,16	36	4,10
Verlustvortrag	-628	-67,75	-678	-78,38	-652	-74,20
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	26	3,04	36	4,09
Jahresfehlbetrag(-)	-51	-5,50	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	42	4,53	16	1,85	0	0,00
Eigenkapital	0	0,00	0	-0,02	20	2,26
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	370	39,91	300	34,66	384	43,68
Verbindlichkeiten	557	60,09	566	65,36	475	54,06
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	927	100,00	866	100,00	879	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse aus Verkauf von Grundstücken	0	0	984
Bestand an zum Verkauf best. Grundstücken	-12	8	-821
Aktiviert. Aufw. zur Ingangs. des Geschäftsbetriebes	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	27	45	261
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Erträge	15	53	423
Aufwendung für bezogene Leistungen	4	12	3
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	19	15	375
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43	0	9
Aufwendungen	66	27	387
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-51	26	36
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	26	36
Jahresfehlbetrag (-)	-51	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

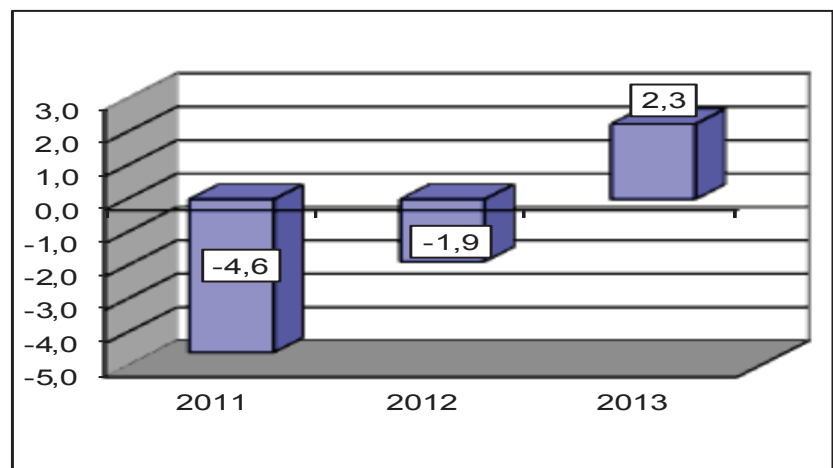
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-51	26	36



Kennzahlen

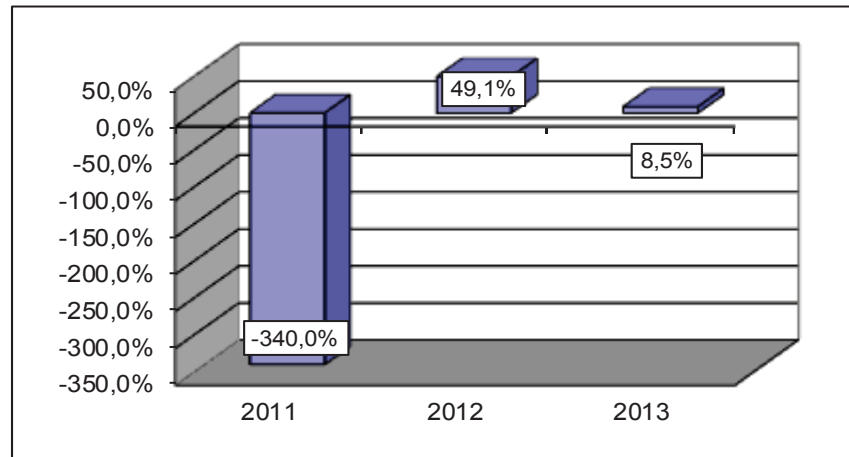
Eigenkapital-Quote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	-42	-16	20
Bilanzsumme	927	866	879
% EK	-4,6	-1,9	2,3



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-51	26	36
Abschreibungen	0	0	0
	-51	26	36
Gesamterträge	15	53	423
Cash-Flow	-340,0%	49,1%	8,5%

**Lagebericht PHR für das Geschäftsjahr 2013****1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid**

Die Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH (PHR) wurde am 17. Dezember 2001 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Standortes Hauptbahnhof Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Gesellschafter der PHR sind zu jeweils 50% die Stadt Remscheid und die LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH, Köln (LEG S Köln GmbH, eine 100% Tochter der LEG NRW GmbH, Düsseldorf). Die PHR wird über Geschäftsbesorgungsverträge durch Unternehmen der LEG-Unternehmensgruppe betreut.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Veränderungen, der Marktlage sowie der Volatilität der Sparte fiel Anfang 2009 auf Seiten der LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH die Entscheidung, den Bereich Development nicht mehr weiterzuführen. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2013 war u.a. der weitere Abbau der Sparte Development. Die laufenden Projekte wurden und werden beendet bzw. veräußert. Auch Projektgesellschaften werden zwecks Weiterentwicklung an Investoren bzw. Projektentwickler veräußert. Neue Entwicklungen werden nicht mehr begonnen.

Mit dem Gesellschafter Stadt Remscheid wurde eine Arbeitsteilung für einzelne Projektphasen vereinbart. Dabei liegen die inhaltliche und wirtschaftliche Verantwortung teilmaßnahmenscharf abgegrenzt jeweils bei der PHR oder bei der Stadt Remscheid. Die PHR verantwortet neben dem abgeschlossenen Grunderwerb und der zwischenzeitlich erfolgten städtebaulichen und grundlegenden Planung der Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen und

der abgeschlossenen Maßnahmen zur Herrichtung der Flächen, die Vermarktung des Hauptbahnhofareals. Die Stadt Remscheid verantwortet den Bau der Erschließungs- und Infrastrukturanlagen einschließlich der weitergehenden Planungen.

Die Maßnahme wird größtenteils aus StBauF-Mitteln des Landes im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme bezuschusst. Die Stadt Remscheid als Empfänger der Fördermittel leitet diese zusammen mit dem entsprechenden kommunalen Eigenanteil an die PHR weiter.

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und Geschäftsergebnisses

Auf Basis des rechtskräftigen Bebauungsplans hat die Stadt Remscheid die Erschließung des Geländes realisiert. Die PHR hat in 2013 die letzten Grundstücke veräußert.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und projektspezifischen Rahmenbedingungen

Die Wirtschaftsstruktur in Remscheid, der kleinsten der drei bergischen Großstädte, ist durch kleinere und mittlere Unternehmen mit überdurchschnittlichen Exportanteil, breiten Kompetenzen im Bereich der Werkzeugindustrie und zugeordneten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten gekennzeichnet.

Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Lage betrifft vollumfänglich auch die Stadt Remscheid. Auswirkungen auf die Gesellschaft bestehen nach Abschluss der Grundstücksvermarktungen in 2013 nicht mehr.

1.3 Liquidation der Gesellschaft

Die Gesellschafter Stadt Remscheid und LEG S Köln GmbH haben mit Umlaufbeschluss vom 16./22. Dezember 2011 die Auflösung der Ende 2001 zunächst auf eine Dauer von 10 Jahren vereinbarten Gesellschaft mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2011 beschlossen.

Die Liquidation ist im elektronischen Bundesanzeiger am 28. Februar 2012 veröffentlicht worden. Auf Grundlage eines mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Maßnahmenplans soll die Liquidation möglichst zügig durchgeführt werden.

2. Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2013

Das Projekt wurde in 2013 abgeschlossen. Der Wert des Grundstücksbestandes hat sich auf T€ 0 reduziert.

2.1 Vermögenslage

Die Bilanz der PHR ist auf der Aktivseite durch das Guthaben bei Kreditinstituten geprägt. Im Geschäftsjahr hat sich das Umlaufvermögen der Gesellschaft um rund T€ 29 auf rund T€ 879 erhöht. Die Veränderung betrifft insbesondere die zum Verkauf bestimmten Grundstücke (-T€ 821) und das Guthaben (+ T€ 851) bei Kreditinstituten.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten um rund T€ 91 auf rund T€ 475 vermindert.

Die Veräußerung des letzten Grundstücks an den Mit-Gesellschafter Stadt Remscheid erfolgte gemäß § 4 Nr. 9a UStG umsatzsteuerfrei. Daher musste die im Rahmen des Gesamtprojektes abziehbare bzw. nicht abziehbare Vorsteuer neu ermittelt werden. Nach den Berechnungen der Steuerabteilung des Geschäftsbesorgers ergibt sich zum Projektabschluss eine Vorsteuernachzahlung in Höhe von T€ 357, die im Geschäftsjahr 2013 den sonstigen Rückstellungen zugeführt wurde.

2.2 Ertragslage

Die Gesellschaft schließt im Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) in Höhe von etwa T€ 36 ab.

Der Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen durch Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken.

Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages in Höhe von T€ 652 ergibt sich ein Bilanzverlust in Höhe von rund T€ 616.

2.3 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der PHR (laufende Aufwendungen: Projektmanagement und Vermarktung) war im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Der Gesellschafter Stadt Remscheid hat der PHR bereits in 2006 einen Betrag in Höhe von T€ 500 für die Kapitalrücklage zur Verfügung gestellt. Der Gesellschafter LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH (LEG S Köln GmbH) hat der PHR weiterhin ein Gesellschafterdarlehn in Höhe von T€ 500, nach Darlehensverzicht (T€ 45) von T€ 455, zur Verfügung gestellt (befristet bis zum 31.03.2014). Der Gesellschafter LEG S Köln GmbH hat im Juni 2011 eine Rangrücktrittsvereinbarung zum vorgenannten Darlehen mit der Gesellschaft abgeschlossen.

Zusätzlich ist der Gesellschaft im Juni 2011 durch die LEG S Köln GmbH ein weiteres Gesellschafterdarlehen über T€ 400, befristet bis zum 31.03.2014, zur Verfügung gestellt worden. Im Berichtsjahr musste die Gesellschaft das Darlehen nicht in Anspruch nehmen. Die Gesellschaft ist damit in die Lage versetzt worden, ihren finanziellen Verpflichtungen während der Liquidationsphase nachzukommen.

3. Nachtragsbericht

Im Dezember 2013 hat die Gesellschafterversammlung den ersten Entwurf der Schlussrechnung der Gesellschaft bestätigt. Die abschließende Abstimmung der Schlussrechnung zwischen den Gesellschaftern läuft zur Zeit und soll im 1. Quartal 2014 abgeschlossen werden. Dem Rat der Stadt wird im 1. Quartal 2014 die Beschlussvorlage zur Aufhebung der Entwicklungssatzung vorgelegt.

4. Risikobericht

Die in Liquidation befindliche PHR ist über die LEG S Köln GmbH in das Risikomanagementsystem der LEG-Unternehmensgruppe integriert.

Die LEG Unternehmensgruppe verfügt über ein zentrales Risikomanagementsystem, in das die Gesellschaft integriert ist. Dieses System wird seit Herbst 2010 durch das IT-Tool „R2C_Risk to chance“ unterstützt und ermöglicht ein einheitliches, nachvollziehbares, systematisches und permanentes Vorgehen. Damit sind die Voraussetzungen zur Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation, Kommunikation und Historisierung von Risiken geschaffen. Dieses System erfüllt die rechtlichen Rahmenbedingungen und stellt Prüfungssicherheit her. Der gesamte Risikomanagementprozess wird durch einen zentralen Risikomanager koordiniert und überwacht.

5. Prognose

Die Abwicklung der Sparte Development wird unverändert konsequent betrieben. Mit Veräußerung des letzten Teilgrundstücks an die Stadt Remscheid wurde das Projekt Hauptbahnhof in 2013 planmäßig abgeschlossen.

Die Liquidation der Gesellschaft ist für 2014 vorgesehen.

Der Gesellschaftszweck gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist erfüllt. Das Bahnhofsgelände wurde hergerichtet, erschlossen und neuen Nutzungen zugeführt. Alle Grundstücke wurden veräußert.

Der Gesellschaftszweck gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist erfüllt. Das Bahnhofsgelände wurde hergerichtet, erschlossen und neuen Nutzungen zugeführt. Alle Grundstücke wurden veräußert.

Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind in Höhe von ca. 4,6 Mio. EUR vereinnahmt worden. Das von der PHR betreute Projekt finanziert sich wesentlich durch Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem StBauF-Programm einschließlich entsprechender Eigenanteile der Stadt Remscheid. Auf Grundlage der vorliegenden 12 Bewilligungsbescheide hat die PHR Mittel von rund 5,7 Mio. EUR durch die Stadt ausgezahlt bekommen.

Risiken aus Umsatzsteuerschäden, die durch die Übernahme von Grundstücken durch die Stadt Remscheid entstanden sind, können nur soweit durch Fördermittel kompensiert werden, als dadurch die vom Land vorgegebene Obergrenze nicht überschritten wird.

Die Gesellschafter stimmen im 1. Quartal 2014 dem durch die Gesellschaft vorgelegten Entwurf der Schlussrechnung ab. Die Gesellschaftsangelegenheiten sollen zügig beendet werden, damit die Löschung der Gesellschaft im Handelsregister beantragt werden kann.

Remscheid, 10. Februar 2014

gez.
Werner Wirtz
Liquidator

3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid
gemeinnützige GmbH der
Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid
Otto-Ohl-Weg 10
42489 Wülfrath
Tel. 02191 / 69440 - 0

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Bergische Diakonie Aprath	12.750,00	51,00
Stadt Remscheid	12.250,00	49,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand/Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Einrichtungen und Diensten in Remscheid, die Alten- und Pflegeeinrichtungen und Alten- und Pflegedienste für alle Menschen unabhängig von ihrer religiösen, nationalen und kulturellen Herkunft vorhalten. Die Gesellschaft betreibt diese Einrichtungen in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche. Durch die Beteiligung an der Gesellschaft bekennt sich die Stadt Remscheid zu ihrem öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge in der Altenhilfe.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht:

Übernahme, Führung und Erweiterung des Betriebes der beiden bisher städtischen Alten- und Pflegeheime in Remscheid-Lennep und Remscheid-Vieringhausen.

Die Gesellschaft wird im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem genannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Gerhard Schönberg

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz und Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	
Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00
Rangrücktrittserklärung	0,00	75.000,00	*75.000,00

*aus 2012 besteht weiterhin

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2011	2012	2013
Anzahl Vollzeitäquivalente	VzÄ	VzÄ	VzÄ
eigene Beschäftigte	42,1	43,6	45
beschäftigte Leihmitarbeiter inkl. Beschäftigte der Stadt Remscheid	keine Angabe im Prüfbericht	60,1	59
gesamt	keine Angabe im Prüfbericht	103,7	104

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2011	2012	2013
Pflegeplätze	223	215	204
Auslastungsgrad in %	95,2	92,1	95,9

Bilanzstruktur

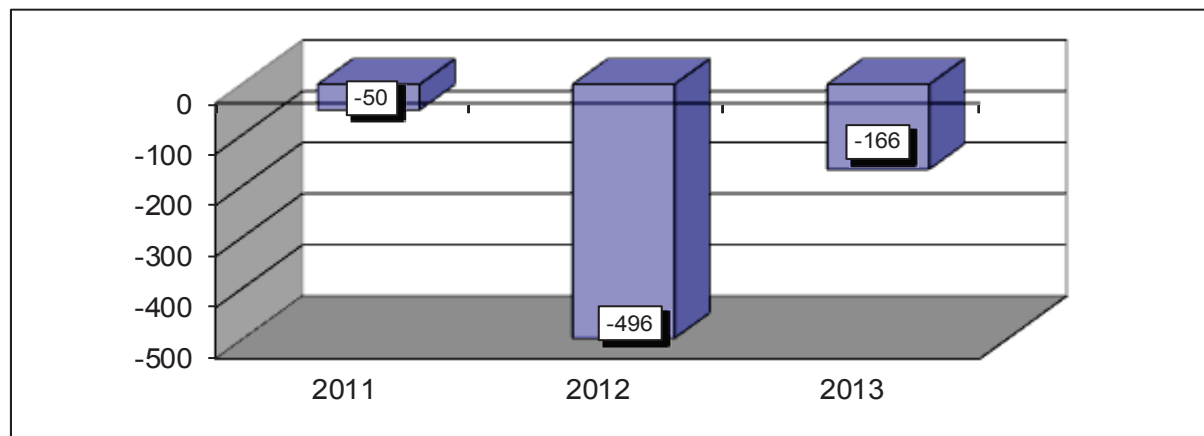
Jahr Bilanz-Position	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	104	8,35	86	10,71	69	9,73
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	104	8,35	86	10,71	69	9,73
Vorräte	20	1,61	3	0,31	3	0,35
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	433	34,62	431	53,37	181	25,51
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	692	55,34	287	35,61	455	64,27
Umlaufvermögen	1.145	90,27	720	89,29	638	90,14
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,08	0	0,00	1	0,14
Aktiva	1.250	100,00	807	100,00	708	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	2,00	25	3,10	25	3,53
Kapitalrücklage	70	5,60	70	8,68	70	9,89
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn- / Verlustvortrag	107	8,53	57	7,02	-440	-62,08
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-50	-3,99	-496	-61,50	-166	-23,45
Eigenkapital	152	12,14	-345	-42,71	-511	-72,11
Sonderposten mit Rücklagenanteil	7	0,56	6	0,72	4	0,62
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	139	11,10	146	18,12	251	35,47
Verbindlichkeiten	953	76,24	806	99,85	732	103,38
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	194	24,05	231	32,65
Passiva	1.250	100,00	807	100,00	708	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung

Jahr GuV-Position	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8.386	8.120	8.172
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	1	1	1
Sonstige betriebliche Erträge	235	187	211
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	0	1	1
Erträge	8.622	8.310	8.386
Materialaufwand	5.000	4.684	4.239
Personalaufwand	1.650	1.914	2.024
Abschreibungen	19	21	19
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.000	2.186	2.268
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	2	1
Aufwendungen	8.672	8.806	8.552
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-50	-496	-166
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	-50	-496	-166

Entwicklung der Jahresergebnisse

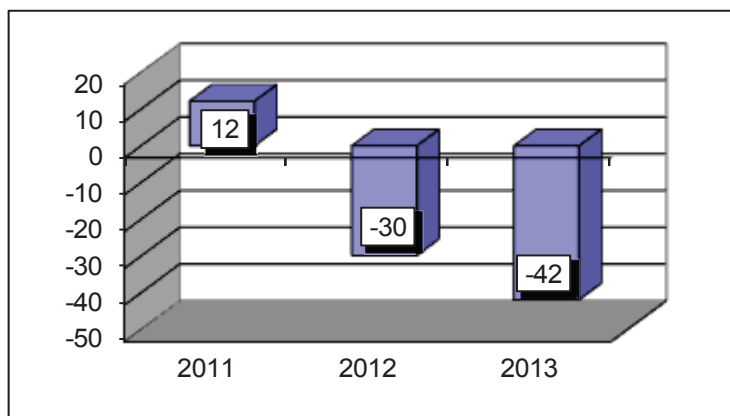
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	-50	-496	-166



Kennzahlen

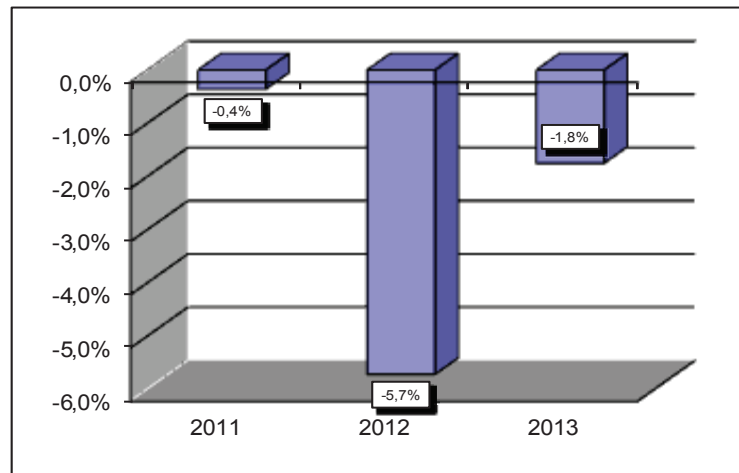
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	152	-344	-511
Bilanzsumme	1.250	1.152	1.219
% EK	12	-30	-42



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-50	-496	-166
Abschreibungen	19	21	19
	-31	-475	-147
Gesamterträge	8.622	8.310	8.386
Cash-Flow	-0,4%	-5,7%	-1,8%



Lagebericht 2013

Da die Stadt Remscheid der Feststellung des Jahresabschlusses inkl. Lagebericht zum 31.12.2013 nicht zugestimmt hat, wird auf eine Veröffentlichung des Lageberichts verzichtet.

3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung

Allgemeine Unternehmensdaten

Arbeit Remscheid gGmbH
 Freiheitstr. 181 / Am Bruch
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 29912

Gründungsjahr: 1999

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	61.200,00	39,97
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep	38.250,00	24,98
Kreishandwerkerschaft Remscheid	19.150,00	12,51
Arbeitgeber-Verband von Remscheid und Umgebung e.V.	19.150,00	12,51
Limes Qualifizierung Gesellschaft für Arbeitnehmer- Weiterbildung mbH	15.350,00	10,03

<u>Gesamt</u>	<u>153.100,00</u>	<u>100,00</u>
---------------	-------------------	---------------

Die Stammeinlagen wurden bisher nur zur Hälfte eingezahlt.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist, von Arbeitslosigkeit betroffene Personen im Stadtgebiet Remscheid zu betreuen, zu beraten, auszubilden, zu qualifizieren und / oder die Wiedereingliederung der benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes, wie z.B. Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Behinderte zu gewährleisten.

Der Geschäftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht werden:

Planung und Durchführung von personenbezogenen Maßnahmen, z.B. Feststellung der arbeitsmarktlichen Eignung, Arbeitserprobung und Heranführung an marktübliche Erwerbstätigkeit in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung.

Initiierung und Planung von Qualifizierungsmaßnahmen in Kooperation mit den Trägern der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Ralf Barsties

Beirat

Werner Fußwinkel	
Burkhard Mast-Weisz	Stadtdirektor
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Bürgermeister
Michael Kleinbongartz	Ratsmitglied
David Schichel	Ratsmitglied
Thomas Brützel	Sachkundiger Bürger
Fritz Beinersdorf	Ratsmitglied
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Therese Jüttner	Ratsmitglied
Armin Hoppmann	
Christian Klauer	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz und Herr Städt. Verwaltungsdirektor Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gem. § 5 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Erbringung von Nachschüssen beschließen. Der Anteil der Stadt Remscheid an dieser Nachschusspflicht besteht in Höhe von 30.600,00 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Zuschuss Overhead-Kosten	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2011	2012	2013
Arbeitnehmer/-innen	35	28	27
im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahm.	4		
im Rahmen von Projekt Bürgerarbeit	2	11	14
Auszubildende		21	19
gesamt	41	60	60

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

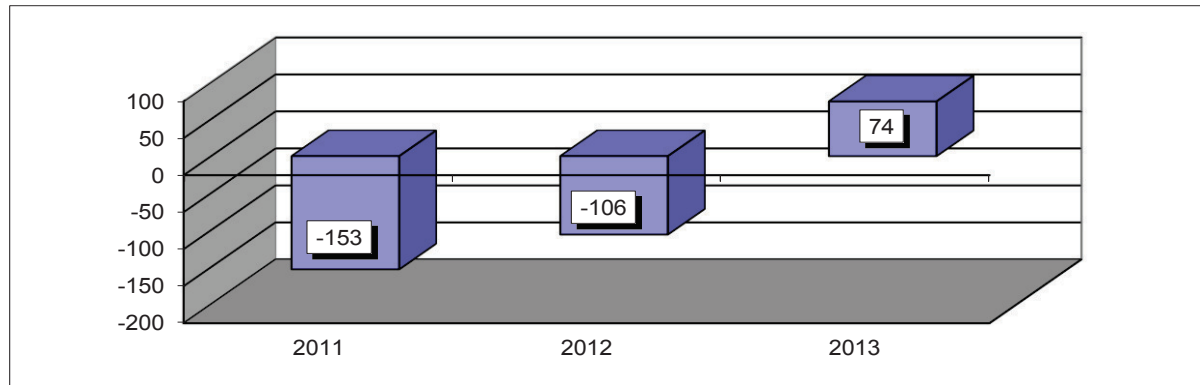
Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Ausstehende Einlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	144	17,08	101	13,15	100	10,94
Anlagevermögen	144	17,08	101	13,15	100	10,94
Vorräte	3	0,36	2	0,26	1	0,11
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	134	15,90	235	30,60	178	19,47
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	555	65,84	424	55,21	626	68,49
Umlaufvermögen	692	82,09	661	86,07	805	88,07
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0,83	6	0,78	9	0,98
Aktiva	843	100,00	768	100,00	914	100,00
Gezeichnetes Kapital	153	18,15	153	19,92	153	16,74
Ausstehende Einlagen	-77	-9,13	-77	-10,03	-77	-8,42
Kapitalrücklage / geb. Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	797	94,54	644	83,85	538	58,86
Jahresüberschuss (+)	0	0,00	0	0,00	74	8,10
Jahresfehlbetrag(-)	-153	-18,15	-106	-13,80	0	0,00
Eigenkapital	720	85,41	614	79,95	688	75,27
Sonderposten für Investitionszuschüsse	7	0,83	3	0,39	1	0,11
Rückstellungen	58	6,88	60	7,81	83	9,08
Verbindlichkeiten	58	6,88	74	9,64	119	13,02
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	17	2,21	23	2,52
Passiva	843	100,00	768	100,00	914	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	814	668	606
Sonstige betriebliche Erträge	1.232	1.128	1.577
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	2	0
Erträge	2.049	1.798	2.183
Materialaufwand	30	21	44
Personalaufwand	1.546	1.339	1.519
Abschreibungen	57	47	37
Sonstige betriebliche Aufwendungen	566	495	507
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	2.199	1.902	2.107
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-150	-104	76
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	-3	-2	-2
Jahresüberschuss (+)	0	0	74
Jahresfehlbetrag (-)	-153	-106	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

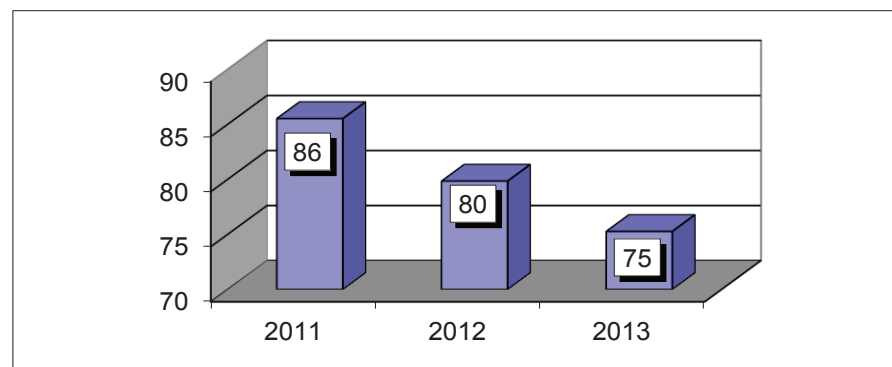
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-153	-106	74



Kennzahlen

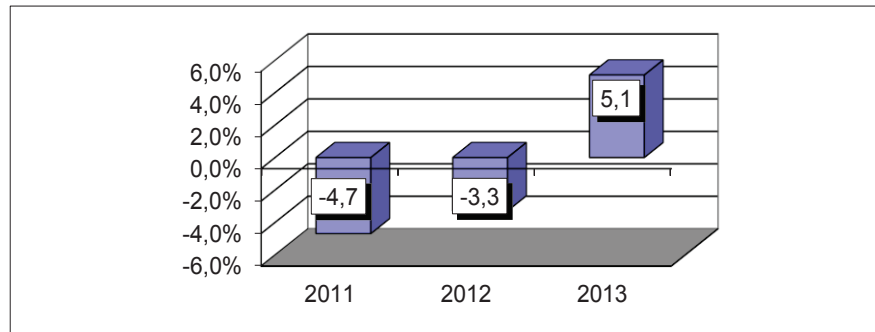
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	721	614	688
Bilanzsumme	843	769	914
% EK	86	80	75



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-153	-106	74
Abschreibungen	57	47	37
	-96	-59	111
Gesamterträge	2.049	1.798	2.183
Cash-Flow	-4,7%	-3,3%	5,1%



Lagebericht 2013

1. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Die Entwicklung der Gesellschaft verlief im Geschäftsjahr überaus stabil und kontinuierlich. Dies kann im Wesentlichen darauf zurückgeführt werden, dass die im Vorjahr 2012 ergriffenen Maßnahmen in 2013 spürbar wirksam wurden. Dies bezieht sich sowohl auf die fachlichen Entwicklungen in den Arbeitsmarktmaßnahmen als auch auf die wirtschaftlichen Entwicklungen.

1.1 Gesamtwirtschaftliches Umfeld / Entwicklungen im Qualifizierungsbereich

Die Arbeitslosenquote in Remscheid lag Ende des Jahres 2013 mit 9,0 % leicht unter der Quote des Vorjahres (-0,1 %). Dies bedeutet absolut, dass mit 5.268 Personen 34 Personen weniger arbeitslos waren als Ende 2012. Bei differenzierter Betrachtung der Rechtskreise ist der Rückgang der Arbeitslosenquote im Bereich SGBIII bemerkenswert (um 99 Personen auf 1.418 Personen) während im Bereich SGBII weitere 65 Personen hinzugekommen sind (3.850 Personen zum 31.12.2013).

Da mittlerweile die Mehrzahl der Maßnahmeteilnehmer bei Arbeit Remscheid Kunden des Rechtskreises SGBII sind (Jobcenter Remscheid), lohnt sich hier eine differenziertere Betrachtung. Hier gab es in Remscheid erhebliche Zuwächse bei den 15 bis 25jährigen Personen (um 56 oder 18,7 % auf 356 Personen) und bei den über 55jährigen (um 32 oder 7,2 % auf 477 Personen). Insgesamt bemerkenswert ist, dass hier die Quote der Langzeitarbeitslosen um 4,8 % (98 Personen) stieg. Ende 2013 waren 2.160 Personen langzeitarbeitslos. Der kontinuierlich gravierend ansteigende Anteil an Jugendarbeitslosigkeit und der weiter steigende Anteil der Langzeitarbeitslosen sind besorgniserregend. Ein vergleichender Blick ins Bergische Städte-Dreieck gibt Aufschluss darüber, dass das Phänomen der steigenden Langzeitarbeitslosigkeit durchgängig vorhanden ist. Für Remscheid ist im Rechtskreis SGBII ein überdurchschnittlicher Anstieg bei den 15 bis 25jährigen ebenso zu verzeichnen wie bei den über 55 jährigen. Bei den Älteren ist in den Nachbarstädten sogar eine deutliche Verbesserung der Situation zu erkennen.

In Deutschland insgesamt reduzierte sich der Anteil der Menschen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnahmen, nochmals um 10,4 %. Der Rückgang zwischen 2009 und 2013 beträgt fast 50 %. Die Rückgänge der Teilnehmerzahlen an Maßnahmen sind keineswegs logische Konsequenz eines gesunkenen Förderbedarfes aufgrund sinkender Arbeitslosenzahlen. Die sogenannten Aktivierungsquoten zeigen dies auf. In 2013 lag die bundesweite Aktivierungsquote bei 17,5 %. Seit 2010 reduzierte sich diese Quote von 26,6 % kontinuierlich. Konkret: während 2010 noch jeder vierte Arbeitslose eine Arbeitsmarktmaßnahme in Anspruch nehmen konnte, hatte 2013 nur noch jeder sechste

Arbeitslose die Möglichkeit. Vor dem Hintergrund der Instrumentenreform wurde der Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung bundesweit seit 2009 um 59 % reduziert.

1.2 Qualifizierungsmaßnahmen 2013

Das Maßnahme-Portfolio von Arbeit Remscheid blieb 2013 im Vergleich zum Vorjahr weitestgehend stabil. Die Maßnahmen von 2012 wurden bis auf kleinere Wechsel bei den vermittlungsorientierten Maßnahmen auch 2013 durchgeführt. Dies erfolgte durch Fortsetzung der Laufzeit, durch die erfolgreiche Beteiligung an Neuausschreibungen oder durch die Ziehung einer Folgeoption durch die Bedarfsträger. In der zweiten Jahreshälfte konnten zwei neu zertifizierte Maßnahmen im Bereich des Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheines erfolgreich am Markt platziert werden. Bei weiterer Reduzierung der Teilnehmerzahl konnte auch der Bereich Arbeitsgelegenheiten stabil gestaltet werden. Nachdem sich die Beteiligung des Bergischen Städtedreieckes am Modellprojekt „Öffentlich geförderte Beschäftigung in NRW“ zum Ende des ersten Quartals zerschlug, wurde die Entscheidung getroffen, die innerhalb des Projektes skizzierte Serviceagentur in abgespeckter Form trotzdem an den Start zu bringen. Nach den ersten neun Monaten dieses Dienstleistungs- und Serviceangebotes in einem breiten Spektrum zwischen handwerklichen und serviceorientierten Tätigkeiten aus einer Hand erweist sich dieser Schritt als erfolgreich. Im ersten Jahr wurden zwei Vollzeitarbeitsplätze neu geschaffen und eine weitere vorher bereits vorhandenen Vollzeitstelle dadurch zur Hälfte abgesichert. Die Auftragslage lässt erwarten, dass im kommenden Jahr weitere Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Während Kontinuität und Ausbau der Geschäftstätigkeiten die prägenden Faktoren an den Standorten Königstr. 27-35 (Möbellager allerhand) und Markt 17 (Kaufhaus Remscheid) die prägenden Faktoren waren, war der Standort Freiheitstraße/ Am Bruch einem weiteren Wandel unterzogen. In den Werkstätten wurde Anfang des Jahres die Tischlerwerkstatt (als eine von zwei Traditionssäulen von Arbeit Remscheid) aufgelöst. Demgegenüber die Bereiche Farbe und Bau weiter ausgebaut und ein Metallbereich neu aufgebaut. Um als Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen am Markt erfolgreich zu sein, ist diese Flexibilität mittlerweile unabdingbare Voraussetzung.

Im Jahresdurchschnitt betreute Arbeit Remscheid ständig 185 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

1.3 Geschäftsführung, Personal –und Organisationsentwicklung

Gearbeitet wurde im Geschäftsjahr in der 2012 etablierten Organisationsstruktur und der bewährten Standortstruktur. Insbesondere am Standort Freiheitstr./Am Bruch gab es gravierende Veränderungen (s.o.).

Die Stammebelegschaft blieb im Vergleich zum Vorjahr fast gleich. Durchschnittlich waren 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Darüber hinaus nahm die Zahl der besetzten Bürgerarbeitsstellen mit durchschnittlich 14 zu und der Anteil der Auszubildenden ab (durchschnittlich 19). Des Weiteren waren im Schnitt weitere drei Mitarbeiter geringfügig beschäftigt und einer ehrenamtlich.

Im April 2013 erfolgte die erneute Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2008 sowie die erstmalige Zertifizierung nach der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung — AZAV (vormals AZWV). Darüber hinaus wurde Arbeit Remscheid 2013 als einer von zwei Remscheider Betrieben nach Ökoprofit Bergisches Städtedreieck ausgezeichnet.

2. Lage der Gesellschaft

2.1 Umsatz und Ertragsentwicklung im Vorjahresvergleich

Die Betriebsleistung bestehend aus Umsätzen und sonstigen Erträgen konnte im Wirtschaftsjahr 2013 um ein Fünftel verbessert werden. Der wesentliche Steigerungsfaktor

liegt hier bei den sonstigen Erträgen bei Erträgen aus Qualifizierungsmaßnahmen um 247 T€. Bei den Umsatzerlösen gab es maßgebliche Steigerungen im Zweck- und Qualifizierungsbetrieb Möbellager allerhand sowie mit dem im April gestarteten gewerblichen Betrieb Serviceagentur.

Bezeichnung	2013 in €	2012 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Umsatzerlöse	606.651,56	474.319,28	132.332,28	28
Sonst. betriebl. Erträge	1.577.047,86	1.321.547,48	255.500,38	19

2.2 Kostenentwicklungen im Vorjahresvergleich

Dem Zuwachs der Betriebsleistung um 21 % steht eine Steigerung der Gesamtkosten um nur 12% gegenüber. So konnte die Produktivität in Kontinuität zum Vorjahr weiter verbessert werden. Der dominierende Aspekt bei der Erhöhung der Kosten waren die Personalkosten, die mit einem Anteil an den Kosten von 71,5 % stabil blieben.

Bezeichnung	2013 in €	2012 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Personalkosten	1.519.441,84	1.339.072,04	180.369,80	13
Sachkosten	538.629,33	563.238,81	25.390,52	5
Gesamtkosten	2.108.071,17	1.902.310,85	205.760,32	11

2.3 Betriebswirtschaftliche Entwicklungen im Vorjahresvergleich

Die bereits im Laufe des Jahres 2012 eingeleiteten Maßnahmen zur Kostenreduzierung und Ertragsverbesserung griffen im Berichtsjahr 2013 erkennbar und nachhaltig. Nach zwei Jahren mit wirtschaftlichen Verlusten ist die Ertragslage für 2013 positiv. So konnte das Jahresergebnis um 181 T€ verbessert werden.

Bezeichnung	2013 in €	2012 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Betriebsleistung	2.183.699,42	1.795.866,76	387.832,66	22
Gesamtkosten	2.108.071,17	1.902.310,85	205.760,32	11
Betriebsergebnis	75.628,25	-106.444,09	182.072,34	172
Finanzergebnis	483,17	1.918,54	-1.435,37	-75
Steuern	1.979,45	2.180,87	-201,42	-9
Ergebnis	74.131,97	-105.706,42	180.838,39	169

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme konnte im Wirtschaftsjahr gegenüber den beiden Vorjahren deutlich verbessert werden. Liquidität und Eigenkapitalquote sind unverändert stabil.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

in den Jahren 2011 bis 2013 wurden die Grundlagen geschaffen für eine wesentlich verbesserte Handlungsfähigkeit von Arbeit Remscheid gGmbH. So bieten die Zweckbetriebe Kaufhaus Remscheid, Möbellager allerhand und die Werkstätten Rahmen und Grundlage für die fachlich fundierte und wirtschaftliche Durchführung von Arbeitsmarktmaßnahmen. In

einem tendenziell kleiner werdenden Markt liegen die Stärken und Schwerpunkte von Arbeit Remscheid in der Arbeit mit besonders benachteiligten und langzeitarbeitslosen Menschen.

Ein Widerspruch in der Arbeitsmarktpolitik ist hier, dass insgesamt immer weniger Mittel für Maßnahmen zur Verfügung stehen, immer Mittel davon für sogenannte Marktnahe Kunden der Arbeitsverwaltung eingesetzt werden, andererseits die besonders Benachteiligten und Langzeitarbeitslosen wenig bis gar nicht von der wirtschaftlich positiven Entwicklung profitieren.

Zum Selbstverständnis von Arbeit Remscheid gehört es, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Remscheid, also die Bürgerinnen und Bürger, das Gemeinwesen, für Handwerk und Wirtschaft in Remscheid zu sein. Um diese Zielperspektive abzusichern, ist es notwendig und ratsam, die Geschäftsfelder auch in das Bergische Umland zu öffnen. Dies bezieht sich auf Kooperationen ebenso wie auf Maßnahmeangebote an Bedarfsträger oder Dienstleistungsangebote im Umfeld von Kaufhaus, Möbellager und Serviceagentur. Die Nachfrage hiernach ist vorhanden und so wird das Angebot im besten Sinne „kundenorientiert“ weiterentwickelt werden.

Das Maßnahmenportfolio für 2014 steht fest. Durch den bevorstehenden Ausstieg eines Kooperationspartners ergeben sich einerseits etwas mehr Möglichkeiten. Andererseits muss die Herausforderung angenommen werden, dass die Verantwortung für zentrale Maßnahmen zukünftig auf weniger Schultern getragen werden muss und Arbeit Remscheid hier die Hauptverantwortung trägt. Da dies für 2014 u.a. beinhaltet, neue Berufsfelder aufzubauen und in einem weiteren die Ausbildungsberechtigung zu erlangen, wird hier ein Schwerpunkt in 2014 liegen. Darüber hinaus werden Möglichkeiten zur Ergänzung der Maßnahmepalette ausgelotet und die Kapazitäten für die Entwicklung zukunftsfähiger Projekte erweitert.

Remscheid, den 06.03.2014

Arbeit Remscheid gGmbH

gez. Ralf Barsties

Geschäftsführer

3.7 RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH (ab 20.12.2013)

Allgemeine Unternehmensdaten

RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH
c/ o BDO AG
Georg-Glock-Straße 8
40474 Düsseldorf
Tel. 02 11 / 13 71 506

Gründungsjahr: 2013

Am 20. Dezember 2013 wurden die städtischen Aktien der RW Holding AG in die RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH eingebracht, an der vom Stichtag an eine unmittelbare Beteiligung besteht.

Die RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH wurde am 22. November 2013 von der RW Holding AG, Düsseldorf bar gegründet. Am 20. Dezember 2013 hat die RW Holding AG, Düsseldorf die Anteile an der Gesellschaft an die Stadt Remscheid, die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH zum Nennwert veräußert.

Mit gleichem Datum haben die Gesellschafter insgesamt 418.275 Stück RW Holding AG Aktien in die Gesellschaft eingebracht. Dadurch ist die unmittelbare Beteiligung der Stadt Remscheid an der RW Holding AG seit dem 20. Dezember 2013 beendet.

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	6.499,00	26,00
Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	8.103,00	32,41
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	10.398,00	41,59
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH ist eine Holdinggesellschaft. Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen auf dem Energiesektor, insbesondere durch Erwerb und Verwaltung von direkten und indirekten Beteiligungen an der RWE AG, Essen, sowie die Beratung und Unterstützung von unmittelbaren und mittelbaren kommunalen Gesellschaftern in Fragen der Energiewirtschaft und -politik.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Heinz-Eberhard Holl

Gesellschafterversammlung:

Vertreter der Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Keine

3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH
 Dabringhauser Straße 29A
 42929 Wermelskirchen
 Tel. 02196/72030

Gründungsjahr: 1966/2005

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Evangelischer Kirchenkreis Leverkusen	12.800,00	25,6
Evangelischer Kirchenkreis Lennep	12.800,00	25,6
Walter-Frey-Stiftung	12.200,00	24,4
Stadt Remscheid	12.200,00	24,4
<u>Gesamt</u>	<u>50.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Kinder- und Jugendhilfe in der bergischen Region. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Hilfe zur Erziehung in unterschiedlichen Formen (ambulant, teilstationär und stationär) verwirklicht. Die Gesellschaft kann im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem vorgenannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Einrichtung wird in praktischer Ausübung christlicher Nächstenlieben im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche betrieben. Die Gesellschaft ist Mitglied des als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege anerkannten Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland und damit zudem dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Frau Silke Gaube

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz. Ein zweiter Vertreter wird bei Bedarf jeweils in der Einzelvorlage zur Gesellschafterversammlung durch den Rat bestellt.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2011	2012	2013
Mitarbeiter/-innen zum 31.12.	89	113	103

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2011	2012	2013
Platzzahl (im Jahresdurchschnitt)			
Intensivangebot	22	22	22
Regelangebot	74	76	74
Verselbständigungsangebot	9	9	9
Erziehungsstelle	5	5	5
Platzzahl gesamt	110	112	110
Ausnutzungsgrad in % (im Jahresdurchschnitt)			
Regel- / Intensivangebot	102,0	97,5	99,1
Verselbständigungsangebot	75,6	63,4	36,5
Erziehungsstelle	100,0	100,0	95,7

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

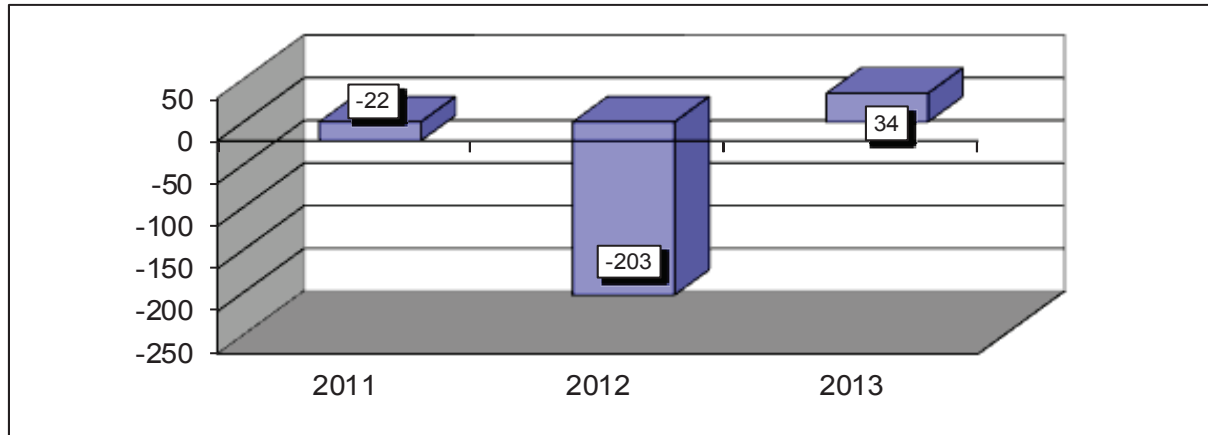
Jahr Bilanz-Position	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	11	0,34	10	0,32	4	0,14
Sachanlagen	1.138	35,00	1.154	36,88	1.113	35,62
Finanzanlagen	51	1,57	51	1,64	51	1,65
Anlagevermögen	1.200	36,91	1.215	38,84	1.168	37,41
Vorräte	10	0,31	7	0,21	9	0,29
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	824	25,35	953	30,46	872	27,90
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.133	34,85	882	28,21	1.015	32,49
Umlaufvermögen	1.967	60,50	1.842	58,89	1.896	60,69
Rechnungsabgrenzungsposten	84	2,58	71	2,27	59	1,90
Aktiva	3.251	100,00	3.128	100,00	3.123	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	1,54	50	1,60	50	1,60
Kapitalrücklage	1.050	32,30	1.050	33,57	1.050	33,62
Gewinnrücklagen	1.504	46,26	1.482	47,38	1.279	40,96
(+) Gewinn-/ (-) Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss	0	0,00	0	0,00	34	1,08
Jahresfehlbetrag (-)	-22	-0,68	-203	-6,49	0	0,00
Eigenkapital	2.582	79,42	2.379	76,06	2.413	77,25
Sonderposten aus Investitionszuschüssen	48	1,48	47	1,49	45	1,43
Rückstellungen	123	3,78	110	3,52	133	4,27
Verbindlichkeiten	498	15,32	592	18,94	533	17,05
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	3.251	100,00	3.128	100,00	3.123	100,00

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.118	6.009	6.348
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	85	181	141
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	10	8	3
Erträge	6.213	6.198	6.491
Materialaufwand	362	344	347
Personalaufwand	4.863	4.989	5.096
Abschreibungen	120	122	118
Sonstige betriebliche Aufwendungen	868	925	876
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18	17	16
Aufwendungen	6.231	6.397	6.453
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-18	-199	38
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	-4	-4	-4
Jahresüberschuss (+)	0	0	34
Jahresfehlbetrag (-)	-22	-203	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

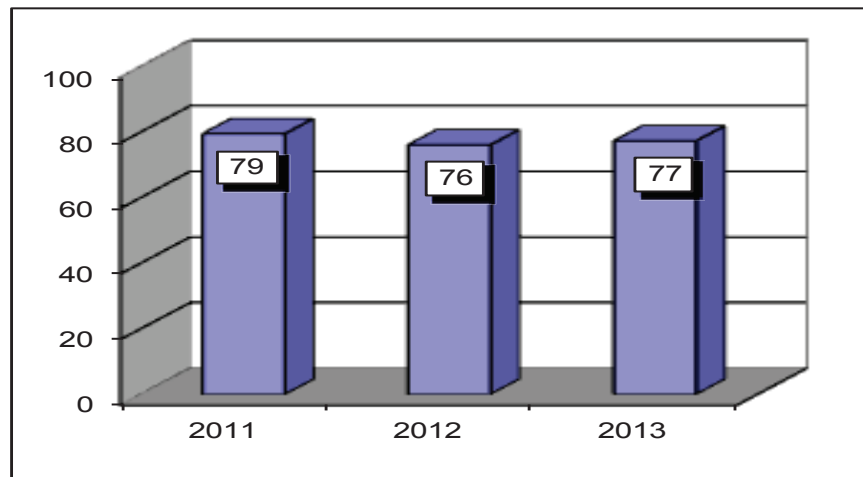
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	-22	-203	34



Kennzahlen

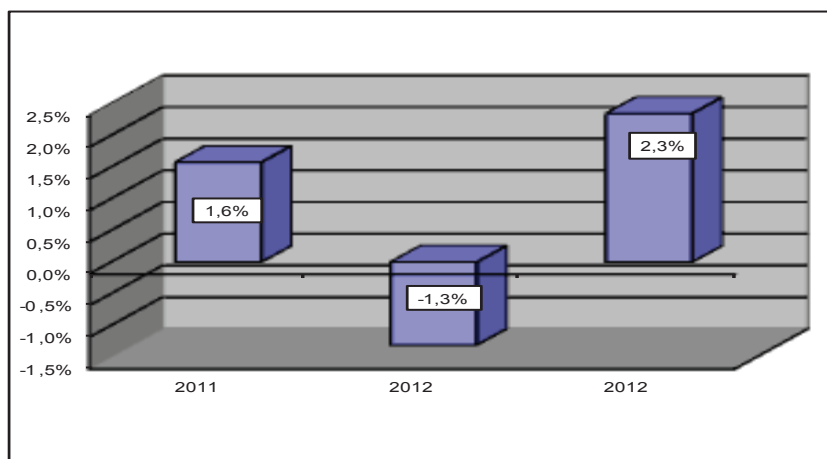
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	2.582	2.379	2.413
Bilanzsumme	3.251	3.128	3.123
% EK	79	76	77



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	-22	-203	34
Abschreibungen	120	122	118
	98	-81	152
Gesamterträge	6.213	6.198	6.491
Cash-Flow	1,6%	-1,3%	2,3%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs im Jahr 2013

Vorbemerkung

Das Jahr war von einer guten Auslastung der Einrichtung gekennzeichnet. Es gab keine außergewöhnlichen Ereignisse und Belastungen; die begonnenen Projekte und Arbeiten wurden weitergeführt. Das Wirtschaftsjahr wird mit einem Jahresüberschuss von 34 T€ abgeschlossen.

1. Entwicklung der ambulanten und stationären Jugendhilfe insgesamt

Die Inanspruchnahme stationärer Jugendhilfeleistungen ist weiterhin aufgrund des hohen Bedarfes gewährleistet. Im ambulanten Bereich ist der Bedarf ebenfalls vorhanden, jedoch aufgrund der schwierigen Fachleistungsstundenverhandlungen mit dem Rheinisch Bergischen Kreis (RBK) zumindest in den dort zugehörigen Städten (Kürten, Odenthal, Burscheid) kaum noch kostendeckend durchzuführen.

In Bezug auf die gekündigten Rahmenverträge NRW haben die aufgenommenen Verhandlungen weiterhin zu keinem neuen Ergebnis geführt. Die Gespräche wurden zunächst ausgesetzt; weitere Verhandlungen sind derzeit nicht in Sicht.

2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresüberschuss von 34 T€ ab. Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen (in T€):

	2013	2012	2011
Betriebsergebnis	-41	-229	-30
Finanzergebnis	-12	-8	-8
Sonstige Steuern	-4	-4	-4
Neutrales Ergebnis	+91	+38	+20
Jahresergebnis	+34	-203	-22

Unvorhergesehene Instandhaltungsaufwendungen (Wasserschaden 20 T€), überplanmäßige Personalaufwendungen (Rückstellung für Mehrarbeit und nicht genommenen Urlaub, 60 T€)

haben das Gesamtergebnis dabei negativ beeinflusst. Positiv haben sich die steigenden Umsatzerlöse (+ 339 T€) und eine Versicherungserstattung für Vorjahre (48 T€) ausgewirkt.

3. Belegungsentwicklung

Die Aufstellung der Einrichtung, differenziert nach Betreuungsformen, hat sich im Geschäftsjahr 2013 nicht verändert. Es ist zu beobachten, dass die Aufnahmeanfragen im Bereich traumatisierter bzw. psychisch stark belasteter Kinder und Jugendlicher steigen. Zwei langfristige Überbelegungen in einer Gruppe (Geschwisterkinder) konnten abgebaut werden, so dass die Kapazität wieder auf die vorherigen 96 Plätze im vollstationären Bereich reduziert wurde.

Angebote:	Plätze:	
	2013	2012
Regelangebot	74	76
Intensivangebot	22	22
Verselbständigungsangebot	9	9
Erziehungsstellen	5	5
gesamt	112	114

Die Auslastung der Einrichtung (ohne Erziehungsstellen, ohne SBW) hat sich gegenüber dem Vorjahr um fast zwei Prozentpunkte verbessert:

	Pflegetage SOLL (Vj.)	Pflegetage (Vj.)	IST	Auslastung
Pflegetage (anwesend)	35.040 (35.868)	33.410 (33.649)		95,3 % (93,8 %)
Pflegetage (Aufnahme, Entlassung, beurlaubt)	80%	(1.421 x 80% =) 1.137 (1.059)		3,2 % (3,0 %)
gesamt		34.547 (34.708)		98,5 % (96,8 %)

Die Auslastung der Erziehungsstellen liegt im Jahr 2013 lediglich bei 95,9 % (Vorjahr: 100%), da eine Betreuung im Oktober beendet wurde und der Platz aufgrund der Krankheitsvertretung durch eine andere Erziehungsstelle vorübergehend nicht wieder belegt werden konnte.

Im Sozialpädagogisch Betreuten Wohnen (SBW) ist die Berechnung in dieser Form nicht möglich, da die Leistung teilweise in Form von Pflegetagen, teilweise als Fachleistungsstunden (FLST) erbracht wird. Allerdings ist festzustellen, dass die Inanspruchnahme dieses Angebotes deutlich zurückgeht. Während im Jahr 2012 noch 2.066 Pflegetage und 751 FLST erbracht werden konnten, sind im Jahr 2013 nur noch 1.202 Pflegetage und 712 FLST nachgefragt worden.

Im ambulanten Bereich der Ev. Jugendhilfe (Heilpädagogische Ambulanz) entfielen auf 3,96 besetzte Stellen im Laufe des Jahres (= 6.237 Netto-Arbeitsstunden, gem. KGST) 5.665 abgerechnete Fachleistungsstunden. Dies entspricht einer Auslastungsquote von 90,8 % (Vorjahr: 91,8%).

Die neu eröffnete 3-Tage-Gruppe in Burscheid, die als Teil der Heilpädagogischen Ambulanz geführt wird, war durchschnittlich mit 5,5 von 6 Plätzen belegt. Dies stellt für das erste Jahr des Bestehens ein akzeptables Ergebnis dar. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten, da das Jugendhilfebüro des Rheinisch-Bergischen Kreises zwar im Vorfeld einen großen Bedarf für diese Arbeit signalisiert hat, sich aber in der Belegung zurückhaltend zeigt.

Insgesamt stellt sich die Inanspruchnahme der Leistungen durch die Jugendämter im vergangenen Jahr folgendermaßen dar:

2013		2012	2011
Unter 1 %	18 Jugendämter	21 Jug.ämter	20 Jug.ämter
1-5%	5 Jugendämter	9 Jug.ämter	7 Jug.ämter
7,0 %	Rheinisch-Bergischer Kreis	< 5%	< 5 %
8,1 %	Stadt Solingen	8,2 %	6,4 %
9,3 %	Stadt Wuppertal	8,9 %	10,8 %
11,6 %	Stadt Bergisch Gladbach	11,5 %	12,2 %
12,2 %	Stadt Leverkusen	9,9 %	5,1 %
15,0 %	Stadt Wermelskirchen	11,9 %	11,3 %
20,2 %	Stadt Remscheid	25,4 %	32,7 %

Die Anzahl der belegenden Jugendämter hat sich somit von 36 auf 30 reduziert. Bei den fünf hauptbelegenden Jugendämtern haben sich kleinere Verschiebungen ergeben; sie machen weiterhin ca. 75% des Umsatzes aus.

4. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt am Ende des Wirtschaftsjahres 2013 insgesamt 103 Mitarbeitende (entspricht 88,6 Vollzeitkräften).

Zwei Mitarbeiterinnen befanden sich im Mutterschutz bzw. im Beschäftigungsverbot, eine Mitarbeiterin befand sich in Elternzeit. Fünf Arbeitsverhältnisse wurden während einer Erkrankung fortgeführt, ohne dass Anspruch auf Lohnfortzahlung bestand.

Stellenbesetzung vom 1.1. bis 31.12.2013:

	2013 Stellenplan	2013 IST	2012 IST
Leitung und Beratung	4,61	4,47	4,55
Verwaltung	3,94*	3,95*	3,97*
Pädagogischer Dienst	71,51	72,87	73,13
Wirtschaftsdienst	10,74	10,63	10,06
Summen	90,80	91,92	91,71

* 0,9 Stellen durch externe Dienstleistung (Kirchenkreis, Steuerkanzlei)

Fluktuation

Im Laufe des Jahres 2013 haben neun Mitarbeitende ihr Arbeitsverhältnis bei der evangelischen Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH beendet.

• Auflösungsvertrag oder Kündigung der / des MA	5	(Vj: 6)
• Berentung	0	(Vj: 2)
• befristete Verträge, davon Anerkennungsjahr	4 1	(Vj: 2) (Vj: 1)

Es wurden keine Beschäftigungsverhältnisse durch den Arbeitgeber gekündigt. Im gleichen Zeitraum wurden zwölf neue Arbeitsverhältnisse begründet. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer beträgt 8,3 Jahre (Vj:9,1).

Krankheitsentwicklung in der EJBL

In der Einrichtung sind an 27.595 Beschäftigungstagen 1.328 Tage Arbeitsunfähigkeit (ohne Langzeiterkrankung) angefallen. Dies entspricht 12,0 Krankheitstagen pro Mitarbeitenden (Vj. 11,2) bzw. einer Krankheitsquote von 4,8 % (Vj. 4,3 %). Unter Einbeziehung der Langzeiterkrankten (Lohnfortzahlung ausgelaufen) beträgt die Quote 7,9 % bzw. 19,7 Krankheitstage pro Mitarbeiter/in (Vj. 6,9 % bzw. 17,5 Krankheitstage).

Für zwei Mitarbeiterinnen wurde während des vergangenen Jahres aufgrund von Schwangerschaft ein Beschäftigungsverbot ausgesprochen.

Vier Mitarbeitende nahmen an einer Rehabilitationsmaßnahme des Rentenversicherungsträgers oder der Krankenversicherungen teil, davon drei im Laufe ihrer Langzeiterkrankung.

Für langzeiterkrankte Mitarbeitende und Mitarbeiterinnen im Beschäftigungsverbot wurden im Jahr 2013 für 160 Tage Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub gebildet. Darüber hinaus konnten Mitarbeitende ihren geplanten Erholungsurlaub nicht antreten, wodurch weitere Rückstellungen für Mehrarbeit und Resturlaubstage gebildet werden mussten.

Personalentwicklung in der EJBL

Der im letzten Frühjahr gebildete Arbeitskreis für Personalentwicklung (PEJBL) entwickelt derzeit ein betriebliches Gesundheitsmanagement-Konzept für die evangelische Jugendhilfe Bergisch Land. Hierbei wird das Team von einer Fachkraft der Berufsgenossenschaft unterstützt. Der Schwerpunkt Gesundheitsmanagement wurde auch deshalb gewählt, weil die Zahl der langzeiterkrankten Mitarbeitenden, bei denen eine psychische Belastungsstörung vorliegt, deutlich gestiegen ist und Anlass zur Sorge gibt.

5. Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
<u>AKTIVA</u>				
Langfristig gebundenes Vermögen				
Anlagevermögen	1.168	1.215	-47	-3,9%
Mietkautionen	1	1	0	-
	<u>1.169</u>	<u>1.216</u>	<u>-47</u>	<u>-3,9%</u>
Kurzfristig gebundenes Vermögen				
Vorräte	9	7	2	28,6%
Leistungsforderungen	737	822	-85	-10,3%
Sonstige Vermögensgegenstände	135	131	4	3,1%
Flüssige Mittel	1.014	881	133	15,1%
Rechnungsabgrenzungsposten	59	71	-12	-16,9%
	<u>1.954</u>	<u>1.912</u>	<u>42</u>	<u>2,2%</u>
Bilanzsumme	<u>3.123</u>	<u>3.128</u>	<u>-5</u>	<u>-0,2%</u>

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
PASSIVA				
Wirtschaftliches Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	50	50	0	0,0%
Kapitalrücklage	1.050	1.050	0	0,0%
Gewinnrücklagen	1.279	1.482	-203	-13,7%
Jahresergebnis	34	-203	237	-116,7%
Sonderposten	44	46	-2	-4,3%
	<u>2.457</u>	<u>2.425</u>	<u>32</u>	<u>1,3%</u>
Langfristige Fremdmittel				
Jubiläumrückstellung	36	35	1	2,9%
Bankverbindlichkeiten	380	413	-33	-8,0%
Mietkautionen	1	1	0	-
	<u>417</u>	<u>449</u>	<u>-32</u>	<u>-7,1%</u>
Kurzfristige Fremdmittel				
Sonstige Rückstellungen	97	75	22	29,3%
Bankverbindlichkeiten	31	36	-5	-13,9%
Verbindlichkeiten aus				
Lieferungen und Leistungen	14	13	1	7,7%
Sonstige Verbindlichkeiten	107	130	-23	-17,7%
	<u>249</u>	<u>254</u>	<u>-5</u>	<u>-2,0%</u>
Bilanzsumme	<u><u>3.123</u></u>	<u><u>3.128</u></u>	<u><u>-5</u></u>	<u><u>-0,2%</u></u>

6. Finanzlage

Statische Liquiditätsbetrachtung:

	2013	2012
Barliquidität	407,2 %	346,9 %
Kurzfristige Liquidität	757,4 %	722,0 %
Mittelfristige Liquidität	761,0 %	724,8 %

7. Investitionen / Instandhaltung

Es wurden außer dringend notwendiger Ersatzbeschaffungen für die Wohngruppen (Elektrogeräte, Möbel, EDV) keine größeren Investitionen getätigt. Im Fuhrpark wurde ein Fahrzeug wegen eines Motorschadens ausgetauscht (Renault Traffic / VW T5 - 9-Sitzer).

Durch einen Wasserschaden in der Wohngruppe Herbert-Haase-Haus waren unvorhergesehene Trocknungs-, Sanierungs- und Renovierungsarbeiten notwendig (ca. 20 T€). Da es sich nicht um einen Leitungswasser-, sondern um einen Gebäudeschaden handelte, konnten keine Versicherungserstattungen in Anspruch genommen werden.

8. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

In Bezug auf den zukünftigen Standort des Aufnahme- und Clearingzentrums wurden verschiedene Optionen verfolgt. Ein Investor hat Verhandlungen mit der Stadt Remscheid über

den Kauf des Waldhofgeländes aufgenommen. Ein konkretes Angebot lag jedoch bis Ende des Geschäftsjahres nicht vor. Die gegenseitigen Absichtserklärungen berechtigen zu der Annahme, dass ein Verbleib des Aufnahme- und Clearingzentrums auf dem Waldhofgelände zu erwarten ist. Unabhängig davon werden weiterhin auch andere Optionen verfolgt.

Das Fundraisingkonzept zeigt erste Erfolge. Der Erlös des Jahres 2013 konnte auf die gleiche Höhe gebracht werden, die in den vergangenen Jahren nur durch eine zusätzliche landeskirchliche Kollekte zu erreichen war.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Der Vermögensschaden, der im Jahr 2012 durch eine fehlerhafte Personalkostenhochrechnung entstanden ist (49 T€), wurde im Mai 2014 durch die Vermögensschadenhaftpflichtversicherung abzüglich der Selbstbeteiligung (500 €) beglichen.

Für das Aufnahme- und Clearing-Zentrum im Waldhof (siehe oben) sind die Gespräche weiter fortgeschritten. Die Stadt Remscheid und der Investor verhandeln über konkrete Einzelfragen der Kaufpreisfindung.

I. Prognosebericht

1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

a) Aufnahme- und Clearing-Zentrum

Die Arbeit des Aufnahme- und Clearingzentrums wird sich konzeptionell noch stärker auf die psychosoziale Diagnostik fokussieren. Entsprechende Nachfragen der Jugendämter und die Inanspruchnahme dieses Angebotes lassen eine positive Entwicklung des Arbeitsfeldes erwarten. Gleichwohl muss der hohen zeitlichen Flexibilität und den pädagogischen Herausforderungen Rechnung getragen werden, um die oftmals hochbelasteten jungen Menschen adäquat zu versorgen und zu fördern. Eine weitere Erhöhung des Personalschlüssels und damit der Kosten eines solchen Intensivplatzes kann nicht ausgeschlossen werden.

Die dringend notwendigen räumlichen Veränderungen sind darüber hinaus ein wichtiger Beitrag, die Situation im Zentrum für die jungen Menschen und die Mitarbeitenden zu entspannen und somit bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies sind Faktoren, die einen erheblichen positiven Einfluss auf den Auftrag und die Zielerreichung haben (z.B. Einzelzimmer als Rückzugsmöglichkeit des jungen Menschen).

b) Rahmenvertrag

Die in den Verhandlungen zum neuen Rahmenvertrag geforderte Mindestauslastungsquote und das derzeit schwebende Verfahren üben weiterhin einen erheblichen Druck auf die stationären Jugendhilfeeinrichtungen aus. Das Anliegen der Kommunen in den Verhandlungen zum Rahmenvertrag einen Großteil der Intensivplätze in Regelplätze zurückzuführen, trifft die Ev. Jugendhilfe vergleichsweise wenig, da hier lediglich 25 % der Plätze als Intensivplätze geführt werden.

c) Fachkräftemangel

Die Schwierigkeiten der vergangenen Jahre, erfahrenes Fachpersonal zu finden, haben sich im Berichtszeitraum fortgesetzt. Der Fachkräftemangel stellt auch im Bereich der pädagogischen Arbeit ein ernst zu nehmendes Problem dar. Die Ev. Jugendhilfe engagiert sich deshalb bei der Gewinnung junger Menschen für die stationäre Jugendhilfe. Der Fachtag der Regionalgruppe Bergisch Land für Schüler/innen und Studierende pädagogischer Berufe ,

welcher nun bereits vier Jahre in Folge stattfand, konnte in diesem Jahr über 300 Teilnehmende bzw. potentielle Nachwuchskräfte verzeichnen. Die Ev. Jugendhilfe beteiligt sich durch Workshops und Infostände aktiv an der Gestaltung des Fachtages. Die Vielzahl der Bewerbungen für Praktika und für das Anerkennungsjahr lassen erkennen, dass die EJBL von den Studierenden als attraktiver potentieller Arbeitgeber wahrgenommen wird.

2. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2014 und 2015

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes (Juni 2014) blickt die Einrichtung auf ein befriedigend verlaufenes erstes Quartal 2014 zurück. Nach anfänglichen Belegungslücken in den ersten beiden Monaten (Belegungsquote 95,5 %) hat sich die Nachfrage nach freien Plätzen wieder zunehmend positiv entwickelt, so dass bis Ende April wieder eine durchschnittliche Belegung von 96,8 % verzeichnet werden konnte. Eine Belegungssituation, wie sie im Jahr 2013 erzielt werden konnte (97,6%), ist voraussichtlich nicht zu erreichen.

Ein ausgeglichenes Jahresergebnis 2014 ist mit dieser Belegungsquote möglich, sofern keine größeren überplanmäßigen Aufwendungen (Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Mehrarbeit, Instandhaltung) entstehen.

Die Geschäftsleitung hat im Laufe des zweiten Quartals deshalb Maßnahmen ergriffen, um sowohl die Belegungssituation stabil zu halten als auch die Ausgaben zu begrenzen. Unter anderem wurde eine verstärkte Akquise in den Jugendämtern initiiert, um die Angebote und neuen Konzepte überzeugend vorzustellen. Durch Besuche der Geschäftsführerin und der Fachbereichsleitungen in den Jugendämtern sollen z.B. neue Kunden gewonnen und bestehende Kundenbeziehungen gestärkt werden.

Für das Jahr 2014 ist die Personalkostensteigerung bislang nicht bekannt, da noch kein Tarifabschluss vorliegt. Mit dem hauptbelegenden Jugendamt Remscheid wurde vereinbart, dass eine unterjährige Anpassung des Leistungsentgeltes aufgrund von Personalkostensteigerungen stattfinden kann, sobald ein Tarifabschluss vorliegt. Insofern werden Personalkostensteigerungen durch entsprechende Mehreinnahmen gedeckt werden können.

Mit dem Jugendamt Leichlingen wurden im März und April Gespräche über die Wahrnehmung der Rufbereitschaft für die Stadt Leichlingen geführt. Voraussichtlich wird die EJBL diese Aufgabe ab dem dritten Quartal übernehmen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass die Anfrage auch Ausdruck der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der EJBL und dem Jugendamt ist. Das Jugendamt Wermelskirchen hat für diese Arbeit der EJBL sehr positive Referenzen abgegeben. Die Übernahme der Rufbereitschaft zeigt sich damit als wichtiger Beitrag zur Kundenbindung.

Da im Bereich Betreutes Wohnen / Verselbständigung mittelfristig nur mit einer langsamen Verbesserung der Nachfragesituation zu rechnen ist, werden die Mitarbeitenden teilweise mit anderen Aufgaben betraut. U.a. kann auf diese Weise eine Anfrage des Jugendamtes Leichlingen bedient werden, vorübergehend einen Mitarbeitenden für den Allgemeinen Sozialen Dienst dort zur Verfügung zu stellen.

Im ersten Quartal 2014 wurden auf Initiative des Rheinisch-Bergischen Kreis gesonderte Verhandlungen über die Erbringung von Fachleistungsstunden geführt. Dabei gingen die unterschiedlichen Vorstellungen über die Anerkennung von fallspezifischen Minderzeiten (Fahrzeiten, Berichtswesen, etc.) deutlich auseinander. Unter dem Kostendruck des Jugendamtes wurde ab dem 1. März 2014 eine Vereinbarung getroffen, die voraussichtlich für die

EJBL in diesem Jahr nicht kostendeckend sein wird. Mittelfristig wird die Geschäftsleitung die Zusammenarbeit mit diesem Jugendamt im ambulanten Bereich auf den Prüfstand stellen.

Zum Jahr 2015 kann aufgrund der Unklarheit der Verhandlungen zum Rahmenvertrag noch keine konkrete Prognose abgegeben werden.

Die Ev. Jugendhilfe ist durch die Geschäftsführerin (Vorstandsmitglied) und die Prokuristen im evangelischen Fachverband für erzieherische Hilfen aktiv vertreten und leistet somit einen wichtigen sozialpolitischen Beitrag zur Erhaltung und Verbesserung der Standards der stationären und ambulanten Jugendhilfe.

3. Strategische Zielsetzungen

Die Strategieziele 2015 sind zum größten Teil umgesetzt oder sind in aktiver Bearbeitung (z.B. neuer Standort der HPA in Burscheid; Umsatzsteigerung, Personalentwicklung, Überprüfung der Schlüsselprozesse).

Erste Priorität haben weiterhin die räumliche Situation und die konzeptionelle Weiterentwicklung des Aufnahme- und Clearingzentrums.

Für das letzte Quartal 2015 plant die Geschäftsführung das 10-jährige Jubiläum der evangelischen Jugendhilfe Bergisch Land. Eine zweitägige Klausurtagung mit abschließendem Festakt zur Strategie 2015 unter Beteiligung aller Mitarbeitenden und der Gesellschaftervertreter sowie der damaligen für die Gründung Verantwortlichen ist angedacht. Diese Veranstaltung verfolgt die Intention,

- die erfolgreiche Arbeit der letzten 10 Jahre zu würdigen,
- den Strategieprozess 2015 auszuwerten,
- den Ausblick auf eine neue Strategiephase zu geben,
- die Öffentlichkeitsarbeit und Kundenbindung zu stärken,
- die Mitarbeiterbindung und den Zusammenhalt innerhalb der EJBL zu fördern.

4. Konjunkturelle und rechtliche Rahmenbedingungen

Die Einrichtung ist strategisch, konzeptionell und personell gut aufgestellt, um auf die unterschiedlichen Bedarfe der Jugendämter und der Hilfeempfänger flexibel eingehen zu können. Als Stärke der EJBL wird dabei von den Jugendämtern formuliert, individuelle und kostengünstige Lösungen für junge Menschen zu finden. Der individuelle Rechtsanspruch der Hilfeempfänger auf Jugendhilfeleistungen nach dem SGB VIII steht dabei dem Kostendruck der Kommunen mitunter entgegen.

Für die Jugendhilfelandchaft insgesamt kann derzeit noch kein erkennbarer Richtungswechsel hinsichtlich der Veränderung der Strukturen (Abschaffung der Versäulung, Vereinfachung der Prozesse) verzeichnet werden, da die Rahmenvertragsverhandlungen sich durch die sehr unterschiedlichen Forderungen der Vertragsparteien stark verzögern.

5. Ausblick auf die Geschäftsentwicklung

Aufgrund der bisherigen Entwicklung des Jahres und der aktuellen Belegungssituation ist deutlich erkennbar, dass eine langfristige Planung in Bezug auf die Aufnahmeanfragen derzeit nicht vorgenommen werden kann. Es gilt größtmögliche Flexibilität mit der erforderlichen pädagogischen Kontinuität in den Wohngruppen in Einklang zu bringen, um auch kurzfristige Aufnahmeanfragen der Jugendämter bedienen zu können. Diese von den Jugendämtern geschätzte Stärke der EJBL gilt es weiter auszubauen, da die umliegenden

Jugendhilfeträger diese Flexibilität und die dazu erforderlichen binnendifferenzierten Angebote in diesem umfangreichen Maße nicht anbieten.

Wie bereits im letzten Jahr dargelegt, gilt es weiterhin in besonderen Themenbereichen fachlich gut aufgestellt zu sein, um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Die erforderliche Qualifizierung der Mitarbeitenden erfolgt durch interne und externe Fort- und Weiterbildungen. Nur so kann die Qualität der Arbeit sichergestellt und den zu erwartenden erschwerten Rahmenbedingungen verantwortungsbewusst entgegengesteuert werden.

Silke Gaube
Geschäftsführerin

Wermelskirchen, den 18. Juni 2014

3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Entwicklungsagentur GmbH
 Kölner Str. 8
 42651 Solingen
 Tel. 0212/88160660

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	9.200,00	18,36
Stadt Solingen	9.200,00	18,36
Stadt Wuppertal	7.950,00	15,87
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR	1.250,00	2,49
Stadtsparkasse Remscheid	2.550,00	5,09
Stadtsparkasse Solingen	3.600,00	7,20
Stadtsparkasse Wuppertal	8.850,00	17,66
Industrie- und Handelskammer Wuppertal- Solingen-Remscheid	7.500,00	14,97
<u>Gesamt</u>	<u>50.100,00</u>	<u>100,00</u>

Beteiligung der Gesellschaft

Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH („Neue Effizienz“) 1.562,00 6,25

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung und Umsetzung von Projekten der Stadt- und Regionalentwicklung im Bergischen Städtedreieck. Inhaltliche Grundlage der Arbeit ist der von den Räten der Städte beschlossene und mit der IHK abgestimmte „Handlungsrahmen-Strukturimpulse für das Bergische Städtedreieck“.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Beratung und Unterstützung von Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Zusammenhang mit der Strukturförderung des Landes NRW und der EU in der Region Bergisches Städtedreieck
- Strategieentwicklung, Planungen und Konzepte, regionale Koordinierung und Projektmanagement sowie im Auftrag der Gesellschafter die Projektträgerschaft
 - zu Fördermaßnahmen der Kommunen, des Landes NRW, des Bundes und der EU vor allem im Hinblick auf die Mobilisierung der Strukturfonds des Landes NRW und der EU (u.a. Ziel2-EFRE/Ziel2-ESF) für die Region Bergisches Städtedreieck,

- zu Projekten der regionalen Kooperation in den Handlungsfeldern städteübergreifende Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, regionale Planung und Tourismus,
- Akquirierung von öffentlichen und privaten Mitteln zu den o.a. Strukturimpulsen und Strukturprogrammen,
- Marketing und Interessenvertretung zu den o.a. Projekten und Aktivitäten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Bodo Middeldorf

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Sachkostenzuschuss	50.000,00	50.000,00	50.000,00
Kosten der Personalgestellung	75.000,00	75.000,00	75.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2011	2012	2013
Mitarbeiter/innen	10	12	12
zzgl. Personalgestellungen	5	5	5
zzgl. Studentische Aushilfskräfte	11	10	10

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur – im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	8	1,79	5	1,23	1	0,32
Sachanlagen	39	8,85	30	7,37	27	8,30
Finanzanlagevermögen	0	0,00	2	0,49	2	
Anlagevermögen	47	10,64	37	9,09	29	9,11
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	227	51,47	162	39,80	176	55,06
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	167	37,89	208	51,11	115	35,83
Umlaufvermögen	395	89,36	370	90,91	291	90,89
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	442	100,00	407	100,00	320	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	11,34	50	12,29	50	15,66
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	50	11,34	50	12,29	50	15,66
Sonderposten für Investitionszuschüsse	47	10,64	35	8,60	28	8,62
Rückstellungen	39	8,78	39	9,58	34	10,63
Verbindlichkeiten	306	69,22	283	69,53	208	65,09
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	442	99,98	407	100,00	320	100,00

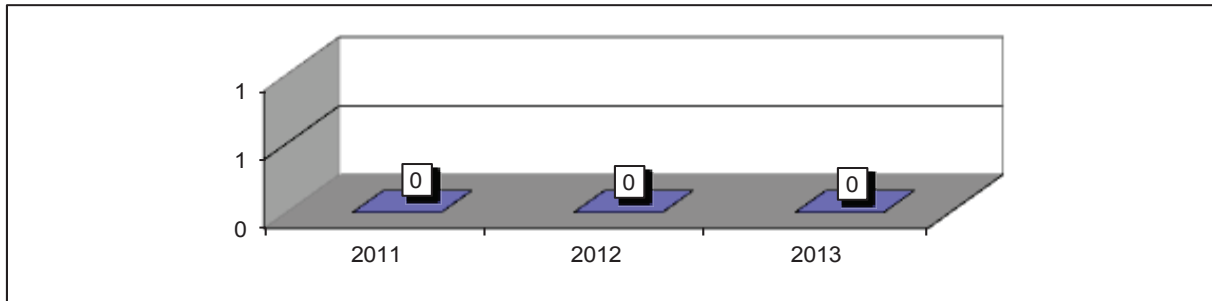
Gewinn- und Verlustrechnung – im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Sonstige betriebliche Erträge	1.863	2.003	1.505
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Erträge	1.864	2.003	1.505
Materialaufwand	344	349	359
Personalaufwand	622	616	626
Abschreibungen	14	17	15
Sonstige betriebliche Aufwendungen	884	1.021	505
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	1.520	2.003	1.505
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	344	0	0
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	344	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da die Aufwendungen durch Betriebskostenzuschüsse gedeckt werden.

Entwicklung der Jahresergebnisse

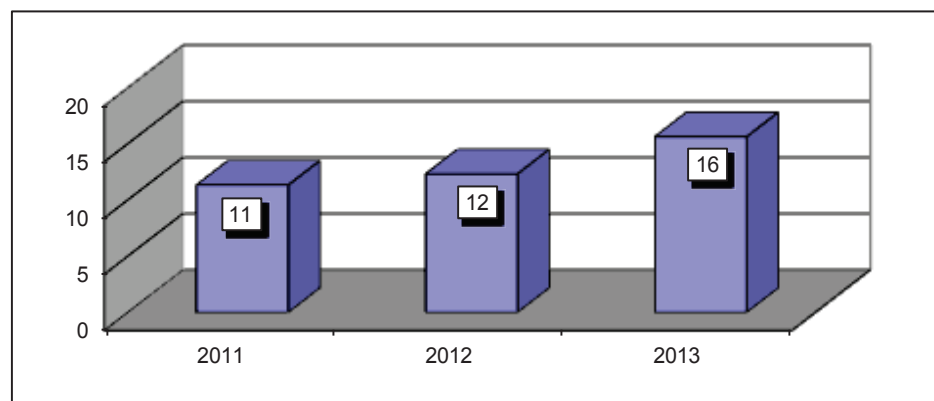
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0



Kennzahlen

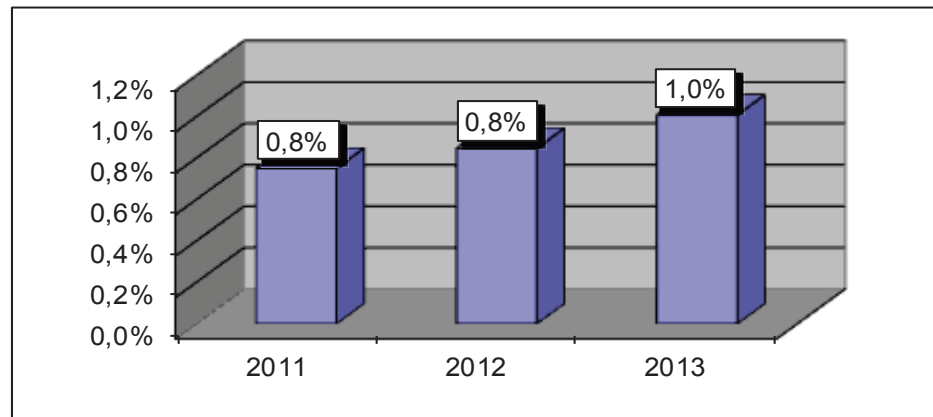
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	50	50	50
Bilanzsumme	442	406	320
% EK	11	12	16



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	0	0
Abschreibungen	14	17	15
	14	17	15
Gesamterträge	1.863	2.003	1.506
Cash-Flow	0,8%	0,8%	1,0%



Lagebericht des Unternehmens zum 31. Dezember 2013

Allgemeines

Die Aktivitäten basierten auch 2013 auf dem von den Räten der drei Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal verabschiedeten Wirtschaftsplan sowie den laufenden Beschlüssen der Gesellschafterversammlung. Zum Jahreswechsel 2012 auf 2013 wurde den politischen Gremien darüber hinaus eine Bilanz der Gesellschaftsarbeit für das abgelaufene sowie ein Jahresarbeitsprogramm für das kommende Geschäftsjahr vorgelegt. Letzteres wurde von den Räten der drei Städte ohne Änderungen verabschiedet. Erstmals wurde überdies ein umfassender Tätigkeitsbericht als Rückblick auf die Arbeit des Jahres 2012 in gedruckter Form herausgegeben.

Zusätzlich fand eine regelmäßige, umfangreichere Information über die laufende Projektarbeit in mehreren Ausschüssen der drei Städte statt. Der Lenkungskreis nahm auch 2013 seine Vorbereitungsfunktion wahr und befasste sich an zwei Terminen mit inhaltlichen Themen.

Die im Zuge der in 2010 getroffenen Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Gesellschaftsarbeit vorgenommene inhaltliche Fokussierung auf die funktionalen Aufgabenbereiche Regionalmanagement, Regionale Strukturpolitik, Regionalmarketing, Regional bedeutsame Projekte und Interessenvertretung wurde auch in 2013 konsequent angewendet und hat sich im operativen Geschäft und im Hinblick auf die Arbeitsteilung mit Institutionen auf lokaler Ebene bewährt.

Nachdem die Gesellschafter in 2012 den Beschluss gefasst hatten, die Arbeit der Gesellschaft auf der Basis des aktuell definierten Aufgabenkatalogs bis 2020 weiterzuführen, konnten in 2013 erstmals vertragliche Verpflichtungen eingegangen werden, die über das bis dahin definierte Ablaufdatum der Gesellschaft 30.09.2014 hinausreichen. Dies erstreckt sich vor allem auf die Beantragung von Förderprojekten sowie personelle Entscheidungen.

An der Zusammensetzung der Gesellschafterstruktur wurde 2012 keine Änderung vorgenommen. Auf der Basis eines Kooperationsvertrages zwischen der BEA und der Bergischen Universität wurde der Rektor der Universität als offizielles Mitglied in den Lenkungskreis der BEA aufgenommen.

Finanzentwicklung

Das Wirtschaftsjahr erstreckt sich auf den Zeitraum vom 01.01.2013 bis 31.12.2013. Der Jahresabschluss 2013 weist aus, dass sich die Aktivitäten der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH auch 2013 innerhalb der vorgegebenen Rahmendaten des Wirtschaftsplanes bewegt haben. Die Gesellschafter haben die Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur im Jahr 2013 mit monetären Beiträgen in unveränderter Höhe unterstützt. Insgesamt wurden 555 Tausend Euro, verteilt auf vier Quartalsbeiträge, gezahlt.

Hinzuzurechnen sind Personalgestellungen in einem Gegenwert von 85 Tausend Euro seitens der Stadt Remscheid, 146 Tausend Euro seitens der Stadt Solingen und 128 Tausend Euro von Seiten der Stadt Wuppertal. Als Gegenwert für die erlassene Miete durch die Industrie- und Handelskammer wurde ein Betrag in Höhe von 45 Tausend Euro berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden keine weiteren Finanzierungsquellen zur Grundfinanzierung der normalen Geschäftstätigkeit in Anspruch genommen. Für die Durchführung von Projekten konnte die Bergische Entwicklungsagentur wieder in erheblichem Umfang auf Drittmittel insbesondere des Landes NRW aus unterschiedlichen Förderzugängen zurückgreifen. Allerdings kam es auch in 2013 zu einer Verzögerung bei einzelnen Genehmigungsverfahren, so dass es bei der Projektabwicklung zu zeitlichen Verschiebungen kam. Diese äußern sich in einem gegenüber dem Wirtschaftsplan 2013 um leicht reduziertem Finanzvolumen bei der Projektarbeit.

Zur Abwicklung des Sonderauftrags der Stadt Solingen zur Übernahme der lokalen Tourismusförderung wurden der BEA auch für 2013 zusätzlich zum Basisbeitrag eine Personalabordnung und ein Sonderbeitrag für Sachkosten in Höhe von 25.000 Euro netto zur Verfügung gestellt.

Die Gesamthöhe der betrieblichen Erträge betrug im Jahr 2013 1.505.547,37 Euro. Davon wurden 625.761,50 Euro für Personalaufwendungen, 15.260,60 Euro für Abschreibungen und 505.475,60 Euro für sonstige betriebliche Aufwendungen verausgabt. Im Ergebnis der Geschäftstätigkeit ergab sich ein Jahresüberschuss von 0 Euro.

Das Finanzvolumen hat sich damit gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert. Gründe hierfür sind das zurückgehende Projektvolumen am Ende der laufenden Förderperiode, eine Verlagerung von projektbezogenen Sachkosten auf Personalkosten sowie die Tatsache, dass in 2013 keine Eisenwarenmesse stattfand.

Die Abwicklung von Städtebaufördermitteln aus der Bewilligung im Rahmen der Regionale 2006 (sogenannte Regionale-Restmittel) wurde 2013 vollständig abgeschlossen.

Aufgrund des spezifischen Geschäftszwecks der Gesellschaft lag und liegt keine Gewinnerzielungsabsicht vor, eine Vorsteuerabzugsberechtigung für das Kerngeschäft besteht nicht. Einzelne, buchhalterisch abgegrenzte Bereiche, so beispielsweise der Auftritt auf der Immobilienmesse Expo Real wurden allerdings mit Vorsteuer geführt.

Die Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH wurde von der Bergischen Entwicklungsagentur im Rahmen ihrer Gesellschafterfunktion mit einem Betriebskostenzuschuss in Höhe von 21.875,00 Euro unterstützt. Dieser wurde als ganzer Betrag zu Beginn des Jahres fällig.

Personalentwicklung

Im Jahr 2013 waren 12 Angestellte und in geringfügigen Umfang 10 Aushilfen beschäftigt. Die Zahl setzt sich aus dem grundfinanzierten Stammpersonal sowie den projektfinanzierten Beschäftigungsverhältnissen zusammen. Darüber hinaus wurden 5 Mitarbeiter von den drei Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal zur BEA abgeordnet. Die Funktion als Ausbildungsbetrieb konnte erhalten bleiben. So wurden zwei Ausbildungsplätze für die Berufsausbildung zur Kauffrau / zum Kaufmann für Tourismus und Freizeit geschaffen. In einem Fall wurde ein Kooperationsvertrag über eine Ausbildung im Verbund mit dem Schlossbauverein Burg an der Wupper e.V. geschlossen, der etwa ein Drittel der Personalkosten für die Auszubildende übernimmt. In dem anderen Fall wurde ein Ausbildungsvertrag über den Verein „Bergisches Land Tourismus Marketing“ (BLTM) geschlossen, der seitens der BEA in Ausbildungsfragen unterstützt wird.

An der Besetzung und der Kompetenzregelung für die Geschäftsführung änderte sich in 2013 nichts. Der Geschäftsführervertrag mit dem Unterzeichner endete am 31.12.2013. Vorsitzender der Gesellschafterversammlung war während des gesamten Geschäftsjahres der Solinger Oberbürgermeister Norbert Feith.

Projekte und Aktivitäten

Im Jahr 2013 lagen die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit in der Umsetzung zahlreicher Förderprojekte, der Weiterentwicklung und Etablierung regionaler Netzwerke sowie der Erarbeitung der inhaltlichen Eckpunkte für das regionale Strukturprogramm für die neue Förderperiode. Die Effektivität und die Wahrnehmbarkeit der Arbeit der BEA konnte dabei durch zahlreiche Veranstaltungen mit einer Vielzahl von Akteuren untermauert werden. Insgesamt wurden in 2013 fast 60 größere und kleinere Veranstaltungen, Messepräsentationen und Workshops in der Verantwortung der BEA durchgeführt.

Im Folgenden sollen einige ausgewählte Projekte und Aktivitäten besonders beleuchtet werden.

Mitte 2013 wurden im Rahmen des neuen Gesamtauftritts unter dem Logo „Das Bergische Städtedreieck – Unternehmerregion Remscheid, Solingen, Wuppertal“ das Wirtschaftsportal „kompetenzhoch3“ und die Internetseite „bergische-agentur“ zu einem einheitlichen Auftritt zusammengeführt. Hier findet nunmehr die Präsentation des Wirtschaftsstandortes Bergisches Städtedreieck mit allen wirtschaftsrelevanten Informationen sowie einer Darstellung der Projekte der BEA eine neue Plattform.

Seit 2013 ist nun auch das Bergische Städtedreieck Teil der Standortmarketingkampagne des Landes mit dem Titel „Germany at its Best“. Die BEA koordiniert den Auftritt der Region als Partner der Kampagne in Abstimmung mit den Wirtschaftsförderungen der drei Städte.

Zu einem der bedeutendsten Entwicklungs- und Förderprojekten gehörte 2013 Schloss Burg. Neben der Umsetzung des Ziel 2-Antrags mit dem in der Verantwortung der BEA liegenden Baustein Marketing konnten im Rahmen der weitergehenden Akquisitionsbemühungen für die Sanierung des Gebäudes zwei wichtige Prozesse angestoßen werden. Es handelt sich dabei um die Erarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts für den Ortsteil Burg sowie eines Nutzungskonzepts für Schloss Burg selbst. Letzteres wird in der Unterstützung durch den LVR in der Federführung der BEA erstellt.

Um den Gesamtprozess zur Erhaltung und Inwertsetzung von Schloss Burg breit in der Region und darüber hinaus zu verankern, hat die BEA im Sommer 2013 zu insgesamt vier Schlossgesprächen eingeladen. Eine große Zahl von Besuchern hat sich mit regem Interesse der Diskussion um die historische Bedeutung von Schloss Burg gewidmet.

Im Rahmen des Projekts Ehrenamt:Gastgeber lag der Schwerpunkt in 2013 auf der Durchführung von Marketingmaßnahmen. Gemeinsam mit dem Vereinsnetzwerk hat die BEA geführte Touren zum Tag des Denkmals entwickelt und die Broschüre „Bei Geschichtenerzählern“ herausgegeben, die das Jahresprogramm ausgewählter Angebote der Vereine vorstellt.

Für das fahrradtouristische Marketing im Bergischen Städtedreieck wurden im Mai 2013 Fördermittel aus dem Ziel 2-Programm bewilligt. Diese Aktivitäten betten sich ein in den von der BEA initiierten Gesamtverbund der Panorama-Radwege. Die konzeptionelle Entwicklung der Marke wurde und wird von einer Vielzahl von Partnern getragen, die über die Region hinausreichen und die sich in verschiedenen Arbeitsstrukturen zu einem Netzwerk zusammen gefunden haben. In 2013 wurde vor allem an der Einbeziehung und Aktivierung der Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe gearbeitet. Im September 2013 konnte zudem der Bergische Weg als regionsübergreifendes Gemeinschaftsprojekt eröffnet werden.

Im Rahmen der unternehmensbezogenen Strukturpolitik konnten zwei regionale Clusterprojekte erfolgreich weiterentwickelt werden. Im Fall des Kompetenznetzwerks Oberflächentechnik ist es im November 2013 gelungen, einen durch Unternehmen getragenen Verein zu gründen, der die Fortführung des Netzwerks auch über das Ende des Förderprojekts in 2014 sicherstellen kann.

Im Fall des Maschinenbaunetzwerks Bergisch Land schlossen sich in 2013 insgesamt 20 Unternehmen mit der BEA und der Universität zusammen, um aus der Kooperation Nutzen zu ziehen. Jedes der Unternehmen ist durch einen bilateralen Kooperationsvertrag mit der BEA verbunden.

In 2013 wurde der Prozess der Vorbereitung auf die neue Förderperiode weitergeführt und intensiviert. In einem umfangreichen Akteursprozess in neun Workshops und weiteren Veranstaltungen mit etwa 160 Teilnehmern wurde im letzten Jahr die Basis für eine gründliche und umfassende Vorbereitung für die Förderperiode ab 2014 gelegt. Daraus erarbeitete die BEA in Zusammenarbeit mit der Regionalagentur die inhaltlichen Eckpunkte eines regionalen Strukturprogramms, das Anfang 2014 den politischen Gremien der Städte sowie der Vollversammlung der IHK zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt worden ist.

Mit den Förderanträgen für die Stärkung des zdi-Zentrums BeST sowie der Modellkommune für Kraft-Wärme-Kopplung konnten unter der Federführung der BEA am Ende der laufenden Förderperiode noch zwei neue Projekte erfolgreich an den Start gebracht werden.

Der unter dem Dach der Destinationsmarke „Die Bergischen Drei“ für die operative Vermarktung und Interessenbündelung der touristischen Leistungsträger in der Region zuständige Verein „Bergisches Land Tourismus Marketing“ (BLTM) wurde in 2013 noch einmal gestärkt. Insgesamt konnten 29 neue Mitglieder gewonnen werden, darunter auch die überregional bedeutenden Kultureinrichtungen, so dass der Verein heute über 50 Mitglieder zählt. Vorsitz und Geschäftsführung des Vereins liegen bei der BEA.

Zukünftige Entwicklungen

In inhaltlicher Hinsicht konnten zu Beginn des Jahres in allen drei Stadträten sowie der Vollversammlung der IHK positive Beschlüsse zu den Eckpunkten des regionalen Strukturprogramms erreicht werden. Damit wurde die Grundlage für die weitere inhaltliche Ausgestaltung des Programms als Vorbereitung der Region und ihrer Akteure auf die neue Förderperiode gelegt. Die Ausarbeitung des Programms im Sinne der Identifizierung und Qualifizierung der zur Förderung einzureichenden Projekte wird eine der wesentlichen Aufgaben des laufenden Geschäftsjahres sein.

Dazu gehört auch die Vorbereitung einer Antragstellung im Rahmen des vom Land avisierten Aufrufs Regio.NRW, aus dem vor allem regionale Managementprojekte gefördert werden sollen. Voraussetzung hierfür ist die Erstellung eines regionalen Handlungskonzepts, die ebenfalls im laufenden Jahr erfolgen muss.

Gleichzeitig stehen im ersten Halbjahr 2014 Bemühungen zur Erweiterung der Förderzugänge im Rahmen des Gesamtprojekts zur Weiterentwicklung und Sanierung von Schloss Burg. Das Land hat seine Zustimmung zu einer Förderung mehrerer Maßnahmen aus dem neuen Zugang zur gebietsbezogenen Landesförderung in Aussicht gestellt. Hierfür bedarf es der Qualifizierung zum Erreichen der Antragsreife.

Die Oberbürgermeister der drei Gesellschafterstädte haben sich im Rahmen ihrer Vorstandstätigkeit in der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land (KAG) zusammen mit den übrigen Hauptverwaltungsbeamten in diesem Kreis darauf verständigt, die Geschäftsführung für die KAG zukünftig auf die BEA zu übertragen. Vor einer Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung sind die Rahmenbedingungen dieser Aufgabenübertragung im laufenden Geschäftsjahr zu definieren. Darüber hinaus sind eine Änderung des Gesellschaftsvertrages und damit die Einholung entsprechender Beschlüsse der Ratsgremien erforderlich.

Mit dem Unterzeichner als bisherigem Geschäftsführer wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2014 ein neuer Geschäftsführervertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren (bis Ende 2018) abgeschlossen. Darin sind die Regelungen aus dem Transparenzgesetz NRW, denen sich der Unterzeichner im Hinblick auf die Veröffentlichung seines Gehalts bereits zuvor auf freiwilliger Basis unterworfen hatte, nun auch formal umgesetzt. In der ersten Gesellschafterversammlung des laufenden Geschäftsjahres wurde zusätzlich den Beschluss gefasst, den Ratsgremien zu empfehlen, Frau Annette Nothnagel Prokura zu erteilen. Die entsprechenden Gremienbeschlüsse konnten aus zeitlichen Gründen noch nicht in allen drei Städten eingeholt werden.

Chancen und Risiken

Alle Gesellschafter haben ihre Absicht erklärt, die Arbeit der Gesellschaft mit jährlichen Finanzierungsbeiträgen in unveränderter Höhe bis 2020 zu unterstützen.

Erstmals erfolgte in 2013 die Zahlung des vollen Betriebskostenbeitrags im Rahmen der Beteiligung an der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz. Da der Gesamtbetrag jeweils zu Beginn des Jahres fällig wird, die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter der BEA sich jedoch auf vier Teilzahlungen verteilen, ist hiermit regelmäßig eine Belastung für die Liquidität verbunden, die eine Inanspruchnahme des Kontokorrentkreditrahmens erforderlich machen könnte. Dies gilt auch im Hinblick auf die Notwendigkeit zur Vorfinanzierung der Ziel 2-geförderten Projekte.

Grundsätzlich könnten sich wie in den Vorjahren Risiken aus eventuellen Rückforderungen nicht bewilligungskonform eingesetzter Fördermittel ergeben. Diese werden dadurch reduziert, dass eine kontinuierliche und umfängliche Begleitprüfung sämtlicher eingereichter Unterlagen durch die Bewilligungsbehörden erfolgt.

Besondere erwähnenswerte Vorgänge nach dem Bilanzstichtag haben sich ansonsten nicht ergeben.

Solingen, 6. Mai 2014

gez.
Bodo Middeldorf
Geschäftsführung

3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Allgemeine Unternehmensdaten

Lokalfunk Remscheid-Solingen
 Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
 Mummstraße 9
 42651 Solingen
 Tel. 0212 / 299 - 105

Gründungsjahr: 1989

Gesellschafter	Kommanditkapital	
	in €	in %
<u>Persönlich haftende Gesellschafterin</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	ohne Einlage	-
<u>Kommanditisten</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	384.000,00	75,0
Stadt Solingen	73.216,00	14,3
Stadt Remscheid	54.784,00	10,7
<u>Gesamt</u>	<u>512.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	
	in €	in %
Lokalfunk Remscheid Solingen Betriebsgesellschaft mbH	26.000,00	100,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich bis 02.07.2002 aus dem Landesrundfunkgesetz (LRG) und ab 03.07.2002 aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

1. Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen;
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG bzw. den in § 72 LMG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung der Gesellschaft ist die persönlich haftende Gesellschafterin *Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH* berufen. Alleiniger Geschäftsführer dieser Gesellschaft ist Herr Bernhard Boll.

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid*

Wirtschaftliche Unternehmensdaten*

- *) Die Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten werden auf Wunsch der Gesellschaft im Beteiligungsbericht nicht veröffentlicht. Die veröffentlichten Daten beschränken sich daher auf die -bis zum Zeitpunkt der Erstellung eines Gesamtabchlusses durch die Stadt Remscheid zulässigen-gesetzlichen Mindestvorgaben gemäß Gemeindeordnung.

3.11 Sana-Klinikum Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Sana – Klinikum Remscheid GmbH
 Burger Str. 211
 42859 Remscheid
 Tel. 02191 / 13-3000

Gründungsjahr: 1913

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	158.100,00	5,1
Sana Kliniken AG	2.941.900,00	94,9
<u>Gesamt</u>	<u>3.100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Sana Arztpraxen Remscheid GmbH	25.000,00	100,00
RNR Sana MVZ GmbH	12.250,00	49,00

Über die Muttergesellschaft – Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA, Ismaning- ist die Sana-Klinikum Remscheid GmbH mit diversen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Kliniken sowie Dienstleistungsunternehmen verbunden.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid. Im Rahmen der sachlichen Möglichkeiten werden Patienten ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht oder Wohnsitz stationär oder ambulant untersucht und behandelt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Oliver Bredel

Aufsichtsrat:

Dipl.-Kfm. Dr. Michael Philippi –Vorsitzender-	bis 05.07.2013
Dr. Dorothea Dreizehnter –Vorsitzende-	ab 06.07.2013
Burkhard Mast-Weisz –stellv. Vorsitzender-	
Dr. Rainer Trapp	
Ulrike Hohberg	
Christian Engler	ab 06.07.2013
Thomas Preuss	
Hans Joachim Erhardt	bis 05.07.2013
André Lassak	
Heinz Jürgen Heuser	bis 05.07.2013
Gudrun Hedler	ab 06.07.2013
Susanne Hochburger	

Beirat:

Lothar Sill	
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Bernd Störmer	
Harald Sellner	
Susanne Pütz	Ratsmitglied
Fritz Beinersdorf	Ratsmitglied
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Rita Jungesbluth-Wagner	
Uwe Ufer	
Dr. Bettina Stiel-Reifenrath	
Ralf Laflör	
Johannes Haun	
Thomas Kaster	
Dr. Frank Neveling	
Ulrich Schnell	
Volker Pleiß	
Rainer Wallenfang	
Hildegard Schrader	

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Stadt Remscheid in den Gesellschafterversammlungen war lt. Ratsbeschlüssen Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz und Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2013 3.428.524,11 € (Neubaufinanzierung)

Abgabe einer Patronatserklärung zur Sicherung der Finanzierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Höhe von bis zu 1.641.566,88 €. Zum 31.12.2013 betrug die Verpflichtung seitens der Stadt Remscheid 1.605.914,05 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Zuschuss Kinder- und Jugendpsychiatrie	0,00	0,00	0,00
Schuldendienst gem. gesellschaftsvertragl. Vereinbarung	80.225,96	80.225,96	80.225,96
Verkauf von Geschäftsanteilen	0,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsbereich	2011	2012	2013
Ärztlicher Dienst	154,6	153,0	150,2
Pflegedienst	282,7	274,1	276,0
Med.-technischer Dienst	68,9	71,4	65,6
Funktionsdienst	106,9	111,8	110,0
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	0,3	0,0	0,0
Technischer Dienst	0	0,0	0,0
Verwaltungsdienst	50	48,1	47,6
Sonderdienste	6,2	6,1	5,9
Personal der Ausbildungsstätten	4,6	4,6	4,6
Sonstiges Personal	0	0,4	0,4
Gesamt	674,2	669,5	660,3

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2011	in %	2012	in %	2013	in %
Planbetten	684	0,0	684	0,0	684	0,0
Ist-Betten	463	-10,6	438	-5,4	423	-3,4
Pflegetage	140.007	-2,8	144.080	2,9	131.855	-8,5
stationär behandelte Patienten -Fallzahl-	20.568	-1,8	19.519	-5,1	19.963	2,3
durchschnittliche Verweildauer -Tage-	6,8	-1,4	7,4	8,8	6,6	-10,8
Ausnutzungsgrad der Ist-Betten	87,6	15,0	89,9	2,6	85,4	-5,0

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

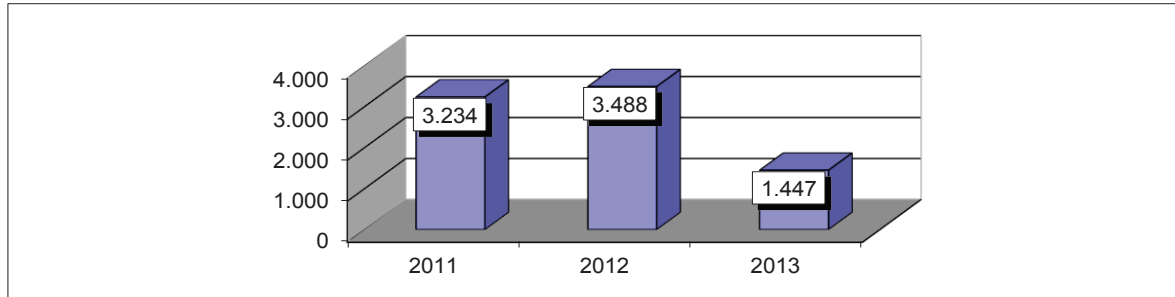
Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	36	0,03	106	0,09	92	0,08
Sachanlagen	95.527	78,43	91.418	77,06	87.885	76,37
Finanzanlagen	2.145	1,76	2.065	1,74	1.825	1,59
Anlagevermögen	97.708	80,22	93.589	78,89	89.802	78,04
Vorräte	2.627	2,16	2.618	2,21	2.918	2,54
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenst.	13.997	11,49	15.044	12,68	17.110	14,87
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.200	0,99	1.531	1,29	870	0,76
Umlaufvermögen	17.824	14,63	19.193	16,18	20.898	18,16
Ausgleichsposten nach dem KHG	4.228	3,47	4.250	3,58	4.269	3,71
Rechnungsabgrenzungsposten	50	0,04	33	0,03	105	0,09
Latente Steuern	1.983	1,63	1.527	1,29	0	0,00
Aktiver Urteilsbetrag aus Vermögensverr.	7	0,01	42	0,04	0	0,00
Aktiva	121.800	100,00	118.634	100,00	115.074	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.100	2,55	3.100	2,61	3.100	2,69
Kapitalrücklage	9.365	7,69	9.445	7,96	9.526	8,28
Gewinnrücklagen	468	0,38	468	0,39	468	0,41
Gewinnvortrag(+) / Verlustvortrag(-)	-1.554	-1,28	1.680	1,42	5.169	4,49
Jahresüberschuss(+)	3.234	2,66	3.489	2,94	1.447	1,26
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	14.613	12,00	18.182	15,33	19.710	17,13
Sonderp. a. Zuw. z. Fin. des Anlageverm.	16.695	13,71	15.342	12,93	14.360	12,48
Rückstellungen	8.838	7,26	8.444	7,12	7.450	6,47
Verbindlichkeiten	81.129	66,61	76.232	64,26	73.222	63,63
Ausgleichsposten aus Darlehensforderung	497	0,41	394	0,33	295	0,26
Rechnungsabgrenzungsposten	28	0,02	40	0,03	37	0,03
Passiva	121.800	100,00	118.634	100,00	115.074	100,00

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse einschl. KHG-Finanzierung	90.077	90.199	90.041
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	1	-131	134
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	6.687	4.867	6.481
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	48	121	130
Erträge	96.813	95.056	96.786
Aufwand nach dem KHG	3.637	3.195	3.065
Personalaufwand	46.199	46.604	47.218
Materialaufwand	24.579	22.558	22.692
Abschreibungen	6.070	5.926	6.011
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.829	10.632	12.923
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.134	1.975	1.764
Aufwendungen	94.448	90.890	93.673
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.365	4.166	3.113
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	869	-678	-1.666
Jahresüberschuss (+)	3.234	3.488	1.447
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

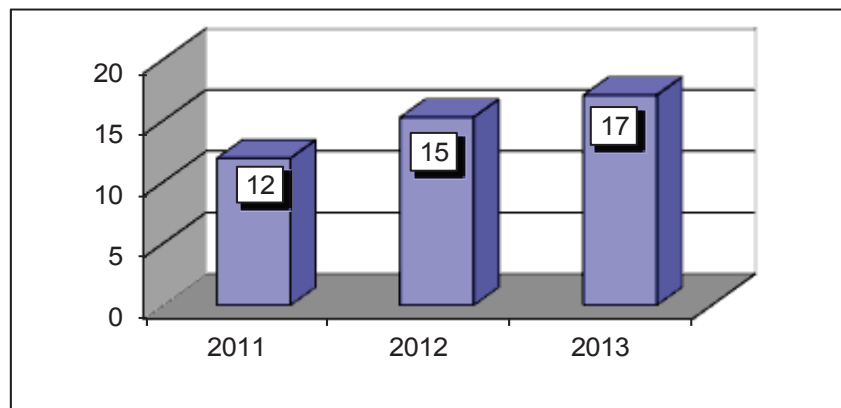
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	3.234	3.488	1.447



Kennzahlen

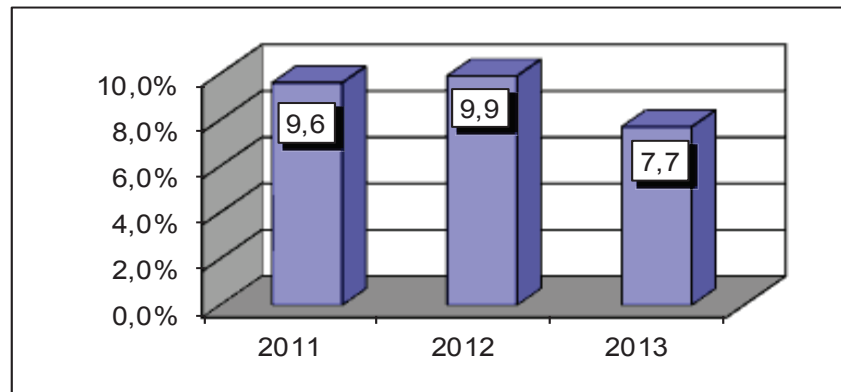
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	14.613	18.182	19.710
Bilanzsumme	121.800	118.634	115.074
% EK	12	15	17



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	3.234	3.488	1.447
Abschreibungen	6.070	5.926	6.011
	9.304	9.414	7.458
Gesamterträge	96.813	95.056	96.786
Cash-Flow	9,6%	9,9%	7,7%



Lagebericht 2013

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Sana Kliniken AG in deren Konzernabschluss sie einbezogen wird. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid.

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich vor dem Hintergrund des schwierigen internationalen Umfelds im Jahr 2013 gut behauptet. Deutschland bleibt auch in diesem Jahr Wachstumsmotor in Europa und wird von einer robusten Dynamik der Binnenwirtschaft getragen. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes (Destatis) lag das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2013, preis-, saison- und kalenderbereinigt, um 0,7 Prozent höher als im Vorquartal¹. Auch der Arbeitsmarkt befindet sich in einer guten Grundverfassung. Die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen belief sich im Oktober wie im Vorjahr auf 6,5 Prozent. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 6,9 Prozent². Trotz der positiven Arbeitsmarktentwicklung zeigt sich im Gesundheitswesen ein Verteilungsproblem an qualifiziertem Fachpersonal zwischen Stadt und Land. Eine anhaltend gute Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt führt einerseits zu einem verschärften Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter, andererseits führt sie jedoch auch zu einer Stabilisierung und Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und damit dem Fundament der Finanzierung des Gesundheitswesens.

Die Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) hat sich im Jahr 2013 leicht abgeschwächt. In Deutschland lagen die Verbraucherpreise im Oktober 2013 um 1,2 Prozent höher als im Oktober 2012³. Positiv wirkte sich der Preisrückgang bei den Mineralölprodukten aus. Im Gegensatz waren jedoch Strom und feste Brennstoffe erheblich teurer als vor einem Jahr. Neben den für unsere Krankenhäuser wichtigen Energiekosten, entwickelten sich auch die Nahrungsmittelpreise im Jahr 2013 weiterhin deutlich oberhalb der Gesamtteuerungsrate.

Die Europäische Zentralbank senkte am 07.11.2013 den Leitzins auf 0,25 Prozent und bleibt somit massiv bei ihrer Politik des billigen Geldes. Begründet wurde die Entscheidung mit deflationären Tendenzen. Gleichzeitig soll die aufkeimende Wirtschaftserholung nicht gefährdet werden. Der Krankenhausbereich konnte bislang, trotz der niedrigen Leitzinsen, von keiner Steigung privater Investitionen oder einer Erhöhung der öffentlichen Förderungen in die Krankenhaus-Infrastruktur profitieren.

Die Rahmenbedingungen des Krankenhausesektors wurden im Jahr 2013 vor allem durch das Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderungen bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung beeinflusst. Bundesweit sollen die gesetzlichen Änderungen den

Krankenhäusern in den Jahren 2013 und 2014 durch folgende Regelungen etwa 1,1 Mrd. EUR an zusätzlichen Finanzmitteln ermöglichen⁴:

1. Über den Versorgungszuschlag soll in den Jahren 2013 und 2014 das Abschlagsvolumen der vereinbarten Mehrleistungsabschläge pauschal an alle Krankenhäuser in einem Bundesland zurück fließen. Die Auszahlung erfolgt über den fallbezogenen Zuschlag ab 01.08.2013 in Höhe von 1,0 Prozent⁵.
2. Für 2013 erfolgt eine anteilige Finanzierung der Tariflohnsteigerungen, die oberhalb des für 2013 geltenden Veränderungswertes von 2,0 Prozent liegen. Die Tarifrater führt im Folgejahr zu einer Basiserhöhung der Landesbasisfallwerte. Um im Jahr 2013 eine zeitnahe Umsetzung der anteiligen Refinanzierung der Tariflohnsteigerungen für die Krankenhäuser zu erzielen, wurde der abzurechnende Versorgungszuschlag ab 01.09.2013 auf 1,64 Prozent⁶ erhöht.
3. In den Jahren 2013 bis 2016 werden Neueinstellungen und Aufstockungen bereits vorhandener Teilzeitstellen von Hygienepersonal sowie die Qualifizierung von Pflegekräften und Ärzten zu Hygienepersonal über Fort- und Weiterbildungen über das Hygiene-Förderprogramm finanziell unterstützt.

Weiterhin gültig sind die Regelungen zum Mehrleistungsabschlag. 2013 beträgt die Abschlagshöhe 25 Prozent. Mehrleistungen, die im Jahr 2013 vertraglich vereinbart wurden, unterliegen auch im Jahr 2014 dem Mehrleistungsabschlag von 25 Prozent⁷.

Die Finanzentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherungen verlief im Jahr 2013 weiterhin positiv. Im ersten Halbjahr wiesen die Krankenkassen einen vorläufigen Überschuss von 1,1 Mrd. EUR aus. Einnahmen in Höhe von 97,7 Mrd. EUR standen Ausgaben von 96,6 Mrd. EUR gegenüber. Gesundheitsfonds und Krankenkassen verfügen am Ende des 1. Halbjahres 2013 über Finanzreserven von rund 27,7 Mrd. EUR. Davon entfallen 16,6 Mrd. EUR auf die Krankenkassen und 11,1 Mrd. EUR auf den Gesundheitsfonds. In seiner Sitzung am 10.10.2013 konnte sich der GKV-Schätzerkreis nicht über die voraussichtliche Ausgabenhöhe 2013 einigen. Prognostiziert werden Ausgaben in Höhe von 189,1 Mrd. EUR bis 190,0 Mrd. EUR. Ein Teil des Ausgabenanstiegs ist auf die Abschaffung der Praxisgebühr (rund 1,8 Mrd. EUR) zurück zu führen. Des Weiteren wurden die zusätzlichen Ausgaben, die aus dem Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderungen bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung resultieren und den Krankenhäusern zugutekommen, berücksichtigt.⁸

Der Bundesbasisfallwert für das Jahr 2013 betrug 3.068,37 EUR (unter Berücksichtigung der Tarifierhöhungsrate 2012 und des Veränderungswertes von 2,0 Prozent). Für die Angleichung an den Bundesbasisfallwertkorridor sind die untere Korridorergrenze von 3.030,02 EUR (-1,25 Prozent) und die obere Korridorergrenze von 3.145,08 EUR (+2,5 Prozent) maßgeblich.⁹ Die schrittweise Angleichung der Landesbasisfallwerte an den Bundesbasisfallwertkorridor erfolgt seit dem Jahr 2010 und betrug im Jahr 2013 50 Prozent.¹⁰

2. Geschäftsverlauf

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH konnte das Geschäftsjahr - obwohl dieses durch eine nicht zufriedenstellende Leistungsentwicklung gekennzeichnet ist - mit einem positiven Ergebnis abschließen, insbesondere aufgrund der eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen, zur Aufwandsreduzierung sowie dem moderaten Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen.

Im Jahr 2013 konnten wichtige qualitätsverbessernde Ziele erreicht werden. Die Klinik für Adipositas- und metabolische Chirurgie wurde erstmalig von der SAVC als Kompetenzzentrum für Adipositas- und metabolische Chirurgie zertifiziert. Weiterhin wurde die Stroke Unit als regionale Einheit erfolgreich rezertifiziert.

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat Anfang 2012 den Antrag gestellt, ihre Vollmitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen e. V. in eine Gastmitgliedschaft umzuwandeln, welchem seitens des Kommunalen Arbeitgeberverbandes NRW stattgegeben wurde. Mit den Tarifpartnern ver.di und Marburger Bund wurden daraufhin im Jahr 2013 Haustarifverträge geschlossen. Diese beinhalten die Anwendung des TVÖD-K (Mindestlaufzeit bis 28. Februar 2014) und des TV Ärzte VKA (Mindestlaufzeit bis 30. November 2014).

Die Kardiologie, als größte Fachabteilung des Klinikums, wurde im Geschäftsjahr erfolgreich neu strukturiert. Die Abteilung wurde in die Bereiche Rhythmologie und Elektrophysiologie sowie allgemeine und interventionelle Kardiologie, Pneumologie, Angiologie und internistische Intensivmedizin untergliedert. Jeder Bereich wird durch einen Chefarzt geleitet. Im Geschäftsjahr 2013 wurden 19.963 Patienten vollstationär behandelt. Die Leistungsentwicklung liegt damit 2,3 % über dem Vorjahr.

Leistungssteigerungen im Vergleich zum Vorjahr sind im Wesentlichen in den Abteilungen Palliativmedizin, Neurologie und Hämatologie zu verzeichnen.

Die durchschnittliche Verweildauer lag im Jahr 2013 bei 6,6 Tagen. Die durchschnittlichen effektiven Bewertungsrelationen (Casemix-Index) je Fall als Maß der durchschnittlichen Fallschwere beliefen sich im Jahr 2013 auf 1,053 (ohne teilstationäre Dialyse).

Im Ambulanzbetrieb wurden insgesamt 43.570 ambulante Fälle, das sind im Vergleich zum Vorjahr 687 Fälle weniger, versorgt. Im teilstationären Bereich ist ein leichter Anstieg der teilstationären Dialysen um 2,6 % auf 4.311 Fälle zu verzeichnen.

Im Jahr 2013 konnte keine Entgeltvereinbarung für das Budgetjahr 2013 geschlossen werden. Ein Strukturgespräch fand am 9. Dezember 2013 statt, Verhandlungen sollen im April 2014 geführt werden.

3. Darstellung der Lage des Unternehmens

Neben der Umbaumaßnahme der Bettenstation BO5 sind darüber hinaus Investitionen im Bereich Einrichtung und Ausstattung getätigt worden, welche mit pauschalen Fördermitteln in Höhe von 1.049 TEUR und in Höhe von 300 TEUR mit Eigenmitteln finanziert wurden.

Die Hauptfinanzierungsquelle der Gesellschaft stellt nach wie vor das Cash-Pooling mit der Sana Kliniken AG dar. Die Verbindlichkeiten aus Cash-Pool gegenüber dem Gesellschafter werden unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen und betragen zum Bilanzstichtag 4.645 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2013 hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1.447 TEUR erzielt. Das Eigenkapital erhöht sich gegenüber 2012 von 18.182 TEUR auf 19.710 TEUR.

Finanzlage und verfügbare Kreditlinie lassen einen nur engen Handlungsspielraum für die Gesellschaft zu. Die Liquidität der Sana-Klinikum Remscheid GmbH ist durch die Teilnahme am Cash-Pool der Sana Kliniken AG jederzeit gesichert. Die Gesellschaft ist zur Sicherung ihrer Liquidität auf die Unterstützung der Sana Kliniken AG weiter angewiesen.

Für die Entwicklung der Finanzlage ist der Finanzbedarf für den Neubau bestimmend. Für das Darlehen in Höhe von 40.400 TEUR durch die Sana Kliniken AG mussten im Jahr 2013 2.807 TEUR Zins und Tilgung aufgebracht werden.

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem unter dem Vorjahresniveau liegenden Jahresüberschuss in Höhe von 1.447 TEUR. Im Vorjahr wurde das Ergebnis aufgrund von Mindererlösausgleichen in Höhe von 833 TEUR positiv beeinflusst. Weiterhin belastet die umfangreiche, ohne Fördermittel finanzierte Neubaumaßnahme das Betriebsergebnis im Bereich der nicht geförderten Abschreibungen mit 3.886 TEUR. Daneben hat im Geschäftsjahr 2013 die vollständige Auflösung der aktiven latenten Steuern aufgrund der entsprechend der Sana Bilanzierungsrichtlinie vorgenommenen Änderungen in der entsprechenden Wahlrechtsausübung das Ergebnis mit TEUR 1.527 belastet.

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat im Geschäftsjahr 2013 eine Betriebsleistung in Höhe von 90.564 TEUR erzielt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Erhöhung von 1.854 T€ auf Grund des Anstiegs der sonstigen betrieblichen Erträge.

Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Personalaufwendungen um 614 TEUR höher bei nunmehr 47.218 TEUR. Die Höhe der Personalaufwendungen ist tarifbedingt.

Die Aufwendungen für nicht im Krankenhaus angestelltes Personal konnten deutlich gesenkt werden und betragen 2.665 TEUR. Die Kosten des medizinischen Bedarfs konnten im Vergleich zum Vorjahr aufgrund weiterer Standardisierung gesenkt werden und liegen mit 1.216 TEUR unter Vorjahr bei 8.382 TEUR.

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW die bisherige Einzelförderung durch eine Baupauschale ersetzt. Mit Bescheid vom 24.05.2013 erhält das Sana-Klinikum Remscheid für das Jahr 2013 eine Baupauschale in Höhe von 1.016 TEUR. Der Einsatz der Baupauschale erfolgte vollständig zur Finanzierung von Zinsen für die Neubaumaßnahme.

4. Forschung und Lehre

Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten werden von der Gesellschaft nicht ausgeführt.

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Sana Kliniken AG hat zur frühzeitigen Erkennung von wesentlichen Risiken ein konzernweit bei allen Tochtergesellschaften ganzheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet, das sowohl die frühzeitige Identifikation und Analyse von Risiken als auch die Ergreifung entsprechender Steuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Konzern-Richtlinie Risikomanagement enthält verbindliche Regelungen zur Erfassung, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung wesentlicher Risiken und sorgt durch ihre risikopolitischen Grundsätze für ein konzernweit einheitliches Verständnis des Risikomanagements. Darüber hinaus wird der integrierte Risikomanagementansatz durch eine einheitliche Risikomanagement-Software unterstützt.

Die in der Risikomanagement-Software erfassten Informationen werden regelmäßig an den Vorstand der Sana Kliniken AG berichtet. Daneben besteht eine verpflichtende Ad-hoc-Risikoberichterstattung der Tochtergesellschaften an den Vorstand der Sana Kliniken AG.

Die Konzernrevision und beauftragte Dritte überprüfen im Rahmen regelmäßiger Prüfungs- und Beratungsleistungen die Angemessenheit, Funktionsfähigkeit und Effizienz des Risikomanagementsystems. Der Aufsichtsrat der Sana Kliniken AG hat einen Prüfungsausschuss bestellt, der sich mit der Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems befasst.

Ein generelles Risiko ergibt sich für alle Krankenhäuser wie auch das Sana-Klinikum Remscheid aus der Budgetierung der Erlöse sowie des ab 2013 geltenden Mehrleistungsabschlages, dessen Höhe nun mit 25 % jedoch für zwei Jahre festgelegt wurde. Neben vorgenannten Erlörisiken besteht für die Gesellschaft ein weiteres Erlörisiko durch Nichterreichen der geplanten stationären Leistungen. Da die Vorhaltungen der personellen und sächlichen Ressourcen nicht ad hoc angepasst werden können, kann ein Fallzahleinbruch einer einzigen Abteilung schon zu deutlichen Planunterschreitungen führen.

6. Darstellung von Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, die Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf oder die Lage der Gesellschaft haben.

7. Prognosebericht

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat als Tochtergesellschaft der Sana Kliniken AG ihre jährliche Unternehmensplanung auf Basis eines konzernweit standardisierten Planungsprozesses erstellt. Dabei werden die individuellen Leistungsdaten, erwartete mikro- und makroökonomische Rahmenbedingungen sowie die zukünftige Ausrichtung des medizinischen Portfolios der Einzelgesellschaft berücksichtigt.

Für das kommende Geschäftsjahr gehen wir insbesondere aufgrund stabiler gesetzlicher Rahmenbedingungen sowie erwarteter leicht steigender Fallzahlen von einem leicht steigenden Umsatz aus. Wir erwarten aufgrund von Personalanpassungen im ärztlichen Dienst im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr Personalkosten auf unverändertem Niveau. Darüber hinaus werden kostenseitig die erhöhte EEG-Umlage sowie steigende Preise für Nahrungsmittel ergebnisbelastend wirken. Insgesamt erwarten wir im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr ein leicht steigendes Ergebnis.

Remscheid, 5. Februar 2014

gez. Oliver Bredel
Geschäftsführer

¹⁾ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 269/13 vom 14. August 2013

²⁾ Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht Oktober 2013

³⁾ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 375 vom 12. November 2013

⁴⁾ das krankenhaus 7.2013, S. 679

⁵⁾ § 8 Abs. 10 KHEntgG

⁶⁾ Vereinbarung gem. § 9 Abs. Satz 1 Nr. 5 KHEntgG vom 22.08.2013

⁷⁾ § 4 Abs. 2a KHEntgG

⁸⁾ Gemeinsame Erklärung GKV-Schätzerkreis vom 10.10.2013

⁹⁾ Vereinbarung gem. § 10 Abs. 9 KHEntgG für den Vereinbarungszeitraum 2013 vom 17.12.2012

¹⁰⁾ § 10 Abs. 8 KHEntgG

3.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
 Rüttenscheider Straße 62
 45130 Essen
 Tel. 0201 / 243439

Gründungsjahr: 1929

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadt Remscheid	1.615,68	1,26
weitere Städte, Kreise und sonstige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts	126.207,29	98,74
<u>Gesamt</u>	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hier hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Landrat a.D. Roger Graef, Rheinbach
Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen

Verwaltungsrat

Insgesamt 14 Mitglieder

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gemäß § 15 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrages sind die Gesellschafter verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse, in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe, zu leisten. Die Nachschüsse der einzelnen Gesellschafter werden nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festgesetzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Nachschuss zur Deckung lfd. Kosten	1.616,00	2.424,00	2.424,00

3.13 RW Holding AG, Düsseldorf (bis 20.12.2013) vormals: RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

RW Holding AG
Georg-Glock-Straße 8
40474 Düsseldorf
Tel. 0211 / 82 64 257

Gründungsjahr: 1992

Die RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH, an der die Stadt Remscheid mit 10% am Stammkapital beteiligt war, wurde zusammen mit anderen gleichartigen Unternehmen in 2002 rückwirkend zum 31.07.2001 auf die RW Holding AG verschmolzen.

Am 20.12.2013 wurden die städtischen Aktien der RW Holding AG in die RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH eingebracht, an der vom Stichtag an eine unmittelbare Beteiligung besteht. Dieses Datum stellt somit das Ende der unmittelbaren Beteiligung an der RW Holding AG dar.

Aktionäre	Gezeichnetes Kapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	411.840,00	0,55
weitere Aktionäre, darunter u.a. Beteiligungsgesellschaften, Städte, Kreise, Sparkassen, Landesbanken und Landschaftsverbände	73.951.019,52	99,45
<u>Gesamt</u>	<u>74.362.859,52</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stück Inhaberstammaktien	in % am Grundkapital
RWE AG	8.421	0,0014
	Stammkapitalanteil	in %
RW Energie-Beteiligungs- gesellschaft mbH Co. KG	50.402 €	31,82

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß § 2 der Satzung der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die

Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig und nützlich erscheinen.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

2 Mitglieder (mind. 2)

Aufsichtsrat:

9 Mitglieder

Hauptversammlung:

Vertreter in der ordentlichen Hauptversammlung der Stadt Remscheid war laut Ratsbeschluss Herr Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Dividendenausschüttung -netto	411.001,44	233.335,11	liegt nicht vor
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA "Badeanstalten", Erstattung	147.234,81	83.588,64	liegt nicht vor

3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

Allgemeine Unternehmensdaten

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal
Korzert 15
42349 Wuppertal
Tel. 0202 / 4042-0

Gründungsjahr: 1971

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Wuppertaler Stadtwerke GmbH	3.523.475,00	70,47
Stadtwerke Remscheid GmbH	1.248.475,00	24,97
Stadtwerke Velbert GmbH	225.000,00	4,50
Stadt Wuppertal	1.525,00	0,03
Stadt Remscheid	1.525,00	0,03
<u>Gesamt</u>	<u>5.000.000,00</u>	<u>100,00</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH	25.000,00	100,0
WLG Wertstofflogistik GmbH	25.000,00	49,0
Wuppertal Marketing GmbH	210.000,00	2,4

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfassung, Sammlung, Beförderung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, insbesondere der Betrieb von Anlagen für thermische Behandlung von Abfällen. Die Gesellschaft kann weitere Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Sie kann darüber hinaus alle sonstigen der Abfallverringerung, -verwertung oder -beseitigung mittelbar oder unmittelbar dienenden Tätigkeiten ausführen und Anlagen planen, errichten und betreiben.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Wolfgang Herkenberg
Dipl.-Ing. Conrad Tschersich

Aufsichtsrat

Klaus-Jürgen Reese	Vorsitzender
Elke Rühl	1. stellv. Vorsitzende
Willy Görtz	2. stellv. Vorsitzender
Frank Braken	
Karlheinz Emmert	
Daniela Grundmann	
Ralph Güther	
Burkhard Mast-Weisz	Oberbürgermeister
Ingeborg Ockel	
Günter Pott	
Paul-Yves Ramette	
Bernhard Sander	
Ursel Simon	
Dr. Johannes Slawig	
Fred Surga	
Thomas Uebrick	
Peter-Edmund Uibel	
Andreas Weigel	
Frank Zittlau	

Andreas Feicht	beratendes Mitglied
Prof. Dr. Thomas Hoffmann	beratendes Mitglied
Heinz-Werner Thissen	beratendes Mitglied

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung am 03.07.2013 war Herr Städtischer Angestellter Christian Schenk.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtungen zum 31.12.2013 14.054.902,52 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Verrechnungsbetrag aus US-Lease	77.648,63	88.039,46	95.734,94

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2011	2012	2013
Mitarbeiter	402	404	414

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

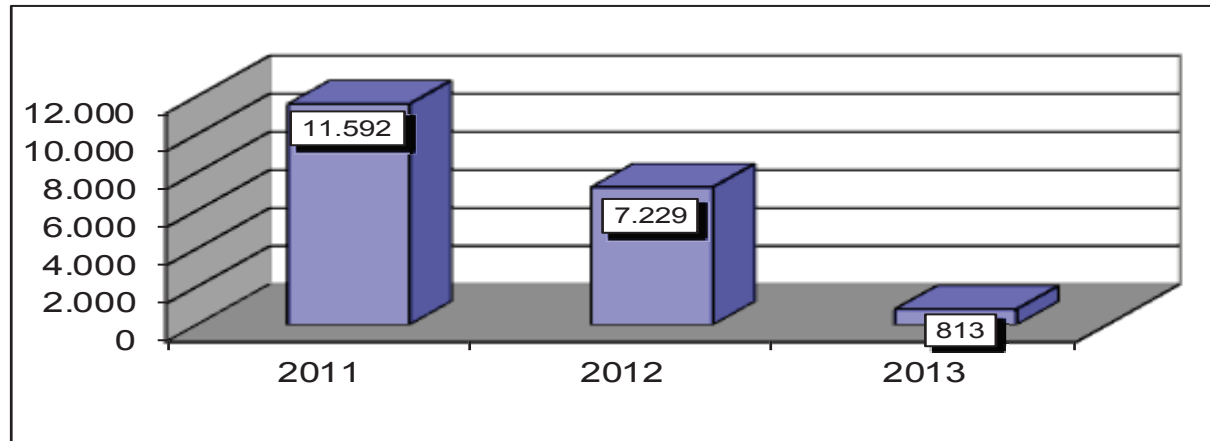
Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	193	0,15	118	0,10	268	0,22
Sachanlagen	103.565	81,06	100.079	81,27	97.170	81,32
Finanzanlagen	270	0,21	234	0,19	201	0,17
Anlagevermögen	104.028	81,43	100.430	81,56	97.639	81,71
Vorräte	4.171	3,26	4.545	3,69	4.426	3,70
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	13.849	10,84	14.575	11,84	16.273	13,62
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	5.674	4,18	3.568	2,90	1.105	0,92
Umlaufvermögen	23.694	18,55	22.688	18,42	21.804	18,25
Rechnungsabgrenzungsposten	34	0,03	20	0,02	47	0,04
Aktiva	127.756	100,00	123.138	100,00	119.490	100,00
Gezeichnetes Kapital	5.000	3,91	5.000	4,06	5.000	4,18
Kapitalrücklage/Gewinnrücklage	15.000	11,74	15.000	12,18	15.000	12,55
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss (+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	20.000	15,65	20.000	16,24	20.000	16,74
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	19.044	14,91	19.259	15,64	21.836	18,27
Verbindlichkeiten	88.712	69,44	83.879	68,12	77.654	64,99
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	127.756	100,00	123.138	100,00	119.490	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	90.112	89.301	88.511
Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	1.586	988	8.429
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	9	8	7
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	278	288	4.247
Erträge	91.985	90.584	101.194
Materialaufwand	34.284	31.102	32.885
Personalaufwand	19.863	21.612	22.177
Abschreibungen	16.312	16.433	16.497
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.329	8.793	9.351
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.815	3.440	3.780
Aufwendungen	83.603	81.379	84.690
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.382	9.205	16.504
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-15.000
Steuern von Einkommen und Ertrag	-2.125	-1.794	-481
Sonstige Steuern	-193	-182	-210
Aufwendungen aus Ergebnisabführung	-11.592	-7.229	-813
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	-5.528	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse (vor Ergebnisabführung)

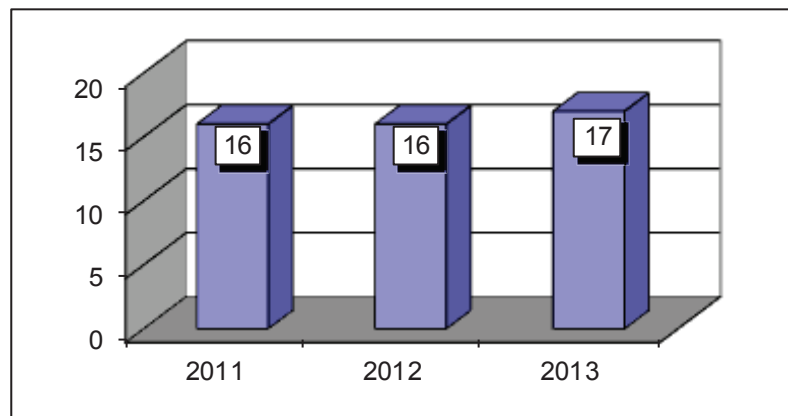
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	11.592	7.229	813



Kennzahlen

Eigenkapitalquote

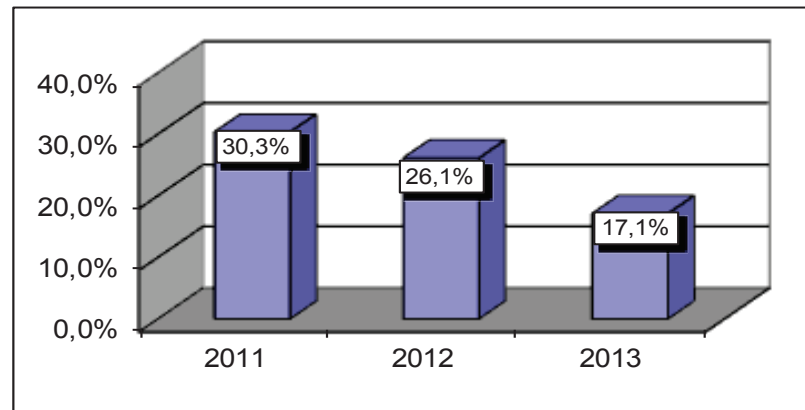
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	20.000	20.000	20.000
Bilanzsumme	127.756	123.138	119.490
% EK	16	16	17



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss*	11.592	7.229	813
Abschreibungen	16.312	16.433	16.497
	27.904	23.662	17.310
Gesamterträge	91.985	90.584	101.194
Cash-Flow	30,3%	26,1%	17,1%

*) vor Ergebnisabführung



Lagebericht zum 31. Dezember 2013

1. Grundlage des Unternehmens

Die Städte Wuppertal und Remscheid sowie die Stadtwerke von Wuppertal, Remscheid und Velbert sind die Gesellschafter der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal.

Die AWG mbH wurde zuletzt 1999 von der Stadt Wuppertal mit der Sammlung, dem Transport, der Verwertung und der Beseitigung andienungspflichtigen Abfälle im Rahmen eines langjährigen Entsorgungsvertrags beauftragt. Teile dieses Entsorgungsauftrags sind seit dem Jahr 2002 an den öffentlichen Entsorgungszweckverband EKOCity übergeben worden, der sich zur Erfüllung seines Entsorgungsauftrags u.a. der AWG und ihrer Verbrennungskapazitäten bedient. Die Stadt Remscheid und der Kreis Mettmann hatten sich ebenfalls durch einen langjährigen Entsorgungsvertrag für die Verwertung und Beseitigung andienungspflichtiger Abfälle an die AWG gebunden, auch diese Entsorgungsaufträge wurden an den Entsorgungszweckverband EKOCity übergeben. Auch für diese Entsorgungsaufgaben bedient sich der Entsorgungszweckverband u.a. der AWG und ihrer Verbrennungskapazitäten.

Der Entsorgungszweckverband EKOCity wurde 2002 durch die Städte Bochum, Wuppertal, Remscheid und Herne sowie der Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen und dem Regionalverband Ruhr (RVR) als kommunaler Entsorgungsverbund gegründet. Zum 1.1. 2006 ist der Kreis Mettmann dem Verbund beigetreten. Die Kooperation gewährleistet die langfristige Sicherung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet, den Erhalt der kommunalen Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Abfallwirtschaft und die dauerhafte Auslastung der vorhandenen Anlagenstruktur. Die AWG als Inhaber und Betreiber einer der drei Entsorgungsanlagen im Abfallwirtschaftsverband EKOCity partizipiert im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen mit dem Entsorgungsverband positiv von dieser kommunalen Kooperation, weil der Abfallwirtschaftsverband EKOCity eine wirtschaftliche Auslastung des AWG-Müllheizkraftwerks mit kommunalen Haushaltsabfällen aus dem Verbandsgebiet sichert.

Diese Mitgliedschaft der Gesellschafterstädte Wuppertal und Remscheid im Abfallwirtschaftsverband EKOCity und die daraus resultierende enge Zusammenarbeit der AWG mit den Verbandsmitgliedern und den weiteren eingebundenen Entsorgungsunternehmen begründet eine wirtschaftlich und auch entsorgungspolitisch positive Prognose.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Durch die Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist die Position der kommunalen Entsorgungswirtschaft dem Grunde nach gestärkt worden. Dennoch ergeben sich in der täglichen Praxis erhebliche Probleme bei der nun gesetzlich vorgeschriebenen Administration der gewerblichen Sammlungen privater Dritter aus Haushaltungen. Deren umfängliches Anwachsen hat wirtschaftlich spürbare Auswirkungen auf die Erlösseite der kommunalen Wertstoffsammlungen und bewirkt, dass diese nun nicht länger im notwendigen Maße zur Abfallgebührenstabilisierung beitragen können.

Das Preisniveau für Gewerbemüll verharrt im Berichtsjahr auf einem in der Gesamtschau als niedrig einzuschätzenden Niveau.

2.2 Geschäftsverlauf

Im Bereich der Sammlung und des Transportes sowie der Entsorgung und Verwertung von Abfällen von Haushalten hat die AWG als beauftragter Dritter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für die Stadt Wuppertal die Aufgaben des kommunalen Entsorgungsträgers übernommen. Durch den zugrunde liegenden Entsorgungsvertrag mit der Stadt Wuppertal sowie durch die abgeschlossenen Verträge im Rahmen der EKOCity-Kooperation sind die Tätigkeiten der AWG zu kostendeckenden Konditionen abgesichert.

Die Verbrennungsmenge des MKWs der AWG lag im Jahre 2013 bei 396,867 Mg Abfälle aus Haushalten und Gewerbe.

Das Angebot der von der AWG betriebenen Recyclinghöfe ist in Wuppertal fest etabliert und das Konzept einer flächendeckenden Versorgung umgesetzt. Mit fünf Recyclinghöfen in Wuppertal hat die AWG ein umfassendes, wohnort- und bürgernahes Entsorgungsangebot verwirklicht.

Papier, Pappe und Kartonagen sind, trotz stark schwankender Preise, gefragte Wertstoffe, die sich besonders gut zur Wiederverwertung eignen. Deshalb sammelt und verwertet die AWG diese Materialien seit vielen Jahren, verfolgt damit das Umweltziel „Abfallverwertung“ und trägt mit den Erlösen zur Abfallgebührenstabilität bei.

Sparte Thermik

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2012 reduzierte sich die angelieferte Abfallmenge mit 396.304 Mg (VJ 406.506 Mg) um rd.10.202 Mg.

Die in diesem Bereich ausgewiesenen Umsätze entwickeln sich planmäßig und resultieren im Wesentlichen aus den abgeschlossenen Pacht- und Betriebsführungsverträgen in Höhe von rd. T€ 52.103,9 (Vorjahr T€ 53.217,3).

Weitere wesentliche Erlöse in Höhe von T€ 6.732 (Vorjahr T€ 6.570,0) wurden durch das Recht zur Vermarktung von Strom und Fernwärme realisiert, welches zu vergleichbaren Konditionen bei EKOCity erworben wurde.

Sparte Sammlung und Transport

Im Berichtsjahr wurden im Bereich Haus- und Sperrmüll 88.234 Mg (VJ 91.611 Mg) im Stadtgebiet Wuppertal gesammelt bzw. an den Recyclinghöfen abgegeben. Davon wurden 70.906 Mg der Verbrennungsanlage zugeführt. Weitere 17.328 Mg wurden dem EKOCity-Center Bochum zugeführt.

Die für die Stadt Wuppertal durchgeführte abfallwirtschaftliche Tätigkeit umfasst ein Auftrags- bzw. Umsatzvolumen in Höhe von T€ 10.521,5 (VJ T€ 10.580,3).

Durch den Sperrmüllschnellservice sowie die Recyclinghöfe konnte ein Umsatz in Höhe von T€ 467,5 realisiert werden.

Bei dem zu entsorgenden Gewerbemüll entwickelte sich die Zahl der wöchentlich zu entleerenden Behälter mit durchschnittlich 5.312 gegenüber dem Vorjahr mit 5.453 leicht rückläufig.

Die Zahl der Frontumleerbehälter bleibt mit von rd. 320 gegenüber dem Vorjahr weitestgehend konstant.

Die weiteren Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Vermarktung von Altpapier (T€ 2.756) und Altkleider (T€ 164,2) sowie der Entsorgung von Schadstoffen (T€ 53,4).

Zusätzlich konnten Transportumsätze in Höhe von T€ 411,6 generiert werden.

Sparte Autorecycling

Die Umsatzerlöse in der Sparte Autorecycling reduzierten sich mit T€ 1.952,2 gegenüber dem Vorjahr (T€ 2.016,5).

2.3 Darstellung der Lagen

Vermögenslage

Im Folgenden wird die Vermögenslage anhand einer Kurzbilanzübersicht der Jahre 2012 und 2013 wie folgt dargestellt:

	31.12.2012		31.12.2013	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	100.430	81,6	97.639	81,7
Umlaufvermögen	22.688	18,4	21.805	18,3
Aktive RAP	20	0,0	47	0,0
	123.138	100,0	119.491	100,0
Eigenkapital	20.000	16,2	20.000	16,7
Sonderposten	0	0,0		
Rückstellungen	19.259	15,6	21.837	18,3
Verbindlichkeiten				
- langfristig	69.187	56,3	69.817	58,4
- kurzfristig	14.692	11,9	7.837	6,6
	123.138	100,0	119.491	100,0

Die Reduzierung der Bilanzsumme in Höhe von rd. T€ 3.647 ist im Wesentlichen auf den planmäßigen Rückgang des Anlagevermögens bei gleichzeitiger Reduzierung der Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Finanzlage

Kapitalflussrechnung zum 31.12.2013

	2012	2013
	T€	T€
1. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0
2. + Abschreibungen auf Anlagevermögen	16.433	16.497
3. +/- Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	215	2.578
4. -/+ Gewinn/Verlust aus Anlageabgängen	6	0
5. -/+ Zunahme/Abnahme von		
Vorratsvermögen	-374	119
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-306	-1.650
Forderungen Gesellschafter	-475	350
sonstigen Vermögensgegenständen	55	-399
aktive Rechnungsabgrenzungen	14	-27
6. +/- Zunahme/Abnahme von		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-644	621
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.941	-7.145
sonstige Verbindlichkeiten und	1.014	-331
passive Rechnungsabgrenzung		
7. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	12.997	10.613
8. + Einzahlungen aus Anlageabgängen	53	145
Einzahlungen aus Abgängen		
8a. + Finanzvermögen	36	61
9. - Auszahlungen für Investitionen		
in das Anlagevermögen	-12.929	-13.913
10. Cashflow aus Investitionstätigkeit	-12.840	-13.707
Auflösungen von Gewinnrücklagen	0	0
Aufnahme Kredite	10.000	12.500
Tilgung Kredite	-12.263	-11.870
11. Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-2.263	630
Zahlungswirksame Veränderung des		
12. Finanzmittelfonds	-2.106	-2.464
13. Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	5.674	3.568
14. Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3.568	1.104

Die Verminderung des Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat ihre Ursache in der deutlichen Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter resultierend aus der Ergebnisabführung.

Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren zu jederzeit sichergestellt. Neben den vorhandenen liquiden Mitteln stehen ausreichend verbindliche und derzeit nicht in Anspruch genommene Kreditlinien in Höhe von 3 Mill. Euro zur Verfügung. Die finanzielle Lage der AWG ist insbesondere aufgrund der bestehenden Verträge als ausgesprochen gut einzustufen.

Ertragslage

Die Darstellung der Ertragslage ergibt sich aus nachfolgender Übersicht

	2012	2013	Veränderung
	T€	T€	T€
Erlöse	89.300	88.511	-789
Materialaufwand	31.102	32.885	1.783
Personalaufwand	21.612	22.177	565
Abschreibungen	16.433	16.497	64
Betriebskosten	5.842	6.196	354
Verwaltungskosten	1.232	1.473	241
sonst. betriebl.	1.718	1.682	-36
Aufwendungen			
Betriebsergebnis	11.361	7.601	-3.760
Beteiligungsergebnis	0	300	300
Zins und ähnliche Erträge	295	3.953	3.658
Zinsaufwendungen	3.440	3.780	340
Finanzergebnis	-3.145	173	3.318
sonst. Erträge	988	8.430	7.442
a.o. Erträge/Aufwand	0	-15.000	- 15.000
Neutrales Ergebnis	988	-6.570	-7.558
Ergebnis vor Steuern	9.204	1.504	-7.700
Steueraufwand	1.975	691	-1.284
Ergebnis vor Abführung	7.229	813	-6.416
Auflösung Gewinnrücklage	0	0	0
Aufwand Ergebnisabführung	7.229	813	-6.416
Bilanzgewinn	0	0	

Das Unternehmensergebnis ist insbesondere durch das neutrale Ergebnis geprägt. Der notwendigen Rückstellungszuführung für die Avalzinsaufwendungen der US-Lease Transaktion in Höhe von 15 Mill. Euro stehen Auflösungserträge in Höhe von 7 Mill. Euro, sowie Abzinsungszinserträge in Höhe von 3,9 Mill. Euro gegenüber.

Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von insgesamt T€13.884 durchgeführt.

Für den Neubau eines Verbrennungskessels wurden im Berichtsjahr Anzahlungen in Höhe von rd. € 10.675 geleistet. Weiterhin wurden insgesamt T€ 2.077 für die notwendige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und rd. T€ 95 für die Beschaffung von Mulden, Pressen und Wertstoffcontainern aufgewendet.

Finanzierungsmaßnahmen

Entsprechend dem Wirtschaftsplan wurde zur Finanzierung der Neubaumaßnahme „Kessel“ ein Darlehen in Höhe von insgesamt 25.000 T€ mit einer 12-jährigen Zinsbindungsfrist aufgenommen. Die Auszahlung des Darlehens erfolgt entsprechend dem Baufortschritt. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 12,5 Mio. Euro ausgezahlt. Die Tilgung des Darlehens erfolgt analog der Abschreibungsdauer.

2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter

Der Mitarbeiterstand per 31.12.2013 beträgt 422.

Fluktuationen sind in diesem Bereich nicht zu verzeichnen, personelle Wechsel sind im Wesentlichen auf das altersbedingte Ausscheiden von Mitarbeitern zurückzuführen. Der gesamte Personalaufwand betrug im Berichtsjahr T€ 22.177,1 (Vorjahr T€ 21.611,6).

Umweltschutz

Der Standort der Verbrennungsanlage, Korzert 15, unterzog sich im Jahre 2013 im Rahmen eines Audits einer freiwilligen Wiederholungsprüfung hinsichtlich der Kriterien der Entsorgungsfachbetriebsverordnung durch die TÜV Umwelt Cert GmbH. Das Zertifikat zum Entsorgungsfachbetrieb wurde erneut erteilt.

Die gem. Bundesimmissionsschutzgesetz zu messenden Schadstoff- und Verbrennungsbedingungen liegen vor und werden wie durch den Genehmigungsbescheid gefordert, veröffentlicht und dem staatl. Umweltamt vorgelegt.

Des Weiteren erfolgte im Berichtsjahr die erneute Zertifizierung für die Bereiche „Sammlung und Transport“ sowie „Autorecycling“ zum Entsorgungsfachbetrieb durch Lloyds Quality Assurance GmbH bzw. CER QMS Qualifizierungsstelle.

3. Nachtragsbericht

Nach Buchungsschluss und Erstellung der Bilanzen sind keine Vorgänge eingetreten, die die Ertrags, Finanz- oder Vermögenslage beeinflusst haben.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Aufgrund der abgeschlossenen Verträge und den nicht linear anfallenden Instandhaltungskosten wird für 2014 ein Jahresergebnis in Höhe von 4,8 Mil. Euro erwartet. Für das folgende Geschäftsjahr rechnet die AWG aufgrund der bestehenden Verträge mit einem leichten Umsatzrückgang.

Chancen- und Risikobericht

Entsprechend dem aufgestellten Risikokatalog ergeben sich folgende wesentliche Risiken für das Unternehmen.

US-Lease-Service-Contract-Finanzierung

Die Gesellschaft hat am 6./7.12.1999 mit einem US-Trust eine U.S.-Lease-Service-Contract-Finanzierung abgeschlossen. Die Verträge sehen im Falle einer Vertragsverletzung durch die AWG eine Auflösung der Verträge sowie eine dadurch resultierende Entschädigungsleistung vor. Diese ist abhängig vom Zeitpunkt der Vertragsauflösung, den dann bestehenden Zinssätzen und Dollarkursen und kann bis zum mehrfachen des aus diesem Geschäft seinerzeit erzielten Barwertvorteils betragen.

Wegen der aus evtl. auftretenden Vertragsstörungen entstehenden Risiken wurde als Vorsorge ein Risikomanagementsystems eingeführt. Dieses System liegt im Verantwortungsbereich der Geschäftsführung und wurde in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der AWG, den Arrangeuren des US-Lease-Transaktion und den Rechtsberatern der AWG erstellt. Entsprechend den Vorgaben dieses Managementsystems erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung an den Aufsichtsrat und die Gesellschafter. Zur weiteren Reduzierung eventueller Risiken wurde in 2005 ein Betreuungsvertrag abgeschlossen.

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise ist die AIG, der sogenannte Garantiegeber der US-Lease-Transaktion, in 2008 im Rating herabgestuft worden. Gem. den Vorgaben der vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der US-Lease-Transaktion wurde im Mai 2009 der vertragsgemäße Zustand durch eine zusätzliche Bürgschaft der KfW- und NRW Bank wieder hergestellt. Diese Bürgschaft war ursprünglich auf zwei Jahre befristet. Im Mai 2011 wurde die Option einer 3-jährigen Verlängerung – bis Mai 2014 – ausgeübt.

Die endgültige Risikoabsicherung erfolgte durch die Vertragsunterzeichnung im September 2013, die aktuellen Verträge gelten bis zum Ende der Vertragslaufzeit.

Sonstiges

Es werden für den mittel- und langfristigen Prognosezeitraum keine wesentlichen Risiken oder Chancen gesehen. Durch die bestehenden Verträge mit der Stadt Wuppertal und EKOCity ist die Auslastung des Transportbereiches und der Verbrennungsanlage

langfristig bei einer kostendeckenden Erlössituation und einem entsprechendem Unternehmensertrag gesichert.

5. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Liquiditätslage der AWG ist weiterhin als gut zu bezeichnen, es sind auch zukünftig keine finanziellen Engpässe zu erwarten. Zu den in der AWG bestehenden Finanzierungsinstrumenten zählen im Wesentlichen die Forderungen sowie die bestehenden Guthaben bei Kreditinstituten. Forderungsausfälle traten bisher, aufgrund der speziellen Kundenstruktur, nicht auf. Bei dem Finanzierungsmanagement verfolgt die Gesellschaft eine sehr konservative Risikopolitik. Vorhandene Geldüberschüsse werden auf Festgeldkonten angelegt, jegliche spekulative Geldanlage wird seitens der Geschäftsführung streng vermieden.

Wuppertal, 20. Februar 2014

Die Geschäftsführung

3.15 RWE Aktiengesellschaft

Allgemeine Unternehmensdaten

RWE Aktiengesellschaft
 Opernplatz 1
 45128 Essen
 Tel. 0201 / 1200

Gründungsjahr: 1898

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)						
	Gesamt			Stadt Remscheid		
	Stück in Tsd.	Betrag in Mio. €	in %	Stück	Betrag in €	%
Stammaktien	575.745	1.474	93,7	108.980	278.988,80	0,019
Vorzugsaktien	39.000	100	6,3	0	0	
Summe	614.745	1.574	100	108.980	278.988,80	0,018

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

357 wesentliche Beteiligungen im In- und Ausland in den Bereichen Energie, Bergbau und Rohstoffe, Mineralöl und Chemie, Wasser und Entsorgung.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Beschaffung und Erzeugung von sowie Versorgung und Handel mit Energie und Energieträgern einschließlich des Baus, des Betriebs und der sonstigen Nutzung von Transportsystemen für Energie und Energieträger;
- Umweltdienstleistungen und -technik einschließlich der Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser;
- Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen sowie von chemischen und petrochemischen Erzeugnissen;
- Elektro-, Gebäude- und Kommunikationstechnik, Elektronik, sonstiger Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau sowie Erbringung von Ingenieurleistungen;
- Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Bauten aller Art sowie Erbringung von Gebäudeleistungen;
- Telekommunikation, Datenübertragung sowie Dienstleistungserbringung und Handel auf elektronischem Wege;
- Immobilienwirtschaft;
- Handel, Logistik, Transport und Erbringung weiterer Dienstleistungen insbesondere auf den vorbezeichneten Geschäftsfeldern.

Organe der Gesellschaft

- Vorstand
- Aufsichtsrat
- Ausschüsse des Aufsichtsrats
- Wirtschaftsbeirat
- Hauptversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Dividendenausschüttung - netto -	280.827,84	160.473,05	liegt nicht vor
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA Badeanstalten Erstattung	100.602,16	57.486,95	liegt nicht vor

4.1 EWR GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

EWR GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	14.000.000,00	80,0
Thüga Aktiengesellschaft	3.500.000,00	20,0
<u>Gesamt</u>	<u>17.500.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften		Stammkapitalanteil	
		in €	in %
Bergische Trinkwasser-Verbund-GmbH		22.000,00	22,00
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	*1)	6.838.490,88	5,30
Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	*1)	5.499.090,00	4,05
*1) Kapitalanteil			

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Telekommunikation sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben der Ver- und Entsorgung übernehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge – auch außerhalb des Versorgungsbereichs – abschließen.

Die Gesellschaft soll innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes neue Geschäftsfelder entwickeln und Dienstleistungen anbieten und durch sie eine wirtschaftlich vertretbare Vermeidung unnötigen Energie-, Material- und Stoffverbrauchs sowie die Verminderung umweltschädigender Emissionen erreichen, um so einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Hans-Peter Meinecke	Ratsmitglied	Vorsitzender
Bernd Quinting	Ratsmitglied	1. Stellvertreter Vorsitzender
Helmut Börsch		2. Stellvertreter Vorsitzender
Dr. Anton Binder		
Thomas Blicke		
Katja von Doren		
Dr. Gerhard Holtmeier		
Andreas Karthaus		
Gabriele Schoffhauser		
Achim Südmeier		
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied	
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied	
Udo Rothstein		
Sven Wolf	Ratsmitglied	

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Konzessionsabgabe	7.864.604,32	7.327.014,86	6.907.979,88

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2011	2012	2013
Mitarbeiter/-innen	267	272	273

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2011	in %	2012	in %	2013	in %
Stromversorgung	Stromabsatz Mio.kWh	642,2	1,0	638,9	-0,5	663,7	3,9
	Umsatz T€	76.218	4,2	79.507	4,3	92.099	15,8
Gasversorgung	Gasabsatz Mio. kWh	1.032	-14,3	1.105	7,1	1.091	-1,3
	Umsatz T€	42.735	-12,8	47.505	11,2	46.184	-2,8
Wasserversorgung	Wasserabsatz Mio. cbm	6,3	-8,7	6,1	-3,2	6,3	3,3
	Umsatz T€	15.475	-5,2	14.560	-5,9	15.430	6,0
Wärmeversorgung	Wärmeabsatz Mio. kWh	44,1	-10,4	50,5	14,5	47,7	-5,5
	Umsatz T€	3.830	-7,1	4.581	19,6	4.500	-1,8
	Gesamtumsatz T€	138.258	-3,0	146.153	5,7	158.213	8,3

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

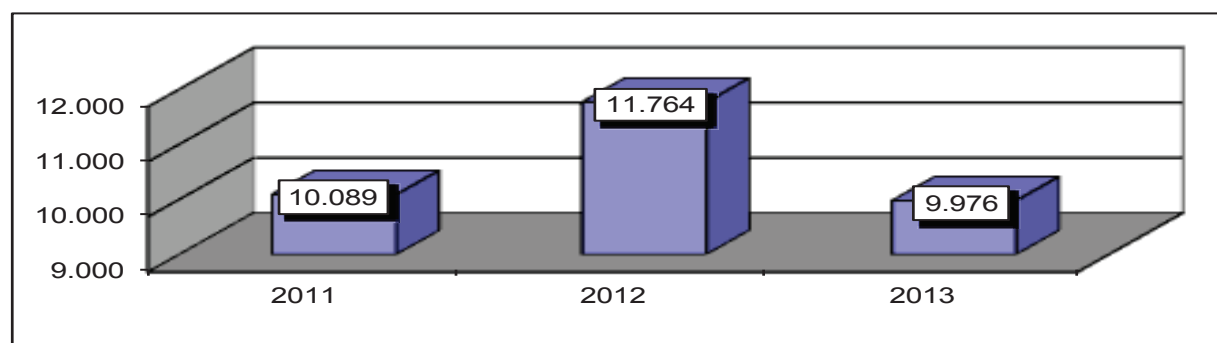
Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	943	0,68	1.128	0,84	1.172	0,89
Sachanlagen	66.796	48,46	62.779	46,76	63.723	48,51
Finanzanlagen	31.616	22,94	34.302	25,55	35.913	27,34
Anlagevermögen	99.355	72,08	98.208	73,15	100.808	76,75
Vorräte	1.364	0,99	1.064	0,79	1.081	0,82
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	24.915	18,08	27.172	20,24	21.272	16,19
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	11.309	8,20	7.141	5,32	7.533	5,73
Umlaufvermögen	37.588	27,27	35.377	26,35	29.886	22,75
Rechnungsabgrenzungsposten	894	0,65	679	0,51	658	0,50
Aktiva	137.837	100,00	134.264	100,00	131.352	100,00
Gezeichnetes Kapital	17.500	12,70	17.500	13,03	17.500	13,32
Kapitalrücklage	66.316	48,11	66.316	49,39	66.316	50,49
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	83.816	60,81	83.816	62,43	83.816	63,81
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	5.700	4,14	5.167	3,85	4.805	3,66
Rückstellungen	15.057	10,92	10.067	7,50	10.478	7,98
Verbindlichkeiten	33.264	24,13	35.213	26,23	32.253	24,55
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	137.837	100,00	134.264	100,00	131.352	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2011	2012	2013
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	134.912	143.046	156.587
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	-25	8	12
Andere aktivierte Eigenleistungen	487	421	531
Sonstige betriebliche Erträge	6.543	9.104	3.899
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	2	3	55
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	933	373	53
Erträge	142.852	152.955	161.137
Materialaufwand	90.063	97.052	108.171
Personalaufwand	16.531	17.115	17.320
Abschreibungen	6.485	6.612	6.678
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.630	15.653	15.174
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.177	1.511	738
Aufwendungen	129.886	137.943	148.081
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.966	15.012	13.056
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	1.169	1.227	1.441
Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter	-1.708	2.021	1.639
Gewinnabführung an Organträger	-10.089	-11.764	-9.976
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse bzw. Höhe der Gewinnabführung

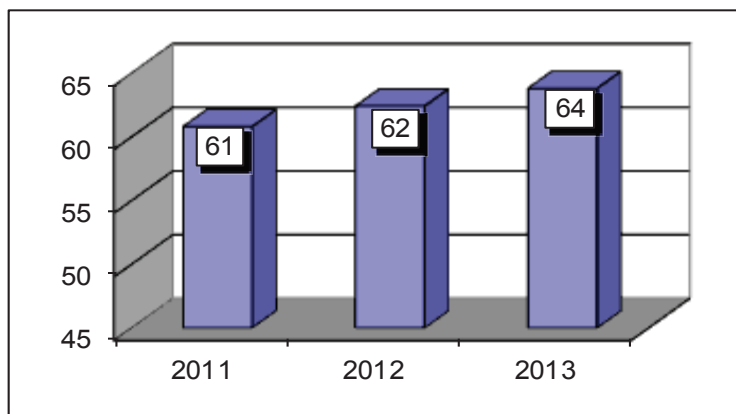
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Gewinnabführung	10.089	11.764	9.976



Kennzahlen

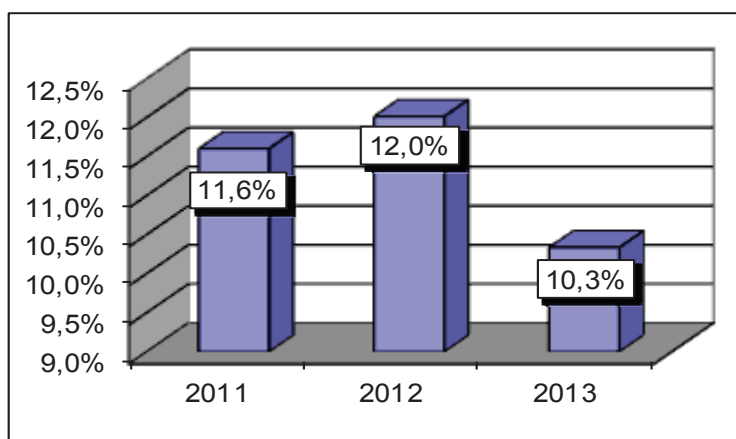
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	83.816	83.816	83.816
Bilanzsumme	137.837	134.264	131.352
% EK	61	62	64



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	10.089	11.764	9.976
Abschreibungen	6.485	6.612	6.678
	16.574	18.376	16.654
Gesamterträge	142.852	152.955	161.137
Cash-Flow	11,6%	12,0%	10,3%



Lagebericht der EWR GmbH für das Geschäftsjahr 2013

I. Grundlagen des Unternehmens

Die EWR GmbH (EWR) ist das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen im Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH, mit den strategischen Geschäftsfeldern Erneuerbare Energien, Vertrieb von Strom, Gas, Wasser, Energie(effizienz)dienstleistungen und Netzbetrieb. Unser Netzgebiet erstreckt sich auf das Konzessionsgebiet der Stadt Remscheid. Die Aktivitäten im Bereich der Erneuerbaren Energien werden in Remscheid und über Finanzbeteiligungen bestritten.

Der nach der Gemeindeordnung NRW geforderten Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung sind wir nachgekommen. Den im Gesellschaftszweck der EWR formulierten Zielen einer sicheren, preiswürdigen und umweltschonenden Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern, haben wir voll entsprochen.

Gemäß § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) gehen wir im Lagebericht auf die Tätigkeiten der Elektrizitätsverteilung und Gasverteilung ein. Bei der EWR umfassen diese Tätigkeiten den Betrieb der Elektrizitäts- und Gasverteilernetze. Die EWR unterliegt hierbei der Regulierung durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Mit Wirkung zum 31.12.2013 (24.00 Uhr) wurden die Beteiligungsverhältnisse an den Stadtwerke Remscheid (SR) und der EWR neu geordnet. Die über SR bestehende indirekte Beteiligung der RWE Deutschland AG (RWE) an EWR - durchgerechnet 20 % - wurde durch Einzug der von RWE gehaltenen SR-Geschäftsanteile und Hingabe von 20 % EWR-Geschäftsanteile in eine direkte Beteiligung von RWE an EWR gewandelt. Mit dieser Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse sind keine materiellen/wirtschaftlichen Veränderungen im Verhältnis der Gesellschafter zueinander eingetreten. Ab dem Geschäftsjahr 2014 werden nunmehr die Geschäftsanteile der Gesellschaft von der Stadtwerke Remscheid GmbH (60 %), der Thüga AG (20 %) und von der RWE Deutschland AG (20 %) gehalten. Damit ist RWE neben der Thüga auf Grund des zwischen SR und EWR bestehenden Ergebnisabführungsvertrages weitere außenstehende Gesellschafterin.

II. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

1. Wirtschaftliches Umfeld und Rahmenbedingungen

Der Konjunkturbericht der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid zum Jahresbeginn 2013 attestierte der bergischen Wirtschaft eine insgesamt gute konjunkturelle Lage. Der Geschäftslageindex verbesserte sich nochmals gegenüber dem Herbst 2012. Im Städtevergleich hatte sich allerdings „das Blatt gewendet“ - Remscheid wechselte von der Spitzenposition im bergischen Städtedreieck nach Solingen und Wuppertal auf Platz drei. Zum Herbst 2013 berichtete die IHK von einer überwiegend guten wirtschaftlichen Situation und einer erstaunlich robusten konjunkturellen Entwicklung. Trotz einer positiven Tendenz hinkt Remscheid im Städteranking hinterher. Beispielsweise nahmen die Industrieumsätze in Remscheid im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 3,7 % ab, während für den IHK-Bezirk insgesamt noch ein geringes Plus von 0,2 % ermittelt wurde.

Der Arbeitsmarkt in der Region verzeichnete zwar keine nennenswerten Impulse, entwickelte sich allerdings entgegen dem Landestrend in eine leicht positive Richtung. Im IHK-Bezirk sank die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2013 gegenüber Dezember 2012 marginal, und zwar von 10,6 % auf 10,4 %. In Remscheid veränderte sich die Quote von 9,1 % auf 9,0 %.

Die regional gefestigte Konjunkturlage zeigte bei der Remscheider Wirtschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht die gewünschten Erfolge. Gemessen an der Entwicklung der Industrieumsätze - wie berichtet - 3,7 % gegenüber 2012 - spiegelt sich dieser Trend auch im Energieabsatz an die industriellen Kunden unserer Gesellschaft wider. Die stetig sinkende Einwohnerzahl Remscheids und der effizientere Umgang mit Energie zeigen ebenfalls ihre Wirkung. Die Witterungsverhältnisse taten ihr Übriges. Die besonders lang anhaltende

Winterperiode im ersten Halbjahr 2013 bescherte uns im Geschäftsfeld Gasversorgung ausgesprochen gute Absatzzahlen. Die warme und trockene Sommerperiode in Verbindung mit den milden Temperaturen des letzten Quartals führten insgesamt für das Geschäftsjahr zu Absatzeinbußen gegenüber 2012.

2. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die stockende Entwicklung der Remscheider Wirtschaft, die - wie bereits beschrieben - durch das IHK-Ranking zum Ausdruck kommt, schlägt sich auch in der Absatzbilanz der EWR nieder. Gepaart mit den sehr milden Temperaturen des vierten Quartals können wir punktuell in einigen Kundensegmenten - im Wesentlichen der Strom- und Gasversorgung - die Absatzprognosen unserer Wirtschaftsplanung und die Ist-Werte des Vorjahres nicht erreichen.

Die **gesamten Außenerlöse** der Gesellschaft stiegen gegenüber dem Vorjahr von 143,0 Mio. € auf 156,6 Mio. € (+ 9,5 %). Im Energiebereich und bei den Wasserlieferungen - einschließlich Innenumsätze - kletterten die Erlöse von 146,2 Mio. € um ca. 8,2 % auf 158,2 Mio. €. Der Umsatzzuwachs in der Sparte Strom - insgesamt ca. 12,6 Mio. € oder 15,8 % - ist insbesondere auf die notwendige Preisanpassung zum 01. Januar 2013 als Folge der erheblichen Steigerung der EEG-Umlage zurückzuführen. Der geringere Anteil am Zuwachs ist mengengetrieben und beruht auf der Belieferung neuer Individualkunden in fremden Netzgebieten. Die Erlösentwicklung im Segment der Gasversorgung - gegenüber dem Vorjahr ein Minus von ca. 1,4 Mio. € oder 2,8 % - ist insbesondere im Zusammenhang mit der Absatzentwicklung bei den Individualkunden als Folge geringerer Produktionsgasverbräuche und Kundenverluste zu sehen. Die Erlöse in der Wasserversorgung stiegen unter der Einwirkung positiver Rückrechnungsdifferenzen des Vorjahres um 0,9 Mio. € bzw. 6,0 % auf 15,4 Mio. €. In der Wärmeversorgung fielen die Erlöse um 0,1 Mio. € oder 1,8 % niedriger aus. Das geplante Vertragsende eines Großkunden und die über das Jahr gesehen relativ milden Temperaturen konnten zum Teil durch die Absatzzuwächse im Rahmen der Ausweitung des Geschäftsfeldes kompensiert werden.

In der **Stromsparte** konnte der **Energievertrieb** im Stromnetz der EWR sowie in fremden Netzgebieten insgesamt 491,4 Mio. kWh absetzen und übertraf damit den Vorjahreswert um 22,4 Mio. kWh oder 4,8 %. Überschattet wird dieser Zuwachs von dem Absatzrückgang bei den Privat- und Gewerbekunden im angestammten Remscheider Marktgebiet, der weniger auf Kundenverluste als auf spezifisch geringere Verbräuche und Einwohnerschwind zurückzuführen ist. Durch den starken Zugewinn von Individualkunden bzw. Liefermengen in fremden Netzgebieten (ca. + 40 Mio. kWh) konnte eine Überkompensation erreicht werden. Der Vertriebsabsatz der **Netzwirtschaft** der EWR - hier zeigt sich insgesamt ebenfalls tendenziell eine rückläufige Entwicklung - sank im Berichtsjahr um 2,6 % auf 576,4 Mio. kWh gegenüber noch 591,8 Mio. kWh im Jahr zuvor.

Der **Energievertrieb** konnte im Bereich der **Gasversorgung** nicht an das Absatzvolumen des letzten Jahres anknüpfen. Im Berichtsjahr war bei Remscheider Industrieunternehmen ein branchenspezifischer Minderverbrauch an Produktionsgas wegen fehlender Marktimpulse zu beobachten. Darüber hinaus mussten wir bei dieser Kundengruppe Abwanderungen zu anderen Lieferanten hinnehmen. Der Energievertrieb der EWR lieferte in eigene und fremde Netzgebiete mit 973,3 Mio. kWh rund 44,7 Mio. kWh oder 4,4 % weniger Erdgas gegenüber dem Vorjahr. Der Vertriebsabsatz der **Netzwirtschaft** legte indes leicht zu und leitete mit 1.051,6 Mio. kWh etwa 0,8 % mehr Erdgas durch das Verteilernetz der Gesellschaft.

Rechnerisch und damit allerdings auch umsatzrelevant, fällt der Trinkwasserabsatz der **Wasserversorgung** mit knapp 6,1 Mio. m³ um 5,6 % höher aus als im Jahr zuvor. Dieser augenscheinliche Anstieg ist das Resultat aus Rückrechnungen für das Geschäftsjahr 2012, da die wegen zusätzlicher Leckagen im Rohrnetz durchgeführten Korrekturen zu hoch angesetzt waren. Bereinigt um diese Sondereffekte, bestätigt sich leider in Folge sinkender Einwohnerzahlen in Remscheid der Trend rückläufiger Wassermengen. Einschließlich Rohwasser wurden im Berichtsjahr insgesamt 6,25 Mio. m³ gegenüber ca. 6,1 Mio. m³ im Vorjahr abgesetzt.

Der Wärmeabsatz in der **Wärmeversorgung** verfehlte mit gut 47,7 Mio. kWh (gegenüber 50,5 Mio. kWh in 2012) um 5,4 % die Vorjahresmarke. Wie bereits erwähnt, wurden die Mindermengen aus dem geplanten Vertragsende mit einem Großkunden zum Teil durch die Absatzzuwächse im Rahmen der Ausweitung des Geschäftsfeldes ausgeglichen.

Die nachfolgende Tabelle fasst noch einmal den **Absatz- und Umsatzbereich** der Energie- und Wasserversorgung (einschließlich Netzwirtschaft) im abgelaufenen Geschäftsjahr zusammen:

		Absatz *1)	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Erlöse *2) Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Stromversorgung	Mio. kWh	663,7	+ 3,9	92,1	+ 15,8
Gasversorgung	Mio. kWh	1.090,5	./ 1,3	46,2	./ 2,8
Wärmeversorgung	Mio. kWh	47,7	./ 5,4	4,5	./ 1,8
Wasserversorgung	Mio. m ³	6,3	+ 2,9	15,4	+ 6,0
Gesamt				158,2	+ 6,6

*1) einschl. Durchleitung Strom und Gas sowie Eigenverbrauch,

*2) ohne Nebengeschäfte und Auflösung BKZ

Die **betrieblichen Aufwendungen** der Gesellschaft - etwa 147,3 Mio. € gegenüber 136,3 Mio. € im Vorjahr - werden insbesondere durch die Material- und Personalkosten, die Abschreibungen sowie die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen geprägt.

Größte Einzelposten beim **Materialaufwand** sind die Energie- und Wasserbezugskosten sowie die Transportnetzkosten Strom und Gas mit insgesamt 104,0 Mio. € (90,7 Mio. € i. Vj.). Diese Mehraufwendungen entfielen vollständig auf zusätzliche Strombezugs- und Netzkosten. Ursächlich zeichnen hierfür einerseits gelieferte Mehrmengen in fremde Netzgebiete verantwortlich, insbesondere aber sind als Treiber für diese Mehrausgaben der bekanntermaßen erhebliche Anstieg der EEG-Umlage sowie geleistete Offshore- und § 19-Umlagen zu nennen.

Die **Personalkosten** nehmen traditionell den zweiten Platz im Aufwandsbereich der Ergebnisrechnung ein. Auf diese Kostengröße entfielen 17,3 Mio. € und damit nur etwa um 0,2 Mio. € höhere Aufwendungen als im Jahr 2012. Zum 31.12.2013 beschäftigte die EWR

273 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit ein Belegschaftsmitglied mehr als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Hingegen sank die auf kostenrelevante Vollzeitkräfte umgerechnete betriebswirtschaftliche Kennzahl von aufgerundet 253 Personen im Vorjahr auf 252 Personen zum Bilanzstichtag. Zum Jahresende befanden sich wieder 14 junge Menschen in einem Ausbildungsverhältnis. Das entspricht (bezogen auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende und in der Freizeitphase der Altersteilzeit befindliche Beschäftigte) wie im Vorjahr einer Ausbildungsquote von 5,7 %.

Die **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen verliefen planmäßig und fließen mit etwa 6,7 Mio. € (ca. 6,6 Mio. € i. Vj.) in die Ergebnisrechnung der EWR ein. Sie orientieren sich an den Nutzungsdauern der aktivierten Wirtschaftsgüter und den Neuinvestitionen der Gesellschaft.

Von den **übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen** entfällt der „Löwenanteil“ auf die an die Stadt Remscheid zu entrichtende Konzessionsabgabe (KA). Die KA - abgeleitet von den in der Netzwirtschaft durchgeleiteten Absatzmengen für Strom und Gas sowie den Wassererlösen - wurde wieder preis- und steuerrechtlich vollständig erwirtschaftet und liegt mit etwa 7,4 Mio. € auf gleichem Niveau des Vorjahreswertes.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** der EWR schließt über alle Sparten mit einem Gewinn in Höhe von 13,1 Mio. € (15,0 Mio. € i. Vj.) ab. Damit liegt das Ergebnis nochmals um ca. 0,9 Mio. € über unserem bereits „nach oben“ revidierten Planansatz. Der Vergleich zum Vorjahr ist nur eingeschränkt möglich, weil im Jahr 2012 ertragswirksame Sondereinflüsse einwirkten. Nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin Thüga AG, der hierauf abzuführenden Ertragssteuern sowie der sonstigen Steuern des Unternehmens verbleibt ein Überschuss in Höhe von ca. 10,0 Mio. € gegenüber 11,8 Mio. € zum Bilanzstichtag des Vorjahres. Dieser Gewinn wird auf der Basis des ab 2011 gültigen Ergebnisabführungsvertrages (in geänderter Fassung vom 12. November 2013) an die Muttergesellschaft Stadtwerke Remscheid GmbH abgeführt.

3. Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätslage ist jederzeit gesichert. Zum Bilanzstichtag verfügte die EWR über flüssige Mittel in Höhe von 7,5 Mio. € (7,1 Mio. i. Vj.).

Die langfristigen Darlehen von Kreditinstituten wurden planmäßig getilgt und belaufen sich auf ein Restvolumen von ca. 8,0 Mio. € (9,1 Mio. € i. Vj.). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten machen 6,2 % der Bilanzsumme aus.

Für die Investitionstätigkeit im Berichtsjahr verausgabte die Gesellschaft Finanzmittel in Höhe von 9,6 Mio. € gegenüber 8,7 Mio. € im Vorjahr. Diese Mittel wurden in immaterielle Vermögensgegenstände und Sach- sowie Finanzanlagen investiert. Gegenüber unserer revidierten Wirtschaftsplanung blieb das Investitionsvolumen über alle Sparten jedoch zurück, und zwar um knapp 1,0 Mio. €.

Von den verausgabten Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen entfielen gut 34 % auf die Stromversorgung, rund 19 % auf die Gasversorgung, ca. 13 % flossen in die Wasserversorgung und etwa 17 % wurden im Geschäftsfeld „Wärmeversorgung/Contracting“ investiert. Auf die gemeinsamen und zentralen Bereiche

entfielen ebenfalls annähernd 17 % der Finanzmittel. In Finanzanlagen - Green GECCO und Thüga Erneuerbare Energien (THEE) - wurden etwa 1,6 Mio. € investiert. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die vorhandene Liquidität zurückgegriffen werden. Der Cashflow beläuft sich - bereinigt um das abzuführende Jahresergebnis auf knapp 6,0 Mio. € (5,8 Mio. € i. Vj.).

Zum Bilanzstichtag nimmt das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft 76,3 % der Bilanzsumme gegenüber 72,5 % zum korrespondierenden Vorjahresstichtag ein.

Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage ist festzustellen, dass die Bilanzsumme um ca. 2,9 Mio. € auf etwa 131,4 Mio. € gesunken ist. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 83,8 Mio. € oder ca. 63,8 % der Bilanzsumme.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung setzen wir - getrennt nach Energie- und Wasservertrieb sowie Netzwirtschaft - spartenbezogen ein monatliches Berichtswesen ein, das im Ergebnis in gleicher Tiefe und Breite in differenzierte Erfolgsrechnungen mündet. Analysiert werden sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich - beispielsweise die Absatz- und Umsatzentwicklungen (gegliedert nach Kundengruppen, Beschaffungs- und Netzkosten), Margenentwicklungen, sonstige Betriebskosten, Investitionen sowie verschiedene Parameter rund um die Personalentwicklung. Diese Instrumentarien verschaffen uns die Möglichkeit, frühzeitig Abweichungen zu erkennen, um bei Fehlentwicklungen, die das geplante Unternehmensergebnis gefährden, Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt - somit auch unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung und Energieeffizienz - sowie unserer Arbeitnehmer. Die EWR hat das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Das Unternehmen verfügt über ein für alle Sparten gültiges und zertifiziertes Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14001 genügt. Die Zertifizierung muss alle drei Jahre erneuert werden; zuletzt geschah dies mit sehr gutem Ergebnis im November 2013. Die Maßnahmen unseres Umweltprogramms führen in Summe zu mehr als 30.000 t CO₂-Ersparnis und leisten damit einen erheblichen Beitrag zur Entlastung der Umwelt in der Region.

Arbeitsschutz ist ein stets im Fokus der Managementaufgaben stehendes Thema. Die Anzahl der Arbeitsunfälle hat sich von 13 im Vorjahr auf aktuell 5 - davon 2 meldepflichtig - deutlich reduziert. Die durch meldepflichtige Unfälle verursachten Fehltag stiegen allerdings von 91 auf 113 Tage.

III. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich in besonderer Weise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

IV. Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2013 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2014 bis 2017, erwarten wir für das Jahr 2014 ein **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** in Höhe von 11,8 Mio. €

gegenüber 13,1 Mio. € im Berichtsjahr. Für den Prognosezeitraum 2015 bis 2017 rechnen wir mit einem mittleren korrespondierenden Jahresergebnis um 11,5 Mio. €.

Mit dieser Prognose bewegen wir uns tendenziell unter der Ergebnislage des Berichtsjahres. Diese Entwicklung überrascht nicht und es bedarf dennoch großer Anstrengungen der Gesellschaft, diese Ziele zu erreichen. Verschärfter Wettbewerb auf der Vertriebsseite, Bevölkerungsrückgang in Remscheid und Energieeffizienzmaßnahmen, die ebenfalls zu Verbrauchsrückgängen bei unseren Kunden führen werden, sind als Herausforderungen anzusehen. Gestützt werden die Ergebnisziele durch die aus der ersten Regulierungsperiode stammenden und auf dem Stromregulierungskonto angesammelten Mindererlöse in der Größenordnung von 5,0 Mio. €, die in der zweiten Regulierungsperiode 2014 bis 2018 zu Gunsten der Erlösobergrenze verzinslich zu vergüten sind.

Nach Abzug der Ausgleichszahlungen an die außenstehenden Gesellschafterinnen Thüga AG und RWE Deutschland AG, der hierauf abzuführenden Ertragssteuern sowie der sonstigen Steuern des Unternehmens, erwarten wir für 2014 ein an die Stadtwerke Remscheid abzuführendes Jahresergebnis in Höhe von rund 8,0 Mio. € gegenüber 10,0 Mio. € im Berichtsjahr.

Das Investitions- und Instandhaltungsprogramm 2014 und Folgejahre wird sich in der Strom- und Gasversorgung uneingeschränkt an den finanziellen Spielräumen orientieren, die von den Regulierungsbehörden vorgegeben werden. Derzeit rechnen wir im nunmehr laufenden Geschäftsjahr mit einem Investitionsvolumen von 13,0 Mio. €, das rund 3,0 Mio. € für die Stärkung unserer bestehenden Finanzbeteiligungen im regenerativen Bereich vorsieht. Einen weiteren Schwerpunkt mit 2,0 Mio. € bildet innerhalb unseres Stromverteilnetzes die Erneuerung der über 50 Jahre alten Umspannanlage in Remscheid-Lennep. Auf dem Dach dieser Anlage werden wir auch eine Photovoltaikanlage errichten, um das Geschäftsfeld „Erneuerbare Energien“ weiter zu stärken. Im Geschäftsfeld „Wärmeversorgung/Contracting“ steht mit 1,3 Mio. € ein geplantes BHKW-Projekt in Remscheid Hasenberg im Fokus. Für den Prognosezeitraum 2015 bis 2017 haben wir Gesamtinvestitionen mit einem durchschnittlichen Jahresvolumen von knapp 10,0 Mio. € vorgesehen.

Die Liquiditätssituation der Gesellschaft ist gesichert. Zur Bewältigung des Investitionsprogramms werden wir voraussichtlich ergänzend Fremdmittel einsetzen.

Absatzwirtschaftlich müssen wir im angelaufenen neuen Geschäftsjahr zum Teil erhebliche Rückgänge konstatieren. Der IHK-Konjunkturbericht bescheinigt der regionalen Wirtschaft zum Jahresanfang 2014 insgesamt zwar eine sehr gute Verfassung, die mehr oder weniger ausgebliebene Winterperiode und die damit verbundenen milden Temperaturen hinterlassen jedoch deutliche Spuren in der Absatzentwicklung, insbesondere in der Gasversorgung. Es stimmt wenig tröstlich, dass von diesen Witterungseinflüssen mehr oder weniger die gesamte Versorgungsbranche betroffen ist.

In den ersten beiden Monaten des neuen Jahres hinken wir in der Stromversorgung beim Gesamtabsatz im eigenen Netz um mehr als 4 % hinter unserer Planungsrechnung und auch den vergleichbaren Werten des Vorjahres hinterher. Lediglich die Liefermengen an Kunden in fremden Netzgebieten erfüllen unsere Erwartung und übertreffen im Zuge akquirierter Neukunden die korrespondierenden Vorjahresmengen.

In der Gasversorgung sind die negativen Auswirkungen noch deutlicher. Während der Gesamtabsatz im eigenen Netz trotz vorsichtiger Planung hinter den für diesen Zeitraum

getroffenen Ansätzen um mehr als 9 % zurückbleibt, fallen die Minderungen mit 18 % im Ist/Ist-Vergleich noch drastischer aus. Diese Situation wird durch die Belieferung von Kunden in fremden Netzgebieten - einer erst im Aufbau befindlichen Geschäftsaktivität - nur marginal verbessert. Der Wärmeabsatz folgt in seiner Entwicklung tendenziell der Gassparte.

In der Wasserversorgung wird der Trend abnehmender Wassermengen bestätigt. Der Wasserabsatz liegt in den ersten beiden Monaten etwas unterhalb unserer Prognose und den Ist-Werten des vergangenen Jahres.

Allerdings können zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt noch keine hinreichenden Rückschlüsse auf den weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres 2014 gezogen werden.

V. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikobericht

Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht des Risikomanagements gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert. Zum Jahreswechsel 2013/2014 sind im Konzern noch sechs Risiken identifiziert - davon vier die EWR ausschließlich betreffend und ein gemeinsames mit den Stadtwerken Remscheid. Zwei dieser Risiken - Wasserpreisabsenkung und rechtsunsichere Preisanpassungsklauseln - werden in der Prioritätenklasse B, die anderen in der Prioritätsklasse C geführt, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Hierunter fallen die netzseitig erwirtschafteten und tendenziell sinkenden Netznutzungsentgelte sowie das neu aufgenommene Vertriebs- und Netzrisiko aus dem anhaltenden Bevölkerungsrückgang in Remscheid. Das noch unter der Prioritätsklasse C geführte Risiko aus Konzessionsverlust wird ausgeblendet werden können, weil die Vertragsverhandlungen mit der Stadt Remscheid zwischenzeitlich erfolgreich abgeschlossen werden konnten und die Unterzeichnung nach den entsprechenden Gremienbeschlüssen im Frühjahr 2014 vollzogen wird.

Andere Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt. Hierunter fallen u. a. auch Eventualfolgen aus der nun am 31. Juli 2013 ergangenen Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) vor dem Hintergrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu Preisanpassungsklauseln in Normsonderkundenverträgen. Diese Rückstellung haben wir aus unserer Risikoeinschätzung heraus vorsorglich aufgestockt. Darüber hinaus bestehen keine Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen können oder den Bestand der Gesellschaft gefährden.

2. Chancenbericht

Das Chancenpotential im Thüga-Netzwerk wird von der EWR beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Netz breit genutzt. Der Ausbau unserer Beteiligungen an Green GECCO und der THEE und damit im Segment der regenerativen Energieerzeugung ist im Geschäftsjahr 2013 zwar weiter fortgeschritten, allerdings hängen die Aktivitäten und Planungen dieser beiden Beteiligungsgesellschaften und damit auch unser zukünftiges

Engagement im erheblichen Maße von der Neuausrichtung und den finanziellen Rahmenbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ab. Trotz des erst für das 2. Halbjahr 2014 zu erwartenden, neuen ordnungspolitischen Handlungsrahmens erreichen die Windparkportfolien von Green GECCO der THEE mittlerweile rund 260 Megawatt.

Auch die Remscheider Bürger zeigen mittlerweile großes Interesse an regenerativ erzeugtem Strom. Das seit Frühjahr 2011 verfügbare neue Stromprodukt „EWR Natur“ (aus 100 % Wasserkraft) erfreut sich reger Nachfrage. Wurden im Jahr 2011 „nur“ 800 Haushalte hierüber versorgt, so stieg die Zahl in 2013 auf 4.500 Haushalte an. Für das Jahr 2014 haben sich bereits mehr als 6.200 Privat- und Gewerbekunden für das Ökostrom-Festpreisprodukt entschieden.

Die mit der Entwicklung der Energiewende einhergehenden Anforderungen an Netzinfrastrukturen und dem damit verbundenen Datentransport resultieren nicht allein aus der im Energiewirtschaftsgesetz bereits fixierten Einführung intelligenter Zähler. Der erklärte Wille der Bundesregierung, in Deutschland breitbandige Informationstechnologien den Bürgern und der Industrie flächendeckend zur Verfügung zu stellen, hat uns erneut veranlasst, unsere bereits vorhandenen Erfahrungen zu nutzen und unsere Chancen als Infrastrukturdienstleister im Thema Breitband weiter auszuloten. In einem Pilotprojekt haben wir im Geschäftsjahr 2013 ein Gewerbegebiet in Remscheid mit Lichtwellenleiter für eine Breitbandversorgung erschlossen und ein Remscheider Partnerunternehmen hat den Netzbetrieb übernommen. Bis zum Jahresende schlossen binnen kürzester Zeit bereits mehr als ein Drittel der dort ansässigen Kunden Verträge ab. In 2014 stehen in diesem Segment weitere Netzausbauüberlegungen an.

Nach wie vor verfolgen wir unseren eingeschlagenen Weg in Richtung eines regionalen Energieeffizienz- und Energiedienstleistungsunternehmens. Im Dezember 2013 ist das neue BHKW am Standort des Sauna- und Badeparadies H₂O in Betrieb gegangen, in dem umweltfreundlich erzeugtes Biomethan zum Einsatz kommt, das zu einem nachhaltigen CO₂-neutralen Wärme- und Stromertrag von voraussichtlich 8 bis 9 Mio. kWh jährlich führen wird. Damit verbunden wird auch unser Engagement bei der regenerativen Energieerzeugung und die Ertragskraft des Geschäftsfeldes „Wärmeversorgung/Contracting“ gestärkt.

VI. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die EWR GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Gesellschaft ist zentraler Bestandteil der konzernweit eingesetzten Finanz- und Liquiditätsplanung der Stadtwerke Remscheid.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 30. April 2014

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.2 Park Service Remscheid GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Park Service Remscheid GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2000/2004

Am 21.12.2000 wurde die Stadtwerke Remscheid Energie und Wasser GmbH, Remscheid, (kurz: „SREW“) gegründet. Die SREW hatte bis zum 06.07.2004 kein operatives Geschäft. Die SREW übernahm das Parkierungsgeschäft der Städtische Gewerbeimmobilien Remscheid GmbH. Der Gesellschaftsvertrag wurde vollständig neu gefasst. Damit wurden unter anderem die Firma geändert in Park Service Remscheid GmbH und der Gegenstand des Unternehmens neu gefasst.

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	100.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkierungsanlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Beate Wilding
York Edelhoff, Vorsitzender
Therese Jüttner, stell. Vorsitzende

Oberbürgermeisterin
Ratsmitglied
Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2011	2012	2013
Mitarbeiter/-innen	7	6	8

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Umsatzerlöse in T€ aufgeteilt auf:	2011	2012	2013
Kurzparker	575	556	635
Dauerparker	239	253	300
Dienstleistungen	90	93	88
Gesamtumsatz T€	904	902	1.023

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

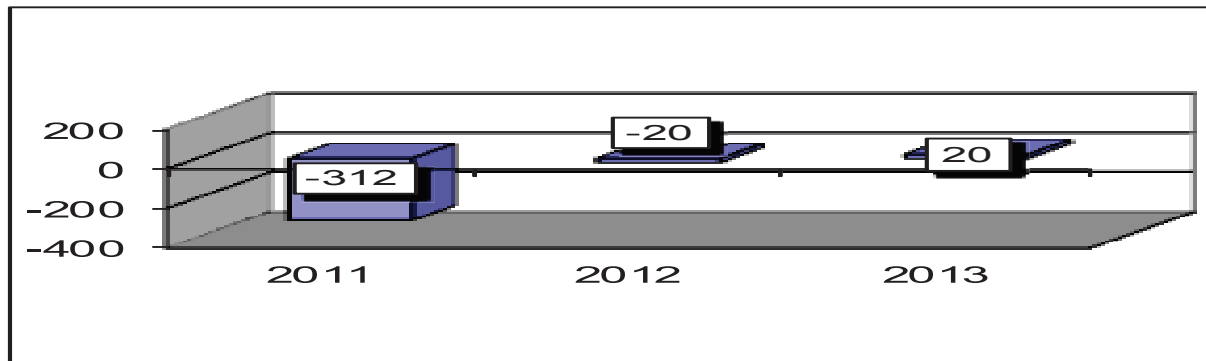
Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0,03	1	0,03	5	0,14
Sachanlagen	3.413	89,74	3.388	95,08	3.330	94,68
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	3.414	89,77	3.389	95,11	3.335	94,83
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	344	9,05	54	1,52	35	1,00
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	45	1,18	120	3,37	147	4,18
Umlaufvermögen	389	10,23	174	4,89	182	5,17
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	3.803	100,00	3.563	100,00	3.517	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	2,63	100	2,81	100	2,84
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1	-0,03	-1	-0,03	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	99	2,60	99	2,78	100	2,84
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	164	4,32	212	5,96	231	6,57
Verbindlichkeiten	3.540	93,08	3.252	91,26	3.134	89,11
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	52	1,48
Passiva	3.803	100,00	3.563	100,00	3.517	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	904	902	1.023
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	14	33	64
Erträge aus Gewinnabführung/Verlustübernahme	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	1	0	1
Erträge	919	935	1.088
Materialaufwand	160	199	218
Personalaufwand	266	232	258
Abschreibungen	385	79	86
Sonstige betriebliche Aufwendungen	295	326	391
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	102	95	86
Aufwendungen	1.208	932	1.039
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-289	3	49
Sonstige Steuern	-23	-23	-28
Gewinnabf. an Organträger/Verlustübernahme	312	20	-20
Jahresüberschuss (+)	0	0	1
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

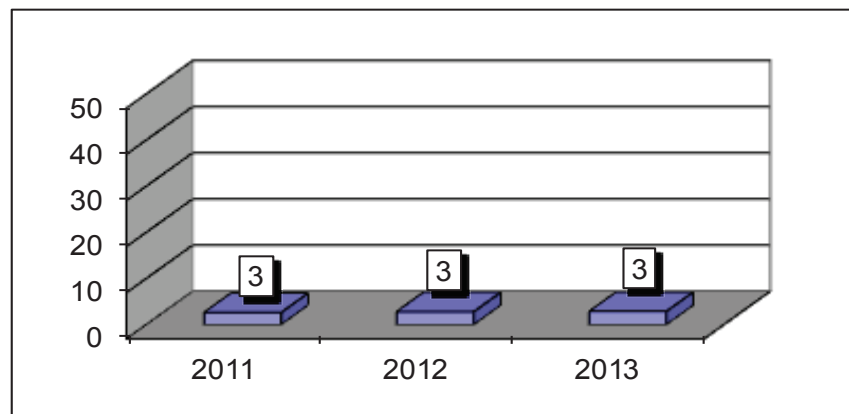
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Gewinnabführung (+) / Verlustübernahme (-)	-312	-20	20



Kennzahlen

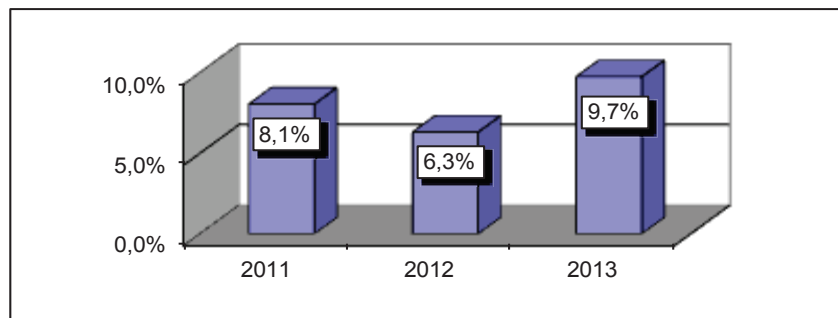
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	99	99	100
Bilanzsumme	3.803	3.563	3.517
% EK	3	3	3



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	-311	-20	20
Abschreibungen	385	79	86
	74	59	106
Gesamterträge	919	935	1.088
Cash-Flow	8,1%	6,3%	9,7%



Lagebericht der Park Service Remscheid GmbH für das Geschäftsjahr 2013

Grundlagen des Unternehmens

Die Park Service Remscheid GmbH (PSR) ist eine etablierte Gesellschaft im Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH und mit ihren Geschäftsaktivitäten führend in Remscheid. Der Gegenstand der PSR ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkieranlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in diesem Bereich. Der Gesellschaft obliegen nicht nur der Betrieb eigener und gepachteter Parkierungseinrichtungen, sondern auch die Betriebsführung sowie die Erbringung technischer/administrativer Dienstleistungen von in fremdem Eigentum stehenden Parkierungseinrichtungen. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadtwerke Remscheid GmbH.

Die Grundausrichtung des Parkierungsgeschäfts ruht nach wie vor im Wesentlichen auf zwei Säulen: Dem Bargeschäft mit Kurzparkern, das über Kassensautomaten abgewickelt wird und den Mietverhältnissen mit Dauerparkern. Die kaufmännische Betriebsführung für die PSR wird von der Schwestergesellschaft EWR GmbH (EWR) wahrgenommen.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Seit Gründung der PSR im Jahr 2004 schließt die Gesellschaft im Berichtsjahr erstmals mit einem positiven Jahresergebnis ab. Ausschlaggebend hierfür war das neue Pachtobjekt an der Daniel-Schürmann-Straße in Remscheid (Vertragsbeginn ist der 1. Januar 2013), das einen wichtigen Beitrag zur Ergebnisverbesserung leistete. Damit einhergehend erfuhr das Geschäftsfeld der Kurzzeitparker eine sichtliche Belebung. Das sich auf hohem Niveau bewegende Geschäft mit Dauerparkern verzeichnete ebenfalls eine nennenswerte Stärkung.

Die Gesamterlöse aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen durchbrachen im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem Wert von 1.023 T€ erstmals die Millionengrenze. Damit wurden die korrespondierende Vorjahresgröße im Zuge der Portfolioerweiterung und einer ab 01.09.2012 greifenden moderaten Preisanhebung und der revidierte Planungsansatz für 2013 um 1,7 % überschritten. Im Segment der Kurzzeitparker - dieses bestreitet wie im Vorjahr etwa 62 % der Gesamterlöse - stiegen die Umsätze auf rund 635 T€ gegenüber 556 T€ (+ 14,2 %) im Jahr zuvor. Bei der Kundengruppe der Dauerparker verzeichnen wir mit gut 300 T€ sogar einen Erlöszuwachs von 18,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Die mit unserer Angebotserweiterung verbundene Stärkung der Ertragslage der Gesellschaft darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die mangelnden wirtschaftlichen Impulse zur

Belegung der Remscheider Innenstadt - insbesondere im unteren Bereich der Alleestraße - nach wie vor das Kurzparkergeschäft belasten und für stagnierende Parkvorgänge sorgen. Zum 31.12.2013 stehen in den eigenen und gepachteten Parkobjekten insgesamt knapp 1.200 Stellplätze (ca. 980 im Vj.) zur Verfügung, von denen zum Bilanzstichtag gut 650 (ca. 550 im Vj.) von Dauerparkern in Anspruch genommen werden.

Das operative Jahresergebnis der Gesellschaft fällt mit knapp 22 T€ gegenüber - 20 T€ im Vorjahr erstmalig positiv aus. Auch gegenüber unserer revidierten Wirtschaftsplanung, die korrespondierend noch - 1 T€ unterstellte, fällt das Ergebnis deutlich besser aus. Die Lage des Unternehmens ist nach wie vor geprägt von unserem operativen Geschäft. Trotz infrastruktureller Probleme im direkten Umfeld zweier Parkeinrichtungen kann die wirtschaftliche Lage insgesamt als stabil mit positivem Trend bezeichnet werden.

Zwischen der Stadtwerken Remscheid GmbH (Muttergesellschaft) und der 100 %igen Tochtergesellschaft Park Service Remscheid GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV), der zum 02. Dezember 2013 angepasst wurde. Der Jahresüberschuss 2013 in Höhe von ca. 22 T€ wird mit einem Verlustvortrag aus der Gründungsphase in Höhe von ca. 1 T€ verrechnet und an die Stadtwerke Remscheid abgeführt; das Ergebnis der Gesellschaft schließt entsprechend mit Null ab.

Die Park Service Remscheid GmbH kommt nach wie vor mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand nimmt mit 258 T€ (232 T€ i. Vj.) ca. 24 % der betrieblichen Erträge in Anspruch. Zum Bilanzstichtag beschäftigt die Gesellschaft 8 (i. Vj. 6) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für die mit Gründung der PSR übernommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richtet sich die Vergütung nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Für neue Beschäftigte werden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die Gesellschaft nicht einem Arbeitgeberverband angehört. Für diesen Personenkreis werden ebenfalls Beiträge an die Zusatzversorgungskasse abgeführt. Diese gelten auch für die Altersversorgung.

Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätslage ist jederzeit gesichert. Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3,50 Mio. €. Zum Bilanzstichtag ist der Darlehensrahmen mit 1,20 Mio. € (i. Vj. 1,23 Mio. €) in Anspruch genommen. Die übrigen langfristigen Darlehen von Kreditinstituten wurden planmäßig getilgt und belaufen sich auf ein Restvolumen von ca. 1,76 Mio. € (i. Vj. 1,91 Mio. €).

Die Investitionstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr bezog sich auf die Anschaffung technischer Betriebsmittel in Höhe von ca. 33 T€. Etwa 8 T€ hiervon entfielen auf Video- und Sprechtechnik im neu gepachteten Parkhaus. Die Investitionen konnten wie im Vorjahr vollständig aus dem Cashflow in Höhe von 100 T€ (88 T€ i. Vj.) bestritten werden. Zum Bilanzstichtag nimmt das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft 94,8 % der Bilanzsumme gegenüber 95,1 % zum korrespondierenden Vorjahresstichtag ein.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist mit 100 T€ vergleichsweise gering, wobei auf den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit den Stadtwerken Remscheid hinzuweisen ist. Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme, bewegt sich mit 2,8 % in etwa auf Vorjahresniveau.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung setzen wir ein monatliches Berichtswesen ein, das objektbezogenen Erträge und Aufwendungen sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich analysiert. Zu den Berichtsparametern zählen auch die Entwicklung der Ein- und Ausfahrten sowie der Dauerparkverhältnisse je Parkobjekt. So zeigt sich die bereits angesprochene tendenziell weiter abnehmende Zahl der Ein- und Ausfahrten der Kurzparker im direkten Jahresvergleich recht deutlich: Im Jahr 2013 registrierten wir zwar mit mehr als 578.000 Vorgänge ein Plus von 5,7 %. Bereinigt um das neu unter Vertrag genommene Parkhaus Daniel-Schürmann-Straße sind es aber insgesamt nur ca. 530.000 und damit ein Minus von 3,2 % gegenüber dem Jahr zuvor.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt und unserer Arbeitnehmer. Soweit sinnvoll und angemessen, greifen wir auf die zentralen Managementsysteme der Stadtwerke Remscheid und EWR zurück. Hierzu zählen beispielsweise ein Beschwerde- wie auch ein Umweltmanagementsystem. Der hohe Umweltschutz-Standard dieser Gesellschaften, die seit vielen Jahren nach dem internationalen Standard ISO 14.001 zertifiziert sind, wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten.

Die Arbeitssicherheit nimmt in der PSR - wie in der gesamten Unternehmensgruppe der Stadtwerke Remscheid - einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr kein Arbeitsunfall.

Auch im Berichtsjahr fanden wieder zwei Mitarbeiter-Workshops statt. Im Mittelpunkt standen im Oktober die Vorbereitungen des Weihnachtsgeschäftes und die witterungsbedingten Herausforderungen des bevorstehenden Winters. Weitere Workshop-Themen waren das Angebot von zusätzlichen Stellplätzen während des Winterhalbjahres sowie die Vermarktung der freien Stellplätze im Parkhaus „Am Markt“. Grundsätzlich gilt es, Ideen und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Wohle der PSR zu fördern.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich in besonderer Weise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2013 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2014 bis 2017, erwarten wir für das Jahr 2014 ein negatives Ergebnis vor Verlustausgleich in der Größenordnung von 30 T€. Ein wesentlicher Grund liegt in einer temporären personellen Doppelbesetzung im Zuge einer Altersnachfolge. Für 2015 rechnen wir mit einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis und in den weiteren Prognosejahren wieder mit Jahresüberschüssen zwischen 10 T€ und 20 T€ p. a.. Das zum Januar 2013 angepachtete Parkhaus an der Daniel-Schürmann-Straße in Remscheid leistet dabei insgesamt einen wichtigen Beitrag zur prognostizierten Ergebnisverbesserung.

Wenngleich wir unter dem Gesichtspunkt vorsichtiger Annahmen nicht von steigenden Kurzparkereinfahrten ausgehen, sehen wir doch durch eine im August 2014 für zwei Parkobjekte vorgesehene Taktanpassung geringfügig steigende Einnahmen. Dieser Trend dürfte sich in 2015 durch die ganzjährige Wirkung fortsetzen und soll durch eine geplante

moderate Preiserhöhung zum Januar 2016 in den Kundensegmenten Kurz- und Dauerparker gestützt werden.

Fester Bestandteil unserer Aktivitäten ist die Zusammenarbeit mit dem Marketingrat der Innenstadt. Gemeinsam wird das Konzept „Parken & Sparen“ weiterentwickelt und Überlegungen zur Attraktivierung der „unteren Alleestraße“ angestellt, um bei der Kundengruppe der Kurzparker zumindest eine Stabilisierung der Nutzung unserer Parkeinrichtungen zu erreichen. Gepaart mit dem gefestigt hohen Stand der Einnahmen aus der Vermietung von Dauerparkplätzen rechnen wir für 2014 und den Prognosejahren 2015 bis 2017 mit einer insgesamt stabilen Erlössituation für die PSR, die pro Jahr jenseits der Millionen-Euro-Grenze liegen wird.

Die für den Zeitraum 2014 bis 2017 geplanten Investitionen von 40 T€ im Jahresdurchschnitt beschränken sich auf Ersatzbeschaffungsmaßnahmen. Das angesetzte Finanzvolumen wird über den jährlichen Cashflow gedeckt. Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Im Prognosezeitraum 2014 bis 2017 rechnen wir weiterhin mit einer kontinuierlichen Rückführung der Fremdverschuldung in der Größenordnung von 100 T€ p.a..

Das angelaufene neue Geschäftsjahr zeigt insgesamt durchaus positive Tendenzen hinsichtlich Frequentierung und Einnahmeentwicklung, allerdings können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres 2014 gezogen werden.

Risiko- und Chancenbericht

Die Park Service Remscheid GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen können sowie bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Eingeleitete und umgesetzte Maßnahmen, eröffnen uns die Chancen, die Parkhausfrequentierung und damit die Einnahmen der PSR zu steigern bzw. durch günstigere Kostenstrukturen die Ertragslage zu stärken. Hierzu zählen die Anpachtung und Bewirtschaftung eines Parkhauses an der Daniel-Schürmann-Straße mit einem wichtigen Ergebnisbeitrag und das Verhandlungsergebnis zur Senkung von Pachtzahlungen für ein anderes Pachtobjekt. Wertkarten-Auflade-Aktionen sind mittlerweile fester Bestandteile unserer Kundenbindungsstrategie. Sie tragen dazu bei, einen gewissen Grundstock an Einnahmen zu sichern. Darüber hinaus ist die PSR als wichtiger Partner des Einzelhandels auch regelmäßig im Marketingrat der Innenstadt präsent.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die PSR hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Gesellschaft wird in die konzernweit eingesetzte Finanz- und Liquiditätsplanung der Stadtwerke Remscheid eingebunden.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 27. Februar 2014

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.3 H₂O GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

H₂O GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2005

Gesellschafter

Stadtwerke Remscheid GmbH

Stammkapital	
in €	in %
200.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Bädern und Einrichtungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid sowie die Einbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Beate Wilding
Ilona Kunze-Sill, Vorsitzende
Dr. Heinz-Dieter Rohrweck,
stellv. Vorsitzender

Oberbürgermeisterin
Ratsmitglied
Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2011	2012	2013
Mitarbeiter/-innen	27	30	34

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2011	in %	2012	in %	2013	in %
H ₂ O - Bad	Besucher	542.902	7,4	520.179	-4,2	517.341	-0,5
	Umsatz T€	4.087	8,0	3.943	-3,5	4.171	5,8
Sportbad	Besucher	144.827	-0,7	153.285	5,8	139.532	-9,0
	Umsatz T€	113	-1,7	117	3,5	115	-1,7
	Gesamtumsatz T€	4.200	8	4.060	-3	4.286	6

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

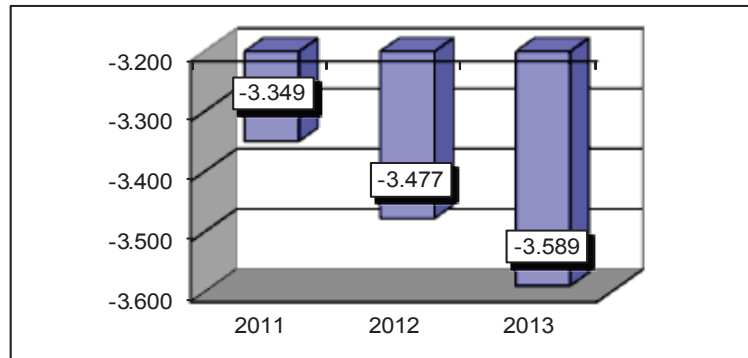
Jahr Bilanz-Position	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	11	0,04	12	0,05	10	0,04
Sachanlagen	20.087	81,68	19.687	79,48	19.034	75,68
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	20.098	81,73	19.700	79,53	19.044	75,72
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	3.505	14,25	4.144	16,73	5.745	22,84
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	989	4,02	927	3,74	363	1,44
Umlaufvermögen	4.494	18,27	5.071	20,47	6.108	24,28
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	24.592	100,00	24.771	100,00	25.152	100,00
Gezeichnetes Kapital	200	0,81	200	0,81	200	0,80
Kapitalrücklage	23.426	95,26	23.426	94,57	23.426	93,14
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	23.626	96,07	23.626	95,38	23.626	93,93
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	459	1,87	366	1,48	492	1,96
Verbindlichkeiten	507	2,06	779	3,14	1.034	4,11
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	24.592	100,00	24.771	100,00	25.152	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.256	4.112	4.358
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	194	378	260
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	12	10	4
Erträge	4.462	4.499	4.622
Materialaufwand	3.990	4.195	4.226
Personalaufwand	1.201	1.345	1.319
Abschreibungen	1.514	1.420	1.505
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.039	932	1.070
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	19	13
Aufwendungen	7.746	7.911	8.133
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.284	-3.412	-3.511
Sonstige Steuern	-65	-65	-78
Gewinnabführung/Verlustübernahme Organträger	3.349	3.477	3.589
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

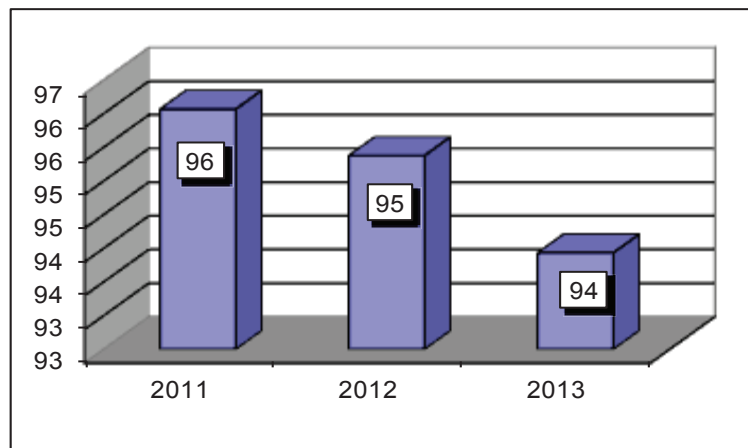
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Verlustübernahme	-3.349	-3.477	-3.589



Kennzahlen

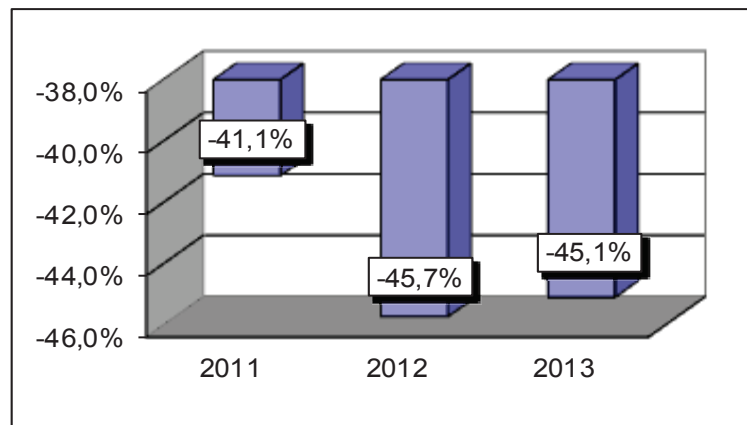
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	23.626	23.626	23.626
Bilanzsumme	24.593	24.771	25.152
% EK	96	95	94



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Verlust	-3.349	-3.477	-3.589
Abschreibungen	1.514	1.420	1.505
	-1.835	-2.057	-2.084
Gesamterträge	4.462	4.499	4.622
Cash-Flow	-41,1%	-45,7%	-45,1%



Lagebericht der H₂O GmbH für das Geschäftsjahr 2013

Grundlagen des Unternehmens

Die H₂O GmbH ist eine etablierte Gesellschaft im Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH. Nach wie vor ist der Gegenstand der Gesellschaft die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb öffentlicher Bäder und Einrichtungen, von Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid und die Erbringung von Dienstleistungen in den genannten Bereichen.

Die Service- und Dienstleistungsaktivitäten der Gesellschaft werden vor allem als Bargeschäft betrieben und fokussieren sich auf die beiden Betriebsstandorte H₂O Sauna- und Badeparadies sowie das Sportbad am Park. Die kaufmännische Betriebsführung für die Gesellschaft wird von der Schwestergesellschaft EWR GmbH (EWR) wahrgenommen.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat sich mit ihrem „Sauna- und Badeparadies H₂O“ als eine der beliebtesten Wellnessanlagen in NRW etabliert. Mit dem im Herbst des Berichtsjahres eröffneten „Garten der Sinne“ wird unsere Positionierung am Markt gestärkt. Die Auswertungen der Besucher- und Einnahmestatistiken zeigen Entwicklungen auf einem stabilen Niveau.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden in beiden Einrichtungen, dem Sportbad und dem Sauna- und Badeparadies, insgesamt rund 656.900 Gäste registriert und damit etwa 16.600 Besucher oder 2,5 % weniger als im Jahr 2012. Differenziert zeigt sich folgendes Bild: Im **Sauna- und Badeparadies** verzeichnete die Gesellschaft hiervon ca. 517.300 Besucher und damit nur 0,5 % bzw. 0,8 % weniger gegenüber dem Vorjahr und unserer Wirtschaftsplanung. Der in diesen Besucherzahlen enthaltene wirtschaftlich erfolgreiche **Saunabereich** (einschließlich Massagen) - auf ihn entfallen gut 118.400 Gäste (im Vorjahr 115.100) - wartet mit einem Zuwachs von 2,9 % auf.

Das Sportbad - im Schwerpunkt eine Einrichtung für Schulen und Vereine - besuchten etwa 139.500 Gäste und damit ca. 9 % weniger als im Jahr zuvor. Auf das Nutzungsverhalten dieser Klientel hat die Gesellschaft keinen direkten Einfluss.

Die **Gesamterlöse** beider Betriebsstätten einschließlich Pachteinnahmen aus Gastronomie, Solarien, Massagen und dem Beautybereich übertreffen mit annähernd 4,4 Mio. € um 6 % den Vorjahreswert. Mit etwa 4,2 Mio. € (ca. 4,0 Mio. € i. Vj.) werden 97 % der Gesamterlöse durch das Sauna- und Badeparadies bestritten und die herausragende Stellung bestätigt. Auf den Saunabereich entfallen davon knapp 2,2 Mio. € (ca. 2,0 Mio. € i. Vj.). Der Umsatzzuwachs ist in erster Linie auf zwei Faktoren zurückzuführen: Trotz einer insgesamt gegenüber dem Vorjahr stagnierenden Besucherentwicklung konnten wir im Saunabereich - wie berichtet - bei den Gästezahlen zulegen. Das neue Dampfbad-Ensemble „Bad der Sinne“ (das ehemalige „Alcazar“) innerhalb der Saunalandschaft, das nach einer intensiven Vorbereitungs- und Umbauzeit im November 2012 eröffnet wurde, dürfte im Berichtsjahr einen wichtigen Beitrag hierzu geleistet haben. Gestützt wurde das Umsatzplus in der Saunalandschaft durch eine im Oktober 2013 vorgenommene Preisanpassung in Höhe von durchschnittlich 3 %.

Die **betrieblichen Aufwendungen** der Gesellschaft - etwa 8,2 Mio. € gegenüber knapp 8,0 Mio. € im Vorjahr - werden insbesondere durch die Material- und Personalkosten sowie Abschreibungen geprägt. Größter Einzelposten beim **Materialaufwand** sind die Energie- und Wasserbezugskosten, die mit insgesamt 1,9 Mio. € (1,7 Mio. € i. Vj.) zu Buche schlagen.

Die H₂O GmbH kommt unverändert mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der **Personalaufwand** liegt im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 1.319 T€ (i. Vj. 1.345 T€) und beansprucht zur Deckung 28,6 % (i. Vj. 30,5 %) der betrieblichen Erträge. Zu erwähnen ist, dass die im Jahresabschluss 2010 gebildete Rückstellung für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Unterdeckung der Zusatzversorgungskasse zum aktuellen Bilanzstichtag um 70 T€ aufgestockt wurde und im Personalaufwand enthalten ist. Zum Jahresende beschäftigte die Gesellschaft 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In kostenrelevante Vollzeitkräfte umgerechnet sind das ca. 26 Personen (i. Vj. ca. 25). Für die seinerzeit von SR auf die H₂O GmbH überführten Mitarbeiter richtet sich die Vergütung weiterhin nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach dem 01.04.2005 eingestellt wurden, wurden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die Gesellschaft keinem Arbeitgeberverband angehört. Die H₂O GmbH entrichtet für alle Mitarbeiter/innen als freiwilliges Mitglied im von den Statuten geforderten Umfang regelmäßig Beiträge an die Zusatzversorgungskasse (RZVK, Köln).

Die **Abschreibungen** belaufen sich planmäßig auf etwa 1,5 Mio. € - gut 1,4 Mio. € im Vorjahr - und orientieren sich an der Nutzungsdauer des Anlagevermögens und den Neuinvestitionen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erreicht die H₂O GmbH - bezogen auf die Betrieblichen Erträge der Gesellschaft - einen Kostendeckungsgrad von ca. 56 % (im Vorjahr 55 %).

Der im Geschäftsjahr 2013 ausgewiesene **Jahresfehlbetrag** der Gesellschaft beläuft sich - vor Verlustübernahme - auf 3.589 T€ und fällt damit um 40 T€ niedriger aus, als in der Wirtschaftsplanung für das Berichtsjahr prognostiziert wurde. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnen wir einen Anstieg des Jahresfehlbetrages um 3,3 %. Die Lage der Gesellschaft ist nach wie vor geprägt von unserem operativen Geschäft. Als starke exogene Einflussfaktoren auf die Besucherströme und damit auf die Einnahmen der Gesellschaft kristallisieren sich grundsätzlich die Witterungsverhältnisse eines Jahres, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Haushalte sowie die zunehmende Konkurrenzsituation heraus. Dem gegenüber stehen Attraktivität der Einrichtungen, Kundenfreundlichkeit, Sauberkeit und ein angemessenes Preis-/Leistungsverhältnis. Das hohe Niveau unseres Leistungsangebotes gepaart mit einem

konsequenten Instandhaltungsmanagement sorgen regelmäßig für eine außerordentlich erfreuliche Kundenresonanz. Trotz der aufgabenbedingt dauerdefizitären Struktur der Gesellschaft kann die wirtschaftliche Lage insgesamt als stabil bezeichnet werden. Bis zum Ende des Planungshorizonts 2017 rechnen wir mit einem Rückgang der jährlichen Defizite.

Zwischen der Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) und der 100 %igen Tochtergesellschaft H₂O GmbH besteht ein Gewinnabführungsvertrag, der mit Wirkung zum 1. Januar 2011 angepasst und in der Folge am 02. Dezember 2013 hinsichtlich der Regelung zur Verlustübernahme geändert wurde. Der Fehlbetrag des Geschäftsjahres 2013 wird von der Stadtwerke Remscheid GmbH aufgrund dieses Vertrages ausgeglichen; das Ergebnis der Gesellschaft schließt entsprechend mit Null ab.

Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätslage ist jederzeit gesichert. Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag wie auch zum 31.12.2012 besteht keine Inanspruchnahme des Darlehensrahmens. Wie im Jahr zuvor bestehen gegenüber Kreditinstituten keine langfristigen Darlehensverbindlichkeiten.

Für die Investitionstätigkeit im Berichtsjahr verausgabte die Gesellschaft Finanzmittel in Höhe von 0,9 Mio. € gegenüber 1,0 Mio. € im Vorjahr. Als größte Einzelposten sind mit 0,2 Mio. € der „Garten der Sinne“ und mit 0,4 Mio. € die neue Wärmetechnik im H₂O Sauna- und Badeparadies zu nennen. Für die Anschaffung weiterer Investitionsgüter, z.B. Betriebs- und Geschäftsausstattungen, wurden rund 0,3 Mio. € investiert. Zur Finanzierung der Investitionen wurde auf den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie freier Finanzmittel zurückgegriffen. Der Cashflow beläuft sich auf knapp 1,6 Mio. € (1,5 Mio. € i. Vj.).

Das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft nimmt zum Bilanzstichtag ca. 76 % der Bilanzsumme ein. Das Anlagevermögen der Gesellschaft wurde 2008 im Wege der Ausgliederung nach Umwandlungsgesetz von der Muttergesellschaft Stadtwerke Remscheid auf die H₂O GmbH übertragen. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt in der Folge zum Bilanzstichtag unverändert 23,6 Mio. € oder ca. 94 % der Bilanzsumme.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung setzen wir betriebsstättenbezogen ein monatliches Berichtswesen ein, das - unterschieden nach Wasser- und Saunalandschaft, Vereins- und Schulsport - die Erträge, Aufwendungen und Investitionen sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich analysiert. Zu den Berichtsparemtern zählen in gleicher Tiefe und Breite auch die Entwicklung der Gäste- und Umsatzzahlen. Diese wiederum sind nach Nutzungsverhalten bzw. Eintrittspreiskategorien segmentiert. So verzeichnen wir beispielsweise in der Saunalandschaft mit mehr als 36.500 Tageskartennutzern im Berichtsjahr einen Zuwachs von rund 29 % gegenüber dem Vorjahr und mehr als 44 % im Vergleich zu unserer Wirtschaftsplanung.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden (durch regelmäßige Umfragen), der Umwelt und unserer Arbeitnehmer. Die in den Bädereinrichtungen eingesetzte Technik trägt dazu bei, die Ressourcen Wasser und Energie effizient einzusetzen. Soweit sinnvoll und angemessen,

greifen wir auf die zentralen Managementsysteme der Stadtwerke Remscheid und EWR zurück. Hierzu zählen beispielsweise ein Beschwerde- wie auch ein Umweltmanagementsystem. Der hohe Umweltschutz-Standard dieser Gesellschaften, die seit vielen Jahren nach dem internationalen Standard ISO 14.001 zertifiziert sind, wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten.

Die Arbeitssicherheit nimmt in der Gesellschaft - wie in der gesamten Unternehmensgruppe der Stadtwerke Remscheid - einen hohen Stellenwert ein. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ereignete sich von den insgesamt 13 im Konzern Stadtwerke Remscheid registrierten, meldepflichtigen Arbeitsunfällen einer in der H₂O GmbH.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teil, um den Wünschen und Bedürfnissen unserer Gäste gerecht zu werden. Grundsätzlich gilt es, Ideen und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Zurzeit bilden wir - wie auch im Vorjahr - zwei junge Menschen im Berufsbild „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ aus.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich in besonderer Weise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2013 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2014 bis 2017, erwarten wir für das Jahr 2014 ein negatives Ergebnis vor Verlustausgleich in der Größenordnung von 3,7 Mio. € gegenüber knapp 3,6 Mio. € im Berichtsjahr. Bei prognostiziert gleichbleibenden Besucherströmen in 2014 rechnen wir unter Ausnutzung von Preisspielräumen mit einem weiteren Erlöszuwachs auf 4,6 Mio. €. Allerdings führen größere Einzelmaßnahmen im Instandhaltungsbereich, Personalkostensteigerungen sowie höhere Abschreibungen aus der Investitionstätigkeit zu insgesamt höheren Aufwendungen.

Die von den Gästen anerkannt hohe Aufenthaltsqualität in unserem Sauna- und Badeparadies, neue Attraktionen wie der bereits angesprochene „Garten der Sinne“ sowie die Erneuerung des Gradierwerks in 2014 stimmen uns zuversichtlich, das hohe Niveau der Gästezahlen im Planungszeitraum stabil zu halten. Das Preisniveau vergleichbarer Freizeiteinrichtungen eröffnet uns gewisse Spielräume, die wir nuanciert in die weitere Erlösplanung haben einfließen lassen. Bis Ende 2017 rechnen wir mit einem Jahresumsatz von rund 5 Mio. €. Für 2015 erwarten wir einen Rückgang des Defizits auf 3,4 Mio. € und in den weiteren Prognosejahren einen weiteren Abbau auf bis zu 3,3 Mio. € p.a.

Die für 2014 geplanten Investitionen von ca. 1,1 Mio. € werden im Schwerpunkt für neue Filterkreislauftechnik und das Gradierwerk verausgabt. Für den Zeitabschnitt 2015 bis 2017 sind im Jahresdurchschnitt 0,7 Mio. € vorgesehen, die - abgesehen von der Neugestaltung des Kleinkinderbereiches - sich mehr auf pauschale Ersatzbeschaffungsmaßnahmen beschränken. Das angesetzte Finanzvolumen wird über den jährlichen Cashflow in Verbindung mit dem Verlustausgleich gedeckt. Die Liquiditätsslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert.

Das angelaufene neue Geschäftsjahr zeigt insgesamt durchaus positive Tendenzen hinsichtlich Besucherströme und Umsatzentwicklung im Ist/Ist- als auch Plan/Ist-Vergleich. Allerdings

können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres 2014 gezogen werden.

Risiko- und Chancenbericht

Die H₂O GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Für die Gesellschaft ist kein Risiko identifiziert und bewertet, das im Hinblick auf den Schaden und die Eintrittswahrscheinlichkeit im Rahmen des Risikomanagements behandelt werden müsste. Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen können sowie bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Aufenthaltsqualität in unseren Einrichtungen, Kundenorientierung und Kontinuität stehen im Fokus unseres Handelns. Die H₂O GmbH und insbesondere ihr Sauna- und Badeparadies konnten auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Marktstellung im Bergischen und weit darüber hinaus behaupten. Der in 2013 fortgesetzte „Verschönerungskurs“, die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit sowie stetige Weiterentwicklung im Event- und Dienstleistungsbereich wurden mit Besucherzahlen auf hohem Niveau honoriert. Bereits 2012 erhielt die Saunalandschaft vom Deutschen Sauna-Bund e. V. das Qualitätssiegel „SaunaPremium“. Diese höchste Auszeichnung ist vergleichbar mit der Bewertung von fünf Sternen in der Hotelbranche. Das „geschnürte Gesamtpaket“ eröffnet uns die Chance, die Position des H₂O als „die“ regionale Freizeitanlage zu festigen. Hieraus eröffnen sich Preisspielräume, die wir bereits konkret in 2014 nutzen und die zu einem moderaten Umsatzwachstum führen werden.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die H₂O GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Gesellschaft wird in die konzernweit eingesetzte Finanz- und Liquiditätsplanung der Stadtwerke Remscheid eingebunden.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 04. März 2014

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.4 BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid
Deutscher Ring 18
42327 Wuppertal
Tel. 0202 / 71990-51

Gründungsjahr: 1996

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	11.250,00	45,0
Stadtwerke Velbert GmbH	2.500,00	10,0
Wuppertaler Stadtwerke AG	11.250,00	45,0
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR), Velbert	511.291,88	26,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungs mbH, Velbert	25.564,59	50,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG, Velbert	511.291,88	50,0
DBV Deponiegesellschaft Velbert GmbH, Velbert	153.387,56	33,3
GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH, Remscheid	153.387,56	41,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft ist ein Dienstleistungsunternehmen in allen kommunalen Bereichen der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen, der Kompostierung und des Autorecyclings. Das Unternehmen kann weitere kommunale Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Gesellschaft hat sich an den Abfallwirtschaftskonzepten der beteiligten Kommunen im Tätigkeitsbereich zu orientieren.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung

Dipl.-Ing. Klaus Jürgen Reese

Aufsichtsrat

Oliver Wagner	Vorsitzender
Ralph Güther	Stellv. Vorsitzender
Wilfried Michaelis	Stellv. Vorsitzender
Frank Meyer	
Andreas Hofestädt	
Peter-Edmund Uibel	
Frank Braken	
Tanja Kreimendahl	
Klaus Gräff	
Suna Sayin	
Michael Schulte	
Burkhard Mast-Weisz	Oberbürgermeister
Markus Schlomski	
Heinz-Werner Thissen	
Dr. Thomas Hoffmann	

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen
keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2011	2012	2013
Mitarbeiter	1	1	1

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

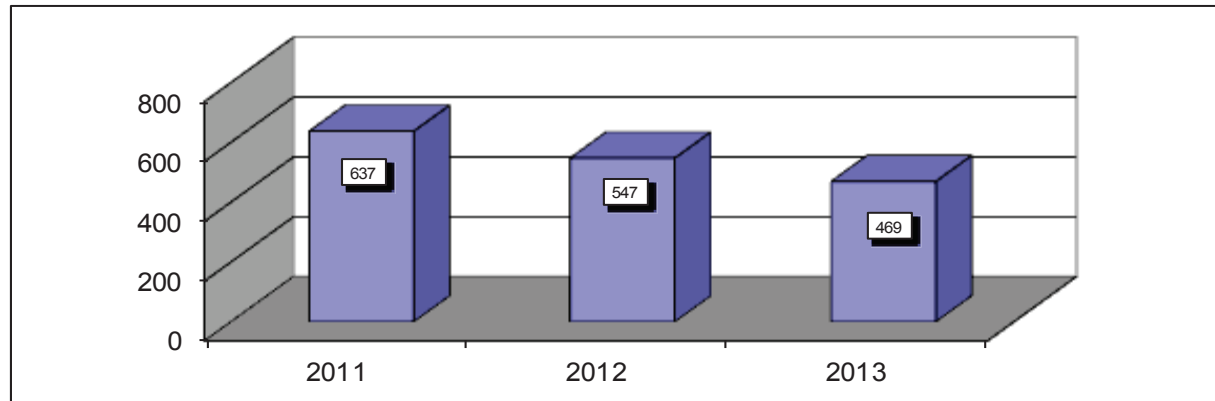
Jahr Bilanz-Position	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	2	0,08	2	0,08	2	0,08
Finanzanlagen	2.011	76,35	2.011	76,89	2.011	78,12
Anlagevermögen	2.013	76,42	2.013	76,97	2.013	78,20
Forderungen und sonst. Vermögensgegenst.	617	23,42	599	22,89	557	21,64
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4	0,15	4	0,14	4	0,17
Umlaufvermögen	621	23,58	602	23,03	561	21,80
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	2.634	100,00	2.615	100,00	2.574	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	0,95	25	0,96	25	0,97
Kapitalrücklage	3.995	151,67	1.910	73,03	1.910	74,19
Gewinnrücklage	54	2,05	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-2.276	-86,41	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	637	24,18	547	20,92	469	18,22
davon nicht gedeckt	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	2.435	92,44	2.482	94,90	2.404	93,38
Rückstellungen	73	2,77	75	2,86	40	1,55
Verbindlichkeiten	126	4,79	52	2,00	124	4,82
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	6	0,24	6	0,25
Passiva	2.634	100,00	2.615	100,00	2.574	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	412	360	364
Erträge aus Beteiligungen	615	651	559
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	1	3
Erträge	1.029	1.012	926
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	54	73	67
Abschreibungen	1	0	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	315	384	399
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8	2	0
Aufwendungen	378	459	467
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	651	553	459
Sonstige Steuern	-14	-5	11
Jahresüberschuss (+)	637	547	469
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

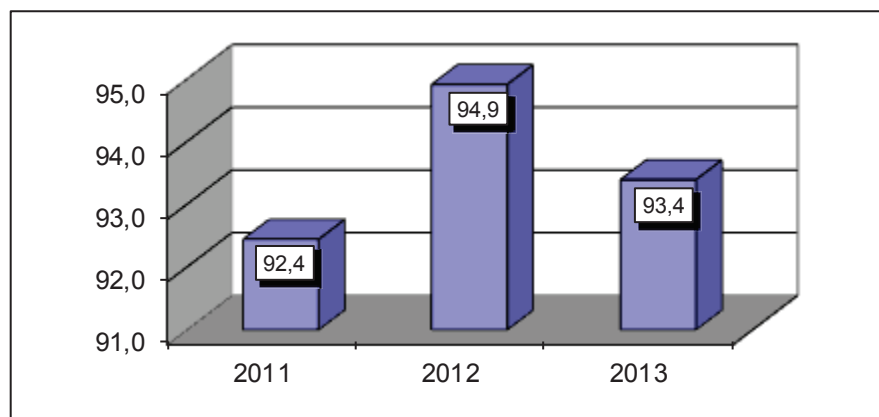
	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	637	547	469



Kennzahlen

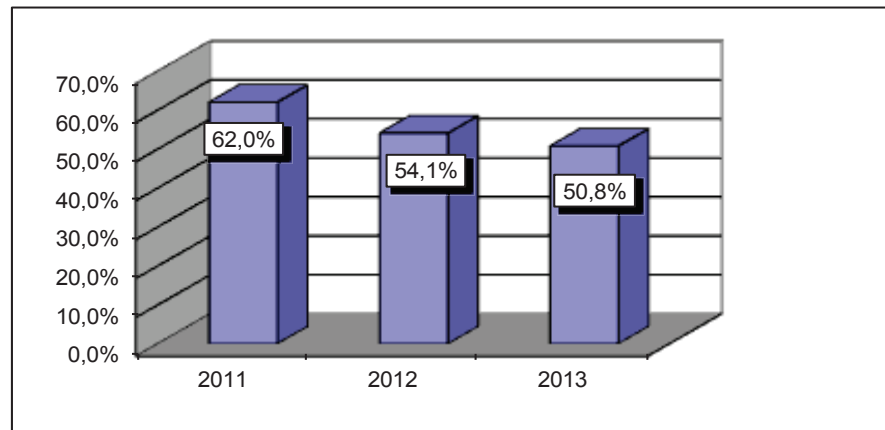
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	2.435	2.482	2.404
Bilanzsumme	2.634	2.615	2.574
% EK	92,4	94,9	93,4



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	637	547	469
Abschreibungen	1	0	1
	638	547	470
Gesamterträge	1.029	1.012	926
Cash-Flow	62,0%	54,1%	50,8%



Lagebericht 2013

1. Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die BEG hat neben der Verwaltung, der Betreuung und der Entwicklung der Beteiligungs- und Tochtergesellschaften die Aufgabe, übergeordnete Strategien der Abfallwirtschaft aufzugreifen und weiter zu entwickeln.

Dazu hat sich die BEG an folgenden Unternehmen beteiligt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH
GKR Gesellschaft für Kompostierung und Recycling in Velbert mbH
DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH
DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co.KG
DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungsgesellschaft mbH

Die Beteiligungsanteile sind im Anhang dargelegt.

Eine weitere Aufgabe der BEG liegt im Vermieten und in der Objektverwaltung der Büro- und Gewerbeflächen des Entsorgungszentrums Deutscher Ring.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr weiter verlangsamt. Laut vorläufiger Berechnungen des Statistischen Bundesamtes legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vergangenen Jahr um 0,4 Prozent zu. 2012 war die Wirtschaft noch um 0,7 Prozent gewachsen, 2011 sogar um 3,3. Die deutsche Wirtschaft wurde durch die anhaltenden Rezession in einigen europäischen Ländern und eine gebremste weltwirtschaftliche Entwicklung belastet. Die starke Binnennachfrage konnte dies nur zum Teil ausgleichen.

2.2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2013 verlief zufriedenstellend. Der Jahresüberschuss beträgt 469,2 T€. Das Planergebnis in Höhe 378,8 T€ konnte damit um 90,4 T€ übertroffen werden.

Das gute Ergebnis ist im Wesentlichen auf die Beteiligungserträge zurückzuführen.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Beträge (in T€):

Gesellschaft	Ergebnis	Ausschüttung an BEG	Planwert
DBV	1.304,5	414,0	366,3
GKE	118,5	48,6	45,1
GKR	174,8	45,4	42,4
DGV	102,6	51,3	50,0

Alle Beteiligungsergebnisse und die entsprechenden Ausschüttungen lagen somit über den Planwerten.

Die wesentlichste Verbesserung ergibt sich bei der DBV. Das Geschäftsjahr 2012 der DBV verlief äußerst zufriedenstellend. Die Annahmemengen auf der Deponie „Industriestraße“ lagen, über das gesamte Geschäftsjahr 2012 betrachtet, deutlich über den Ansätzen im Wirtschaftsplan. Des Weiteren konnten im Laufe des Jahres 2012 die Preise erhöht werden. Somit konnte das Vorjahresergebnis entgegen der Wirtschaftsplanung, die für 2012 einen signifikanten Mengen- und Ergebnismrückgang prognostiziert hatte, ungefähr wiederholt werden.

Die Vermietung der Büro- und Geschäftsräume verlief im Geschäftsjahr 2013 planmäßig.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage ist im Geschäftsjahr 2013 weitestgehend konstant geblieben. Das Eigenkapital verringert sich um 77,8, T€ aufgrund der Ausschüttung des Jahresergebnisses 2012 (- 547,0 T€) und dem Jahresergebnis 2013 (+ 469,2 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 93,4 % (Vorjahr: 94,9 %).

Zum 31.12.2013 bestanden keine Bankverbindlichkeiten. Die vorhandene Liquidität wurde als Tagesgeld innerhalb der WSW-Unternehmensgruppe angelegt (335 T€).

Das Jahresergebnis beläuft sich auf 469,2 T€ (Vorjahr 547 T€). Die Abweichung zum Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus geringeren Beteiligungserträgen (559,3 T€, Vorjahr 650,9 T€).

3. Bericht zur Einhaltung der öffentliche Zwecksetzung und Zweckerreichung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

An der BEG Entsorgungsgesellschaft mbH als ein Holdingunternehmen für kommunale Entsorgungsaufgaben sind die WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH und die Stadtwerke Remscheid GmbH mit jeweils 45 % und die Stadtwerke Velbert GmbH mit 10 % beteiligt. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft besteht in der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen und der Kompostierung. Der Gegenstand des Unternehmens ist in § 2 der Satzung geregelt.

Die Gesellschaft hat sich, um auf allen Ebenen der Entsorgung von Individual- und Industriemüll für die Bürger im Bergischen Land tätig zu sein, an Deponien, an einer

Kompostierungsgesellschaft und an einer Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen beteiligt.

Die gesamten Tätigkeiten sind bei den Aufsichtsbehörden angemeldet.

Eine wesentliche Aufgabe der BEG liegt in der Verwaltung, Betreuung und Entwicklung ihrer Beteiligungen. Ferner soll die BEG übergeordnete Strategien in der Abfallwirtschaft aufgreifen und weiterentwickeln.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres 2013 haben sich nicht ergeben.

5. Prognose-, Chancen und Risikobericht

5.1. Prognosebericht

Das Ergebnis der BEG ist insbesondere von den Beteiligungserträgen geprägt.

Die Beteiligungen der BEG erzielen auch im Geschäftsjahr 2013 wieder positive Ergebnisse. Für das Geschäftsjahr 2014 erwartet die BEG daher ein Ergebnis nach Steuern von 341 T€. Auch in den Folgejahren werden durchweg positive Ergebnisse bei den Beteiligungen geplant. Bei der BEG werden daher auch in den Folgejahren ab 2015 Jahresüberschüsse erwartet, die jedoch voraussichtlich nicht mehr das Niveau der Jahre 2010 bis 2013 erreichen werden.

Die Vermögens- und Finanzlage wird sich in den nächsten Jahren nicht wesentlich verändern. Insbesondere wird die Eigenkapitalquote auf dem derzeitigen Niveau erwartet.

Die Beteiligungen entwickeln sich wie folgt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH

Das Geschäftsjahr **2013** der GKE verlief, bis auf eine Ausnahme, planmäßig.

Ab dem 01.10. 2013 gilt eine von 180 T€ auf 125 T€ reduzierte Vertragssumme für den Betriebsführungsauftrag der APH Service.

Insofern wird das Jahresergebnis nicht das Ergebnis des Wirtschaftsplans 2013 erreichen. Die GKE erwartet ein Ergebnis von zwischen 105 und 110 T€ vor Steuern in 2013. Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein Ergebnis von 70 T€ geplant.

DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Im Geschäftsjahr 2013 liegen die Ergebnisse deutlich über den Planansätzen. In der Hochrechnung für 2013 wird ein Ergebnis von 1.185 T€ erwartet. Das weit über Plan liegende Ergebnis ergibt sich aus deutlich höheren Mengen und einem aktuell sehr hohem Preisniveau.

Die Ergebnisse in den Folgejahren werden erwartungsgemäß unter den Ergebnissen der letzten Geschäftsjahre liegen, da künftig der Deponiebetrieb auf die Deponie Plöger Steinbruch West verlagert wird. Zum einen wird hier zukünftig versucht, die Annahmengen stärker zu regulieren, so dass eine ca. 15 -16 jährige Laufzeit erreicht wird, zum anderen sind die volumenabhängigen Kosten insbesondere im Bereich der Basisabdichtung, und daraus folgend bei den Abschreibungen, deutlich höher, als es dies bei der Deponie

Industriestraße zum Schluss war.

Des Weiteren wird nicht davon ausgegangen, dass das derzeit hohe Preisniveau dauerhaft bestand hat.

Die Mittelfristplanung bis 2019 zeigt jährliche Ergebnisse von rund 600 T€.

DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG

Für das Jahr 2013 wurde unter der Annahme des geplanten Verfüllvolumens und einer normalen Kostenbelastung voraussichtlich ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 57,1 erwartet. Der Gesellschaft stehen vertraglich unabhängig von der Menge kostendeckende Nutzungsentgelte zu.

Das Jahr 2013 verlief planmäßig. Nach Stilllegung der Deponie „Industriestraße“ überlässt die DGV der DBV Deponiebetriebsgesellschaft, allein die Deponie „Plöger Steinbruch“ für Abfallmengen der Deponieklasse I zur Nutzung.

Gemäß Hochrechnung für 2013 wird ein Ergebnis für das Geschäftsjahr in Höhe des Wirtschaftsplans erwartet (57 T€, BEG-Anteil: 28,5 T€).

Die Jahresergebnisse 2013 ff. der DGV werden positiv, jedoch geringer als in den Vorjahren ausfallen. Bis 2018 werden jährliche Ergebnisse von ca. 70 T€ erwartet.

Gesellschaft für Kompostierung und Recycling in Velbert mbH (GKR)

Für das Wirtschaftsjahr 2013 wurde ein Jahresergebnis von 164 T€ nach Steuern geplant. Die Hochrechnung geht von einer Planverbesserung von 15 T€ aus.

Die Eingangsmengen liegen nach zehn Monaten geringfügig unter dem Vorjahresniveau. Durch Einsparungen im Rahmen der Personalkosten und technischen Kosten für die Arbeitsmaschinen erfolgt eine vollständige Kompensation.

Auf Basis bestehender Verträge sind die Bioabfallmengen der Stadt Velbert und der Stadt Wuppertal mittelfristig gesichert.

Laut Entwurf der mittelfristigen Planung der GKR bis 2018 werden in den Jahren 2014 bis 2018 Ergebnisse nach Steuern zwischen 163 T€ und 226 T€ erzielt.

5.2. Chancen- und Risikobericht

Die Ergebnisse der BEG werden in den Folgejahren, insbesondere aufgrund der Entwicklung der beiden Deponien, geringer ausfallen. Für 2014 wird mit einem Ergebnis von 341 T€ geplant. Die Vermögens- und Finanzlage bleibt aufgrund des hohen Eigenkapitals in 2014 weiterhin unverändert stabil.

Chancen und Risiken bestehen in der Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften. Bestandgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen.

Remscheid, 28. Februar 2014

Die Geschäftsführung

Reese

4.5 ELBA-Omnibusreisen GmbH (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

ELBA Omnibusreisen GmbH
Lierenfelder Str. 40
40231 Düsseldorf
Tel. 0211 / 5824741

Gründungsjahr: 1945

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Rheinbahn AG	62.500,00	25,0
Stadtwerke Remscheid GmbH	62.500,00	25,0
Stadtwerke Solingen GmbH	62.500,00	25,0
ELBA durch den Einzug eigener Anteile	-62.500,00	25,0
<u>Gesamt</u>	<u>187.500,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind die auftragsweise Durchführung von Linienverkehren mit Omnibussen und übrigen Verkehrsmitteln, Vermietung von Omnibussen und Personenkraftwagen, Vertretung anderer Verkehrsgesellschaften, die Durchführung und Abwicklung einschlägiger Geschäfte und deren Ausdehnung auf verwandte Gewerbe im Rahmen der kommunalrechtlichen Möglichkeiten. Darüber hinaus kann sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Dirk Bögershausen

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
	keine	keine	keine

4.6 Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH
Haberstraße 13a
42551 Velbert
Tel. 02051 / 9202 - 0

Gründungsjahr: 2002

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid (REB)	127.500,00	51,0
DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH	122.500,00	49,0
<u>Gesamt</u>	<u>250.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, der Ausbau und Rekultivierung der Deponie "Solinger Straße" sowie die Entsorgung und Verwertung von Abfällen und damit zusammenhängende Leistungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Michael Zirngiebl
Dirk Kentjens

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Herr Dipl.-Ökonom Thomas Kötting.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Weitergehende Verpflichtungen der Stadt Remscheid -insbesondere hinsichtlich der Gewinn- und Verlustverteilung- ergeben sich aus dem im Zusammenhang mit der Gründung der obigen Gesellschaft mit der DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH geschlossenen Konsortialvertrag nach § 3.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Ausgleich Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Gewinnausschüttung gesamt	30.000,00	30.000,00	13.220,53
davon an Stadt RS / REB	15.000,00	15.000,00	6.742,47

(Aufgrund der wirtschaftlichen Zuordnung zu Remscheider Entsorgungsbetrieben erfolgt die Ausschüttung an REB.)

Anzahl der Beschäftigten

Beschäftigte	2011	2012	2012
Mitarbeiter/-innen	1	1	1
Geschäftsführer	2	2	2
Gesamt	3	3	3

Am Ende des Geschäftsjahres wurden 1 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-**

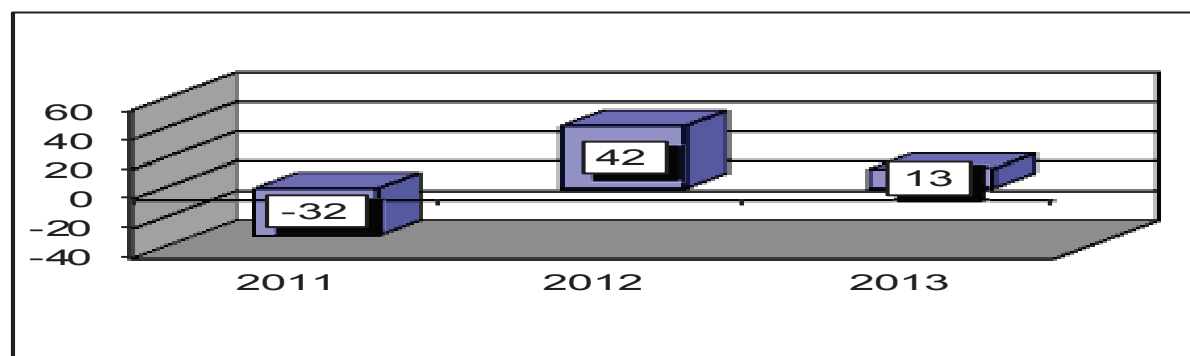
Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	1	0,01	0	0,00	1	0,01
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	1	0,01	0	0,00	1	0,01
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	215	2,49	135	1,57	141	1,66
Sonstige Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.425	97,50	8.459	98,43	8.374	98,34
Umlaufvermögen	8.640	99,99	8.594	100,00	8.515	99,99
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	8.641	100,00	8.594	100,00	8.516	100,00
Gezeichnetes Kapital	250	2,89	250	2,91	250	2,94
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	940	10,88	913	10,63	913	10,73
Bilanzgewinn / Gewinnvortrag	-32	-0,37	6	0,07	0	0,00
Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	1.158	13,40	1.170	13,61	1.163	13,66
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	7.465	86,39	7.360	85,65	7.342	86,22
Verbindlichkeiten	18	0,21	64	0,74	10	0,12
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	8.641	100,00	8.594	100,00	8.516	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung –im 3-Jahresvergleich-

Jahr	2011	2012	2013
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	152	185	137
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	4	6	23
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	128	123	120
Erträge	284	314	280
Materialaufwand	107	52	67
Personalaufwand	79	82	85
Abschreibungen	2	1	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	91	116	108
Abschreib. auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	53	0	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	332	250	260
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-48	64	20
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	16	-22	-7
Jahresüberschuss (+)	0	42	13
Jahresfehlbetrag (-)	-32	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

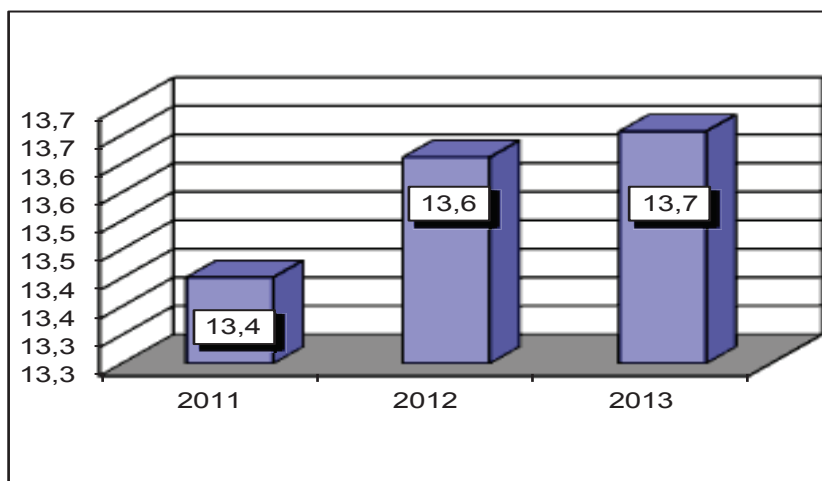
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-32	42	13



Kennzahlen

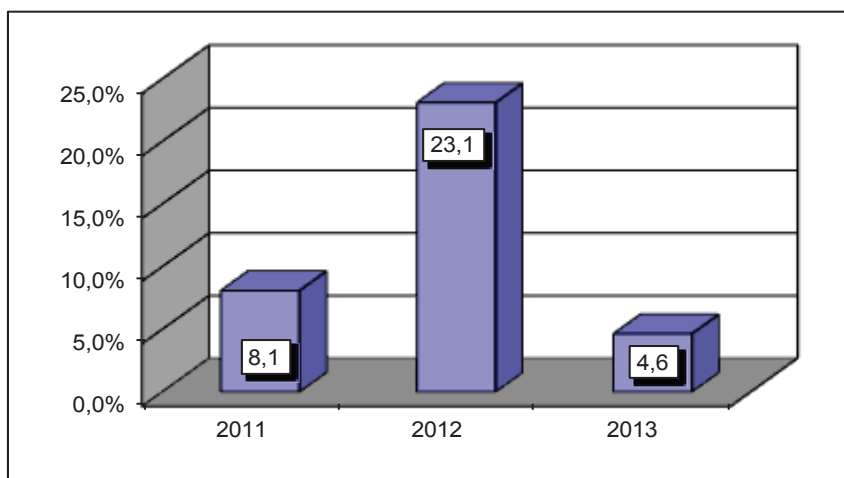
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	1.158	1.170	1.163
Bilanzsumme	8.641	8.594	8.516
% EK	13,4	13,6	13,7



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-32	42	13
Abschreibungen	55	1	0
Summe	23	42,8	13
Gesamterträge	284	185	280
Cash-Flow	8,1%	23,1%	4,6%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

1. Allgemeine Angaben

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (kurz: DBR) wurde am 09.07.2002 gegründet. Die Anteile werden zu 51 % von der Stadt Remscheid - Remscheider Entsorgungsbetriebe (kurz: REB) - und zu 49 % von der DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (kurz: DBV) gehalten.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.08.2002 übernahm die Gesellschaft von der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – alle Aufgaben zum Betrieb und weiteren Ausbau der Deponie Solinger Straße.

Hierzu wurden zwischen der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – und der Gesellschaft folgende Verträge geschlossen:

- Pachtvertrag,
- Entsorgungsvertrag,
- Kauf- und Übertragungsvertrag,
- Betriebsführungsvertrag Wertstoffhof,
- Personalüberleitungsvertrag/-überlassungsvertrag,
- Beamtenzuweisungsvertrag.

Weiterhin wurde am gleichen Tag zwischen der DBR und der DBV ein Betriebsführungsvertrag geschlossen.

Am Standort Solinger Straße betreibt die Gesellschaft zur Ablagerung mineralischer Abfallstoffe sowohl eine DK-I-Deponie wie auch eine DK-II-Deponie. Im Auftrag der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – wurde bis zum 31.12.2010 im Eingangsbereich der Deponie ein Wertstoffhof betrieben.

Das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal wurde nach Abschluss der Deponieablagerung zum 01.01.2011 weitgehend wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Ebenso wurde der Vertrag über die Betriebsführung des Wertstoffhofes zum 31.12.2010 von den Remscheider Entsorgungsbetrieben gekündigt und das für den Wertstoffhof benötigte Betriebsvermögen vertragsgemäß an die Remscheider Entsorgungsbetriebe zurück übertragen.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2013

2.1 Allgemeine Beurteilung

Nachdem die Verfüllung der Deponie mit den Ablagerungen des Jahres 2010 zur Restprofilierung weitgehend abgeschlossen werden konnte, wurden im Jahr 2013 nur noch untergeordnete Ablagerungen zur Restprofilierung der Deponie vorgenommen. Da weiterhin die Betriebsführung für den Wertstoffhof ebenfalls zum 31.12.2010 einvernehmlich beendet wurde, führte die Gesellschaft seit 2011 keine operativen Tätigkeiten durch. Wesentliche Ertragsquelle waren daher neben einigen Zwischenhandelsaktivitäten im Wesentlichen Zinseinnahmen. Hierdurch konnten die Aufwendungen der Gesellschaft abgedeckt werden.

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 13 T€ ab. Somit konnte das geplante ausgeglichene Jahresergebnis übertroffen werden.

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

2.2.1 Auftragslage

Aufgrund der abgeschlossenen Deponieverfüllung wurden im Jahr nur 1.132 Mg. Deponieersatzbaustoffe auf dem DK-I-Bereich abgelagert. Diese wurden im Wesentlichen im Randbereich der Deponie abgelagert. Hier wurde die Geländeangleichung zur Nachbarbebauung abgeschlossen.

Auf dem DK-II-Bereich wurden keine Deponieersatzbaustoffe abgelagert.

2.2.2 Erträge

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 137 T€ realisiert. Diese beruhen auf Erlösen aus Zwischenhandelsaktivitäten in Höhe von 55 T€, die im Wesentlichen im Bereich Straßenkehrriecht und Sinkkastenrückstände erzielt wurden. Mit der Annahme von Depo-niersatzbaustoffen zur Profilierung wurden 6 T€ erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse mit Ingenieur- und Beratungsleistungen betragen 76 T€.

Insgesamt sanken die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 48 T€.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge betragen 23 T€. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 17 T€.

An Zinserträgen konnten 120 T€ erwirtschaftet werden. Trotz des weiterhin niedrigen Zinsniveaus sanken die Zinserträge gegenüber dem Vorjahr nur um 3 T€.

Insgesamt konnten Erträge in einer Höhe von 280 T€ erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahr wurden somit um 34 T€ niedrigere Erträge erzielt.

2.2.3 Aufwendungen

Den genannten Erträgen in Höhe von 280 T€ stehen Aufwendungen in Höhe von 266 T€ gegenüber.

Die Materialaufwendungen betragen dabei 67 T€ (Vorjahr: 52 T€) und die Personalaufwendungen 85 T€ (Vorjahr: 82 T€).

Die Abschreibungen beliefen sich auf 53 € (Vorjahr 1 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 108 T€. Gegenüber dem Vorjahr verminderten sie sich um 8 T€.

Im Jahr 2013 mussten wie im Vorjahr keine Wertberichtigung auf Finanzanlagen vorgenommen werden.

Fremdkapitalzinsen fielen 2013 nicht an.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen 6 T€ (Vorjahr: 21 T€). Der Aufwand für sonstige Steuern betrug 242 €.

Die Aufwendungen reduzierten sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 5 T€.

2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 13 T€ ab. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis somit um 29 T€ verschlechtert. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2013 eingeplantem Jahresergebnis ergab sich allerdings eine Ergebnisverbesserung.

2.3 Investitionen

Die Baumaßnahme Vorschüttung ist im Wesentlichen fertiggestellt. In großen Teilbereichen wurde zwischenzeitlich auch die Oberflächenabdichtung fertiggestellt. Die Fertigstellung der restlichen Abdichtungsabschnitte wurde aufgrund der baulichen Zusammenhänge mit der Oberflächenabdichtung im Böschungsbereich der Deponie mit Zustimmung der Bezirksregie-

rung Düsseldorf bis 2013 verschoben. Mit dieser Maßnahme wurde im Jahr 2013 begonnen. Aufgrund einer langwierigen Abstimmung mit der Bezirksregierung zum eingesetzten Abdichtungsmaterial konnten die Abdichtungsarbeiten allerdings nicht ausgeführt werden. In 2013 wurden daher im Wesentlichen nur vorbereitende Arbeiten durchgeführt. Zwischenzeitlich wurde eine Einigung erzielt. Der Bauabschnitt wird daher im Jahr 2014 fertig gestellt werden können.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gesichert.

Die Guthaben bei Kreditinstituten betrugen zum 31.12.2013 8.374 T€. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Anlagen und Guthaben somit um 84 T€ vermindert.

Die Guthaben sind ausschließlich bei deutschen Kreditinstituten (Sparkassen oder Großbanken) angelegt.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Da mit dem Abschluss der Deponieprofilierung auch der operative Betrieb der Deponie weitgehend abgeschlossen wurde, wurde das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal weitgehend wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Nur ein Mitarbeiter verblieb zur Betreuung der Rekultivierungsarbeiten bei der Gesellschaft.

Am Ende des Geschäftsjahres wurden daher 1 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Neben dem Deponiebetrieb bestehen zusätzliche Umladetätigkeiten. Hierdurch konnten Abfälle (Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände) weiterhin im Umsatz der Gesellschaft gehalten werden.

Der Landschaftspflegerische Begleitplan einschließlich des artenschutzrechtlichen Fachbeitrags wurde im Berichtsjahr bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht. Die Genehmigung durch die Bezirksregierung steht allerdings noch aus.

3. Darstellung der Lage

3.1 Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 8.594 T€ (01.01.2013) um 78 T€ auf 8.516 T€ (31.12.21013) vermindert.

Der Anlagenbestand hat sich von 49 € auf 471 € (31.12.2013) erhöht.

Das Umlaufvermögen zum Bilanzstichtag betrug 8.516 T€ und hat sich damit im Geschäftsjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 78 T€ reduziert. Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben sich um 6 T€ erhöht. Der Kassenbestand und der Bestand an Guthaben bei Kreditinstituten wurde um 84 T€ erhöht.

Gemäß den Vorgaben des Konsortialvertrages wurde in den vergangenen Jahren zum Ausgleich möglicher Fehlbeträge eine Gewinnrücklage gebildet. Der Bestand der Gewinnrücklage zum 01.01.2013 betrug 913T€.

Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung der Vorgaben des Konsortialvertrages der teilweisen Verwendung des Jahresüberschusses (Mindestausschüttung in Höhe von 15 T€ an die Gesellschafter und Pflichtzuführung zur Gewinnrücklage) aufgestellt. Der Jahresüberschuss in Höhe von 13 T€ wird vollständig zur teilweisen Abdeckung der Mindestausschüttung benötigt. Eine Zuführung zur Gewinnrücklage findet daher nicht statt.

Der Bilanzgewinn des Jahres 2013 betrug daher nach Abzug der Mindestausschüttung 0 T€.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben hat sich das bilanzielle Eigenkapital im Vergleich der Bilanzstichtage 31.12.2012 und 31.12.2013 nur marginal verändert.

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	Stand 01.01.2013	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2013
	T€	T€	T€	T€
Stammkapital	250	0	0	250
Kapitalrücklage	0	0	0	0
Gewinnrücklage	913	0	0	913
Gewinn/Verlustvortrag	6	0	6	0
Gesamt	<u>1.170</u>	<u>0</u>	<u>6</u>	<u>1.163</u>

Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2013 beträgt somit 13,66 %. Zum 31.12.2012 betrug sie 13,61 %.

Die gebildeten Rückstellungen wurden im Jahr 2013 um 18 T€ auf insgesamt 7.343 T€ vermindert. Hiervon entfallen 7.286 T€ auf die Rückstellung zur Abdeckung der Kosten der Oberflächenabdichtung und der Rekultivierung. Der Rückstellung wurden im Wirtschaftsjahr 10 T€ für die Instandsetzung des Wasserwagens sowie für Planungsleistungen entnommen.

Im Jahr 2008 wurde der Rückstellungsbedarf für die Rekultivierung zur Berücksichtigung der Baupreissteigerung auf 7.365 T€ angepasst. Aufgrund der zu berücksichtigenden Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurde im Jahr 2013 keine Anpassung vorgenommen. Auch aus der Genehmigungslage hat sich keine Veränderung hinsichtlich der Anforderungen an die Oberflächenabdichtung ergeben. Die zum 31.12.2013 gebildete Rückstellung deckt somit die endgültigen Zahlungsverpflichtungen für die Oberflächenabdichtung und die Rekultivierung in vollem Umfang ab.

Die in den Vorjahren gebildeten sonstigen Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2013 in vollem Umfang ab. Steuerrückstellungen bestehen aus dem Vorjahr in einer Höhe von 2 T€.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2013 betragen 10 T€. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 53 T€ vermindert. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden nicht.

3.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 137 T€ (Vorjahr: 185 T€). Sonstige betriebliche Erträge konnten in Höhe von 23 T€ erzielt werden. Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen bei 120 T€.

4. Hinweise und Risiken bei der künftigen Entwicklung

Die Laufzeit der Deponie Solinger Straße war aufgrund der Vorgaben der Abfallablagerungsverordnung und der Deponiegenehmigung begrenzt. Bis zum 15.07.2009 konnten Abfälle auf der Deponie angenommen werden. Nach diesem Zeitpunkt ist nur noch eine Profilierung zur Herstellung der Endgeometrie zulässig.

Die Genehmigung für die Oberflächenabdichtung des DK-II-Bereichs wurde noch nicht beantragt. Die Planungen wurden in Absprache mit der Bezirksregierung Düsseldorf erst nach dem Inkrafttreten der Deponievereinfachungsverordnung begonnen, da sich aus dieser Verordnung neue Möglichkeiten zur Gestaltung der Oberflächenabdichtung ergeben. Für 2014 sind hierzu weitere Verhandlungen mit der Bezirksregierung vorgesehen.

Ein weiterer Profilierungsbedarf ergibt sich im Weiteren nur aus dem Ausgleich der bis zur Rekultivierung eingetretenen Deponiesetzungen. Die Höhe der Setzungen kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Allerdings sind auf dem Deponieplateau im Bereich der Zwischenlagerflächen für Rekultivierungsboden durch diese Belastung bereits Setzungen eingetreten, die vor dem Aufbringen der Oberflächenabdichtung ausgeglichen werden müssen.

Wichtig für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bis zur Umsetzung der Rekultivierung sind weiterhin die Zinseinnahmen. Diese sind allerdings aufgrund der Wirtschaftslage in der Eurozone weiterhin unbefriedigend.

Insgesamt ist für die nächsten Jahre aufgrund der Erträge aus den Guthaben bei Kreditinstituten und den Zwischenhandelsaktivitäten sowie der Kostenentwicklung der Gesellschaft ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung

Der Schwerpunkt der kommenden Jahre wird nach der Restverfüllung der Deponie auf den Rekultivierungsarbeiten liegen. Es wurde bereits mit der Beschaffung des erforderlichen Rekultivierungsbodens sowie weitere Baumaterialien vor allem für den Wegebau und die Stabilisierungsschicht begonnen. Insgesamt werden bereits ca. 95.000 Mg. Rekultivierungsboden bevorratet.

Ab dem Jahr 2014 sollen gemäß den Vorgaben der Bezirksregierung Düsseldorf die ersten Bauabschnitte der Oberflächenabdichtung begonnen werden. Hierbei werden zunächst die bislang noch nicht verwirklichten Bauabschnitte im Bereich der Vorschüttung weitergebaut.

Zur Folgenutzung der Deponieflächen wird seitens der Stadt Remscheid nunmehr die Nutzung der Deponie als Solarstandort angestrebt. Hierzu sollen im Jahr 2014 Zuschussanträge im Rahmen der Ziel-II-Förderung der EU erarbeitet werden. Nach den derzeit vorliegenden Plänen lässt sich diese Folgenutzung ohne eine Änderung der derzeitigen Abdichtungs- und Rekultivierungsplanung verwirklichen. Somit ergeben sich aus diesem Nachnutzungskonzept keine Mehrkosten für die Rekultivierung.

Remscheid, den 26.03.2014

gez.
Michael Zirngiebl
(Geschäftsführer)

gez.
Dirk Kentjens
(Geschäftsführer)

4.7 Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH
Lise-Meitner-Straße 1-13
42119 Wuppertal
Tel. 0202/ 317- 13- 134

Gründungsjahr: 2012

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH	6.250,00	25,00
Bergische Universität Wuppertal	3.125,00	12,50
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR	3.125,00	12,50
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR (Treuhandanteile)	6.375,00	25,50
Wirtschaftsförderung Solingen GmbH	1.563,00	6,25
Bergische Entwicklungsagentur GmbH	1.562,00	6,25
Verein zur Förderung der „Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz“ e.V.	2.500,00	10,00
Knipex-Werk C Gustav Putsch KG	500,00	2,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

Zum 01.01.2014 beteiligte sich die Stadt Remscheid auch unmittelbar an der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH mit einem Anteil am Stammkapital in Höhe von 1.563,00€ (entspricht einem Anteil von 6,25%).

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Etablierung der Region als Ressourceneffizienzstandort durch Schaffung einer Plattform zur Förderung von Innovationen, Wissenschafts- und Technologietransfer, Vernetzung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen und Zusammenführung der Akteure und Aktivitäten. Hierzu soll die Gesellschaft

- (a) Selbst Projekte im Bereich Ressourceneffizienz entwickeln und durchführen
- (b) Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Bereich Ressourceneffizienz unterstützen,
- (c) Fördermittel akquirieren und
- (d) Den Wissenstransfer sicherstellen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Herr Prof. Dr.-Ing. Norbert Hüttenhölcher (bis 09.07.2013)
Herr Dipl.-Ökonom Jochen Stiebel (ab 09.07.2013)

GesellschafterversammlungLenkungsausschuss**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012*	2013
Mitarbeiter	2	6

* Rumpfgeschäftsjahr 2012

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Aufgrund der Neugründung der Gesellschaft zum 22.05.2012 beziehen sich die für das Jahr 2012 abgebildeten Unternehmensdaten nicht auf ein volles Wirtschaftsjahr, sondern auf das Rumpfgeschäftsjahr 22.05.2012 – 31.12.2012.

Bilanzstruktur

Jahr	2012*		2013	
	T€	%	T€	%
Bilanz-Position				
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	8,74	25	9,54
Sachanlagen	2	1,51	5	1,94
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	16	10,25	30	11,48
Forderungen und sonst. Vermögensgegenst.	139	87,86	233	88,24
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3	1,89	1	0,28
Umlaufvermögen	142	89,75	234	88,52
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00
Aktiva	159	100,00	264	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	15,76	25	9,47
Kapitalrücklage	152	95,86	413	156,35
Gewinnrücklage	0	0,00		
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0,00	-47	
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-47	-29,67	-177	-67,16
Eigenkapital	130	81,93	213	81,93
Rückstellungen	7	4,54	20	7,43
Verbindlichkeiten	21	13,53	31	11,74
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00
Passiva	159	100,00	264	100,00

*für das Rumpfgeschäftsjahr 22.05. - 31.12.2012

Gewinn – und Verlustrechnung

Jahr	2012*	2013
GuV-Position	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	60	173
Erträge aus Beteiligungen	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Erträge	60	173
Materialaufwand	0	0
Personalaufwand	63	213
Abschreibungen	5	16
Sonstige betriebliche Aufwendungen	38	111
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	10
Aufwendungen	107	351
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-47	-177
Sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	-47	-177

*für das Rumpfgeschäftsjahr 22.05. - 31.12.2012

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013**1. Grundlage der Geschäftstätigkeit**

Die Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH (BGR) ist eine Standortinitiative der Bergischen Städtedreiecks. Die BGR tritt unter dem Markennamen "Neue Effizienz" auf. Die Städte Solingen, Remscheid und Wuppertal haben erkannt, dass innovative ressourceneffiziente Prozesse von herausragender Bedeutung für die Kosteneffizienz der Betriebe in der Region sind.

Die "Neue Effizienz" hat zum Ziel, die Ressourceneffizienz im Bergischen Städtedreieck überdurchschnittlich zu verbessern, so die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Unternehmen zu stärken. Ressourceneffizienz ist ein Standortfaktor - das gilt für das Bergische Städtedreieck in noch höherem Maße als für andere Regionen. Materialkosten machen fast die Hälfte aller Kosten vieler produzierender Betriebe aus. Ziel ist es, praktische Herausforderungen aus der Wirtschaft mit theoretischen Lösungen aus der Wissenschaft zu kombinieren. Dazu bringt die "Neue Effizienz" Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen in einem neuartigen Netzwerk zusammen. Die Wissenschaft ist dabei durch eine enge Einbindung der Bergischen Universität Wuppertal und dem weltweit renommierten Wuppertal Institut vertreten. Diese Expertise schafft einen bedeutenden Mehrwert für die Wirtschaftsunternehmen.

Die "Neue Effizienz" wird dabei durch das Umweltministerium des Landes NRW unterstützt. Die "Neue Effizienz" ist damit:

- Servicestelle für Unternehmen
- Netzwerkkordinator für das branchenübergreifende Querschnittsthema Ressourceneffizienz
- Organisator von Arbeitsgruppen, Workshops und Kongressen
- Initiator von Projekten
- Begleiter von Projektförderanträgen

- Inkubator für internationale Netzwerke zur Steigerung der Ressourceneffizienz

Mit dem Bescheid vom 13. Dezember 2012 hat das LANUV NRW der BGR aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Zeit vom 12.12.2012 bis 30.09.2015 eine Zuwendung als Höchstbetrag in Höhe von EUR 1.049.667,33 bewilligt. Der Durchführungszeitraum der Projektarbeiten begann am 01.06.2012 (vorzeitiger Maßnahmenbeginn) und endet am 31.05.2015.

Die Zuwendung wird in Form der Anteilfinanzierung in Höhe von 50 v. H. zu den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben als Zuschuss gewährt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr weiter verlangsamt. Laut vorläufiger Berechnungen des Statistischen Bundesamtes legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vergangenen Jahr um 0,4 Prozent zu. 2012 war die Wirtschaft noch um 0,7 Prozent gewachsen, 2011 sogar um 3,3. Die deutsche Wirtschaft wurde durch die anhaltenden Rezessionen in einigen europäischen Ländern und eine gebremste weltwirtschaftliche Entwicklung belastet. Die starke Binnennachfrage konnte dies nur zum Teil ausgleichen (vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 15.01.2014).

Ziel der Bundesregierung ist eine Steigerung der Energieeffizienz. Deutschland kann seine Energiekosten im Jahr 2020 um bis zu 33 Milliarden Euro senken, wenn die von der Bundesregierung beschlossenen Energieeffizienzziele umgesetzt werden.

Erhebliche Energieeffizienzpotentiale gibt es immer noch in allen Verbrauchsbereichen. Besonders viel Energie kann in Gebäuden und durch spritsparende Fahrzeuge eingespart werden. Sehr schnell rechnen sich Energieeffizienzmaßnahmen in der Industrie. Das ist das Ergebnis einer Berechnung der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena).

Der Energieverbrauch in Deutschland lag 2013 ca. 2% über dem Niveau des Vorjahres.

2.2 Geschäftsverlauf

Die BGR wurde am 23. Mai 2012 gegründet. Das Jahr 2013 als erstes vollständiges Geschäftsjahr wurde vor allem durch folgende Aufgabenstellungen geprägt:

- Der Initiierung neuer Projekte unter den Leitthemen „Effiziente Produktion“, „Bildung“ sowie „Effiziente Gebäude und Infrastruktur“, wie z.B.
 - die Reduzierung elektrischer Verluste in Produktionsabläufen,
 - den „Stromtarif Happy Power-Hour“ zur Nutzung von Strompreisveränderungen im Tagesverlauf
 - Vorbereitung des Projektes „Technologieradar“ Ökoprofit zur Ermittlung von notwendigen technologischen Entwicklungen zur Steigerung der Materialeffizienz in KMU (kleine und mittlere Unternehmen) gemeinsam mit dem Fraunhofer Institut ISI und dem Umweltcluster NRW
 - die „EffizienzHausRoute als dezentrale Ausstellung von ressourceneffizienten Gebäuden in der Region.
 - die „FertighausWelt Wuppertal“ zur intelligenten Vernetzung dezentraler Stromerzeuger und Verbraucher
 - die Erarbeitung eines kommunalen/ regionalen Konzepts zum Ausbau von KWK („KWK Modellkommune“)
 - das „Fortschrittskolleg“ zur Entwicklung und Aufbau eines interdisziplinären Promovierendenkollegs

- Die Erfüllung aller Voraussetzungen für den Fördermittelbescheid des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV NRW)
- Umfangreiche Marketingaktivitäten, z.B. Entwicklung eines vollständigen Corporate Designs, Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Öffentlichkeitsarbeit, Aufbau des Internetauftritts, Einrichtung eines monatlichen Newsletters, Öffentlichkeitsarbeit über regionale Medien, Internetmedien und Fachmedien, Teilnahmen an Messen, Ausstellungen und Durchführung eigener Workshops.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Kooperation mit der Bergischen Universität Wuppertal durch Anerkennung der BGR als An-Institut weiter vertieft.

Seit Mitte 2013 hat die BGR die organisatorische Abwicklung von ÖKOPROFIT im Bergischen Städtedreieck übernommen. ÖKOPROFIT ist als gemeinsames Projekt der Bergischen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal, der Wirtschaftsförderung, der IHK sowie der Stiftung zukunftsfähiges Wirtschaften seit vielen Jahren fester Bestandteil in der Region. ÖKOPROFIT verfolgt das Ziel, Unternehmen ökonomisch und ökologisch zu stärken. Wichtige Aufgabe der Neuen Effizienz wird es sein, die Aktivitäten der teilnehmenden Unternehmen zu begleiten und auch nach Abschluss der Zertifizierung als vertrauenswürdiger Ansprechpartner zur Seite zu stehen. Aus den Teilnehmern der aktuellen Runde haben sich schon zahlreiche weiterführende Projektansätze ergeben, u.a. auch ein Antrag zu einem ZIM Förderprojekt (ZIM: Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand).

Im Rahmen des Landesprojekts "KWK Modellkommune" wurde gemeinsam mit der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH ein Grobkonzept erarbeitet, welches im Landeswettbewerb erfolgreich war. Die Stadt Solingen hat stellvertretend für die drei Städte Wuppertal, Solingen, Remscheid auf Grundlage dieses Konzepts rund EUR 350.000 von Land NRW zur Verfügung gestellt bekommen, um dieses Konzept in einem Feinkonzept weiter entwickeln zu lassen. Dieses wird von einem externen Dienstleister erarbeitet und soll Ende März 2014 abgeschlossen sein. Das Projekt "Happy Power Hour" wurde als Projektantrag beim Umweltministerium NRW eingereicht und zum 16.12.2013 bewilligt. Damit wurden rund EUR 450.000 an Fördergeldern durch die Neue Effizienz eingeworben, die nun den 3 Konsortialpartnern für die Projektlaufzeit von 18 Monaten zur Verfügung stehen. Das Projekt stößt auf bundesweites Interesse und soll mit Forschungen der Bundesnetzagentur gekoppelt werden.

2.3 Lage der Gesellschaft

2.3.1 Ertragslage

Die BGR erzielt keine Umsatzerlöse. Die Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus Personalaufwendungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen u.a. für die kaufmännische Verwaltung, Mieten und Öffentlichkeitsarbeit. Die sonstigen Erträge zeigen die Zuschussforderungen an den Zuschussgeber.

2.3.2 Vermögenslage

Das Vermögen der BGR besteht im Wesentlichen aus Forderungen gegenüber dem Zuschussgeber (TEUR 233). Die Passivseite besteht überwiegend aus Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote beträgt 81,0% (Vorjahr 81,7%).

2.3.3 Finanzlage

Die BGR konnte im Geschäftsjahr 2013 bis zum 23. Dezember Gelder anlegen. Zum Stichtag belief sich die Tagesgeldaufnahme auf TEUR 4.

Die BGR ist eingebunden in das Konzern-Cash-Management eines Gesellschafters. Die Zinssätze für die Tagesgeldaufnahme und -anlage orientieren sich am EONIA (Euro Overnight Index Average).

3. Nachtragbericht

Die Stadt Remscheid und die Firma Exor GmbH beabsichtigen Gesellschaftsanteile zu erwerben. Die Übertragung der zur Zeit treuhänderisch von der Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR gehaltenen Anteile auf die neuen Gesellschafter ist im ersten Quartal 2014 vorgesehen. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

4. Prognose-, Chancen und Risikobericht

4.1 Prognosebericht

Die Finanzierung der BGR wird im Geschäftsjahr 2014 weiterhin zu je 50% durch die Gesellschafter und den Zuschussgeber erfolgen. Die BGR wird wie in den Vorjahren keine Umsatzerlöse erzielen.

Die Aufgaben der BGR liegen im Geschäftsjahr 2014 u.a. in der Entwicklung neuer Projektideen und Einreichung weiterer Projektanträge, in der Weiterführung der laufenden Projekte, im Ausbau des Netzwerkes und der Bekanntheit der Marke "Neue Effizienz", im Aufbau weiterer Kooperationspartnerschaften, in der Durchführung eigener Workshops und Kongresse und in der Akquirierung neuer Gesellschafter.

Im Geschäftsjahr 2014 werden Aufwendungen in Höhe von TEUR 700 geplant. Die Kostenverschiebung innerhalb der Wirtschaftsplans ergeben sich u.a. durch höhere Personal- und Marketingausgaben, bei der Durchführung eigener Projekte und verstärkter eigener Veranstaltungen.

4.2 Chancen- und Risikobericht

Ab 2015 entfällt die Förderung des Umweltministeriums, da die Fördermittelzusage der Landes NRW lediglich bis Mitte 2015 reicht. Ab diesem Zeitpunkt stehen verschiedene Möglichkeiten der Weiterführung der Gesellschaft zur Verfügung, z. B.

- Anschlussförderung durch das Umweltministerium
- Weitere Beteiligung der regionalen Wirtschaft an den Kosten der Gesellschaft
- Reduzierung der Kosten
- Erzielung eigener Erlöse

Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht gesichert, in welcher Form die Gesellschaft ab Mitte 2015 weitergeführt wird. Eine Folgeförderung kann erst frühestens ab Sommer /Herbst 2014 offiziell beantragt werden.

Risiken der BGR bestehen darin, dass die eingereichten Kosten vom Zuschussgeber nicht anerkannt werden. Diesem Risiko wird durch enge Abstimmung mit dem LANUV NRW entgegengewirkt.

Wuppertal, den 01.03.2014

Diplom-Ökonom Jochen Stiebel
- Geschäftsführung -

5.1 Remscheider Entsorgungsbetriebe (Eigenbetrieb)

(ab 01.01.2014: Technische Betriebe Remscheid)

Allgemeine Unternehmensdaten

REB Remscheider Entsorgungsbetriebe
(Umfirmierung zum 01.01.2014: TBR Technische Betriebe Remscheid)
Nordstr. 48
42853 Remscheid
Tel. 02191 / 16 - 2840

Gründungsjahr: 1996

Stammkapital: 5.000.000,00 €

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen des Eigenbetriebes

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	127.500,00	51,0

Gegenstand des Eigenbetriebes / Allgemeines

Gegenstand der Remscheider Entsorgungsbetriebe sind nach § 1 der Betriebsatzung die Bereiche

- Abwasserbeseitigung
- Abfallentsorgung
- Straßenreinigung
- Betreibung der Deponie und des Wertstoffhofes
- Wert- und Schadstoffsammlungen
- Betreuung Duales System
- Abfallberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen

Zulässig ist der Abschluss aller Geschäfte, die den Betriebszweck fördern.

Der Eigenbetrieb betreibt alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Er darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten unternehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung der vorgenannten Betriebszwecke zuzuordnen sind. Grundlage der Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes ist das vom Rat der Stadt beschlossene Abwasserbeseitigungs- und Abfallwirtschaftskonzept in der jeweils gültigen Fassung. Der Eigenbetrieb hat Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrundeliegenden Straßenausbauprogramme zu beachten.

Organe des EigenbetriebesBetriebsleitung:

Michael Zirngiebl

Betriebsausschuss:

Apmann, Volker -Vorsitzender-	Ratsmitglied
Schad, Axel -stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Kleinbongartz, Michael	Ratsmitglied
Jasper, Stephan	Ratsmitglied
Haarhaus, Peter Otto	Ratsmitglied
Dr. Rohrweck, Heinz Dieter	Ratsmitglied
Kötter, Markus	Ratsmitglied
Störmer, Bernd F.W.	Sachkundiger Bürger
Blumberg, Marcel	Arbeitnehmersvertreter
Jantke, Uwe	Arbeitnehmersvertreter
Meier, Stefan	Arbeitnehmersvertreter
Steinmeyer, Uwe	Arbeitnehmersvertreter

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Anzahl der Beschäftigten**

Beschäftigte (zum 31.12.)	2011	2012	2013
Lohnempfänger/Lohnempfängerinnen	133	130	131
Angestellte	55	55	57
Beamte/Beamtinnen	6	6	6
Gesamt	194	191	194

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

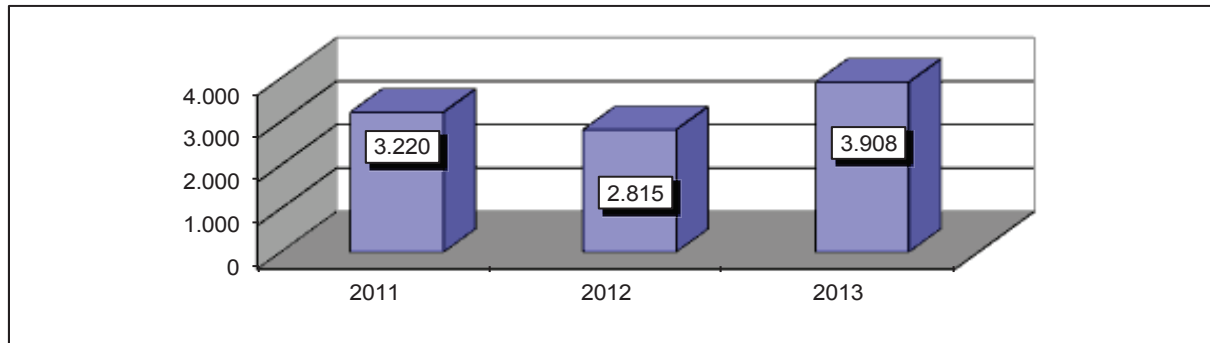
Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	542	0,20	506	0,19	409	0,15
Sachanlagen	256.612	94,87	255.029	93,96	252.248	95,44
Finanzanlagen	129	0,05	129	0,05	129	0,05
Anlagevermögen	257.283	95,12	255.663	94,19	252.786	95,64
Vorräte	227	0,08	244	0,09	251	0,09
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.981	3,69	9.954	3,67	9.109	3,45
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.953	1,09	5.531	2,04	2.081	0,79
Umlaufvermögen	13.161	4,87	15.729	5,79	11.440	4,33
Rechnungsabgrenzungsposten	31	0,01	32	0,01	81	0,03
Aktiva	270.475	100,00	271.424	100,00	264.307	100,00
Stammkapital	5.000	1,85	5.000	1,84	5.000	1,89
Allgemeine Rücklage	66.563	24,61	66.637	24,55	66.138	25,02
Zweckgebundene Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlustvortrag, Gewinnvortrag	5.708	2,11	8.928	3,29	11.743	4,44
Jahresüberschuss(+)	3.220	1,19	2.815	1,04	3.908	1,48
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	80.491	29,76	83.380	30,72	86.789	32,84
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	22.578	8,35	22.783	8,39	22.570	8,54
Empfangene Ertragszuschüsse	2.498	0,92	2.630	0,97	2.719	1,03
Rückstellungen	8.557	3,16	4.008	1,48	4.362	1,65
Verbindlichkeiten	156.351	57,81	158.623	58,44	147.867	55,95
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	1	0,00
Passiva	270.475	100,00	271.424	100,00	264.307	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	42.204	43.718	44.788
Andere aktivierte Eigenleistungen	744	732	754
Sonstige betriebliche Erträge	2.388	1.041	1.199
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	319	110	60
Erträge aus Beteiligungen	0	16	6
Erträge	45.655	45.616	46.807
Materialaufwand	16.527	16.754	17.443
Personalaufwand	9.125	9.756	10.032
Abschreibungen	7.651	7.728	7.781
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.142	2.844	2.667
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.943	5.676	4.891
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Aufwendungen	42.388	42.758	42.813
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.267	2.859	3.994
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	-47	-44	-86
Jahresverlust	0	0	0
Jahresgewinn	3.220	2.815	3.908
Zuführung(-) / Auflösung (+) d. zweckgeb. Rücklage	0	0	0
Verlust	0	0	0
Gewinn	3.220	2.815	3.908

Entwicklung der Jahresergebnisse

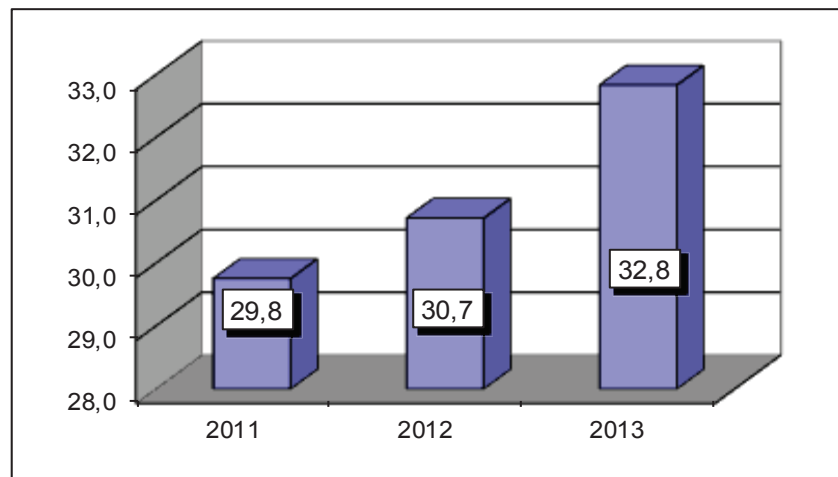
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	3.220	2.815	3.908



Kennzahlen

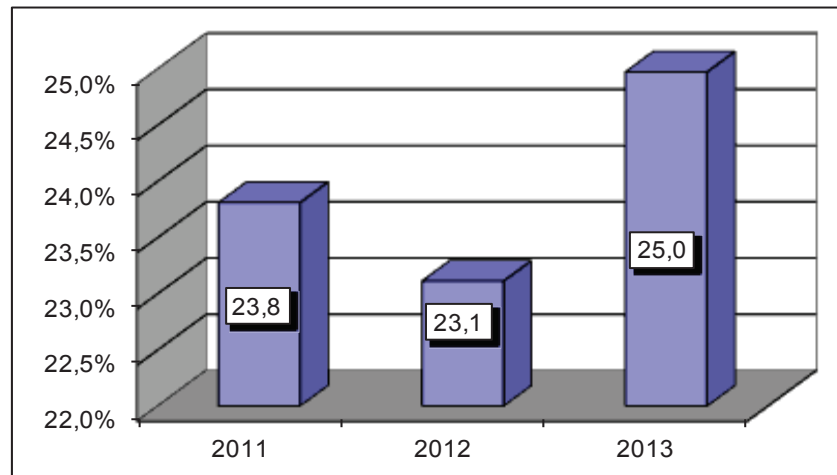
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	80.491	83.380	86.789
Bilanzsumme	270.475	271.424	264.307
% EK	29,8	30,7	32,8



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	3.220	2.815	3.908
Abschreibungen	7.651	7.728	7.781
Summe	10.871	10.543	11.689
Gesamterträge	45.655	45.616	46.807
Cash-Flow	23,8%	23,1%	25,0%



Lagebericht der Remscheider Entsorgungsbetriebe für das Geschäftsjahr 2013

1. Allgemeines

1.1 Gründung des Eigenbetriebs

Mit Drucksache Nr. 60/197 hat der Rat der Stadt Remscheid am 10. Juli 1995 beschlossen, die Umwandlung der Regiebetriebe mit den Gebührenhaushalten Stadtentwässerung, Abfall, Straßenreinigung, Deponie und deren gemeinsame Bereiche in einen Eigenbetrieb zum 1. Januar 1996 vorzubereiten. Grundlage der Entscheidung war ein Gutachten, das vor allem die im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Remscheid optimale Organisations- und Rechtsform untersuchte. Dies vorausgeschickt, hat der Rat der Stadt die Gründung des Eigenbetriebes mit der Bezeichnung

Remscheider Entsorgungsbetriebe

sowie die Betriebssatzung entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW) am 11. Dezember 1995 zum 1. Januar 1996 beschlossen.

1.2 Gegenstand und Organisation des Eigenbetriebs

Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Betreibung der Deponie, des Wertstoffhofes, Organisation und Durchführung der Wert- und Schadstoffsammlung, Betreuung Duales System, Abfallberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen sowie der Abschluss aller den Betriebszweck fördernden Geschäfte.

Der Eigenbetrieb betreibt alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Er darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten übernehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung des Betriebszwecks Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Deponierung oder Wertstoffhof zuzuordnen sind.

Das vom Rat der Stadt beschlossene Abwasserbeseitigungs- und Abfallwirtschaftskonzept in ihrer jeweils gültigen Fassung sind Grundlage für die Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes einschl. verpflichtender Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrundeliegenden Straßenausbauprogramme.

Die Remscheider Entsorgungsbetriebe bestehen aus drei Geschäftsbereichen sowie einer Betriebsleitungsebene. Die Bezeichnungen lauten wie folgt:

- 1 Geschäftsbereich Entwässerung
 - Planung/Entwurf/Grundstücksentwässerung -
 - Neubau -
 - Betrieb und Unterhaltung -

- 2 Geschäftsbereich Abfallwirtschaft/Fuhrpark
 - Abfall/Straßenreinigung -
 - Fuhrpark/Technik -
 - Deponie und Wertstoffhof -

- 3 Kaufmännischer Geschäftsbereich
 - Finanzbuchhaltung -
 - Controlling/Verwaltung -
 - Grundabgabenveranlagung/Debitorenbuchhaltung -

Als neue Aufgabe wurde im Jahr 2012 die Durchführung der Veranlagung und Verbuchung der Grundabgabenforderungen der Stadt Remscheid auf die Remscheider Entsorgungsbetriebe übertragen. Die Aufgaben werden im kaufmännischen Geschäftsbereich durchgeführt.

Aus wirtschaftlichen Gründen ist darüber hinaus in bestimmten Bereichen eine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung durchaus sinnvoll und geboten. So wird der Büro- und Geschäftsdienst von der Stadtverwaltung bezogen, damit die Doppelverwaltung der typischen Zentralaufgaben vermieden wird. Hierzu gehören u. a. die Personalverwaltung, Darlehensverwaltung, Rechtsberatung sowie Service-Leistungen der Gebäudeverwaltung, Nachrichtentechnik etc. Andererseits wurden Verantwortungsbereiche ohne den Verlust von Synergieeffekten dezentralisiert und das Personal auf den Eigenbetrieb übertragen, um durch eine kurzfristige Entscheidungsfindung schneller, besser und flexibler reagieren zu können.

Entsprechend dem § 3 Absatz 2 der Betriebssatzung und der jeweils anzuwendenden Gemeindeordnung und Eigenbetriebsverordnung werden die Remscheider Entsorgungsbetriebe von der Betriebsleitung selbständig geleitet; sie ist auch für die wirtschaftliche Betriebsführung verantwortlich.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2013

2.1 Allgemeine Beurteilung

Die bereits in den Jahresabschlüssen der vergangenen Wirtschaftsjahre erkennbare wirtschaftliche Stabilisierung und Verbesserung der Betriebsergebnisse des gewöhnlichen Geschäftsverlaufes hat sich im Wirtschaftsjahr 2013 fortgesetzt.

Das Wirtschaftsjahr konnte mit einem Gewinn in Höhe von 3.908,4 T€ (Vorjahr: 2.814,6 T€) abgeschlossen werden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis somit um 1.093,8 T€ verbessert.

Ergebnisbelastungen ergaben sich aus Anlagenabgängen vor allem im Bereich der Entwässerung. Das Jahresergebnis wurde im Wirtschaftsjahr 2013 durch Anlagenabgänge in Höhe von 770,2 T€ belastet. Allerdings fielen diese damit gegenüber der Planung um 229,8 T€ geringer aus.

Eine weitere Belastung ergab sich aus dem Wertanpassungsbedarf des Forderungsbestands. Das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2013 wird aus der Zuführung zu Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Abgängen aus dem Umlaufvermögen in einer Größenordnung von insgesamt 148,2 T€ belastet.

Durch den langen und kostenintensiven Winter im ersten Halbjahr 2013 fielen deutlich höhere Winterdienstaufwendungen an. Die Mehrkosten konnten durch den milden Winter im zweiten Halbjahr nicht ausgeglichen werden. Für Streumaterial und Winterdienstleistungen der Stadt Remscheid fielen Mehraufwendungen gegenüber den Planansätzen in Höhe von 341,9 T€ an.

Aufgrund der notwendigen ADV-Anpassungen zur Vorbereitung der Betriebserweiterung der Remscheider Entsorgungsbetriebe zum 01.01.2014 waren gegenüber der Planung um 111,5 T€ höhere ADV-Aufwendungen notwendig.

Der Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (ohne Anlagenabgänge und Wertberichtigungen) stiegen gegenüber der Wirtschaftsplanung insgesamt um 652,6 T€.

Diese Belastungen konnten durch gegenläufige positive Effekte vollständig ausgeglichen werden.

Die Umsatzerlöse außerhalb der Gebührenerlöse stiegen gegenüber den Planansätzen um 335,8 T€. Dies liegt vor allem an den höheren Winterdienstlerlösen, die mit der Stadt Remscheid abgerechnet wurden, und an höheren Erlösen auf dem Wertstoffhof.

Die aktivierten Eigenleistungen stiegen gegenüber den Planwerten um 104,3 T€.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen konnten Mehrerträge in Höhe von insgesamt 473,6 T€ erwirtschaftet werden. Dies ist zu einem großen Anteil auf Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie Pauschal- und Einzelwertberichtigungen zurückzuführen.

Die Abschreibungen fielen gegenüber den Planansätzen um 393,2 T€ geringer aus.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid (DBR) konnte im Jahr 2013 ein positives Ergebnis in Höhe von 13,2 T€ erwirtschaften. Die Ausschüttung der DBR führte zu einem Beteiligungsertrag in Höhe von 5,7 T€.

Da die Darlehnszinsen gegenüber der Planung deutlich gesenkt werden konnten, ergab sich trotz der geringen Zinserträge ein gegenüber der Wirtschaftsplanung um 589,5 T€ verbessertes Finanzergebnis (einschl. der Beteiligungserlöse).

Die gute Entwicklung des Wirtschaftsjahres führte dazu, dass die Gebührenabrechnungen der

Bereiche Entwässerung und Biotonne jeweils mit einer ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckung in Höhe von insgesamt 541,6 T€ abschließen. Diese Überdeckungen führen aufgrund der gebührenrechtlichen Vorgaben des Kommunalabgabengesetzes (KAG) nicht zu einer Verbesserung des handelsrechtlichen Ergebnisses. Gleichwohl tragen sie zu einer Stabilisierung der Gebührenentwicklung der kommenden Jahre bei. Seit dem Jahr 2012 werden diese ungewollten Überdeckungen als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Insgesamt fällt das Jahresergebnis gegenüber dem geplanten Jahresergebnis um 770,4 T€ besser aus.

2.2 Aufwands- und Ertragslage sowie Auftragsentwicklung

2.2.1 Auftragslage

Die in der Betriebssatzung festgelegten Aufgaben sind im Geschäftsjahr 2013 erfüllt worden. Für die Gebührenbereiche wurden die Leistungen entsprechend der jeweiligen Satzung erbracht. Die vom Rat der Stadt im Rahmen von Zielvereinbarungen vorgegebene Gebührenentwicklung konnte hierbei eingehalten werden. In den Bereichen, in denen die Stadtverwaltung mit deren Fachbereichen als Auftraggeberin aufgetreten ist, wurde leistungsspezifisch auf der Basis der Verrechnungssätze und gültigen Materialpreise abgerechnet. Soweit Arbeiten oder Dienstleistungen für Dritte erbracht wurden, erfolgte ebenfalls eine leistungsorientierte Rechnungslegung. Hierbei verliefen die Dienstleistungen für Dritte vor allem im Bereich Straßenreinigung und Stadtentwässerung weiterhin stabil.

2.2.2 Erträge

Die Umsatzerlöse betragen 44.787,7 T€ (Vorjahr: 43.717,8 T€) und setzten sich wie folgt zusammen:

	T€	(Vorjahr T€)
Werkstatt	374,0	(344,4)
Abwasserbeseitigung	28.775,6	(28.645,2)
Abfallbeseitigung	11.420,6	(11.457,3)
Straßenreinigung	4.217,5	(3.270,9)
	<u>44.787,7</u>	<u>(43.717,8)</u>

An Eigenleistungen (Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die überwiegend im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 754,3 T€ (Vorjahr: 732,4 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z. B. Miet- und Pächterträge, Erträge aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderpostens Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen sowie übrige Erträge) konnten in Höhe von 1.199,1 T€ (Vorjahr: 1.041,0 T€) erzielt werden.

Die Deponiebetriebsgesellschaft mbH (DBR) hat im Jahr 2013 ein positives Geschäftsergebnis erzielt. Daher konnte im Jahr 2013 ein Ertrag aus der Beteiligung in Höhe von 5,7 T€ (Vorjahr: 15,5 T€) erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen trotz des weiterhin niedrigen Zinsniveaus bei 60,2 T€ (Vorjahr: 109,7 T€).

2.2.3 Aufwendungen

Den vorgenannten Erträgen in Höhe von 46.807,0 T€ (Vorjahr: 45.616,4 T€) stehen Aufwendungen in Höhe von 42.898,5 T€ (Vorjahr: 42.801,8 T€) gegenüber. Im Jahr 2013 fiel kein außerordentliches Ergebnis an (Vorjahr: 0,0 T€).

Wesentliche Aufwandsarten stellten die Materialaufwendungen mit insgesamt 17.443,0 T€ (Vorjahr: 16.753,6 T€) und die Personalaufwendungen mit insgesamt 10.031,6 T€ (Vorjahr: 9.755,8 T€) dar. Der Anstieg der Personalkosten resultiert aus dem Tarifabschluss des Jahres.

Hiervon betrug der Materialaufwand bei der Abwasserbeseitigung 9.211,6 T€ (Vorjahr: 9.145,4 T€) und 6.030,6 T€ (Vorjahr: 5.890,6 T€) bei der Abfallbeseitigung. Bei der Straßenreinigung betrug dieser 1.190,3 T€ (Vorjahr: 727,8 T€) und bei den gemeinsamen Bereichen (Verwaltung und Werkstatt) 1.010,5 T€ (Vorjahr: 989,8 T€).

Von den Personalaufwendungen entfielen auf die Abwasserbeseitigung 3.567,8 T€ (Vorjahr: 3.576,8 T€), die Abfallbeseitigung 3.265,3 T€ (Vorjahr: 3.219,3 T€) sowie 1.585,0 T€ (Vorjahr: 1.416,2 T€) auf die Sparte Straßenreinigung. Weiterhin entfielen auf die gemeinsamen Bereiche (Verwaltung und Werkstatt) 1.613,5 T€ (Vorjahr: 1.543,5 T€).

Die bilanziellen Abschreibungen beliefen sich auf 7.780,9 T€ (Vorjahr: 7.728,3 T€) und die Fremdkapitalzinsen auf 4.890,5 T€ (Vorjahr: 5.676,0 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 2.666,7 T€ (Vorjahr: 2.843,9 T€).

Innerbetrieblich wurden in der Summe 2.452,2 T€ (Vorjahr: 2.435,5 T€) verrechnet, die per Saldo die Sparten wie folgt be- bzw. entlastet (- bzw. +) haben: Verwaltung (+546,9 T€; Vorjahr: +532,4 T€), Werkstatt (+1.156,2 T€; Vorjahr: +1.139,2 T€), Abwasserbeseitigung (-434,0 T€; Vorjahr: -448,7 T€), Abfallentsorgung (-657,6 T€; Vorjahr: -763,9 T€) und Straßenreinigung (-611,5 T€; Vorjahr: -459,0 T€).

Die Aufwendungen für Steuern betragen insgesamt 85,9 T€ (Vorjahr: 44,1 T€). Hiervon entfielen auf die Steuern vom Einkommen und Ertrag 54,7 T€ (Vorjahr: 14,7 T€).

2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt ab mit einem Jahresgewinn von 3.908,4 T€ (Vorjahr: 2.814,6 T€).

Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2013 eingeplanten Jahresgewinn in Höhe von 3.138,0 T€ wurde das Wirtschaftsjahr somit um 770,4 T€ besser abgeschlossen.

Für die einzelnen Leistungssparten stellt sich das Ergebnis wie folgt dar:

Der Geschäftsbereich Entwässerung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.771,4 T€ (Vorjahr: 2.805,8 T€) ab.

Der Geschäftsbereich Abfallwirtschaft schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 19,7 T€ (Vorjahr: 71,1 T€) ab.

Der Geschäftsbereich Straßenreinigung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 117,3 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag -62,2 T€) ab.

Die dargestellten Ergebnisse der Betriebszweige berücksichtigen die ihnen anteilig zugeordneten Aufwendungen und Erträge der Bereiche Verwaltung und Werkstatt.

2.3 Investitionen

Die Gesamtsumme der Investitionen im Anlagebereich betrug in 2013 6.292,9 T€ (Vorjahr: 7.211,9 T€). Davon wurden 36,6 T€ (Vorjahr: 93,8 T€) für immaterielle Vermögensgegenstände, 69,4 T€ (Vorjahr: 28,4 T€) für Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit und ohne Bauten aufgewendet, für die Anlagen der Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung und Deponie 3.915,8 T€ (Vorjahr: 6.740,4 T€), für Maschinen und maschinelle Anlagen 81,4 T€ (Vorjahr: 34,1 T€), für Fahrzeuge 454,6 T€ (Vorjahr: 549,1 T€), Betriebs- und Geschäftsausstattung 278,7 T€ (Vorjahr: 187,7 T€). Der Bestand an geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau wurde aufgrund Zugänge und der vorgenommenen Aktivierungen um 1.456,4 T€ (Vorjahr: -421,6 T€) erhöht.

Für das Jahr 2014 sind Investitionen in Höhe von EUR 12,6 Mio. geplant, die überwiegend auf Anlagen im Geschäftsbereich Abwasserbeseitigung entfallen.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zur Finanzierung der getätigten Investitionen mussten neben der Bereitstellung eigener Mittel keine langfristigen Kreditaufnahmen getätigt werden. Weiterhin wurde keine Erhöhung der Kassenkredite bei der Stadt Remscheid zur Sicherstellung der Liquidität vorgenommen. Investitions- und Ertragszuschüsse für Abwasseranlagen standen in Höhe von 413,3 T€ (Vorjahr: 877,6 T€) zur Verfügung. Die planmäßige Darlehenstilgung betrug 5.408,0 T€ (Vorjahr: 5.212,9 T€).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben sich von 158.622,9 T€ - Stand 01.01.2013 - um -10.756,3 T€ auf 147.866,6 T€ - Stand 31.12.2013 - vermindert. Davon entfielen auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten am 31.12.2013 129.536,8 T€ (Vorjahr: 138.727,7 T€). Auf Verbindlichkeiten aus Anzahlungen entfielen 5.332,5 T€ (Vorjahr 5.371,8 T€). Auf die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entfallen 2.438,6 T€ (Vorjahr: 2.208,8 T€). Darüber hinaus resultieren aus Verpflichtungen gegenüber der Stadt 6.952,9 T€ (Vorjahr: 7.300,0 T€). Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von 10,7 T€ (Vorjahr: 7,5 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 3.595,1 T€ (Vorjahr: 5.007,2 T€). Hiervon entfallen 3.117,8 T€ (Vorjahr: 4.531,4 T€) auf Verbindlichkeiten aus ungewollten Gebührenüberdeckungen.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Zum Beginn des Geschäftsjahres waren 185 Mitarbeiter (ohne Beamte) beschäftigt. Der Personalbestand hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand	Zugang/	Stand	Zugang/	Stand	Zugang/	Stand	Zugang/	Stand
	01.01.13	Abgang	31.03.13	Abgang	30.06.13	Abgang	30.09.13	Abgang	31.12.13
Lohnemp- fänger	130	0	130	0	130	1	131	0	131
Angestellte	55	-1	54	2	56	-2	54	3	57
Beamte	6	0	6	0	6	0	6	0	6
Gesamt	191	-1	190	2	192	-1	191	3	194

Die Personalkosten im Geschäftsjahr 2013 setzten sich wie folgt zusammen:

	T€	(Vorjahr T€)
Löhne	4.949,2	(4.625,5)
Gehälter	2.551,3	(2.528,9)
Beamtenbezüge	382,2	(352,8)
Veränderung RST Überstunden	-41,8	(43,6)
Veränderung RST Urlaub	-1,2	(21,2)
Veränderung ATZ-Rückstellung Lohn/Gehalt	-53,4	(-61,7)
Soziale Abgaben	1.463,8	(1.424,6)
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	781,4	(820,9)
Summe	10.031,5	(9.755,8)

Die einzelnen Sparten (einschl. Hilfs- und Nebensparten) schließen mit folgendem Ergebnis ab:

	Löhne/Gehälter und Beamtenbezüge		Soziale Abgaben		Aufwendungen für Altersversorgung		Summe
	T€	(Vorjahr)	T€	(Vorjahr)	T€	(Vorjahr)	T€
Verwaltung	903,4	(872,2)	149,4	(145,0)	106,7	(112,6)	1.159,5
Werkstatt	355,5	(324,1)	70,0	(64,4)	28,5	(25,2)	454,0
Abwasserbeseitigung	2.782,8	(2.746,1)	514,2	(526,4)	270,8	(304,3)	3.567,8
Abfallbeseitigung	2.507,7	(2.440,9)	485,1	(487,8)	272,5	(290,6)	3.265,3
Straßenreinigung	1.237,0	(1.127,0)	245,1	(201,0)	102,9	(88,3)	1.585,0
Summe	7.786,4	(7.510,3)	1.463,8	(1.424,6)	781,4	(821,0)	10.031,6

Der durchschnittliche Personalaufwand je Beschäftigtem betrug im Geschäftsjahr 52,4 T€ (Vorjahr: 50,3 T€).

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2013 war geprägt von der Vorbereitung der Erweiterung der Remscheider Entsorgungsbetriebe um die Sparten Grünflächen, Straßenbau und Forst zu den Technischen Betrieben Remscheid. Ab dem Januar 2013 wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen die zur Betriebserweiterung notwendigen Arbeiten vorbereitet und koordiniert. Über den Fortgang der Arbeiten wurde der Betriebsausschuss laufend informiert.

Die Tätigkeiten des Geschäftsbereiches Entwässerung werden von der Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes und den hierfür erforderlichen Investitionen bestimmt

Nachdem die Bezirksregierung Düsseldorf Ende 2012 ihre Zustimmung zum Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Remscheid zurückgezogen hatte, wurde Anfang 2013 nach mehreren Gesprächen die Zustimmung zum Abwasserbeseitigungskonzept seitens der Bezirksregierung wieder erteilt.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen wurden für die Erweiterung und die bauliche Sanierung bzw. Erneuerung des Kanalisationsnetzes aufgewendet. Eine wesentliche Maßnahme war die Sanierung des Regenwassereinzugsgebietes Kremenholter Bach. Nachdem im vergangenen Jahr als erster Bauabschnitt das Regenklär- und Regenrückhaltebecken gebaut wurde, wurde im Berichtsjahr mit dem Bau der Retentionsräume im Gewässer und der Renaturierung des Baches begonnen. Diese Maßnahmen waren weitere Auflagen aus der wasserrechtlichen Erlaubnis zur Einleitung des Niederschlagswassers aus verschiedenen Einzugsgebieten in den Kremenholter Bach. Durch diese Kombination aus Beckenbau und Maßnahmen im Gewässer soll der gute Zustand des Gewässers, der nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie gefordert wird, trotz der Einleitung des Niederschlagswassers in das Gewässer, erreicht werden.

Im Berichtsjahr konnte der Vertrag zur Mitbenutzung des Radesammlers mit der Stadt Radevormwald abgeschlossen werden. Dieser Vertrag ist zwar nicht von einer hohen finanziellen Bedeutung, allerdings sichert er dauerhaft die interkommunale Kooperation zwischen der Stadt Remscheid und der Stadt Radevormwald.

Die Nachkalkulation der Entwässerungsgebühren für das Jahr 2013 ergab eine Überdeckung in Höhe von 494,0 T€.

Im Bereich Abfallwirtschaft wurde die Wertstoffeffassung weiter ausgebaut. Die Anzahl der Altkleidercontainer wurde auf 95 Sammelcontainer an insgesamt 91 Standorten erweitert. Weiterhin wurden 9 Sammelcontainer für Elektrokleingeräte im Stadtgebiet aufgestellt. Neben den Erträgen aus der Vermarktung von Altpapier konnten Erlöse im Bereich Altkleider, Schrott und Elektroaltgeräte erzielt werden.

Die bislang an ständig wechselnden Standorten im Stadtgebiet betriebene Schadstoffsammlung wurde im April 2013 an einen zentralen Standort auf dem Wertstoffhof verlegt. Die Arbeiten werden seither in Eigenleistung von den Remscheider Entsorgungsbetrieben durchgeführt. Die Änderung wurde von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen.

Im Wirtschaftsjahr 2013 konnte kein neuer Standort für den Wertstoffhof gefunden werden. Allerdings zeichnet sich ab, dass das Gebiet der Deponie Solinger Straße seitens der Stadt Remscheid nicht mehr als intensiv genutzte Freizeit- und Erholungsfläche vorgesehen ist. Derzeit ist der Ausbau der Deponiefläche zu einem Standort für erneuerbare Energien (Solarenergie, Power to gas) geplant. Hier kann sich auch ein nutzungsverträgliches Nebeneinander dieser Standortnutzung mit dem Weiterbetrieb des Wertstoffhofes an dieser Stelle ergeben.

Im Berichtsjahr konnte mit der Stadt Remscheid eine grundsätzliche Einigung zum Weiterbetrieb der Biomüll-Umladestation im Bereich der ehemaligen Tierkörperbeseitigungsanstalt getroffen werden. Nach dem Abbruch und Rückbau der alten Anlagenteile soll das Grundstück zur weiteren Nutzung an die Remscheider Entsorgungsbetriebe verkauft werden.

Im Frühjahr 2013 wurde der Sperrmüllonlineantrag nutzerfreundlicher neu aufgebaut. Auch dieses Angebot wird gut angenommen. Der Anteil der online gestellten Sperrmüllanträge liegt zwischenzeitlich weit über 50 %.

Die erfassten Restmüllmengen sind im Jahr 2013 leicht zurückgegangen. Ursache hierfür ist im Wesentlichen der Bevölkerungsrückgang und die Veränderung der Haushaltsstrukturen. Trotz des Rückgangs der Restmüllmengen ergaben sich höhere Entsorgungskosten beim Abfallwirtschaftsverband EKOCity.

Im Jahr 2013 wurde mit der Erarbeitung eines neuen Abfallwirtschaftsplanes des Landes NRW begonnen. Das Land will hierbei die bestehenden EKOCity-Strukturen erhalten. Somit wird der Bestand dieses Zweckverbandes durch die Abfallwirtschaftsplanung gesichert. Allerdings bestehen nach den Vorstellungen des Landes auch keine wesentlichen Erweiterungsmöglichkeiten für den Verband. Weiterhin strebt die Landesregierung eine deutliche Ausweitung der Bioabfallererfassung an. Hier sollen künftig Zielwerte für die einzelnen Gebietskörperschaften vorgegeben werden.

Im Bereich Abfallwirtschaft wurde im Jahr 2013 ein Überschuss erwirtschaftet. Die Nachkalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2013 ergab insgesamt eine Unterdeckung für den Bereich Restmüll in Höhe von 133,5 T€. Der Bereich Biotonne schließt mit einer ungewollte Überdeckung in Höhe von 47,6 T€ ab.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) hat ihr operatives Geschäft nach der Endverfüllung der Deponie weitgehend eingestellt. Daher wurde auch das Personal bereits zum 01.01.2011 weitgehend zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückverlagert. Gleichzeitig wurde der Vertrag zum Betrieb des Wertstoffhofes gekündigt. Die Erträge der Gesellschaft beschränken sich daher neben Zinserträgen aus der Bewirtschaftung der Rückstellung auf die Vermittlung und Betreuung von Entsorgungsdienstleistungen. Dennoch konnte die Gesellschaft im Jahr 2013 einen Überschuss in Höhe von 13,2 T€ erwirtschaften.

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsbereich Straßenreinigung war wie immer geprägt vom Winterdienst. Der Winter des Frühjahres 2013 war intensiv und vor allem sehr lang. Bis in den April des Jahres hinein mussten Winterdiensteinsätze geleistet werden. Bis in den Februar waren bereits über 40.200 km Räum- und Streustrecken angefallen. Dies führte zu erheblichen Winterdienstaufwendungen. Diese hohen Kosten konnten auch nicht durch den milden Verlauf des Winters im 2. Halbjahr ausgeglichen werden. Dadurch ergab sich eine Gebührenunterdeckung im Gebührenbereich Winterdienst in Höhe von 225,3 T€. Auch im

Gebührenbereich Sommerreinigung schließt das Wirtschaftsjahr mit einer Unterdeckung in Höhe von 182,0 T€ ab.

Im Jahr 2013 wurde die Straßenreinigungssatzung überarbeitet. Hier ergaben sich durch aktuelle Rechtsprechung und aufgrund der neuen Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes einige Anpassungsnotwendigkeiten.

Im Geschäftsbereich Finanzen und Controlling wurde die Veranlagung und Verbuchung der Grundabgabenforderungen bereits im zweiten Jahr durchgeführt. Durch das aufgebaute Forderungsmanagement konnten die neuen offenen Forderungen aus den Grundabgaben ab dem Jahr 2012 reduziert werden. Der offene Forderungsbestand aus den Benutzungsgebühren der Jahre 2012 und 2013 zum 31.12.2013 betrug 330,6 T€. Von diesen Forderungen waren zum Zeitpunkt der Prüfung nur noch 122,4 T€ nicht ausgeglichen. Dies entspricht einer Quote der offenen Gebührenforderungen bezogen auf den Gebührenertrag in Höhe von 0,24 %. Vorsorglich wurden aus dem offenen Forderungsbestand zum 31.12.2013 Forderungen in Höhe von 109,3 T€ einzelwertberichtigt.

Auch der Bestand an offenen Altforderungen aus Gebührenforderungen vor 2012 konnte weiter abgebaut werden. Dieser betrug zum 31.12.2013 208,9 T€. Im Jahr 2013 wurden Altforderungen in Höhe von 60,6 T€ durch Zahlungen ausgeglichen. 62,7 T€ aus dem Altbestand mussten endgültig ausgebucht werden. Da alle Altforderungen in Vorjahren bereits vorsorglich einzelwertberichtigt waren, ergab sich aus der Ausbuchung jedoch keine Ergebnisbelastung.

Somit bestehen aus den offenen Forderungen aus Gebührenabrechnungen zum 31.12.2013 keine wesentlichen Bilanzrisiken.

Auch im Jahr 2013 wurden die neu eingeführten Monatsabschlüsse dem Betriebsausschuss zur unterjährigen Berichterstattung vorgelegt.

Im Berichtsjahr wurden die Jahresabschlüsse der Jahre 2011 und 2012 vom Rat der Stadt Remscheid festgestellt.

Am 16.06.2013 fand der zweite Sonntag in Orange statt. An diesem Tag der offenen Tür auf dem Gelände der Nordstraße 48 besuchten mehrere tausend Menschen das Betriebsgelände und informierten sich über die Aufgaben der Remscheider Entsorgungsbetriebe. Der Tag wurde von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen.

3. Darstellung der Vermögens- und Finanzlage

3.1 Vermögenslage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 271.424,0 T€ - 01.01.2013 - um -7.117,2 T€ auf 264.306,9 T€ - 31.12.2013 - vermindert. Den Anlagezugängen in Höhe von 6.292,9 T€ (Vorjahr: 7.211,9 T€) standen Anlagenabgänge im Wert von 2.956,5 T€ (Vorjahr: 2.291,7 T€) sowie Abschreibungen in Höhe von 7.780,9 T€ (Vorjahr: 7.728,3 T€) und Abgänge auf Abschreibungen von 1.566,8 T€ (Vorjahr: 1.188,7 T€) gegenüber. Hieraus ergab sich eine Verminderung des Anlagevermögens um -2.877,7 T€ (Vorjahr: -1.619,4 T€).

Das Umlaufvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2013 von 15.728,9 T€ - 01.01.2013 - um - 4.288,9 T€ auf 11.440,0 T€ - 31.12.2013 - reduziert. Hierbei entfallen 2.080,8 T€ auf den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag (Vorjahr: 5.531,3 T€). Die Vorräte betragen zum Bilanzstichtag 250,6 T€ (Vorjahr: 243,8 T€) und die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 9.108,6 T€ (Vorjahr: 9.953,8 T€). Hiervon entfielen 1.853,7 T€ auf Forderungen gegenüber der Stadt Remscheid.

Auf der Passivseite hat sich das bilanzielle Eigenkapital von 83.380,1 T€ - 01.01.2013 - um 3.408,9 T€ auf 86.789,0 T€ - 31.12.2013 - erhöht.

Die Kapitalrücklage wurde von 66.637,2 T€ - 01.01.2013 - um -499,5 T€ auf 66.137,7 T€ - 31.12.2013 - vermindert. Die Reduzierung der Kapitalrücklage ist auf die Abstimmung zwischen der Anlagenbuchhaltung und dem Kanalkataster zurückzuführen. Hierbei wurden Abweichungen festgestellt, die korrigiert werden mussten. Da in einigen Fällen die Ausweisungen im Anlagevermögen schon vor der Betriebsgründung im Jahr 1996 falsch waren, wurde in diesen Fällen eine Korrektur der Kapitalrücklage vorgenommen.

Der Jahresüberschuss belief sich auf 3.908,4 T€. Nach den Vorgaben des Haushaltssanierungsplanes der Stadt Remscheid soll aus dem Jahresüberschuss der Remscheider Entsorgungsbetriebe (künftig Technische Betriebe Remscheid) ein Betrag in Höhe von 2,0 Mio. € zur Sanierung des städtischen Haushalts an die Stadt Remscheid ausgeschüttet werden. Hierüber muss der Rat der Stadt allerdings noch im Rahmen der Feststellung des Jahresergebnisses 2013 einen entsprechenden Ausschüttungsbeschluss fassen.

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	Stand 01.01.2013	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2013
	T€	T€	T€	T€
Stammkapital	5.000,0	0,0	0,0	5.000,0
Kapitalrücklage	66.637,2	0,0	-499,5	66.137,7
Gewinnvortrag	8.928,3	2.814,6	0,0	11.742,9
Jahresüberschuss	2.814,6	3.908,4	-2.814,6	3.908,4
Gesamt	83.380,1	6.723,0	-3.314,1	86.789,0

Unter dem Sonderposten für Investitionszuschüsse sind die in der Vergangenheit gezahlten Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen und Zuschüsse anderer Zuschussgeber ausgewiesen. Sie werden analog den Abschreibungen aufgelöst. Im Jahr 2013 wurden Zuschüssen in Höhe von 268,7 T€ vereinnahmt (Vorjahr: 690,5 T€). Es waren keine Abgänge zu verzeichnen (Vorjahr: 0,0 T€). Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 481,9 T€ (Vorjahr: 484,9 T€). Dies gilt auch für empfangene Ertragszuschüsse. Unter dieser Position sind die Anteile der Straßenentwässerung an den Erschließungsbeiträgen ausgewiesen. Im Jahr 2013 ergaben sich Zugänge in Höhe von 144,7 T€ (Vorjahr: 187,1 T€). Ebenso ergaben sich keine Abgänge (Vorjahr: 0,0 T€). Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 55,5 T€ (Vorjahr: 55,4 T€).

Entwicklung der Rückstellungen

Die Bildung der Rückstellungen dient der Vorsorge von Zahlungsverpflichtungen, deren genaue Höhe, Inanspruchnahme oder Fälligkeit zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses noch ungewiss sind. Im Wirtschaftsjahr 2013 wurden alle hierfür erforderlichen Rückstellungen gebildet. Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2013 in vollem Umfang ab.

Entwicklung der Rückstellungen	Stand	Inanspruch-		Stand
	01.01.2013	nahme/ Auflösung	Zuführung	31.12.2013
	T€	T€	T€	T€
Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.978,4	0,0	127,6	2.106,0
Abwasserabgabe/Verbandsbeiträge	380,8	-125,3	241,9	497,4
Beihilfeverpflichtungen	415,5	0,0	26,8	442,3
Urlaubsrückstellung	286,3	-286,3	285,2	285,2
Überstunden	128,1	-128,1	86,3	86,3
Altersteilzeit	555,5	-126,9	84,4	513,0
Jahresabschlusskosten	26,5	-26,5	26,5	26,5
Interne Jahresabschlusskosten	27,5	-27,5	25,6	25,6
Rechts- und Beratungskosten	67,9	-42,4	3,3	28,8
Sonstige	141,3	-42,4	251,6	350,5
Gesamt	4.007,8	-805,4	1.159,2	4.361,6

Die Rückstellungen in Höhe von 4.361,6 T€ setzen sich aus der gebildeten Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen für die im Betrieb beschäftigten Beamten (2.106,0 T€) sowie aus den übrigen Rückstellungen (2.255,6 T€) zusammen.

3.2 Finanzlage

3.2.1 Eigenkapitalquote

Das wirtschaftliche Eigenkapital des Betriebes betrug zum 31.12.2013 112.078,0 T€. Gegenüber dem 01.01.2013 hat sich das wirtschaftliche Eigenkapital somit um 3.284,8 T€ erhöht.

	Stand 31.12.201	Stand 31.12.2012
	T€	T€
Bilanzsumme	264.306,9	(271.424,0)
Wirtschaftliches Eigenkapital		
Eigenkapital laut Bilanz	86.789,0	(83.380,1)
Sonderposten Investitionszuschüsse	22.570,2	(22.783,5)
Ertragszuschüsse	2.718,8	(2.629,6)
Gesamt	112.078,0	(108.793,2)

Zur Finanzierung des Betriebes und zur Sicherung des Fremdkapitals ist eine angemessene Eigenkapitalausstattung notwendig. Umso höher der Eigenkapitalanteil liegt, desto größer ist die finanzielle Stabilität des Eigenbetriebes. Die Empfehlung der Eigenkapitalausstattung lautet 30 %. Die auf das wirtschaftliche Eigenkapital bezogene Eigenkapitalquote zum 31.12.2013 beträgt somit 42,40 %. Zum 01.01.2013 betrug sie 40,08 %.

3.2.2 Liquidität

Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit des Betriebes gesichert. Bei Bedarf konnten im Rahmen der Kreditlinien für Investitionen jederzeit Darlehensaufnahmen erfolgen. Unabhängig davon, standen dem Betrieb ausreichende Möglichkeiten der Kassenkreditaufnahme zur Verfügung. Unter Berücksichtigung unternehmerischer Handlungsmöglichkeiten bietet es sich an aufgrund von Kennzahlen, besonders im Rahmen der steigenden Investition, die Liquidität entsprechend zu verbessern.

3. Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 44.787,6 T€ (Vorjahr: 43.717,8 T€). Die Zusammensetzung der Erlöse auf die einzelnen Sparten wurde unter Punkt 2.2.2 bereits erläutert.

An Eigenleistungen (im Wesentlichen Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 754,3 T€ (Vorjahr: 732,4 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z. B. Miet- und Pächterträge, Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderpostens Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen und übrige Erträge) konnten in Höhe von 1.199,1 T€ (Vorjahr: 1.041,0 T€) erzielt werden.

Erträge aus Beteiligungen wurden in Höhe von 5,7 T€ erzielt (Vorjahr 15,6 T€).

Die Zinsen und ähnlichen Erträge aus Geldanlagen lagen bei 60,2 T€ (Vorjahr: 109,7 T€).

4. Hinweise, Risiken und Chancen bei der künftigen Entwicklung

Risiko: Finanzkennzahlen

Die bisherige Lage und der Geschäftsverlauf der vergangenen Geschäftsjahre lassen erkennen, dass die Risiken des Betriebes vor allem aus der Fremdkapitalausstattung und der hohen Investitionslast durch die eingeleiteten Maßnahmen und die aufgebauten Strukturen beherrschbar sind. Der bisherige Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse weisen gegenüber der seinerzeitigen gutachterlichen Untersuchung der gewählten Rechtsform eine deutliche und nachhaltige Verbesserung auf.

Risiko: Anpassung der Aufbau- und Ablauforganisation an die Betriebserweiterung zu den TBR

Durch die Erweiterung des Betriebes um die Sparten Forst, Grünflächen, Friedhöfe und Straßenbau und den hierbei von der Stadt Remscheid erwarteten Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 2,0 Mio. € wird sich die Aufgabenstellung ab dem Jahr 2014 erheblich verändern. Im Jahr 2014 wird ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit die Etablierung und Überprüfung

der Strukturen, die sich aus der Betriebserweiterung ergeben, sein. Aus den neuen Geschäftsbereichen und den Erwartungen der Stadt Remscheid zur Haushaltskonsolidierung ergeben sich neue Herausforderungen und Risiken, die neue Controlling-Strukturen erfordern.

Gleichzeitig ergeben sich durch die Zusammenlegung der Bereiche auch Chancen. Die gemeinsame Nutzung des Fuhrparks wird beispielweise zu einer effektiveren Auslastung der bestehenden Fahrzeuge führen. Zudem können durch einen größeren Arbeiterpool Arbeiten, die bisher extern vergeben wurden, mit eigenem Personal erfolgen. Hierdurch kann die Wertschöpfung bei diesen Leistungen im Betrieb gehalten werden.

Risiko: Finanzkennzahlen

Im Rahmen der Betriebserweiterung werden nur das Forst- und das Friedhofsvermögen in den Betrieb übernommen. Das Straßen- und das Grünflächenvermögen verbleiben bei der Stadt Remscheid. In diesen Sparten wird nur das bewegliche Betriebsvermögen übernommen. Die bilanziellen Risiken beschränken sich daher im Wesentlichen auf das Forst- und Friedhofsvermögen. Da die Forsteinrichtung seitens der Stadt Remscheid entgegen der Vorgaben in den letzten Jahren nicht fortgeschrieben wurde, muss dies im Jahr 2014 zwingend durchgeführt werden. Hieraus ergibt sich eine neue Bewertung des Forstvermögens. Diese Neubewertung ist Chance und Risiko gleichermaßen. Derzeit kann nicht abgesehen werden, ob die neue Forsteinrichtung zu einer Abwertung des übernommenen Vermögens führen wird. Nicht unerhebliche Risiken bestehen bei dem zu übernehmenden Gebäudebestand. Hier muss bei der Bewertung dem baulichen Zustand Rechnung getragen werden. Weiterhin zeichnen sich Risiken aus dem teilweise überalterten Fahrzeugpark, der von der Stadt im Rahmen der Betriebserweiterung übernommen werden muss, ab.

Ein Risiko des Betriebes liegt im baulichen Zustand des Kanalnetzes. Die Ersterfassung des baulichen Zustandes des Kanalnetzes gemäß den Vorgaben der Selbstüberwachungsvorschrift für Anlagenanlagen (SÜVKan) ist abgeschlossen. Aufgrund der erheblichen Investitionen in die Substanzerhaltung in den vergangenen Jahren seit Betriebsgründung hat sich der Anteil der dringend sanierungsbedürftigen Streckenanteile erheblich reduziert. Hierbei wird, soweit möglich, auf substanzerhaltende Sanierungsverfahren (Part- und Inliner) zurückgegriffen. Ein in den Jahren 2009/2010 durchgeführtes Gutachten zur Bewertung der Restsubstanz des Kanalnetzes hat gezeigt, dass aufgrund der bisher durchgeführten Sanierungen das Kanalnetz eine der Restnutzungsdauer angemessene Restsubstanz aufweist. Es besteht somit kein Abwertungsbedarf. Dies bestätigt die bisher gewählte Sanierungsstrategie. Die dargestellten Risiken sind somit beherrschbar.

Die im Jahr 2013 festgestellten Anlagenabgänge im Bereich Kanal sind auf eine Abstimmung zwischen der Anlagenbuchhaltung und dem Kanalkataster zurückzuführen. Hierbei wurden Abweichungen festgestellt, die korrigiert werden mussten. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Es ist jedoch erkennbar, dass den festgestellten Kanalabgängen umfangreiche Kanalzuschreibungen in gleicher Größe entgegenstehen

Risiko: Änderungen der für das Unternehmen relevanten Rechtslage

Mögliche größere Risiken können aus einer Veränderung der gebühren- oder steuerrechtlichen Rahmenbedingungen erwachsen. Hieraus können sich unter Umständen erhebliche steuerliche Konsequenzen ergeben. Neben den Bestrebungen der EU-Kommission zur Vereinheitlichung der steuerlichen Vorgaben innerhalb Europas, müssen auch die Aussagen des Bundesrechnungshofes zu diesem Thema beachtet werden.

Risiko: Liquidität ist nicht ausreichend gesichert

Die Übernahme der Aufgabe der Veranlagung und Abrechnung der Grundabgaben durch die Remscheider Entsorgungsbetriebe hat sich bewährt. Durch den unmittelbaren und direkten Kundenkontakt können Fragen und Probleme bei der Zahlung der Grundabgaben unmittelbar gelöst werden. Weiterhin können die offenen Posten nunmehr laufend ausgewertet und bearbeitet werden. Mögliche Risiken sind früher erkennbar und können unmittelbar angegangen werden. Weiterhin ergeben sich Erleichterungen bei der Vorbereitung der Jahresabschlüsse. Durch die Übernahme konnte auch die Anzahl der erteilten Einzugsermächtigungen erheblich gesteigert werden. Die derzeitige Quote beträgt annähernd 90 %. Im Hinblick auf die notwendige Umstellung nach SEPA stellt dies eine weitere Herausforderung dar, die im Jahr 2014 angegangen werden muss.

Risiko: Kreditkonditionen

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken setzt der Betrieb im Bereich Darlehen gegenüber Kreditinstituten Zinsswaps ein. Der Betrieb ist grundsätzlich risikoavers. Es handelt sich um Micro-Hedges und teilweise auch um antizipatives Hedging. Die Zinsswaps wurden mit externen Kreditinstituten abgeschlossen.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 weist einen geplanten Gewinn in Höhe von 3.333,6 T€ aus. Unsere Planung basiert dabei auf Erträgen von 64.156 T€ und einem Materialaufwand von 25.358 T€. Die Personalkosten werden in Höhe von 18.853 T€ geplant. Die Abschreibungen werden mit 8.382 T€ und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 2.844 T€ in der Planung berücksichtigt. Das Finanzergebnis fließt mit einem Ergebnis von - 5.353 T€ in die Planung ein. Sonstige Steuern werden in Höhe von 30 T€ berücksichtigt.

Im Geschäftsbereich Entwässerung liegt dem Investitionsbereich das Abwasserbeseitigungskonzept bis zum Jahre 2020 zugrunde. Das Abwasserbeseitigungskonzept ist durch die Abwägung zwischen dem gesetzlich und wirtschaftlich Notwendigen und dem andererseits in der Entwicklung der Gebührenbelastung Machbaren geprägt. Hier bleibt abzuwarten, welche Anforderung das Land NRW im Rahmen des zweiten Bewirtschaftungszyklus zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie formuliert. Hier deuten sich verschärfte Anforderungen an die Abwasserreinigung auf den Kläranlagen, aber auch der Niederschlagswasserbehandlung, an.

Bei dem Geschäftsbereich Abfallwirtschaft besteht weiterhin die Zielsetzung der Kosten- und Gebührenstabilität. Um dieses Ziel weiterhin zu erreichen, müssen die Aktivitäten zur Erfassung und Vermarktung von Wertstoffen weiter ausgebaut werden. Die weitere Entwicklung zum Wertstoffgesetz, und hier insbesondere zur Einführung und Trägerschaft der Wertstofftonne, wird einen nicht unerheblichen Einfluss auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung haben. Im Bereich Wertstoffhof müssen die operativen Möglichkeiten weiter optimiert werden. Im Jahr 2013 wurde hier eine Schadstoffannahmestation eingerichtet. Damit ist der Wertstoffhof die zentrale Annahmestelle für Schad- und Wertstoffe in Remscheid.

Der Geschäftsbereich Straßenreinigung wird in seiner Kostenentwicklung stark durch die Leistungen des Winterdienstes beeinflusst. Die harten Winter der letzten Jahre und die Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger an die Qualität des Winterdienstes haben zu weiteren Investitionen und Vorhalteleistungen geführt, die insgesamt die Kosten für den Winterdienst erhöhten. Diese wurden allerdings im milden Winter des ersten Halbjahres 2014 nicht benötigt.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) hat ihr operatives Geschäft nach der Endverfüllung der Deponie weitgehend eingestellt. Die Aufgaben der kommenden Jahre liegen in der Rekultivierung der Deponie. Neue Geschäftsfelder sind für die Gesellschaft nicht vorgesehen.

In den neuen Sparten werden die Schwerpunkte neben der wirtschaftlichen Konsolidierung zunächst auf der Integration der Bereiche in die ADV-Landschaft sowie das bestehende ERP-Programm liegen. Weiterhin müssen Konzepte zur Umsetzung des von der Stadt Remscheid vorgegebenen Personalabbaus erarbeitet werden.

Neben diesen Themen wird im Geschäftsbereich Straßen und Brückenbau die Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle der Stadt Remscheid eine wesentliche Aufgabe werden. Diese neuen Strukturen müssen funktionsfähig ausgestaltet werden.

Der Geschäftsbereich Grünflächen und Friedhöfe war durch die Mittelkürzungen der Stadt Remscheid in den vergangenen Jahren stark betroffen. Hieraus ergaben sich unvermeidbare Pflegerückstände, die aufgearbeitet werden müssen.

Für den Geschäftsbereich Forstwirtschaft muss die Forsteinrichtung neu erfasst und bewertet werden. Diese Neubewertung ist seit zwei Jahren überfällig. Ob sich hieraus bilanzielle Risiken ergeben, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes wurde von der Stadt Remscheid ab dem Jahr 2014 ein von den Technischen Betrieben Remscheid zu erbringender Konsolidierungsbeitrag in Höhe von jährlich 2,0 Mio. € eingeplant. Dieser soll aus dem Gewinn abgeführt werden. Die bislang bestehenden finanziellen Spielräume, die insbesondere zur Gestaltung der Gebührenentwicklung genutzt wurden, bestehen ab diesem Zeitpunkt nicht mehr in dem bisherigen Maße.

Im Bereich der nicht finanziellen Leistungsindikatoren lag der durchschnittliche Krankenstand unserer Beschäftigten in 2013 bei 21,4 Tagen (Beamte 1,4 Tage, AN 22,7 Tage, Auszubildende 13 Tage). Die hohe Anzahl resultiert aus dem Arbeiterbereich. Unsere Prognose für 2014 liegt bei 22 Krankheitstagen.

Die Quote unserer Auszubildenden lag in 2013 bei 4,37 % und wird sich in 2014 voraussichtlich auf 5 % der Arbeitnehmer erhöhen.

In 2013 ergaben sich 15 fremdverschuldete Unfälle. Für das laufende Wirtschaftsjahr 2014 wird aufgrund des höheren Personalbestands nach der Betriebserweiterung mit einem Anstieg auf 18 Arbeitsunfälle gerechnet.

Die Quote der geringfügig Beschäftigten in 2013 beträgt 1,46 %. Eine Verringerung der Quote auf 1,0 % wird in dem Jahr 2014 angestrebt.

6. Nachtragsbericht

Neben den oben dargestellten Entwicklungen haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2013 ergeben.

Remscheid, 1. September 2014

gez. Michael Zirngiebl
(Betriebsleiter)

6.1 Stadtsparkasse Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtsparkasse Remscheid
 Alleestr. 76-88
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16-60

Gründungsjahr: 1841

Zweck des Unternehmens / Öffentlicher Auftrag / Allgemeines

Gemäß § 2 Sparkassengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen haben Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.

Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei.

Die Sparkassen führen ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Die Sparkassen dürfen im Rahmen des Sparkassengesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

Die Stadtsparkasse Remscheid ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat:

Beate Wilding, Vorsitzende		Oberbürgermeisterin
Hans-Peter Meinecke, -1. stellv. Vorsitzender-		Ratsmitglied
Peter Otto Haarhaus, -2. stellv. Vorsitzender-		Ratsmitglied
York Edelhoff		Ratsmitglied
Lothar Krebs		Ratsmitglied
Wolf Lüttinger		Ratsmitglied
Jutta Velte		Ratsmitglied
Jochen Siegfried		Ratsmitglied
Kurt-Peter Friese		Ratsmitglied
Roland Kirchner		Ratsmitglied
Stefan Grote		Personalvertreter
Kerstin Komm		Personalvertreterin
Bernd Behrendt		Personalvertreter
Michael Veith	bis 31.08.2013	Personalvertreter
Elke Überholz	ab 01.09.2013	Personalvertreterin
Guiseppe Cabibi		Personalvertreter

Vorstand:

Frank Dehnke, Vorsitzender
Ulrich Gräfe

Haftung der Stadt Remscheid

Träger der Stadtsparkasse Remscheid ist gemäß § 2 ihrer Satzung die Stadt Remscheid. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Gewinnausschüttung	420.875,00	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2011	2012	2013
Mitarbeiter/-innen	373	354	327

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Barreserve	58.693	3,95	24.176	1,70	26.247	1,89
Schuldtitel und Wechsel	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderung an Kreditinstitute	81.555	5,49	45.508	3,20	11.225	0,81
Forderungen an Kunden	836.135	56,26	883.665	62,21	904.020	64,94
Wertpapiere	465.350	31,31	422.672	29,76	407.632	29,28
Beteiligungen	29.278	1,97	27.612	1,94	25.787	1,85
Treuhandvermögen	40	0,00	2.244	0,16	1.842	0,13
Sachanlagen	12.080	0,81	10.435	0,73	8.898	0,64
Sonstige Aktiva	1.635	0,11	2.922	0,21	5.486	0,39
Rechnungsabgrenzungsposten	1.456	0,10	1.217	0,09	866	0,06
Aktiva	1.486.222	100,00	1.420.451	100,00	1.392.003	100,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	233.682	15,72	199.558	14,05	175.936	12,64
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.066.202	71,74	1.040.686	73,26	1.043.934	75,00
davon: Spareinlagen	302.437	20,35	290.872	20,48	299.774	21,54
befristete Einlagen	176.678	11,89	117.384	8,26	116.962	8,40
übrige Einlagen	587.086	39,50	632.430	44,52	627.197	45,06
Verbriefte Verbindlichkeiten / Schuldversch.	16.974	1,14	9.207	0,65	9.156	0,66
Treuhandverbindlichkeiten	40	0,00	2.244	0,16	1.842	0,13
Sonstige Verbindlichkeiten	4.294	0,29	8.085	0,57	1.807	0,13
Rechnungsabgrenzungsposten	1.377	0,09	1.137	0,08	774	0,06
Rückstellungen	22.443	1,51	23.669	1,67	20.310	1,46
SoPo mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Genussrechtskapital	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sonstige Passiva	43.945	2,96	37.157	2,62	37.920	2,72
Eigenkapital	97.265	6,54	98.708	6,95	100.324	7,21
Passiva	1.486.222	100,00	1.420.451	100,00	1.392.003	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr GuV-Position	2011 T€	2012 T€	2013 T€
Zinserträge	49.206	45.017	40.792
Erträge aus Wertp., Beteiligungen etc.	13.186	11.933	8.749
Provisionserträge	10.357	9.746	9.962
Sonstige Erträge	1.832	2.322	3.686
Erträge a. Zuschr. zu Ford., Aufl. von Rückstellungen	0	6.670	0
Erträge	74.581	75.688	63.189
Zinsaufwendungen	27.182	23.530	18.096
Provisionsaufwendungen	306	267	326
Personalaufwendungen	20.276	20.089	19.831
Sachaufwendungen	9.693	8.883	8.349
Steuern	4.710	1.075	4.938
Sonstige Aufwendungen	2.270	7.162	2.172
Abschreibungen a. Anlagevermögen	1.832	1.834	1.589
Abschreibungen a. Forderungen	6.562	0	1.095
Zuführung Fonds allgemeine Bankrisiken	0	9.739	3.353
Abschreibung / Wertber. auf Beteiligungen	1.540	1.666	1.825
Einstellung in Rückstellungen	0	0	0
Aufwendungen	74.371	74.245	61.574
Jahresüberschuss (+)	210	1.443	1.615
<u>Einstellung in Gewinnrücklagen</u>	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	210	1.443	1.615

Anhang

Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen

Bei der Darstellung der einzelnen Unternehmen werden zum Teil unter dem Punkt "Wirtschaftliche Unternehmensdaten" Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation aufgeführt. Diese Kennzahlen stellen ein wichtiges Informations- und Steuerungsinstrument - nicht nur für die Beteiligungsverwaltung - dar. Im Folgenden werden die im Beteiligungsbericht verwendeten Definitionen bzw. die Berechnung dieser Kennzahlen erläutert und deren Informationsgehalt, Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt.

Kennzahl zur Kapitalstruktur:

Eigenkapitalquote
$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital dargestellt. Je größer die Eigenkapitalquote, desto höher ist die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. Bei einer geringen Eigenkapitalquote werden eventuell eher Kapitalzuführungen der Gesellschafter nötig.

Diese Kennzahl bringt darüber hinaus den Grad der substantiellen Unabhängigkeit des Unternehmens, also den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital zum Ausdruck. Je größer das Eigenkapital im Verhältnis zum Fremdkapital desto geringer ist die Abhängigkeit von Gläubigern.

Kennzahl zur Finanzlage:

Cash-flow
$$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Abschreibungen}) \times 100}{\text{Gesamterträge}}$$

Der Cash-flow ist eine finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt. Er ist Indikator der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Mit Hilfe des Cash-flows wird die vorgenommene bilanzpolitische Beeinflussung des ausgewiesenen Ergebnisses durch die Bemessung der Abschreibungen neutralisiert. Der Cash-flow sollte nur zusammen mit dem Jahresergebnis oder dem Betriebsergebnis interpretiert werden.

Der Cash-flow ist insbesondere eine Hilfe gegen Fehlinterpretationen der Ertragsentwicklung.

Das gilt zumal immer dann, wenn sich Cash-flow und Gewinn gegenläufig entwickeln. Ist das Jahresergebnis gesunken, der Cash-flow hingegen gestiegen, so ist dies oft eine normale Folge größerer Investitionsschübe mit entsprechend hinaufschnellendem Abschreibungsbedarf. Auf eine Schwächung der Ertragskraft lässt dieser erhöhte Abschreibungsbedarf aber in keiner Weise schließen, im Gegenteil: Erweisen sich die Investitionen als erfolgreich, wird die Ertragskraft gesteigert.

Umgekehrt kann eine Zunahme des Jahresüberschusses die von einem nachgebenden Cash-flow begleitet wird, auf einen Rückgang der Investitionen zurückzuführen sein, der niedrige Abschreibungen nach sich gezogen hat. Ist dies zutreffend und nicht nur eine vorübergehende Erscheinung, geht die optisch positive Gewinnentwicklung u.U. auf Kosten der Unternehmenszukunft.

Anlage 2: Begriffserläuterungen

Abschreibungen	Mit der Abschreibung werden Wertminderungen im Vermögen oder an Vermögensgegenständen ergebnismindernd erfasst. Dies erfolgt, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintrittes gebucht wird (außerplanmäßige Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite der → Bilanz sind die Wirtschaftsgüter nach → Anlage- und → Umlaufvermögen erfasst. Die Aktivseite zeigt, wohin die Mittel geflossen sind (auch: Mittelverwendungsseite). Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anlagevermögen	Wirtschaftsgüter, die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Ausgewiesen auf der Aktivseite der → Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark, etc.) und Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere, etc.).
Aufwendungen	Vermögensminderungen innerhalb eines Unternehmens, die durch eine gleichzeitige Verringerung des Ergebnisses zum Ausdruck kommen. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (→ z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen gewöhnlichen → Erträgen und → Aufwendungen, die sich aus der betrieblichen Leistungserstellung ergeben.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses. Ist die Gegenüberstellung des Vermögens (Anlage- und Umlaufvermögen) - → Aktiva - und des Kapitals (Eigen- und Fremdkapital) - → Passiva - eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Bestandteil des → Eigenkapitals nach dem handelsrechtlichen Gliederungsschema. Errechnet sich aus dem → Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag zuzüglich Gewinnvortrag und Entnahmen aus den Kapital-/Gewinnrücklagen abzüglich Verlustvortrag und den Einstellungen in die Gewinnrücklage.

Eigenkapital	Alle von den Eigentümern unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel, die unbeschränkt haften. Das Eigenkapital ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich zusammen aus dem gezeichneten Kapital (auch: Haftungskapital oder Stammkapital), den → Kapitalrücklagen, den → Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen → Bilanzgewinn/-verlust. Das in der → Bilanz ausgewiesene Eigenkapital gibt den Buchwert des Unternehmens an.
Erträge	Geschäftsvorfälle, die das → Jahresergebnis eines Unternehmens erhöhen. Sie bedeuten somit einen Wertzuwachs im Eigenkapital des Unternehmens. Erträge dürfen allerdings nicht zwangsläufig als Mittelzuflüsse gesehen werden (z.B. Wertsteigerungen).
Fremdkapital	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich auch mit Schulden bezeichnet und ist auf der → Passivseite der → Bilanz ausgewiesen. Es setzt sich aus den kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten und den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen in der Regel nur befristet und zu einem bestimmten Zinssatz zur Verfügung. Ausgewiesenes Vermögen abzüglich des Fremdkapitals ergibt das bilanzielle → Eigenkapital.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den → Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.
Gewinn- und Verlustrechnung	Neben der → Bilanz ist die Gewinn- und Verlustrechnung der wichtigste Bestandteil des → Jahresabschlusses. In ihr wird der Erfolg des Unternehmens einer Rechnungsperiode (in der Regel das Wirtschaftsjahr) durch die Gegenüberstellung von → Aufwand und → Ertrag ermittelt. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen → Jahresüberschuss (Gewinn), der das → Eigenkapital erhöht. Übersteigen hingegen die Aufwendungen die Erträge kommt es zu einem → Jahresfehlbetrag (Verlust), der das → Eigenkapital verringert.
Gewinnrücklage	Ist der Teil des → Jahresüberschusses, der nicht ausgeschüttet und nicht als → Gewinnvortrag auf das folgende Jahr vorgetragen wird, sondern bei der Gewinnverwendung eine direkte Einstellung in eine eigens ausgewiesene → Rücklage erfolgt.

Gewinnvortrag	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe auch Verlustvortrag).
Gezeichnetes Kapital	Bestandteil des → Eigenkapitals in der → Bilanz von Kapitalgesellschaften. Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungskapital der Kapitalgesellschaft aus. Bei der Aktiengesellschaft wird es mit Nennkapital, bei der GmbH mit → Stammkapital bezeichnet. Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und → Gewinnrücklage, → Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
Investitionen	Bindung von Kapital in Wirtschaftsgütern, um daraus → Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
Jahresergebnis	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller → Aufwendungen und → Erträge, steht am Ende der Gewinnermittlung. (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag)
Kapitalrücklage	In die Kapitalrücklage werden Beträge eingestellt, die bei einer Kapitaleinlage oder Einzahlung den Betrag des →Gezeichneten Kapitals übersteigen.
Liquidität	Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (Zahlungsfähigkeit). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenüber gestellt werden.
Passiva	Auf der Passivseite der → Bilanz wird das Kapital, getrennt nach → Eigen- und → Fremdkapital, ausgewiesen. Die Passivseite gibt Auskunft über die Herkunft der finanziellen Mittel des Unternehmens (Mittelherkunftsseite). Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller → Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.

Rechnungsabgrenzungsposten	Ausgaben (Aktivseite) oder Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, soweit der Aufwand/Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag eintritt. Dienen der Abstimmung zwischen → Bilanz und → GuV zur Ermittlung eines periodengerechten Jahreserfolges in beiden Rechnungen.
Rücklagen	Bestandteil des → Eigenkapitals. Sie erhöhen und stärken es und stehen zu längerfristigen Finanzierungszwecken zur Verfügung. Nach der Entstehungsweise unterscheidet man zwischen → Kapitalrücklage und → Gewinnrücklage.
Rückstellungen	Verpflichtungen gegenüber Dritten, die am jeweiligen Stichtag mit großer Sicherheit bestehen, deren Höhe und/oder Fälligkeitstermin aber nicht genau bestimmbar ist. Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: Garantieverpflichtungen, drohende Verluste aus laufenden Geschäften, noch zu leistende Steuerzahlungen und Pensionsverpflichtungen. Letztere haben aufgrund ihrer extremen Langfristigkeit und einem in der Regel immer bestehenden Grundstocks in gewissem Maße eigenkapitalähnlichen Charakter.
Stammkapital	→ Gezeichnete Kapital einer GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.
Umlaufvermögen	Umfasst die Wirtschaftsgüter, die in ihrer ursprünglichen und in verarbeiteter Form nur kurze Zeiträume im Unternehmen verbleiben. Ausgewiesen auf der → Aktivseite der Bilanz umfasst es Vorräte, Wertpapiere, Forderungen und liquide Mittel.
Umsatz	wertmäßiger Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs- /Absatzpreises.
Verlustvortrag/-rücktrag	Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung für das Land NRW (GO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vom 19.12.2013 (GV.NRW.S.878); [In Kraft getreten am 31.12.2013]

5. Teil Der Rat

§ 41 Zuständigkeiten des Rates

(1) Der Rat der Gemeinde ist für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Rat nicht übertragen:

a)

k) die teilweise oder vollständige Veräußerung oder Verpachtung von Eigenbetrieben, die teilweise oder vollständige Veräußerung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen des privaten Rechts, die Veräußerung eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft sowie den Abschluss von anderen Rechtsgeschäften im Sinne § 111 Abs. 1 Satz 1 und 2,

l) die Errichtung, Übernahme, Erweiterung, Einschränkung und Auflösung von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben, die Bildung oder Auflösung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens gemäß § 27 Abs. 1 bis 3 und 6 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit, die Änderung der Unternehmenssatzung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens sowie der Austritt aus einem gemeinsamen Kommunalunternehmen, die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung sowie die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen in privater Rechtsform, den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft,

m) die Umwandlung der Rechtsform von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben sowie die Umwandlung der Rechtsform von Gesellschaften, an denen die Gemeinde beteiligt ist, soweit der Einfluss der Gemeinde (§ 63 Abs. 2 und § 113 Abs. 1) geltend gemacht werden kann,

11. Teil Wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung

§ 107 Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:
 - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
 - b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
 - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
 - d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte

Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

- a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
- b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
- c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder

sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

- a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
- c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
- d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn
 - die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
 - für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
 - sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
 - sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;
- b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a

Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1, § 107 a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können dem fakultativen Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung angehören. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als 2 von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von der Betriebsversammlung des Unternehmens oder der Einrichtung zu erstellenden Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Ergänzung zu verlangen. In diesem Fall kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(3) § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten für die nach Absatz 2 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter die Beschäftigteigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Abs. 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(4) In der Betriebsversammlung nach Absatz 2 sind alle Beschäftigten des Unternehmens bzw. der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Betriebsversammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens bzw. der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Wahlberechtigte aufgenommen werden. Die Einzelheiten für die Wahl der Arbeitnehmervertreter sind im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder einem sonstigen Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung zu regeln. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung ist auch die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Abs. 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(5) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 2 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden beteiligt sind.

Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 5 gilt Satz 2 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

Für die nach § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 109

Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110

Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111

Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen
und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften im Sinne des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112

Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113

Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die

Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebsatzung geführt.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114 a

Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in eine Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der

vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlperiode oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Gemeinderat. Die Mitglieder des Rats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

- a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,
- e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,
- f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,
- g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
- h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist.

12. Teil Gesamtabschluss

§ 116 Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
4. in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabschluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabschlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabschluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen. Der Beteiligungsbericht ist dem Jahresabschluss nach § 95 beizufügen, wenn kein Gesamtabschluss nach § 116 aufzustellen ist.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 118

Vorlage- und Auskunftspflichten

Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung von Gründungsverträgen oder Satzungen für die in § 116 bezeichneten Organisationseinheiten darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, von diesen Aufklärung und Nachweise zu verlangen, die die Aufstellung des Gesamtabschlusses erfordert.

Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages (FiskVtrUG) vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2398) [in Kraft getreten am 19.07.2013]:

§ 53**Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen**

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaften auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54**Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde**

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 (Prüfung staatlicher Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen) auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.